Protestwelle im Baskenland — Seite 25



Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 273, 25. 8. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

WEITER SO, DEUTSCHLAND





Deutschland muß leben, auch wenn sie sterben müssen!

Aus dem Inhalt

Kommentar

Boatpeople made in Germany

Luther ist widerlegt, wenn er meinte, ein Wörtlein könne das Böse fällen. Es ist nämlich umgekehrt. Ein einziges Wort reicht aus, um das Häßliche an der menschlichen Spezies, das Widerwärtige und Abartige zu mobilisieren. Nur ein paar Brandstifter in der Boulevardpresse braucht es, die die Parole „Asylanten!" ausgeben, nur ein paar Stahlhelm-Kanaillen aus dem Unionslager müssen in den Ruf einstimmen, und schon wird die träge, abgeschlaffte, sesselfurzende deutsche Spießermasse zur furchterregenden Bestie.

Als Gurkentruppe präsentierte sich dieses unser Volk in Mexiko-City der Welt: verkorkst, vermurkst, verklemmt. Aber wie verwandelt taucht der Michel aus dem Sommerloch wieder auf, um den Zeitungslesern von Colombo bis Santiago einen Aha-Effekt zu bescheren: Remember the people, that built the concentration-camps! So erleichtert man der internationalen Lehrerzunft den Geschichtsunterricht.

Gemütlich miefende Bürgermeister werden zu donnernden Volksrednern, harmlose Provinzreporter zu schreibgewaltigen Propagandisten, gewaltfreie Bauerntölpel — die eine (offene) Hand schon ins grüne Lager ausgestreckt — schwingen sich zu beinharten Blockadenkämpfern auf, und die brave Frau Wirtin mit ihren blitzsauberen Gasträumen wetzt das Küchenmesser, wenn es gilt, ein Dutzend hilf- und wehrlose Asylsuchende aus dem Kaff nicht nur fernzuhalten, sondern regelrecht zu vertreiben.

Fortsetzung auf Seite 2

Von der Gewaltdebatte
Zurück zur politischen Auseinandersetzung

Die Distanzierungswelle rollt. Nach der heftigen Gewaltkampagne von Wackersdorf und Brokdorf, nach dem Beckurts-Attentat und einer neuen Debatte der politischen Rechten um Demonstrationsrecht und Polizeiaufrüstung, verstärkt sich jetzt das Echo auf die CDU-Kampagne, auf reißerische Gewaltserien von „Spiegel" und „stern" in den politischen Oppositionsbewegungen. Die Grünen haben mit der Distanzierungskampagne unmittelbar nach den niedersächsischen Landtagswahlen begonnen, Grüne und Sozialdemokraten sowie ihnen nahestehende Promis aus den Zusammenhängen der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung tragen sie gezielt zur Spaltung der bestehenden Zusammenhänge in die Diskussionen um weitere Aktionsvorbereitungen. Offene Briefe diktieren Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit. Kenntlichmachung von Gewalttätern wird gefordert. Der Grüne Otto Schily will die „aktive Abkehr" organisieren, *„man muß sich räumlich trennen von gewalttätigen Demonstranten ... im Notfall sie sogar entwaffnen"* (in Panorama, 23.7.). Gewalttäter sind *„Hilfstruppe der Atomlobby"*, formulieren die (maßgeblich grünen) Verfasser eines Offenen Briefs an die Anti-AKW-Bewegung, sie können daher auch *„nicht mit unserer Solidarität rechnen"*. Und wieder wird die Idee der Loccumer Gespräche von 1983 in die Debatte gebracht, zu einem quasi „Staatsvertrag" zwischen politischen Bewegungen und Innenministerien/Polizei zu kommen (Ulrich Frey vom KA der Friedensbewegung).

Allerorten wüten die Distanzierer in den Aktionsvorbereitungen. In Wackersdorf wollen SPD und Grüne die Münchener Großdemonstration vor den Landtagswahlen kippen und haben bislang erfolgreich in den Oberpfälzer Bürgerinitiativen die Angst vor weiteren Eskalationen geschürt. Im Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung wurde kurzerhand die noch vor einem halben Jahr beschlossene Blockade des Stationierungsgeländes für die Cruise Missiles gekippt, da Gewalt nicht auszuschließen sei. Die Vorbereitungen zur Hanauer Demonstration gegen die zivile und militärische Nuklearpolitik waren mit grünen Versuchen konfrontiert, die Beteiligten zur Übernahme des grünen Verständnis von Gewaltfreiheit zu zwingen.

Solche Distanzierungswellen sind nichts Neues. Eine neue Qualität ist allerdings die Forderung nach Isolierung und der Entzug von Solidarität, was auch als deutliche Aufforderung an den Staat (zum „Abschuß" freigegeben) bewertet werden kann. Neu ist auch, daß die Grünen diesmal nicht in erster Linie uneinig sind — das sind sie auch, allerdings ist die Gegenposition schwächer als in den vergangenen Jahren — sondern daß sie offensiv, teilweise im Bündnis mit den Sozialdemokraten, die Distanzierungswelle in die Bewegungen tragen, um diese zu disziplinieren. Interessanterweise wird dieser Kurs gerade an Aktionsvorbereitungen praktiziert, bei denen von keiner Seite der Vorbereiter erkennbar eine Eskalationsstrategie betrieben wird. Die Anti-WAA-Demonstration ist explizit von allen Beteiligten als friedliche Großdemonstration vor den Türen der politischen Verantwortlichen in München geplant worden. Im Hunsrück trifft die Ausgrenzung nicht etwa die Autonomen, die herzlich wenig Interesse an der „Latscherei" der Friedensbewegung haben, sondern den radikalgewaltfreien Flügel des zivilen Ungehorsams. In Hanau bestand in der Planungsphase Übereinstimmung, daß die Radikalität der Großdemonstration sich inhaltlich über die Auseinandersetzung um die Bedeutung des Aktionsziels für den BRD-Imperialismus vermitteln soll.

Wir berichten in diesem ARBEITERKAMPF über die verschiedenen Auseinandersetzungen und dokumentieren umfassend den politischen Meinungsstreit um die aktuelle Gewaltdebatte.

Fortsetzung auf Seite 6

Einstieg oder Ausstieg?
SPD und DGB zur Kernkraftdebatte

Sozialdemokratischer Reflex auf Tschernobyl: In zehn Jahren soll der Ausstieg aus der Atomenergie perfekt, in den nächsten beiden Jahren die ersten AKWs abgeschaltet sein. Das ist länger als notwendig und dennoch kürzer als zu erwarten war. Diese Wahlkampfüberraschung ist der Hauff-Kommission der SPD zweifellos gelungen. Aber lät sich die positive Stimmung bis zum Wahltag halten? Vielleicht lesen einige vorher noch das Kleingedruckte. Etwa, daß die Zehnjahresfrist nur möglich ist im „nationalen Konsens". Oder, daß das AKW in Obrigheim 1989 sowieso wegen Altersschwäche abgeschaltet werden soll.

Der DGB hat seinenAusstieg schon vor elf Wochen gehabt. Seither wird in den Gewerkschaften vor allem diskutiert, welches der fünf geplanten AKWs den Segen des DGB bekommt. Mittlerweile macht die Atomlobby der Energiebetriebsräte mächtig Druck für die Weiterführung des Atomprogramms.

Eine Bewertung der sozialdemokratischen Ausstiegsdiskussion in Partei und Gewerkschaft auf Seite 15

Boatpeople ...

Wenn sie Erfolg haben und die ersten Tamilen für nahezu jeden Preis die Flucht antreten, ist es auch recht. Warum hat die Polizei das nicht verhindert? Das ist irgendwie unangenehm — boatpeople made in Germany, zumal aus dem Freien Westen. Sie sollen verschwinden, sie sollen weg, möglichst ohne daß es jemand merkt oder wenigstens, ohne daß es jemand beweisen kann. Nachher kann man dann allen deutschfeindlichen Elementen sagen, sie würden eine „Asylantenlüge“ gegen uns verbreiten.

Der arisch blitzende Rassenmensch verwandelt sich zurück in den Wurm, wenn er vor einer Kamera Auskunft geben soll. Nein, heißt es dann, man ist nicht ausländerfeindlich in diesem Dorf. Nur im Nachbarkaff, da haben sie was gegen diese Leute. Damit sich das bei uns nicht austobt, deshalb müssen die Asylanten weg. Und zwar ganz schnell, sonst vergessen wir uns. Keiner will's gewesen sein, aber alle drohen damit.

Es gibt Phänomene, zu deren angemessener Beschreibung die Worte fehlen. Eine Opposition profiliert sich mit Kritik an der Bundesregierung, indem sie vom Kanzler fordert, energischer mit der DDR zu verhandeln, damit Ostberlin die Mauer dicht macht, natürlich nur für Dunkelhäutige. Man wäscht die Hände in Unschuld und grabscht nach Wählerstimmen am rechten Rand der CDU. Bravo, Bruder Johannes, Christenmensch, wie er im Buche steht. Aber was soll's — Charakterschweine, sogar abgrundtiefe, gibt es überall. Warum nur müssen sie sich Sozialdemokraten nennen?

Man fragt sich, welche Überlebensnot die ‚nationalen Gartenzwerge — freilich: gefährliche Exemplare! — so umtreibt, daß sie ihre feste Burg nach allen Seiten hin verriegeln möchten. Der Hunger am Fuß des Butterberges? Der Durst am Ufer des Milchsees? Das ist idiotisch und deshalb auch nicht richtig. Denn wenn man hierzulande dem Wahn anheimfällt, dann auch gründlich. Gegen alle fremden Eindringlinge wird die Farbe schwarz-rot-gold verteidigt, deutsches Wesen und deutsches Land, „Art“ und „Raum“.

Ganz besonders armselig aber sind diejenigen dran, die sich eine nationale oder gar biologische Eigenart andichten müssen und damit nur eingestehen, daß sie andere Vorzüge nicht besitzen. Es ist zwar nur ein schwacher Trost für alle, die von den „Art“- und „Raum“-Fanatikern drangsaliert werden, aber man möge sich trotzdem vor Augen halten, wie sich der Michel Morgen für Morgen über den Spiegel wundert: Warum dort immer das Hinterteil abgebildet ist und nicht das Gesicht, das er erwartet. „Aber immerhin“, sagt er...

immer das Hinterteil abgebildet ist und nicht das Gesicht, das er er-

wartet. „Aber immerhin“, sagt er sich dann, „du bist ein Deutscher. Du hast den richtigen Paß, und der Stempel ist auch echt.“

Oder mit Luther: „Das Reich muß uns doch bleiben.“

de., Frankfurt

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Chronologie einer geschürten Volkswut

Westberlin im Sommer 86

An alles hatten die regierungsamtlichen Rassisten und ihre Medienbüttel gedacht, um Ressentiments in der Bevölkerung gegen die Flüchtlinge zu schüren und den Rassenhaß anzuheizen.

Da wurden Seuchenspezialisten bemüht, die besorgniserregende Vermutungen über von den Flüchtlingsunterkünften möglicherweise ausgehende Epidemien wie Ruhr, Typhus, Cholera, Lepra usw. usf. anstellten, damit der Normalberliner mit dem Wort „Asylant“ sogleich Krankheitsherd und also Gefahr für die Volksgesundheit assoziiere.

Da wurde mit astronomischen Zahlen jongliert und nicht mit verhetzenden Begriffen wir „Schwemme“, „Flut“, „Strom“ etc. gespart — auch wenn nebenbei kleinlaut zugegeben wurde, die ganzen Zahlen seien ungenau, da auf Strichlisten der Pförtner in den Sammelunterkünften basierend.

Da wurden bewußt menschenunwürdige „Not“unterkünfte wie Zelte und Container errichtet sowie Turnhallen zweckentfremdet — und dies in bekanntermaßen eher rechtsgerichteten Bezirken —, obwohl nachweislich genügend Raum in festen Häusern vorhanden war.

Daß diese Unterkünfte rechtsradikalen Kreisen ein willkommenes Angriffsziel bieten würden, war abzusehen, und konnte also nur beabsichtigt sein.

20.7.86
Am Eingang zum Neuköllner Sportplatz an der Walkenrieder Straße, wo am selben Wochenende zwei ca. 700 qm große „Not“zelte errichtet worden waren, protestierten am Nachmittag etwa 100 Anwohner (Tenor: „Wo sollen unsere Kinder Fußball spielen?“) gegen die „Besetzung unseres Sportplatzes“. Bis dahin hatte eine besorgte Bürgerin etwa 600 Unterschriften gegen die Flüchtlinge gesammelt.

Gegen Abend formierten sich dort auch etwa 12 bis 15 Skins, Neonazis und Mitglieder der „Bürgerinitiative Demokratie und Identität“ mit Transparenten wie „Deutschland den Deutschen“ und „Gegen die Auschwitz-Lüge“. Nachdem die Polizei ein Eingreifen mit dem berühmten Hinweis auf „das Recht auf freie Meinungsäußerung“ abgelehnt hatte, obowhl bereits einige Leuchtraketen in Richfung auf die Zelte abgefeuert worden waren, tauchten etwa 50 Antifaschisten (überwiegend Autonome und Antiimpis) auf, um die iranischen Familien zu schützen. Als daraufhin die Bullen begannen, die Nazis in Sicherheit zu bringen, kam es zu einem Gerangel und in dessen Verlauf zu einer Knüppelei, die drei verletzte Polizisten (davon eine Gehirnerschütterung) und die Festnahme eines Antifaschisten zur Folge hat-

Gehirnerschütterung) und die Festnahme eines Antifaschisten zur Folge hat-

te. Vorwurf: Versuchter Totschlag!

In derselben Nacht wurden zwei Fahrradwachen vor dem Neuköllner Zelt von Mitgliedern der „Bürgerinitiative Demokratie und Identität“ verprügelt und ihr Tandem demoliert.

Am darauffolgenden Tag verließen bereits 25 der 110 iranischen Flüchtlinge aus Angst vor weiteren Angriffen die Zelte.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dankwart Buwitt, einer der hitzigsten Proklamierer des „Asylnotstandes“, rief nun die Bevölkerung zur „Besonnenheit“ auf und erdreistete sich zu konstatieren, es sei „vorauszusehen gewesen, daß Rechtsradikale die Situation für ihre Zwecke mißbrauchen würden“. (taz, 22.7.86)

21.7.86
In der Nacht zum 21.7. überfielen am Mariendorfer Damm Neonazis, die vermutlich in vier PKW angefahren waren, einen Flüchtling, der Zeitungen ausgetragen hatte und forderten er solle verschwinden. Sie warfen seine Zeitungen auf die Straße und verteilten Flugblätter, in denen die Rede ist von „Ausländerschweinen“ und „Nehmt Euere Recht selbst in die Hand! Vernichtet, was sich Euch an Kanacken in den Weg stellt“, „Nur so wird Deutschland wieder frei. Erlöse Dein Vaterland.“

Überschrieben ist das Geschmier mit „White Noise“.

27.7.86
In der Nacht zum 27.7. wurde ein Brandanschlag auf die noch nicht belegten Flüchtlingszelte in der Zehlendorfer Mühlenstraße verübt, bei dem zwei der insgesamt sieben Zelte, die am darauffolgenden Tag bezogen werden sollten, völlig niederbrannten.

Unklar ist, wie die Brandsätze auf das von zwei Wachleuten ständig bewachte und umzäunte Gelände gelangen konnten, da sie nicht hineingeworfen sondern innerhalb des Geländes aufgestellt worden waren. Es wird angenommen, daß die Täter bei ihrem Vorhaben gestört wurden, da nur zwei von fünf Brandsätzen zündeten. Ein sechster wurde außerhalb des Geländes gefunden.

Wären die Zelte zu diesem Zeitpunkt bereits bewohnt gewesen, hätte es mit Sicherheit Tote gegeben. Es stellte sich nämlich heraus, daß diese Zelte — wie auch alle übrigen in der Stadt — keiner bauaufsichtlichen Überwachung unterlagen, zu der auch Brandschutzmaßnahmen gehören, und daß es in keinem der Zelte Brandschutzvorrichtungen gab. Jedoch — für den Fall *weiterer* Brandanschläge solle geprüft werden — so tönt es lau(enburgisch) aus dem Sozialsenat —, ob Feuerlöscher und andere Brandschutzeinrichtungen in den Lagern ausreichen.

Gegen 22.30 wurden in der Lübarser Straße im Bezirk Wittenau zwei Männer aus Bangla Desh beim Telefonieren in einer Telefonzelle von zwei Neofaschisten überfallen und mit einer Tränengaspistole beschossen. Sie erlitten schwere Verätzungen an den Augen. (Tagesspiegel u. taz, 29.7.86)

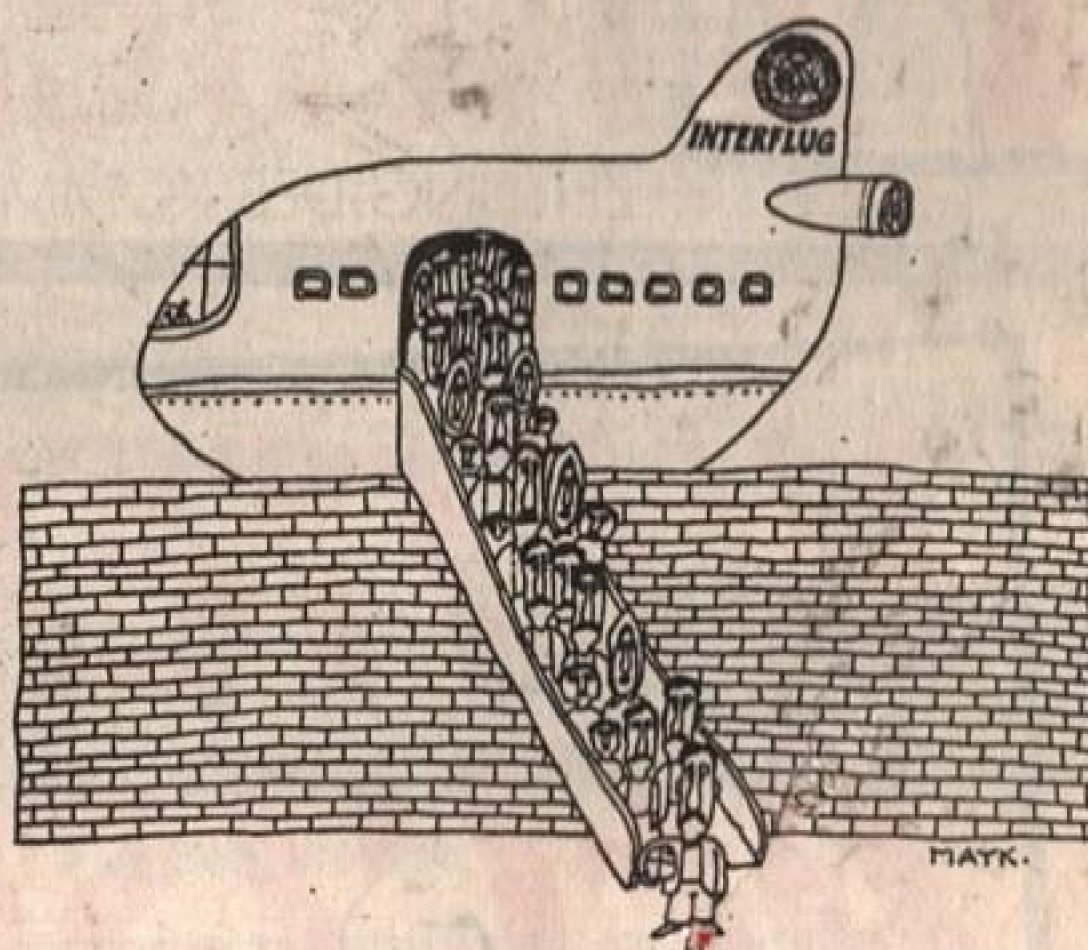
29.7.86
In der Nacht zum 29.7. wurde in Kreuzberg ein Sprengstoffanschlag auf die Berliner Mauer verübt. An der Mauer entstand ein quadratmetergroßes Loch, zahlreiche Fensterscheiben gingen zu Bruch, Fahrzeuge wurden beschädigt. Nach Angaben des Staatsschutzes lägen Hinweise auf Täter und Motive nicht vor, jedoch lasse die Verwendung der zwei Kilogramm gewerblichen Sprengstoffs auf eine „Aktion rechtsradikaler Kreise“ schließen. Trotz scharfen Protests und der Forderung an den Westberliner Senat seitens des DDR-Außenministeriums, derartige Provokationen in Zukunft zu verhindern, beschränkte sich dieser einmal mehr darauf, „Gewaltanwendung“ etc.pp. in der Öffentlichkeit pauschal zu verurteilen — die eigene Politik der „friedlichen Mittel“ läßt sich auf diese Weise ja besser hervorstreichen — und erging sich gleichzeitig in Verständnisbekundungen für die Beweggründe.

Unterdes sind zwei Bekennerschreiben aufgetaucht. Unmittelbar nach dem Anschlag zeichnete eine bis dahin unbekannte „Demokratische Prodeutsche Aktion“ bei einer Düsseldorfer Zeitungsredaktion verantwortlich, etwa zwei Wochen später ging der Hamburger taz-Redaktion das Schreiben einer bislang ebenfalls nicht in Erscheinung getretenen „Volksfront für die Nationale Erhebung“ zu. Letzteres lag ebenfalls dem Staatsschutz vor, der, wie nach den Faschisten-Aktionen üblich, im Dunkeln tappt.

Faschisten-Aktionen üblich, im Dunkeln tappt.

30.7.86
Die „Bürgerinitiative Demokratie und Identität“ veranstaltete am Abend eine Kundgebung am Fehrbelliner Platz gegen die ihrer Meinung nach zu liberale Asylpolitik des Westberliner Senats. Sprecher Werner Deutsch trug einen Offenen Brief an Innensenator Kewenig vor, in welchem die Forderung nach einer „Änderung“, also Abschaffung des Art. 6 GG gestellt wird. Demnach sollen als „unberechtigt“ eingeschätzte Asylsuchende bzw. solche, die „sich absichtlich ihres Passes entledigten“ bereits an den Sektorengrenzen zurückgeschickt, Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, ohne Rücksicht auf ihre Aufenthaltsdauer abgeschoben werden können. Desweiteren soll ein generelles Einreiseverbot für bestimmte Nationalitäten (soll heißen, für alles, was nicht deutschnational oder mindestens antikommunistisch ist) eingeführt werden. Damit käme man nach Logik der BI überhaupt nicht mit dem Alliierten-Statut in Konflikt, welches die ungehinderte Bewegungsfreiheit ohnehin nur für Deutsche und Alliierte sicherstelle.

Die BI war mit etwa 50 Mitgliedern vertreten, die sich nach etwa 20 Minuten zum großen Teil verdrückten, um das Terrain ca. 50 Skins zu überlassen. Zwischen diesen und über 200 kurzfristig mobilisierten Antifaschisten (Autonome, Antiimpis, KB, VVN, AL) kam es anschließend zu lautstarken Wortgefechten, woraufhin die Glatzen unter „Ausländer-raus“-Gejohle inklusive Polizei-Nachhut die Fehrbelliner Straße hinunterstürmten, um — unter Polizeischutz, versteht sich — an der Blissestraße die U-Bahn Richtung Spandau zu besteigen. Ein Nachsetzen der Antifaschisten wurde durch Polizeisperren verhindert.



Hetze à la FAZ

1.8.86
In der Nacht zum 1.8. wurden in Neukölln zwei Männer aus Bangla Desh auf dem Weg zum Bus von drei Deutschen überfallen, geschlagen, mit einer zerbrochenen Flasche bedroht und ihres Geldes beraubt.

9.8.86
Der seit Wochen angekündigte Protestmarsch der Jungen Union gegen die „Schandmauer“ erwies sich als recht unbeeindruckend. Auch ein Grüppchen NPDler mit Schild „SBZ — Sowjet-KZ“ wurde in den Reihen überwiegend junger, ordentlich gekleideter Milchgesichter geduldet. Zu drei Festnahmen kam es, als die ca. 200 Gegendemonstranten, die mit Sprechchören, Buttersäure und Böllerschüssen ein wenig Schwung in die Schmachtreden der Kundgebungsredner brachten, von der Polizei abgedrängt wurden.

Am Grenzübergang Checkpoint Charlie kletterten in der Nacht einige von den ca. 150 Mauergegnern auf ihr Haßobjekt, zerrissen eine DDR-Fahne und warfen Steine sowie Feuerwerkskörper in den Ostteil der Stadt.

Am Brandenburger Tor wurde ein Feuer gelegt, durch das ein hinter der Mauer gelegener Laufgang aus Holz in Brand geriet. Als DDR-Grenzbeamte eingriffen, wurden sie mit Bierflaschen beworfen.

11.8.86
Am Checkpoint Charlie warf nachts ein Angetrunkener mehrere Fensterscheiben einer DDR-Grenzbaracke ein.

13.8.86
Gegen Abend randalierten erneut etwa 100 Mauergegner am Checkpoint Charlie. Wieder wurden Steine über die Mauer geworfen und die davor stehenden DDR-Grenzbeamten stundenlang lautstark beschimpft.

14.8.86
Der Westberliner taz-Redaktion ging ein Schreiben des NPD-Landespressesprechers, Thomas Salomon, zu, in dem erklärt wird, daß am Vorabend „Junge Deutsche, unter ihnen auch Junge Nationaldemokraten“ im Hinblick auf den 25. Jahrestag des Schutzwallbaus auf dem hinter der Grenzlinie liegenden Teil der Kopenhagener Straße Unrat und Unkraut von der Straße und vom Bürgersteig beseitigt haben, um ein „allmähliches Zuwachsen dieser ... Straße zu verhindern“, mit der Absicht, „die Wunde namens ‚Deutsche Spaltung‘ nicht vernarben zu lassen“. Interessierten Gartenfreunden erteilt Salomon nähere Auskunft unter der Telefon-Nummer 030/451 41 08.

i., antifagruppe des KB Westberlin



Politisch Verfolgte genießen Asylrecht

Mit der Forderung nach Einschränkung des Grundrechts auf Asyl hat die CDU/CSU die Diskussion wiederaufgegriffen, die vor 40 Jahren bereits im Parlamentarischen Rat quer durch die Parteien ging. Der Streit ging darum, ob die neue deutsche Demokratie eine international vorbildliche Zuflucht für politisch Verfolgte aus aller Welt sein sollte oder sich durch Beschränkung des Asylrechts vor dem unkontrollierten Zustrom schützen müsse.

Widerstand gegen jede Erläuterung des Asylrechts leistete im Parlamentarischen Rat — mit Erfolg — insbesondere der CDU-Politiker Hermann von Mangoldt. Er warnte am 4.12.48 seine Kollegen davor, „das Asylrecht illusorisch zu machen. Wenn wir irgendeine Einschränkung aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für Asyl festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dies aber würde das ganze Asylrecht völlig wertlos machen.“

Heute ist die Grenzkontrolle obligatorisch. Asylbewerber können an der Grenze abgewiesen werden, wenn ihr Antrag „offenkundig“ unbegründet ist.

Fortsetzung nächste Seite

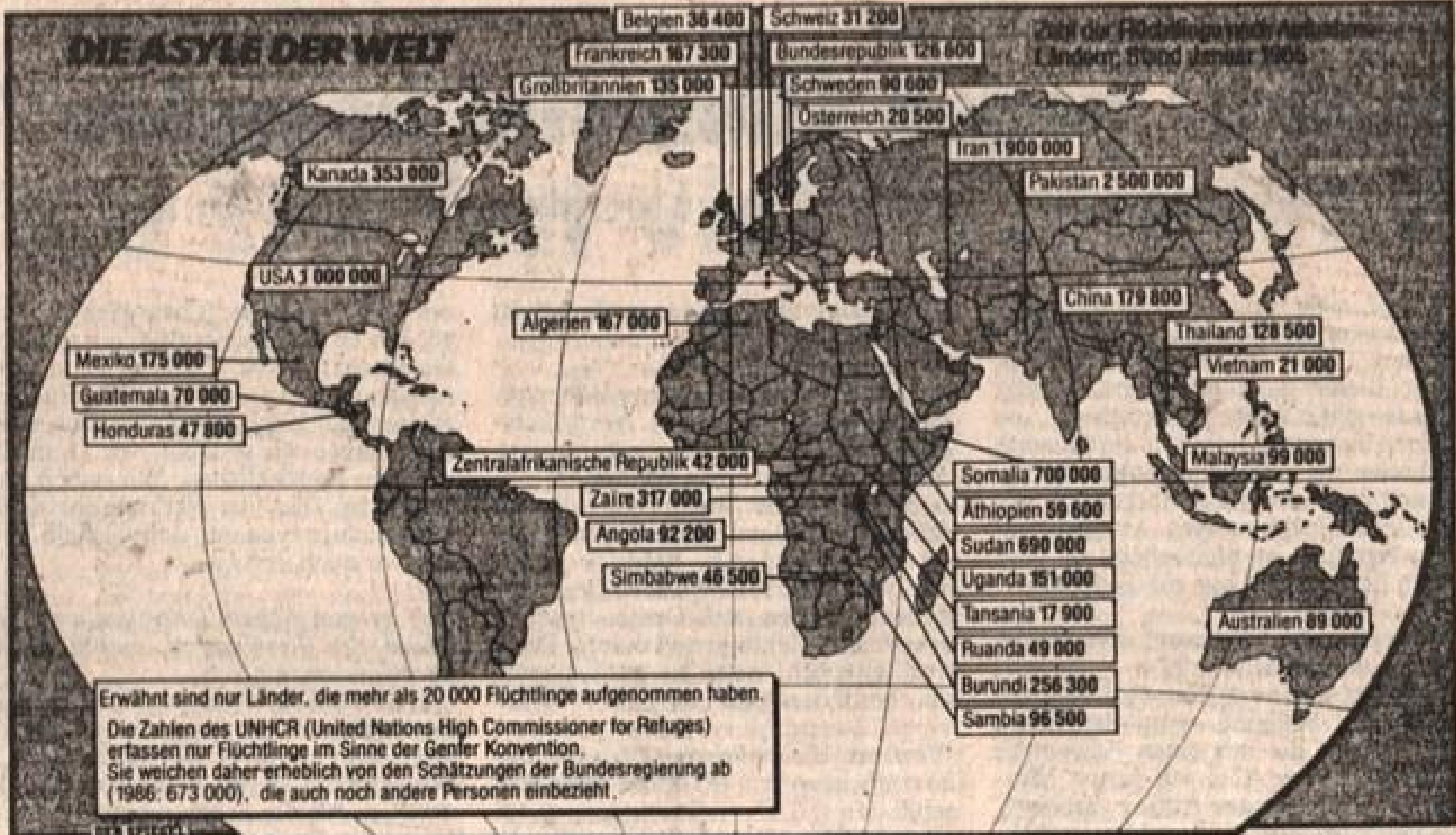
Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Befürworter einer harten Linie argumentierten mit Faschisten und Kommunisten, die unter Mißbrauch des Asylrechts die junge Demokratie gefährden könnten. Lt. Protokoll des Parlamentarischen Rats konnte Hermann von Mangoldt verhindern, daß der Vorschlag: ,,Nur Deutsche, die wegen ihres Eintretens für Freiheit und Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Weltfrieden verfolgt werden, sollen im Bundesgebiet Asyl genießen'', Gesetzeskraft erlangte. Für Ausländer sollte es nur einen gewissen Auslieferungsschutz geben. Es wurde auch der KPD-Antrag verhindert, Asyl nur solchen Verfolgten einzuräumen, die wegen antifaschistischer und antimilitaristischer Aktivitäten ihr Land verlassen mußten.

Daß allerdings um Asyl nachsuchenden Ausländern, wie jetzt in der Koalition vereinbart, bis zu fünf Jahren die Arbeitserlaubnis verweigert werden darf, war den Verfassungsschreibern offensichtlich unvorstellbar. Auf einen Antrag der KPD, das Asylrecht solle ausdrücklich auch das Recht auf Arbeit einschließen, entgegnete Carlo Schmid mit der Bemerkung: ,,Das haben wir doch schon irgendwo.'' Schmid meinte weiter, ,,in Artikel 2 des Grundgesetzes sei ja bereits festgelegt, daß jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und damit auch das Recht auf Arbeit habe. Jeder bedeutet: jeder Mensch ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit.''

Es hat sich im nachhinein gezeigt, daß aufgrund der abstrakten Allgemeinheit der Verfassungsformulierung, die alle möglichen ,,Konkretisierun-
daß aufgrund der abstrakten Allgemeinheit der Verfassungsformulierung, die alle möglichen ,,Konkretisierun-
gen'' bis heute erlaubt, Beschränkungen des Asylrechts mit oder ohne Grundgesetzänderung durchgesetzt werden.

Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts vom 17.1.57 setzte sich als herrschende Lehre durch, wonach der Asylanspruch nicht weiter ginge, als die Flüchtlingsdefinition der Genfer Konvention. Im Jahre 1959 kam es zu einer Intervention des BVerfG, das die Einschränkung des Asylrechts auf die Genfer Konvention für illegal erklärte und klärte: ,,Der Begriff des politisch Verfolgten sei nicht eng auszulegen.'' Die leichte Erinnerung wurde aber bis Mitte der 70er Jahre nicht in die Praxis umgesetzt.





Hamburger Rundschau

Am 29.7.77 entschied das BVerwG, die sogenannte objektive Theorie der Verfolgung: Maßgebend für die Anerkennung ist, ob die befürchtete Verfolgung eine politische ist, sind die Gründe, aus denen der Verfolgerstaat die vom Asylsuchenden befürchtete Verfolgung betreibt. Klar gesagt: Sofern die Verfolgung der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung dient und somit normales Strafrecht ist, entfällt der Tatbestand der politischen Verfolgung und damit der Asylgrund.

Folter kein Asylgrund

Die in den 70er Jahren sich gewaltig ausdehnende Rechtssprechung brachte zum Ausdruck die Gleichschaltung der Interessen von Asyl- und Herkunftsstaat. Mit juristischen Mitteln wird politisch abgewehrt; dies zeigt sich auch darin, daß Folter und Kollektivverfolgung nicht als Fluchtgrund gelten.

Im internationalen Recht ist Folter zunehmend als die meist verbreitete Menschenrechtsverletzung mittlerweile anerkannt und geächtet (UN-Folter-Konvention von 1984). In der BRD-Rechtsprechung gilt dieses kaum, da die BRD die Konvention bis heute nicht ratifiziert hat. Das BVerwG argumentiert, ,,daß Folter zwar nichts rechtfertige, daß sie aber allein und als solche noch keinen Asylanspruch begründe, sondern nur soweit sie über das hinausgehe, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben.''

Die sich weiter ergebende gesetzgeberische Tätigkeit hat sich mehr und mehr auf die Veränderung des Asylverfahrens konzentriert. Die neue Qualität, die das Asylverfahensgesetz er-
mehr auf die Veränderung des Asylverfahrens konzentriert. Die neue Qualität, die das Asylverfahensgesetz er-
reicht hat, wird politisch begründet, mit Erschöpfung der Aufnahmekapazität und Asylmißbrauch. Als weitere Maßnahme wurde 1980 die Visumspflicht für die Länder Türkei, Sri Lanka, Afghanistan und Äthiopien eingeführt. Seit letztem Jahr wird daran gebastelt, den visumsfreien Verkehr zwischen Ost- und Westberlin in den Griff zu bekommen.

Änderung des Grundgesetzes

Weitere Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes sind zwischen den Koalitionspartnern bereits vereinbart, wie z.B. Arbeitsverbot auf fünf Jahre, Richter an den Grenzen, Nachfluchtgründe (die Tatsache, daß jemand hier einen Antrag auf Asyl gestellt hat) sollen nicht mehr anerkannt werden.

Obwohl davon auszugehen ist, daß diese Gesetze problemlos den Bundestag passieren und dies allemal für die politischen Interessen der Herrschenden ausreichend wäre, so ist in den letzten Wochen eine Kampagne zur Änderung des Grundgesetzes voll in Gang gesetzt worden und wird nach Äußerungen führender CDU/CSUler Schwerpunktthema des Wahlkampfes sein. Zimmermann (CSU) hält eine Änderung des Grundgesetzes noch im Herbst für möglich (taz, 2.4.). Strauß legte drei konkrete Formulierungsvorschläge vor und zwar:

— Politisch Verfolgte genießen Asylrecht nach Maßgabe der Gesetze;

— Asylrecht wird gewährt (was lediglich eine Pflicht der Behörden darstellt);

— politisch Verfolgten kann nach Maßgabe der Gesetze Asylrecht gewährt werden. Sogleich müßte nach Strauß die sogenannte Rechtswegegarantie nach Artikel 19 des GG modifiziert und eine Klage bei Gericht für Ausländer ausgeschlossen werden.

Weiter Strauß: ,,Wer eine Korrektur des Artikel 16 verhindere, macht sich schuldig an der Ausbreitung des Übels. Das Grundrecht auf Asyl sei zu keiner Zeit dazu bestimmt gewesen, ganze Flüchtlingsströme wegen schlechter Lebensbedingungen, Bürgerkrieg oder eines Minderheitenschicksales in der BRD aufzunehmen.'' (Tagesspiegel, 24.7.)

Zimmermann löste beim Westberliner Senat schieres Entsetzen aus, als er bei Radio Luxemburg frei verkündete, daß im Auftrag der Alliierten in Westberlin doch alles möglich sei. Die Schutzmächte könnten beispielsweise anordnen, daß deutsche Beamte auf Westberliner Territorium Kontrollen durchführen. Gegebenenfalls müsse in Westberlin das Grundgesetz außer Kraft gesetzt werden und durch alliierte Anweisung ersetzt werden.. (taz, 24.7.). Lambsdorff setzte noch drauf: ,,Da das Grundgesetz in Berlin nicht gelte, gebe es auch keine Verpflichtung der Mauerstadt, Asylsuchende aufzunehmen.'' (ebd.) Vogel und Glotz fanden die Idee mit den alliierten Kontrollen gar nicht so schlecht: ,,Wenn ein paar Hundert Asylanten in Ostberlin bleiben, wird das Problem den DDR-Behörden greifbar vor Augen geführt. Wir müssen das Loch Berlin stopfen.'' (Interview Bild) Westberliner Lokalpolitiker Nisblè (SPD): ,,Es muß nachgedacht werden, wenn andere Maßnahmen nicht greifen, ob eine Änderung der Verfassung angezeigt ist.'' (Volksblatt, 31.7.).

Martin Hirsch dagegen: ,,Das Grundgesetz darf nicht einmal mit 2/3-Mehrheit geändert werden. Es sei sozusagen nur ein Unterfall des laut Verfassung unabänderlichen Artikels 1, der von Menschenwürde spricht.''

Mit ihrer groß angelegten Kampagne werden die Regierungsparteien als ersten Schritt die Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes glatt durch die parlamentarischen Hürden bringen, da nennenswerter Widerstand dem nicht entgegensteht. Der zweite Schritt, Einbringung des Antrages auf Änderung des Grundgesetzes, wird wohl nicht erfolgen, aber bis zum Wahltermin wird auf jede Art weiter polarisiert werden und Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Flüchtlinge und Stimmungsmache bei der deutschen Bevölkerung betrieben werden.

E./Westberlin

''Nicht radikal, nur deutsch!''

Die ''Bürgerinitiative Demokratie und Identität''

Dieser völkisch-rassistisch orientierte Verein besteht seit Mai 1980 in Westberlin und zählt etwa 100 Mitglieder. Bekannte Namen sind Sprecher Werner Deutsch, Roland Borkowitz und Professor Johannes Borger.

Die Lehre des „Heidelberger Kreises''

Ideologische Grundlage der BI bildet das berüchtigte ,,Heidelberger Manifest'', in dem es u.a. heißt: ,,Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung ...''.

Versuche zur Integration ausländischer Mitbürger betrachtet die BI als eine ,,wechselseitige Vergewaltigung'' (Volksblatt 8.5.82). Die Erwähnung der Identität anderer Völker dient in dem Zusammenhang lediglich der rhetorischen Überleitung auf die Identität des deutschen Volkes, dessen ‚Bestand' die BI in erster Linie gefährdet sieht.

„Völkererhaltung" in der Praxis

Die praktische Lösung solcherart ,,Völkererhaltung'' stellt sich die BI folgendermaßen vor:

— Halbierung des Ausländeranteils in der BRD durch Förderung der Rückkehrbereitschaft von ausländischen Arbeitnehmern und ,,solchen Scheinasylanten", sowie durch rigorose Beendigung der weiteren Zuwanderung infolge Ehegattennachzugs und Familienzusammenführung.

— Hinausekeln der anderen Hälfte durch Aufhebung der für sie bestehenden Gesetzesansprüche, denn wenn diese ,,für Ausländer bestehen, dann sind (sie) nicht rechtens. Also müssen sie geändert (also abgeschafft — d.V.) werden.'' (Tagesspiegel, 5.3.82) Damit wird beabsichtigt, den noch verbleibenden Ausländern ein Leben in der BRD so unerträglich wie möglich zu machen, indem ihnen jeder rechtliche Schutz entzogen wird, sie also für vogelfrei erklärt werden.

— Desweiteren soll ein Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft nur dann erwerben können, wenn er ,,durch langjährige Lebensführung seine Hinwendung zum deutschen Volk bewiesen hat.'' (Volksblatt, 19.2.83)

Damokles-Schwert EG-Freizügigkeit

Seit Mitte 83 verbreitet die BI Schreckensvisionen hinsichtlich der am 1.12.86 in Kraft tretenden EG-Freizügigkeit für hier lebende türkische Mitbürger. Eine ,,Völkerwanderung von Millionen Türken'' wird prognostiziert und geschlußfolgert, daß die ,,Enteuropäisierung und Islamisierung Westdeutschlands (...) nicht mehr aufzuhalten'' sei. Die einzige Chance, dies abzuwenden, liegt lt. BI zunächst in der Außerkraftsetzung des mit der Türkei abgeschlossenen Abkommens sowie in von ihr eigens entwickelten Erfolgsrezepten, die sie bereits mehrfach in Form offener Briefe an Strauß, die Bundesregierung und zuletzt — anläßlich ihrer Asyl-Protest-Kundgebung am 30.7. — an Kewenig übermittelte.

Der demokratische Anspruch

Um die ,,Entfremdung'', die ,,Selbstauflösung/-aufgabe'' und das ,,Untergraben der Substanz des deutschen Volkes'' zu verhindern, fordert die BI, daß ,,der uns verbleibende Teil Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleiben'' solle.

Sie beharrt jedoch vehement darauf, kein Sammelbecken für Rechtsradikale zu sein, sie bediene sich im Gegenteil ausschließlich demokratischer Mittel. So erwiderten BI-Mitglieder der Ausländerbeauftragten des Westberliner Senats, B. John, die die BI mit dem Attribut ,,rechtsradikal'' bedacht hatte, ,,wir sind nicht radikal, wir sind nur deutsch''.

Denn was ,,demokratisch'' bzw. ,,rechtsstaatlich'' bzw. ,,rechtens'' ist, bestimmt die ,,Bürgerinitiative für Hypertonie und Identitätskrise'', also ,,das deutsche Volk'', als dessen selbstverständliche Vertreterin die BI sich stets darzustellen bemüht ist. In ihrem Hetzblatt ,,Millionen neue Türken?'' empört sie sich beispielsweise zusammen mit ,,80% der Deutschen'' über Kanzler Kohl, der vor der Wahl die Halbierung des Ausländeranteils versprochen und nicht gehalten habe.

Wie ernst es der BI mit den demokratischen Mitteln ist, die sie exklusiv anzuwenden vorgibt, beweisen nachstehende Vorfälle (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

— Am 26.5.84 wurde der israelische Pressefotograf Leon Schachmann nach der Aufforderung sich auszuweisen von einem Mitglied der BI zusammengeschlagen, als er versuchte, die ausländerfeindlichen Hetzschriften auf ihrem Info-Tisch in der Schönberger Hauptstraße zu fotografieren. Ein anderer feuerte eine Gaspatrone auf ihn ab, während ein Dutzend weiterer BIler, einer mit einem Schlagring bewaffnet, ihn als ,,Schwein'' und ,,Ratte'' beschimpften. (Tagesspiegel u. Volksblatt, 27.5.84)

— Am 20.7.86 wurden zwei Radfahrer in der Neuköllner Walkenrieder Straße von Mitgliedern der BI verprügelt und ihr Tandem demoliert.

Daß auf den von der BI regelmäßig abgehaltenen Treffen Redner von bekannten neofaschistischen Organisationen wie z.B. Bitschier von der Deutschen Volksunion oder NPD-Mitlieder gerne gehört werden, dürfte nicht mehr verwundern.

Am Rande soll erwähnt werden, daß dieser Verein nicht Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes ist. Man tue sich nämlich schwer damit, ihn als rechtsextremistisch zu bezeichnen, meinte kürzlich der stellvertretende Innensenatssprecher Lancelle. (taz, 24.7.86)

Schützenhilfe aus dem Establishment

Auch Teile der Westberliner CDU haben bereits bewiesen, daß sie die BI salonfähig machen und sich von ihr inspirieren lassen wollen:

— So erteilte ihr der Vorsitzende des Charlottenburger CDU-Ortsverbandes, Horst Schrader, die Erlaubnis, ab April 82 den Ratskeller des Charlottenburger Rathauses ein Jahr lang unentgeltlich zu nutzen. Auf den Protest des unseligen Antes hin rechtfertigte sich Schrader mit dem Argument, die BI sei ja nicht verboten, nenne sich demokratisch und wolle ja nur den Lummer-Erlaß verwirklichen.

— Parlamentspräsident Rebsch beriet sich bereits mit Mitgliedern der BI zu Ausländerfragen.

— Rebschs und Lummers ,,Berliner Bürgergemeinschaft'' führte mit der BI eine gemeinsame Versammlung im Bürgersaal des Rathauses Charlottenburg durch, an der auch Landschulrat Bath (,,Landnahme durch eine fremde Bevölkerung mitten in unserem Land'') teilnahm. (Bath wird in Veröffentlichungen des ,,Heidelberger Kreises'' zustimmend zitiert.) (zit. nach: Die Wahrheit, 16.7.83)

Finanziert wird die BI nach Aussagen ihres Sprechers W. Deutsch durch Privatspenden ,,aus einem größeren Umfeld'' sowie erheblichen Zuwendungen anonymer Spender.

Insgesamt soll es ca. 200 ähnliche Organisationen in der BRD geben, die sich eventuell zu einem gemeinsamen Verband zusammenzuschließen gedenken. Auch eine zukünftige Kandidatur in einigen Westberliner Bezirken wird bei größerem Zulauf erwogen, was in Anbetracht der gegenwärtig von den Herrschenden und ihren Medien betriebenen massiven Hetze gegen Flüchtlinge nicht überraschen würde.

l., antifagruppe des KB/Westberlin

"Wir können nicht gegen Chomeini kämpfen"

Gespräch mit Nasrin Bassiri vom Verein Iranischer Flüchtlinge Westberlin e.V.

Mit Nasrin Bassiri vom Verein Iranischer Flüchtlinge Westberlin sprachen zwei KB-Genosssinnen über die Gründe, aus dem Iran zu flüchten, über die Möglichkeiten des Kampfes gegen das Chomeini-Regime vom Ausland aus und über die Arbeit des Flüchtlingsvereins.

In einem offenen Brief des Vereins Iranischer Flüchtlinge in Westberlin e.V. heißt es: Niemand würde unter Zwang sein Zuhause und seine Arbeit aufgeben, um in ein Land zu gelangen, in dem er als Fremder unter schwer zu ertragenden sozialen Bedingungen, Erniedrigungen und Beleidigungen leben müßte. Wenn man es trotzdem tut, muß es ernsthafte Gründe dafür geben. Welche Menschen kommen hierher und warum?

Nasrin Bassiri: Es kommen Menschen, die politisch aktiv waren, das sind aber nicht so sehr viele. Fliehen müssen auch diejenigen, die ihnen irgendwie geholfen haben, Geld geliehen, Unterkunft gewährt o.ä. Dann kommen Menschen, die persönliche Erfahrungen mit Revolutionswächtern gemacht haben. Ein junger Mann z.B. wurde niedergestochen, nur weil er sich in ein Mädchen verliebt hatte. Auch dies ist ein politischer Fluchtgrund, denn Vergleichbares passiert andauernd. Die Revolutionswächter wissen, daß sie für solche Taten nicht bestraft werden und können sich daher fast alles erlauben.

Warum müssen Frauen fliehen?

Sie werden z.B. verfolgt, wenn sie gegen die „Sitten" verstoßen haben. Das muß nicht unbedingt Ehebruch o.ä. sein, es reicht schon, wenn sie nur unter Frauen auf einer Hochzeit getanzt hat, wie es bei einer Lehrerin der Fall war. Sie wurde aus dem Schuldienst entlassen und verhaftet. Es gibt noch viele andere Beispiele.

Früher hat man Frauen, die Schleier oder Kopftuch nicht richtig tragen, für ein paar Tage verhaftet und ihnen Strafen auferlegt, wie z.B. Leichenwaschen. Man hat auch Fotos gemacht mit dem beleidigenden Titel „Prostituierte". Die Frauen haben unterschreiben müssen, daß sie Prostitution betrieben haben und dies in Zukunft nicht mehr tun würden. Es reicht dafür wirklich schon aus, ein buntes Kleid zu

tuierte". Die Frauen haben unterschreiben müssen, daß sie Prostitution betrieben haben und dies in Zukunft nicht mehr tun würden. Es reicht dafür wirklich schon aus, ein buntes Kleid zu

tragen, auch wenn es weit ist und den Anforderungen des Islam eigentlich genügen würde.

Heute hat man die Methoden geändert, verfeinert. Man bringt die Frauen in sog. Erziehungslager, wo sie sich vermutlich irgendwelche Reden anhören müssen.

Ich glaube auch gar nicht, daß es der Chomeini-Regierung darum geht, daß die Frauen Schleier tragen o.ä. Sie wollen den Menschen einfach Angst einjagen, damit sie sich auch woanders nicht widersetzen. Wenn ein Mensch Angst hat, hat er keinen Mut mehr, etwas gegen die Regierung zu sagen, hat keinen Mut mehr, sich zu organisieren, hat keinen Mut mehr, irgend etwas zu machen. Ich halte es auch für falsch, wenn gesagt wird, sie wollten den wahren Islam. Das wollen sie gar nicht, sie wollen nur die Menschen klein halten, um ihre Macht zu sichern.

Zur Situation der Flüchtlinge hier bei uns. Wie kommen sie hierher? Besteht die Möglichkeit, ein Visum zu bekommen, z.B. durch eine Einladung?

Neuerdings reichen auch Einladungen nicht mehr. Die Leute werden von der Botschaft gefragt, ob sie verheiratet seien, was sie beruflich machen etc. Besteht auch nur der geringste Verdacht, es könne ein Flüchtling sein, wird kein Visum ausgestellt.

Hier möchte ich gleich einen Satz zu den Schleppern sagen, über die soviel geredet wird. Es ist nicht so, daß diese die Menschen anwerben, sondern eher umgekehrt. In Istanbul muß oft wochenlang nach so einem Schlepper gesucht werden, um rauszukommen — zumal es für Iraner keine Interflugscheine mehr zu kaufen gibt. Einerseits ist es schlecht, daß es solche Leute gibt, denn sie verdienen am Elend der Menschen und beuten sie aus, aber andererseits sind sie die einzige Möglichkeit für viele, aus ihrer gefährdeten Situation herauszukommen.

Ca. 45% der Asylanträge von Iranern werden anerkannt. Wie beurteilst Du die Kriterien, die zur Anerkennung bzw. Nichtanerkennung führen?

Als besonders schlimm empfinden wir, daß es nicht anerkannt wird, wenn Menschen nicht in den Krieg ziehen wollen. Krieg ist immer Wahnsinn, aber dieser ganz besonders. Kinder werden ohne Waffen vorgeschickt, um Minen zu suchen oder um durch lautes Schreien die irakischen Soldaten psychisch zu zermürben, indem sie auf Kinder schießen müssen. Kriegsdienstverweigerung ist unmöglich, sie wird hoch bestraft, bis hin zur Todesstrafe.

Was geschieht mit denen, deren Asylantrag abgelehnt wurde?

Bisher ist mir noch kein Fall von Abschiebung bekannt, zumindest nicht von denen, die nur einen Asylantrag gestellt haben. Aber ich kenne Menschen, die den ersten Antrag zurückgezogen haben und deren zweiter nun abgelehnt wurde. Sie sitzen seit vier Monaten in Abschiebehaft und sind akut gefährdet.

Was haben abgelehnte Asylbeweber im Iran zu erwarten, wenn, wie angestrebt, der Abschiebestop aufgehoben wird?

Das ist nicht bekannt — es wurde noch niemand abgeschoben — aber wo schon wegen einer sichtbaren Haarsträhne oder eines Bieres ausgepeitscht wird, ist Schlimmstes zu erwarten. Flucht ist doch etwas, was man gewagt hat, und so etwas duldet man dort nicht.

Aber auch wenn wir nicht glauben, daß tatsächlich abgeschoben wird, so sehen wir doch die Bemühungen, die Menschen psychisch so fertig zu machen, daß sie von alleine dieses Land verlassen wollen.

Wie verhalten sich andere Länder bei der Aufnahme von Iranern?

Außer der Türkei und Pakistan will sie kein Land mehr aufnehmen. Dänemark nimmt noch Geschwister dort lebender Iraner auf, Schweden tut auch das nur noch in seltenen Fällen. In die USA kommt nur, wer dort Bruder oder Schwester hat, selber aber unverheiratet ist, einer religiösen Minderheit angehört, besondere Beziehungen zur USA hat und nie zur Linken gehört hat.

Im Herbst soll das Asylverfahrensgesetz geändert werden, d.h. Nachfluchtgründe werden nicht mehr anerkannt. Welche Auswirkungen hat das?

Gerade bei Iraner/inne/n ist bekannt, daß sie im Ausland politisch aktiv sind. Viele Studenten z.B. haben sich erst hier politisiert, sind in linken Organisationen, wurden auf Demos gesehen oder haben Zeitungen verkauft. Diese sind natürlich, wenn sie zurück müssen, besonders gefährdet.

Wird das die politische Tätigkeit der hier lebenden Iraner/innen beeinflussen?

Ich glaube nicht, daß sie sich abschrecken lassen, aber sie werden es sehr schwer haben.

Welche Arbeit macht Euer Verein?

Der Verein ist vor ca. zweieinhalb Jahren entstanden. Wir waren schon vorher in der BRD, sprachen ein wenig deutsch und kannten uns mit den Ämtern aus. So konnten wir vielen Landsleuten helfen. Bald haben wir Dinge, die sich immer wiederholt haben, aufgeschrieben und Informationen verteilt. So ist unsere Organisation entstanden. Viele von uns waren früher anderswo organisiert, aber nun gibt es eine Krise — nicht nur bei uns. Z.B. die Weltanschauung, die ich früher hatte — ich denke nicht mehr daran. Ich habe viele Fragen, aber kein bestimmtes Konzept vor Augen. Ich denke, daß es jetzt vor allem wichtig ist, die Menschen zusammenzuhalten. Wir haben eine kleine Bücherei mit persischen Büchern, auch die Zeitungen der iranischen politischen Organisationen liegen hier aus. Die Leute hören Musik, spielen Schach. Es ist für uns wichtig, daß man in dieser Phase nicht untergeht.

Ich persönlich meine, wir Linken haben versagt. Wir wollten den Schah weghaben und demokratische Verhältnisse aufbauen, und das konnten wir nicht. Wir haben uns alle Mühe gegeben, aber es war unser Fehler, daß wir die Wirklichkeit nicht begriffen haben, wir hatten ein falsches Bild von unserer Gesellschaft. Wir Linken waren im Ausland, haben dort studiert, Bücher gelesen und Kapitalkurse besucht, und dann haben wir gedacht, wir könnten das alles verwirklichen. Wir haben die Menschen und die Verhältnisse dort nicht richtig erkannt, und deshalb haben wir auch versagt.

Das ist nun sieben Jahre her und die Phase der Resignation müßte doch überwunden sein?

Das ist nicht so, denn wenn man nichts Positives bewirken kann, ist man resigniert, und wenn es 20 Jahre dauert. Wir können gegen Chomeini nichts machen. Als der Schah regierte, konnten wir im Ausland viel machen. Er behauptete z.B. die Menschenrechte zu achten, wir konnten das Gegenteil beweisen. Chomeini aber sagt, daß er Menschen umbringt und dies sein Recht sei. Mit dem Schah haben wir einen Dialog gehabt. Wir wollten seinen Niedergang, wir haben einen Hungerstreik gemacht, um die Hinrichtung von zwölf Gefangenen zu verhindern. Auch das ist ein Dialog. Mit dem Chomeini-Regime ist das nicht möglich. Alle Welt weiß, welche Verbrechen dort begangen werden, wir können nichts aufklären, nichts leisten im Ausland. Wir können nicht gegen Chomeini kämpfen, nicht gegen ihn ankommen.

Wie beurteilst Du angesichts dessen die Situation der iranischen Linken im Ausland?

Für mich z.B. sieht es so aus, daß ich mich nicht mehr politisch betätigen möchte, jedenfalls nicht mehr im engeren Sinne, denn ich begreife auch den Verein als eine politische Aufgabe. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich noch einmal diskutiere, wie Arbeiter, Bauern und Intellektuelle leben sollen. Ich glaube, daß diese Schichten bzw. gesellschaftlichen Gruppen sich selber organisieren müssen, und aus dieser Organisierung heraus muß sich alles entwickeln.

Das ist das, was ich gelernt habe. Ich war im Iran in einer Frauenorganisation, jetzt leiste ich konkrete Arbeit, von der ich weiß, daß sie richtig ist. Es gibt natürlich iranische Organisationen, die im engeren Sinne politisch aktiv arbeiten, aber das sind nicht sehr

tion, jetzt leiste ich konkrete Arbeit, von der ich weiß, daß sie richtig ist. Es gibt natürlich iranische Organisationen, die im engeren Sinne politisch aktiv arbeiten, aber das sind nicht sehr

viele, in Westberlin so sieben oder acht. Aber zu politisch-theoretischen Veranstaltungen kommen nur 50 bis 70 Leute, das ist sehr wenig und sehr traurig.

Gibt es eine Verbindung zwischen Deiner vorwiegend praktischen Arbeit bzw. der des Vereins und der politisch-perspektivischen Arbeit in Bezug auf den Iran auch in Verbindung mit anderen Organisationen?

Wir kommen von Zeit zu Zeit zu einem Plenum zusammen und diskutieren die Situation und die Probleme im Iran und was man dagegen tun kann. Wir geben auch Informationsschriften über den Iran heraus. So kommen wir einander näher, und es ist ja nicht so, daß wir keine politische Arbeit leisten, wir haben eine konkrete Arbeit, die nur im engeren Sinne nicht politisch ist. Wir arbeiten mit politischen Organisationen zusammen, wenn es wichtig ist. Aber daß wir hier den Menschen im Ausland soviel Halt geben können, daß sie einmal in der Woche hierher kommen, ist für mich so beruhigend, so wertvoll.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gruppen in der BRD aus?

Wir arbeiten vorwiegend mit dem Flüchtlingsrat, in dem ja Kirchen, ai, AL, Liga für Menschenrechte etc. vertreten sind, zusammen. Geht man von politischen Organisationen aus, arbeiten wir mit der Alternativen Liste zusammen.

Trotzdem muß ich sagen, daß die Zusammenarbeit mit der AL und Linken nicht optimal ist. Wir finden, daß wir auch da als Ausländer behandelt werden, also zweitrangig und nicht genug beachtet. Wir fänden es richtiger, wenn wir bei unseren Themen als Betroffene an die Öffentlichkeit treten würden, und wir fänden es wunderbar, wenn die AL uns dabei unterstützen würde. Wir möchten nicht immer bevormundet werden.

Das Gespräch führten: I.J. u. B.A., KB Westberlin



... Ich glaube auch gar nicht, daß es der Chomeiny-Regierung darum geht, daß die Frauen Schleier tragen o.ä. Sie wollen den Menschen einfach Angst einjagen, damit sie sich auch woanders nicht widersetzen. Wenn ein Mensch Angst hat, hat er keinen Mut mehr, etwas gegen die Regierung zu sagen, hat keinen Mut mehr, irgendetwas zu machen. Ich halte es auch für falsch, wenn gesagt wird, sie wollten den wahren Islam ...

Heißer Anti-AKW-Sommer in Italien

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat auch in Italien eine neue und gestärkte Anti-AKW-Bewegung hervorgerufen, die während der Sommermonate in zahlreichen Aktivitäten ihren Ausdruck fand. Knapp eine Million Unterschriften für das Referendum gegen die Atomenergie, getragen von Democrazia Proletaria, Lotta Continua, der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei FGCI, Partito Radicale, Lega per l'ambiente, den Grünen und der Tageszeitung „Il Manifesto" wurden am 6. August 1986 — am Jahrestag von Hiroshima — in Rom übergeben. Dabei wurde die erforderliche Zahl von 500.000 Unterschriften bei weitem übertroffen, was von den Organisatoren als erster großer Erfolg gewertet wird. Diese Unterschriften müssen jetzt den ‚Kassationshof' und das ‚Verfassungsgericht' zur Überprüfung passieren, die über die endgültige Zulassung des Referendums entscheiden werden. Bei positivem Entscheid wird im Frühjahr 1987 eine Volksabstimmung stattfinden:

- Abschaffung der Möglichkeit der Regierung, AKWs gegen die Haltung der unmittelbar betroffenen Kommunen durchzusetzen.
- Abschaffung der speziellen Staatszuschüsse für die Kommunen beim Bau eines Atomkraftwerks.
- Verbot für die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL, sich am Bau von Atomanlagen im Ausland zu beteiligen.

Abgesehen von dem Referendum fand die Anti-AKW-Bewegung in zahlreichen Blockaden, Camps und Demonstrationen, die mehrheitlich von linksradikalen und autonomen Gruppen getragen wurden, in ganz Italien ihren Ausdruck. Direkte Aktionen und Aufklärung der Bevölkerung vor Ort standen dabei im Mittelpunkt. Den größten Erfolg verbuchte die Blockade eines der größten im Bau befindlichen europäischen AKWs in Montalto di Castro (Latium). Anläßlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf

den dabei im Mittelpunkt. Den größten Erfolg verbuchte die Blockade eines der größten im Bau befindlichen europäischen AKWs in Montalto di Castro (Latium). Anläßlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf

Hiroshima blockierten ca. 500 AKW-Gegner die Eingangstore des Werks. Der Versuch der Polizei und der Carabinieri (eine dem Militär unterstellte Einsatztruppe), mit Gewalt unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas die Blockade aufzulösen, hatte einige Verletzte zur Folge, wurde aber durch das entschlossene Auftreten und durch die Gegenwehr der Blockierer verhindert.

Bevor die 200 Carabinieri und Polizisten Verstärkung herbeirufen konnten, um neue Provokationen zu starten, traf um 6.30 Uhr die erste Schicht der Arbeiter vor den Toren des Baugeländes ein. Schon einige Tage vor der Blockade hatten sich die Organisatoren des Camps von Montalto die Castro mit Arbeitern des Werks in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zu besprechen. Während die Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL noch am Vortage der Blockade abgelehnt hatten, „gemeinsame Sache" mit den Camp-Teilnehmern zu machen, stieß das Angebot bei den Arbeitern auf große Resonanz. Die 2.000 Arbeiter der Frühschicht solidarisierten sich mit den Blockierern, sodaß keiner das Werksgelände betrat. Die Blockade wurde in Form einer Versammlung und eines Diskussionsforums fortgeführt, in der die Gewerkschaftsführung gerade von Seiten der Arbeiter heftige Kritik für ihre Haltung erntete. In dieser Situation sah sich die Gewerkschaftsführung gezwungen, den Arbeitern in einer Erklärung freizustellen, sich an der Blockade zu beteiligen, an der die Arbeiter de facto schon seit den frühen Morgenstunden teilnahmen. Die Erwartung der Arbeiter, daß die Gewerkschaften zum Streik aufriefen, wurde enttäuscht. Trotzdem wurde weiter gestreikt und auch zur zweiten Schicht fanden sich nur 30 von 2.000 Arbeitern ein, die das Werksgelände betraten, obowhl zu diesem Zeitpunkt die Blockade von Seiten der Campteilnehmer schon aufgelöst worden war.

Dieser Erfolg kann nicht hoch genug

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

eingeschätzt werden, da es dr Bewegung zum ersten Mal gelang, gemeinsam mit den Arbeitern des Werkes eine Aktion gegen die ,,Atommafia'' und gegen die auf Atomenergie orientierten Gewerkschaften durchzuführen. Für das Gelingen der Aktion gibt es zwei Gründe:

— Die Kontaktaufnahme mit den Arbeitern bereits vor der Blockade
— und die besonders schlechte Arbeitssituation und Gefährdung der Arbeiter im AKW (3-Schichtsystem, Überstunden, Beschwichtigung und bewußt falsche Information über die Gefahren).

Der Trägerkreis des Referendums unterstützt die Blockaden nicht. Im Gegenteil, ,,Il Manifesto'', seit einiger Zeit immer mehr auf Gewerkschaftskurs, minderte durch falsche Berichterstattung den Erfolg der Blockade.

Das Problem der italienischen Anti-AKW-Bewegung ist, daß sich zwei Flügel recht unversöhnlich gegenüberstehen. Auf der einen Seite der Trägerkreis des Referendums, der direkte Aktionen sowie gemeinsames Handeln mit ,,Autonomen'' ablehnt und auf den legislativen und parlamentarischen Weg setzt, auf der anderen Seite der ,,linksradikale Flügel'', der selbst das Referendum ablehnt. Am Referendum wird kritisiert, daß die Fragestellung nicht ist: ,,AKWs — ja oder nein'' (was aufgrund der bestehenden Gesetze nicht möglich ist), und daß selbst wenn dem Referendum stattgegeben würde und sogar eine Mehrheit sich für das Referendum ausspräche, damit noch kein AKW stillgelegt würde, geschweige denn neue Projekte verhindert werden könnten.

Trotz der Spaltung der Anti-AKW-Bewegung hat sie eine Stärke und Handlungsfähigkeit erlangt, die noch bis vor wenigen Monaten undenkbar schien. Für September sind weitere Camps an Bauplätzen geplant. Dort wird man weitersehen.

Wie auch immer: ,,Es tut sich wieder was unter Italiens Sonne''.

Uwe (z.Zt. Perugia)
Patrick (West-Berlin)

Camps an Bauplätzen geplant. Dort wird man weitersehen.
Wie auch immer: ,,Es tut sich wieder was unter Italiens Sonne''.
Uwe (z.Zt. Perugia)
Patrick (West-Berlin)

Anti-AKW-Bewegung in Honkong gegen rotchinesischen Reaktor

Mehr als eine Million der fünf Millionen Einwohner von Hongkong hat per Unterschrift gegen ein geplantes Atomkraftwerk protestiert, das die VR China in 50 Kilometer Entfernung von der Stadt auf ihrem Territorium bauen will. Trotz der Proteste hält China an seinem Projekt fest.

Hongkong, das 1997 von der britischen in die chinesische Hoheit wechseln wird, soll mit 70 Prozent des Atomstroms aus dem geplanten Reaktor versorgt werden. Der Reaktor mit einer anvisierten Leistung von 1.800 Megawatt wird von der VR China gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien entwickelt. Das Projekt, das schon seit sieben Jahren in Planung ist, wurde bislang von der Hongkonger Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen. Doch nach dem Unfall von Tschernobyl hat sich das Blatt gewendet: Kürzlich sprachen sich in einer Umfrage 72 Prozent der Einwohner gegen den Atomreaktor aus. Über 100 Organisationen haben sich zu einer Bewegung gegen das Projekt zusammengeschlossen.

Politische Beobachter führen die erhöhte Sensibilität unter anderem darauf zurück, daß das politische Interesse der Hongkonger insgesamt stark gestiegen sei, nachdem sich Unsicherheit über die politische Zukunft der Kolonie breit gemacht hat. Bisher haben China, Frankreich, Großbritannien und Hongkong erst eine gemeinsame Absichtserklärung für den Bau des Atomkraftwerks unterschrieben. Ein endgültiger Vertrag soll bis September unterzeichnet werden. Obwohl der Anti-Atom-Protest das Verhältnis Hongkongs zu Peking in eine politische Krise gestürzt hat, hält die VR China an ihren Atom-Plänen fest.

ch.

(Nach ,,El Pais'', 24.7.86)

Nach dem Hamburger Kessel:
Die SPD hat viel dazugelernt

Zwei Monate nach der von ihm zu verantwortenden spektakulären Kessel-Aktion am Tag nach der Brokdorf-Demonstration hat es Hamburgs Innensenator Lange nun also doch erwischt: er mußte zurücktreten. Allerdings nicht wegen des Kessels. Denn so läuft das nun mal im sozialdemokratischen Hamburg: Wegen des in die Hose gegangenen ,,Probelaufs'' einer neuen Polizeitaktik, der inzwischen ganz offiziell als rechtswidrig gilt, braucht niemand den Hut zu nehmen. Soll er auch nicht, denn das würde ein fatales Signal für die Zukunft setzen. *,,Auch Politiker können Fehler machen''* (Dohnanyi), und es wäre doch noch schöner, wenn ein Politiker dem Druck der Straße und des linken Pöbels geopfert werden würde. Wenn in Hamburg einer geopfert werden muß, dann gefälligst der Springerpresse. Und so geschah es. Die Schüsse eines St.Pauli-Killers, der im Polizeipräsidium seine Frau und sich selbst erschoß, vorher aber noch einen Staatsanwalt mit auf die Reise nahm, war ein geeigneter Anlaß. Zusammen mit Lange mußte die von der Springerpresse seit ihrem ersten Amtstag angegeiferte liberale Justizsenatorin Leithäuser gehen. Langes Rücktritt signalisiert nun nicht etwa: ,,Soweit darf die Polizei nicht gehen'', sondern: ,,Der Staat muß mehr Härte gegen Rechtsbrecher zeigen.'' Nicht einmal eine ganz kleine Protestdemonstration gab es aus Anlaß dieser bemerkenswerten Beendigung der Kessel-Affäre. Kein Murren der offensichtlich sehr überschätzten SPD-



Linken ist zu vernehmen. Die GAL hat mit ihren Programmdebatten für den kommenden Wahlkampf mehr zu tun, als ihr gut tut. Und in der ,,taz'' leitartikelt Biertischstratege th.j. immer noch von der inneren Zerrissenheit und Schwäche der SPD.

So absurd es auf den ersten Blick wohl aussehen muß: die öffentlich eingestandene Pleite mit dem Hamburger Kessel wird mit einem kräftigen Rechtsruck beantwortet. Langes Nachfolge übernahm, zunächst bis zur Bürgerschaftswahl im November, dessen Vorgänger im Amt, Pawelczyk. Ein tüchtiger und zupackender Mann, gegen den Lange tatsächlich wie ein Idiot wirkte, aber ganz sicher das Gegenteil eines Liberalen. Und sofort wird ,,durchgegriffen'', wie es in der BILD mit Freude und Sympathie heißt. 13 Millionen werden bereitgestellt, ,,um Hamburg wieder sicherer zu machen''. Mehr als die Hälfte des Geldes ist für die Einstellung zusätzlicher Polizisten vorgesehen. Speziell für Demo-Einsätze werden neue Polizei-Fahrzeuge mit besonders hoher Mobilität angeschafft, außerdem modernere Funkgeräte, Foto- und Filmapparate.

Was sich da abspielt, war vorauszusehen. Sobald klar war, daß der Kessel-,,Probelauf'' ganz unerwünschte politische Reaktionen hervorgerufen hatte, legten Senat und Polizeiführung sich auf die Pannen-Version fest. Selbstverständlich nicht aus böser Absicht, sondern aufgrund von Fehlern, Versäumnissen und Mängeln sei es zu der unvertretbar langen Dauer der Einkesselung und zu den bekannten unwürdigen Bedingungen gekommen. Das fing an mit der haarsträubenden Geschichte, daß die Polizei die Eingeschlossenen zu keinem Zeitpunkt durchgezählt habe, daher deren Zahl und die sich beim Abtransport ergebenden Probleme unterschätzt habe. Dann die Behauptung, die Polizei sei wegen ein paar Hundert Demonstranten außerhalb des Kessels stundenlang nicht in der Lage gewesen, die Eingekesselten wegzufahren. Wer beispielsweise beobachtet hat, wie die gleiche Polizei während der Springer-Blockade in wenigen Minuten freie Fahrt für die Zeitungs-LKWs zu knüppeln verstand, kann angesichts von soviel plötzlicher Durchsetzungsschwäche nur staunen. Nachdem der Weg endlich frei gewesen sei, habe es an Fahrzeugen gefehlt, um die Eingefangenen zu verladen. Sogar die Beschlagnahme von HVV-Bussen habe man erwogen. Andererseits sei es aber gar nicht ein Mangel an Transportmitteln gewesen, der der die Leerung des Kessels so sehr verzögerte. Autos habe es eigentlich genug gegeben, aber das totale Chaos mit den Aufnahmeplätzen für die Gefangenen in Polizeiwachen u.ä. habe sich lähmend ausgewirkt. Niemand habe einen Überblick gehabt, wo noch Plätze frei waren und wo nicht; die Beamten auf den Wachen seien der ungewohnten Aufgabe nicht gewachsen gewesen, so daß Transportwagen über eine Stunde vor Wachen warten mußten; Fahrzeuge seien hilflos quer durch die Stadt von einer belegten Wache zur nächsten gerast, um irgendwo die Gefangenen abladen zu können. Chaos, wohin das Auge schaut. Also klar: wer eine Wiederholung des Kessels vermeiden will, und das wollen in dieser Freien und Hansestadt selbstverständlich alle, muß das Chaos beseitigen. Die Polizei braucht Mittel und Strukturen, um in angemessenem, menschlich und sozialdemokratisch vertretbarem Tempo 800 Gefangene, oder nötigenfalls auch mal mehr, reibungslos auf Wachen oder größere Sammellager zu verteilen. Mobile Klos sollten bereit stehen, auch eine höhere Zahl an Polizistinnen wäre nicht schlecht. Polizeiliche Härte und Effektivität, bitte schön, aber ohne häßliche Randerscheinungen. Wir leben schließlich nicht in Chile oder Südafrika.

Der von SPD und CDU gemeinsam vertretene Bericht des Innenausschusses über die ,,Vorkommnisse'' des 8.Juni ist in dieser Hinsicht eine reiche Fundgrube. Der Bericht werde möglicherweise niemandem völlig gefallen, denn ausgewogen und differenziert habe man die Dinge ,,nach beiden Seiten rückhaltlos'' untersucht und bewertet. *,,Die polizeiliche Gefahreneinschätzung war tendenziell richtig, die Vorwürfe der eingeschlossenen Demonstranten sind es vielfach auch.''* Die Polizisten könne man gut verstehen, wie sie da gemartert von Überstunden und bespuckt vom linken Pöbel bis zur Selbstverleugnung ihre Pflicht tun, bis ihnen, menschlich sehr verständlich, aber doch nicht ganz in Ordnung, gelegentlich eine kleine Überreaktion passiert. Aber auch die Frustrationen der Brokdorf-Demonstranten, die am Vortag im Stau steckengeblieben waren, können die SPD- und CDU-Vertreter im Innenausschuß ,,nachvollziehen''. Doch, genauso steht es da. Man war ja schließlich auch mal jung und nicht immer ein Musterknabe.

Dann das bekannte Motiv: Die Trennung der gewalttätigen Spreu vom friedlichen Weizen gestalte sich nach Tschernobyl sehr schwierig. Eine anscheinend überwiegend friedliche Menge sympathisiert dann doch mit den Gewalttätern, schirmt sie ab. Vor diesem Hintergrund sei von SPD-Abgeordneten nach der ersten Tschernobyl-Demo (13.Mai) die Frage gestellt worden, *,,ob ein neues polizeitaktisches Konzept erarbeitet werde, um bei zukünftigen Demonstrationen diesem neuen Verhalten begegnen zu können.''* Der Senat habe dies bejaht. Das Ergebnis konnte am 8.Juni begutachtet werden. Wir wissen nun, daß der Anstoß dazu direkt von der SPD ausging.

Im Innenausschuß-Bericht wird festgestellt, daß angesichts der *,,kapazitären und organisatorischen sowie planerischen Defizite der Polizei''* ein Abbruch der Einkesselung um ungefähr 15 Uhr nötig gewesen wäre. Die Eingeschlossenen noch länger festzuhalten, sei einer Art Geiselnahme gleichgekommen. Zudem habe sich die Polizei über die Zusammensetzung der Eingeschlossenen geirrt; die Mehrheit dort sei nicht gewalttätig, sondern friedlich gewesen.

Das Fazit des Berichts verdient eine ausführlichere Zitierung: *,,Nach Auffassung des Ausschusses hat die Zahl der zur Gewalt bereiten Personen zugenommen ... Auch die Zahl derjenigen Teilnehmer, die zwar den Schritt, selbst Gewalt auszuüben, (noch) nicht zu gehen bereit sind, wohl aber billigen, daß andere Teilnehmer dies tun, nimmt augenscheinlich zu. Zur Überwindung dieser fast unlösbaren Schwierigkeiten für die Polizei im Einsatz gibt es keine Patentrezepte. Keinerlei neue Polizeitaktik wird es objektiv möglich machen, einige hundert Straftäter gleichsam chirurgisch aus einer großen Menschenmenge von mehreren tausend oder gar zigtausend Demonstranten herauszugreifen, ohne daß stets die Gefahr besteht, daß auch friedliche Demonstranten in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies gilt um so mehr, wenn die Erfahrung noch zunehmen sollte, daß eine bestimmte, ebenfalls insgesamt kleine Gruppe scheinbar friedlicher Teilnehmer bereit ist, die aktiven Gewalttäter letztlich zu decken, sie z.T. aktiv vor dem Zugriff der Polizei abzuschirmen, sich jedenfalls mit ihnen zu solidarisieren.''*

Zwar kein Patentrezept, aber einige Ratschläge enthält der Bericht denn doch. Beispielsweise: Es sei falsch gewesen, die Hamburger Bereitschaftspolizei am 8.Juni nach Brokdorf zu schicken. Besser hätte man sie in Hamburg behalten sollen, um dann gleich morgens *,,die 1500 gewaltbereiten Personen an der Spitze des Hamburger Zuges abzuschneiden''*. Einzukesseln, oder wie ist das gemeint? Jedenfalls, die Einbeziehung der Einschließung in den ,,polizeilichen Handlungskatalog'' sei vertretbar. Allerdings seien die bisher mit dieser Taktik bundesweit gemachten Erfahrungen weitgehend negativ. *,,Nur als allerletztes polizeiliches Mittel''* komme eine Einkesselung in Frage.

Zusätzlich zum Bericht des Innenausschusses ist die Senatsstellungnahme vom 1.Juli zu betrachten. Der Senat gibt dort als sein zentrales Ziel die ,,Isolierung der Gewalt'' an. Gewalt gehe in der Regel nur von wenigen aus. Eine wichtige Aufgabe der Regierenden sei die Aufspaltung zwischen ,,Friedfertigen'' und ,,Gewalttätigen'' schon im Vorfeld der Demonstration. Dies sei zunehmend schwieriger. Um die ,,Isolierung der Gewalt'' zu erreichen, seien vielfältige Schritte nötig: 1.,,Eine überzeugende Reformpolitik''; 2.Eine Verurteilung der Gewalt durch alle Parteien, insbesondere müsse dies von der GAL gefordert werden; 3.Mitwirkung der Veranstalter; 4.,,*Eine schnelle Identifikation und Ingewahrsamnahme von Straftätern am Ort der Demonstration, sowie ihre schnelle Übergabe an die Gerichte und deren schnelle Urteilsfindung.''* Besonders betont wird die Notwendigkeit des ,,Dialogs im Vorfeld''. Teilen der Anti-AKW-Bewegung soll eingeredet werden, daß dieser SPD-Senat an einer Reformpolitik interessiert sei. Dann sollte der Senat aber nicht vergessen, ein paar Flaschen Schnaps zum Dialog mit auf den Tisch zu stellen. Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft im Jahre 2020 ist ohne ein paar Doppelte doch wirklich kein attraktives Angebot. Interessanter könnte da schon die Überlegung des Senats werden, Veranstalter von Demonstrationen zukünftig stärker in die Pflicht zu nehmen: *,,Die Organisation einer angemeldeten Demonstration ist rechtzeitig mit den Organisatoren abzusprechen. Mögliche Störfaktoren sind offen anzusprechen und Beratungen darüber aufzunehmen, wie diese Störfaktoren zu vermeiden sind. Aus dieser Sicht war es ein Fehler Hamburger Politik, angesichts der erkennbaren, möglichen Verhaltensweise für die Demonstration in Brokdorf nicht sofort mit denn friedfertigen Organisatoren und Gruppen der Demonstration über die*

angemeldeten Demonstration ist rechtzeitig mit den Organisatoren abzusprechen. Mögliche Störfaktoren sind offen anzusprechen und Beratungen darüber aufzunehmen, wie diese Störfaktoren zu vermeiden sind. Aus dieser Sicht war es ein Fehler Hamburger Politik, angesichts der erkennbaren, möglichen Verhaltensweise für die Demonstration in Brokdorf nicht sofort mit denn friedfertigen Organisatoren und Gruppen der Demonstration über die

wahrscheinlichen Folgen des von den autonomen Gruppen geplanten Ablaufes und über Möglichkeiten der Abhilfe ausdrücklich zu sprechen. So hätte mit den friedlichen Gruppen der Veranstalter über die Absicht der autonomen Gruppen, sich an die Spitze des Zuges nach Brokdorf zu setzen, gesprochen werden müssen, um gegensteuernde Maßnahmen auch aus dem Kreise der friedfertigen Demonstranten zu ermöglichen.''

Der Druck auf die GAL, nicht bloß auf Kommando Gewalt-Distanzierungen zu blöken, sondern sich direkt in polizeiliche und sozialdemokratische Vorfeld-Taktiken einbinden zu lassen, soll offesichtlich zunehmen. Die SPD kennt natürlich alle Schwachstellen der GAL. So die Tatsache, daß die GAL mit ihren alles andere als militanten Vorstellungen in der Grünen Partei bereits weitgehend isoliert ist. In der Partei insgesamt sind Bücklinge vorm staatlichen Gewaltmonopol angesagt, und es ist nicht zu erkennen, wie sich die GAL diesem Sog auf Dauer entziehen könnte.

Die GAL insgesamt hat in der Kessel-Debatte kein eindrucksvolles Bild geboten. Stark war der Einsatz des GAL-Abgeordneten Michael Herrmann für die Eingekesselten am 8.Juni selbst. Auch im Innenausschuß hat er, zusammen mit seinem Kollegen Rainer Schmidt, weithin gut agiert. Eine Dummheit der beiden war allerdings, an der dritten Kessel-Sitzung des Ausschusses nicht mehr teilzunehmen, weil die Polizeiführung nicht erschienen war. Das beeindruckte niemanden und wirkte als reine Selbstbestrafung. Eine Reihe zweckmäßiger Fragen insbesondere an Innensenator Lange konnte dadurch nicht gestellt werden. Außerdem nützten CDU und SPD die Selbstverabschiedung der GAL, um unter sich den Abschlußbericht des Ausschusses auszuhandeln. Eine Gegenstellungnahme der GAL, die zunächst für sinnvoll gehalten worden war, scheint nicht mehr zustande zu kommen. Auch sonst ist von der GAL kaum noch etwas zur Sache zu hören. Sie scheint an einem Tiefpunkt ihrer Politik- und Interventionsfähigkeit angekommen zu sein, ohne daß dies wenigstens als Defizit wahrgenommen würde. Die Lage wäre sogar absolut trostlos, wenn es nicht den Einsatz von ein paar engagierten Einzelkämpfern gäbe.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Von der Gewaltdebatte ...

Die Gewaltdebatte lenke von den inhaltlichen Zielen ab, ist ein gern geäußertes Distanziererargument. Das ist nicht falsch und entspricht durchaus dem staatlichen Kalkül. Nur ist deshalb die Schlußfolgerung richtig, daß man dem Staat keinerlei Vorwände für eine solche Debatte liefern dürfte, indem man sich auf Spielregeln für die Äußerungsformen des politischen Protests einigt, um den Rücken freizuhaben für die inhaltliche Auseinandersetzungen um Mehrheiten im Volk für eine andere Politik? So keimfrei gedacht, so unrealistisch ist ein solches Politikkonzept, da es die äußeren und inneren Bedingungen für gewaltsame Ausbrüche schlicht ignoriert. Als hätte es den brutalen US-Überfall auf Libyen und Tschernobyl nicht gegeben. Die Angst und die Wut über die herrschende Politik findet bekanntlich keine Entsprechung in den politischen Entscheidungen. Polizei statt Politikänderung ist die übliche und erfahrene Reaktion. Das hat die 68er APO erfahren, das erfuhr die Anti-AKW-Bewegung Mitte der siebziger Jahre, das war die Reaktion auf die Rekrutenvereidigungen und Häuserkämpfe zu Anfang der achtziger Jahre. Und der Minderheit, die sich in diesen Auseinandersetzungen engagiert, ist auch bekannt, daß dies unter SPD-Regierungen nicht wesentlich anders ist, als unter CDU-Herrschaft. Wer wie die Schreiber des Offenen Briefes nach dem Libyen-Überfall und Tschernobyl schreibt, *„wir sind überzeugt, daß die einzige wirkungsvolle Antwort auf all das nur die eigene Gewaltfreiheit sein darf"*, der mag damit zwar sein eigenes Bekenntnis darstellen, kann aber für sich nicht in Anspruch nehmen, daß ihm zwangsläufig geglaubt wird, daß sich dann auch etwas ändert.

Die prinzipiell Gewaltfreien haben unrecht, wenn sie behaupten, gewaltsame Aktionen würden uns nur schaden und den Umkehrschluß nahelegen. Sowohl die APO, als auch die alte Anti-AKW-Bewegung, als auch die militanten Häuserkämpfer, als auch die „Fighter" von Wackersdorf haben indirekt durchaus positive Auswirkungen auf die öffentliche Meinungsbildung, die Werbung für ihre Anliegen und Teilerfolge gehabt, wenn sie auch in der unmittelbaren Konfrontation meist Repressionen ausgesetzt waren. Dies wird rückblickend zumeist nicht einmal von bürgerlicher Seite bestritten.

Den Grünen dürfte es eigentlich nicht unbekannt sein, daß die öffentlich nachvollziehbaren Erfahrungen in solchen Auseinandersetzungen ihnen überhaupt erst den Einzug in die Parlamente ermöglichten. Warum soll also heute das falsch sein, was einstmals zu dem Bewußtsein führte, auf dessen Grundlage viele heute nicht mehr nur CDU oder SPD wählen? Der grüne Trend zur Überbetonung parlamentarischer Möglichkeiten und Einflußnah-
Grundlage viele heute nicht mehr nur CDU oder SPD wählen? Der grüne Trend zur Überbetonung parlamentarischer Möglichkeiten und Einflußnah-
me auf der Basis heutigen gesellschaftlichen Bewußtseins führt zwangsläufig zur Anpassung an das herrschende Bewußtsein, treibt die Grünen weiter in Richtung Realo-Politik und in die Arme der SPD. Parlamentarisch ist heute kaum das durchsetzbar, was die SPD verspricht. Die vielbeschworenen Mehrheiten in der Friedensfrage gegen die Raketen und gegen die AKWs — so wichtig sie als Gradmesser für bewegende Themen sind — sind Umfragemehrheiten, die nichts über Konsequenz und Bereitschaft, eine solche Meinung in die Tat umzusetzen, aussagen. Auf der politischen Ebene sind sie — siehe Niedersachsenwahl — im günstigeren Falle Stimmen für ein sozialdemokratisches Umstiegskonzept in der AKW-Frage. Diejenigen, die eine konsequente Änderung wollen, sind trotz solcher Mehrheiten in der Minderheit. Grüne, die nicht wollen, daß die eigene Partei ihre Wirkungsmöglichkeit nur noch aus der Juniorpartnerschaft zur SPD bezieht, müßten daher alles daran setzen, Bewegungen wie der gegen die AKWs wieder Spielraum zu verschaffen, daß neuer gesellschaftlicher Druck entstehen kann und sollten jene bremsen, die jetzt wie auf Kommando dem öffentlichen Meinungsdruck mit öffentlicher Ausgrenzung begegnen.

Schließlich sei den öffentlichen Apellanten für die Gewaltfreiheit auch gesagt, daß gewaltsame Auseinandersetzungen ja nicht nur Teil einer politischen Strategie sind, sondern häufig genug auch die Ausnutzung der Gelegenheit, diesem Scheißstaat und dieser ignoranten Gesellschaft (man beobachte beispielsweise die widerliche Asyldiskussion) eins auszuwischen, Rache für die angerichteten Schweinereien zu nehmen. Das ist zweifellos nicht immer vernünftig und selbstbeherrscht, aber zumindest verständlich. Die politische Isolierung von Gewalttätern, wie gefordert, würde damit nicht ein Problem lösen, wohl aber dazu beitragen, eine gesellschaftliche Minderheit zu isolieren und zu kriminalisieren. Eine solche Gewalt- und Distanzierungsdebatte ist nicht nur falsch, sondern schädlich. Die Grünen und ihre Freunde würden sich damit in einen Dauerclinch mit den politischen Bewegungen begeben, aus denen sie einstmals ihre Kraft bezogen.

Genausowenig kann die von autonomer Seite geführte Debatte um die Vereinseitigung militanter Kampfformen nützlich sein und nur in die Sackgasse führen. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß eine hierauf aufbauende politische Strategie nicht viel mehr kann, als spontan auf äußere Einflüsse reagieren, um sich danach in großer Zahl ratlos zurückzuziehen und in kleiner Zahl Sabotage zu praktizieren. Die Ignoranz gegenüber anderen Formen politischer Einflußnahme, gegenüber Bündnissen, gemeinsamen Aktionen und Kompromissen, gegenüber einfachen Demonstrationen und Blockaden, Volksentscheiden und politischem Druck auf Wahlentscheidungen, mag zwar dem eigenen Bauch entgegenkommen, ignoriert aber, daß die Existenz breiter politischer Bewegungen überhaupt erst die Aktionsbasis dafür schafft, gezielte Störungen bei der Planung und Verwirklichung politischer Vorhaben der Gegenseite zu organisieren. Wackersdorf aktuell ist ein gutes Beispiel dafür, daß allein der ständige und militante Kampf am Baugelände im Widerstand gegen die WAA nicht das Problem beseitigt, daß die empörte Oberpfälzer Bevölkerung sehr wohl noch das Vertrauen in die Verwirklichung ihrer Anliegen über die Parlamente hat und es vielen nicht egal ist, wer die Regierungsverantwortung trägt. Selbstverständlich ist daher das Ergebnis einer Landtagswahl auch ein Gradmesser dafür, wieweit sich das politische Bewußtsein nicht nur auf der Ebene, „Keine WAA in der Oberpfalz" artikuliert, sondern auch,
Gradmesser dafür, wieweit sich das politische Bewußtsein nicht nur auf der Ebene, „Keine WAA in der Oberpfalz" artikuliert, sondern auch,
ob die Leute nicht mehr CSU wählen. Allein auf der Basis des Tschernobyl-Effekts militante Aktionen in Wackersdorf und Brokdorf zu planen, ist für die Linke keine durchhaltbare Politik. Schon jetzt, nur vier Monate später, ist die Sackgasse erkennbar. Sonst könnte sich die Distanziererfraktion nicht so massiv behaupten wie derzeit. Also heißt es, sich nicht weiter zu isolieren, sondern den politischen Kampf gegen die Ausgrenzer aufzunehmen. Die heutigen grünen Distanzierer brauchen genauso einen Dämpfer wie 1983 die „Staatsvertrags"-Strategen aus dem Lager der Friedensbewegung. Die bisherigen Auseinandersetzungen um die Hanauer Großaktion zeigen, daß die neu-grüne Linie nicht ohne weiteres durchsetzungsfähig ist. Das zumindest sollte doch die linken Grünen wieder ermutigen.

hr.











Gewaltdebatte wenn, dann bitte ernsthaft: Abrüstung der Polizei ...



Offener Brief an die Anti-Atombewegung

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wir wenden uns heute in der Überzeugung an Euch, daß die Anti-Atombewegung nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie sich zur absoluten Gewaltfreiheit bekennt und damit eine Chance hat, immer mehr Menschen für sich zu gewinnen.

Leider haben wir in den letzten Wochen erlebt, wie bei den großen Anti-Atom-Demonstrationen im Norden und Süden unseres Landes militante Polizeitruppen und kleine Minderheiten gewalttätiger Demonstranten in blutigen Auseinandersetzungen eine Gewalteskalation provoziert haben, deren Leidtragende in erster Linie die gewaltfrei Demonstrierenden gewesen sind.

Auf der Strecke geblieben ist aber auch unsere Hoffnung, mit diesen Demonstrationen bisher noch abseits Stehende zu mobilisieren, um so der Verwirklichung unserer Forderungen ein Stück näher zu kommen. Auch unserem berechtigten Protest gegen die von der Polizei geübte Gewalt und gegen Polizeimethoden, wie man sie bisher nur von menschenverachtenden Diktaturen gewohnt war, ist durch eine Handvoll gewalttätiger Demonstranten viel Wirkung genommen worden. Darüber hinaus ist durch die aufbrandende Gewaltdiskussion unser Anliegen, der Kampf gegen Atomstaat, mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden.

Wir haben deshalb überhaupt kein Verständnis für die unklare Haltung, die eine Mehrheit der Delegierten verschiedener Gruppierungen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung beim Koordinierungstreffen in Frankfurt am 28./29. Juni in der Gewaltfrage eingenommen hat. Wir halten es auch für ein Zeichen von Schwäche und Unentschiedenheit, nicht von Solidarität, wenn in der Schlußresolution dieses Treffens eine eindeutige Absage an Gewalt bei Demonstrationen nicht für nötig gehalten wurde.

Gewalttäter in unseren Reihen müssen heute wissen, daß sie nicht uns helfen, nicht unserer Sache nützen, sondern gewollt oder ungewollt die Geschäfte unserer Gegner besorgen, wenn sie Seite an Seite mit bezahlten Provokateuren agieren, als wären sie eine Hilfstruppe der Atomlobby und des von uns abgelehnten Atomstaates.

Gewalttäter in unseren Reihen müssen deshalb auch wissen, daß sie nicht mit unserer Solidarität rechnen können, solange sie das von uns vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit nicht respektieren wollen.

Natürlich sind wir nicht so steril und leidenschaftslos, daß uns ein provozierend-martialisches Auftreten der Polizei, ihre oft erlebte Brutalität und Willkür kaltlassen würden. Zorn und Abscheu erregen uns dann nicht weniger als Euch auch. Und wir verstehen sehr gut das Aufbegehren gegen solchen Staatsterror, das Sich-wehren-wollen gegen Wasserwerfer, CS-Gas und Schikanen.

Doch wir sind überzeugt, daß die einzig wirkungsvolle Antwort auf all das nur die eigene Gewaltfreiheit sein darf, so schwer die dazu nötige Selbstbeherrschung auch fallen mag. Wer allerdings schon mit Stahlkugeln, Schleudern und Brandflaschen ankommt, kann sich auf solche Emotionen ohnehin nicht berufen. Er kann und darf nicht unser Verbündeter im gewaltfreien Kampf gegen Atom- und Polizeistaat sein.

Dieser gewaltfreie Kampf bedeutet nicht passives Erdulden. Er erhält Bedeutung und Wirkung vom massenhaften, zivilen Ungehorsam, phantasievoll geplant und überraschend eingesetzt. Deshalb gilt es, aus vergleichbaren Situationen in anderen Ländern zu lernen und wirkungsvolle Aktionsformen des gewaltfreien Kampfes auch bei uns zu entwickeln. Trage jede und jeder wo immer möglich dazu bei!

Vor allem aber appellieren wir an Euch, von den in der Anti-Atombewegung zusammengeschlossenen Gruppen, in denen Ihr mitwirkt, ein klares Bekenntnis zum gewaltfreien Protest und eine unmißverständliche Absage an Gewalt bei unserem so notwendigen Widerstand gegen die menschen- und zukunftsgefährdende Atomenergie zu fordern. Und wir bitten Euch, bei künftigen Demonstrationen durch überzeugendes gewaltfreies Handeln mitzuhelfen, daß Gewalttäter keine Chance mehr haben, unseren Zielen so massiv zu schaden, wie sie das in den letzten Wochen leider getan haben.

In voller Solidarität mit der gewaltfreien Anti-Atombewegung grüßen wir Euch herzlichst!

Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Carl Amery, Gert Bastian, Till Bastian, Lukas Beckmann, Horst Bergmann, Christiane Bergmann-Gollwitzer, Wolf Biermann, Karl-Heinz Böhm, René Böll, William Borm, Wolfgang Daniels, Ingeborg Drewitz, Ossip Flechtheim, Marianne Fritzen, Helmut Gollwitzer, Norbert Greinacher, Gerald Häfner, Roland Jahn, Gernot Jochheim, Robert Jungk, Petra K. Kelly, Ulrich Klug, Lew Kopelew, Konrad Lübbert, Claus Offe, Eva Quistorp, Uta Ranke-Heinemann, Fritz Rau, Horst-Eberhard Richter, Otto Schily, Heinrich Schirmbeck, Hans Schuierer, Jürgen Seifert, Dorothee Sölle, Wolfgang Sternstein, Johannes Stüttgen, Trude Unruh, Jochen Veil, Roland Voigt, Konstantin Wecker, Hubert Weinzierl, Jörg Zink.

Achtung! Achtung! Hier singt die Polizei!

Aus voller Kehle, ohnegleichen erklingt ihr Lied, zum Steinerweichen.



Wir lassen uns nicht spalten

Antwort auf den „Offenen Brief" von G. Bastian, L. Beckmann, P. Kelly und anderen

Ihr erklärt in Eurem „Offenen Brief", Ihr hieltet es „für ein Zeichen von Schwäche und Unentschiedenheit", daß das Koordinierungstreffen der Anti-Atom-Bewegung in Frankfurt am 28./29. Juni „eine eindeutige Absage an Gewalt bei Demonstrationen nicht für nötig gehalten" hat. Jene, die das „Prinzip der Gewaltfreiheit" nicht vertreten, sollen aus „unserer Solidarität" ausgegrenzt werden. Gegen „Wasserwerfer, CS-Gas" und „Staatsterror" sei „die eigene Gewaltfreiheit" die „einzig wirkungsvolle Antwort". Jene, die eine andere Antwort haben und mit „Stahlkugeln, Schleudern und Brandflaschen ankommen!", dürfen nicht „unser Verbündeter im gewaltfreien Kampf gegen Atom- und Polizeistaat sein". Wir sollen „gewaltfrei" dafür sorgen, daß „Gewalttäter keine Chance mehr haben" und selbst ein „Bekenntnis zum gewaltfreien Protest und eine unmißverständliche Absage an Gewalt" ablegen.

Wir sind entsetzt und wütend über Zustandekommen und Inhalt des „Offenen Briefes. Kaum einer der Unterzeichner/innen kannte die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse — wir sind erstaunt, wie vorschnell „Prominente" ihren Namen für so etwas hergeben.

Mit Euren Forderungen, die auf eine Spaltung der Anti-Atom-Bewegung hinauslaufen, provoziert Ihr eine Antwort, die den Spieß umdreht und die Bewegung vor Euch und Euren Positionen warnt. Dies lehnen wir jedoch ab, weil wir es ernst meinen und jede Art von Spaltung der Anti-Atom-Bewegung ablehnen. Im Anti-AKW-Widerstand hatten gewaltfreie Positionen immer ihren Platz, doch hat dies gemeinsame Aktionen ohne Ausgrenzungen möglich gemacht. Wir wollen, daß dies weiterhin möglich bleibt und hoffen, daß Ihr Euren Standpunkt überdenkt.

Wir werden uns auch in Zukunft unsere Protest- und Widerstandsformen nicht von den Herrschenden diktieren lassen und unterstützen die in Frankfurt gefaßte Resolution, die in Anlehnung an die Erklärung der Hamburger „Eingeschlossenen vom Heiligengeistfeld" bekräftigt: „Wir lassen uns weder von unseren Protest- und Widerstandsaktionen gegen Atomanlagen abschrecken, noch unser Recht auf Demonstration und Widerstand einkesseln, lassen uns nicht in gute und schlechte, friedfertige und militante, legale und illegale Demonstranten sortieren. Einmütig stellen wir fest: Kriminell sind nicht diejenigen, die — in welcher Form auch immer — Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen leisten, kriminell sind vielmehr die Betreiber dieses mörderischen Atomprogramms und ein Staat, der es uns mit allen Mitteln aufzwingen will." Wir werden dem Atom- und Polizeistaat den Gefallen nicht tun, unsererseits Teile der Bewegung auszugrenzen.

Die in Frankfurt beschlossenen Aktionen:
— bundesweite Aktionen in Städten und an Standorten bei Inbetriebnahme des AKW Brokdorf
— Aktionen gegen den Schrottreaktor Stade und die Wackersdorf-Blockade (13.-15.10.)
— Anti-WAA-Demo in München am 4. Oktober
— bundesweite Demonstration in Hanau am 8. November 86

sollen die alten und neuen Atomgegner/innen zu Massenprotesten vereinen. Vordringliches Ziel dabei ist für uns, daß neue und alte Anti-Atom-Bewegung zusammen kommen, gemeinsam aktionsfähig werden und einen unberechenbaren und nicht integrierbaren Widerstand entwickeln.

Beispielhaft für einen solchen Widerstand, der Atomgegner/innen mit unterschiedlichsten politischen Positionen und Erfahrungen zu einer konsequenten und radikalen Widerstandsaktion vereinte, waren die Wendlandblockade vom Frühjahr 84 und die Besetzung des WAA-Bauplatzes in Wackersdorf. Es gab seinerzeit „prominente Atomgegner/innen" wie Marianne Fritzen und Hubert Weinzierl (BUND), die vor der Wendlandblockade und der Bauplatzbesetzung gewarnt haben. Nicht bestreiten läßt sich jedoch, daß diese Aktionen richtig waren, weil sie den politischen Preis für Staat und Atommafia hochgetrieben haben und viele neue Atomgegner/innen dazu kamen.

Aus dem Schicksal der Anti-Raketen-Bewegung von 83 ist gut nachzuvollziehen, daß Absprachen mit Staat und Polizei und das vordringliche Bemühen um Befriedung, Wehrlosigkeit und „Selbstbeherrschung" eine Bewegung zwar breiter, aber auch zahn- und perspektivlos und letztlich völlig kalkulierbar und ungefährlich für den Staat machen. Gerade weil Tschernobyl passiert ist, ist dem Staat nichts wichtiger als die Zerschlagung des radikalen und unabhängigen Geistes und die Reintegration des übrigen Protestes: „Eine Bürgerinitiative, die sagt, wir lassen den Widerstand nicht spalten, betreibt die Vorbereitung von Gewalt und da darf kein anständiger Mensch mehr mitmachen. Den Widerstand spalten, das muß unsere Aufgabe sein", Zitat G. Beckstein, Landesvorsitzender des CSU-AK Polizei und Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des bayerischen Landtages. (TAZ, 9.7.86)

Diesen Spaltungsbemühungen verschafft Ihr mit Eurem Brief Boden und Ihr erfüllt die Hoffnung des Staates, die Hamburgs oberster Verfassungsschützer Lochte so auf den Punkt brachte: „Insgesamt bin ich zuversichtlich, daß sich die Grünen bundesweit von den Krawallmachern distanzieren". Es ist schon schlimm, aber leider auch nicht neu, sich selbst zu distanzieren. Viel schlimmer ist jedoch, die Anti-Atom-Bewegung aufzufordern, sich untereinander zu distanzieren und auszugrenzen.

Angehörige der grünen Bundestagsfraktion müssen sich die Frage gefallen lassen, was sie damit meinen, wenn sie schreiben: „Gewalttäter in unseren Reihen müssen wissen, daß sie nicht mit unserer Solidarität rechnen können, solange sie das von uns vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit nicht respektieren wollen" — denn wo blieb Euer Aufschrei, als hessische Wasserwerfer Günter Sare totfuhren, wo bleibt Euer Protest dagegen, daß hessische Wasserwerfer Demonstranten gegen die WAA mit CS-Gas einnebeln und Euer Widerstand dagegen, daß von einer rot/grünen Koalition neue „Polizeisondereinheiten" aufgestellt werden, die die Aufgabe haben, die „allsonntäglichen Auseinandersetzungen" an der Startbahn West „ein Ende zu bereiten" und mehr „Gewalttäter" festzunehmen? (FAZ, 7.7.86) Von Euch kommt hier nicht nur kein Protest, sondern Ihr segnet dies stillschweigend mit ab. Otto Schily fordert von uns im gleichen Atemzug die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols — das Gewaltmonopol „des Atom- und Polizeistaates", das zur Durchsetzung der WAA Wackersdorf gerade mit tödlichen Gummigeschossen ausgerüstet wird!

Mitschwimmen statt auflehnen?

Angesichts der nach dem Frankfurter Koordinierungstreffen beispiellosen Medienhetze gegen die Anti-AKW-Bewegung wäre es richtig und notwendig gewesen, gemeinsam dagegen vorzugehen und sich gegen den Strom der Diffamierungen zu stellen. Gerade „Prominente" sollten sich überlegen, für welche Seite sie ihren Namen in die Waagschale legen, denn gerade sie sind diejenigen, die sich mit Gewicht gegen den herrschenden Kurs stellen könnten — anstatt bei Zimmermann und Co. mitzuschwimmen.

Es gibt viele Möglichkeiten, „wirkungsvolle Aktionsformen des gewaltfreien Kampfes" oder Vorschläge für „massenhaften, zivilen Ungehorsam" einzubringen, die Debatte um die jetzt richtigen Aktions- und Widerstandsformen zu führen — möglich wäre dies auf dem Frankfurter Treffen gewesen, wo wir niemanden von Euch gesehen haben. Ein denkbar schlechtes Vorgehen dafür ist jedoch, „Offenen Briefe" in der Frankfurter Rundschau zu veröffentlichen, ohne die Auseinandersetzung mit der Anti-Atom-Bewegung auf Konferenzen oder in Publikationsorganen wie „Atom" oder „radi-aktiv" zu suchen.

Wir fordern Euch auf, die weitere Debatte hier zu führen.

Mit konsequent radikal gewaltig freien Grüßen

Die Redaktion Atom Lüneburg und die Redaktion radi-aktiv

Teilnehmer/innen der Atommüllkonferenz

Hamburger Friedenskoordination

Unsere solidarischen Grüße gelten jenen Atomgegner/innen, die kriminalisiert wurden oder davon bedroht sind.

Kontakt: Sabine Roisch, Sültenweg 53, 2120 Lüneburg; Tel: 04131/48360



..auf ihre Grenzen von 1966 ...!

Für einen offenen und ehrlichen Streit über die Formen unseres Widerstands

Das sind schlimme Vorwürfe, die Ihr da erhebt. Damit stellt Ihr Menschen in eine Reihe mit Polizei und Atomkraftbefürwortern, die zum Teil seit vielen Jahren mit uns Seite an Seite und mit großem Engagement gegen Atomkraftwerke und Atomstaat kämpfen. Ihr entsolidarisiert Euch gerade mit den Menschen, die am schärfsten der staat-

unser Demonstrationsrecht damit erkaufen, daß wir unsere Mitstreiter/innen an die Gefängnisse des Gegners ausliefern?

Wir wollen dagegen bekräftigen, daß wir vor Atom- und Polizeistaat nicht zurückweichen. Je mehr versucht wird, uns durch Diffamierung und Repression zu spalten und zu schwächen



..auf ihre Grenzen von 1966 ...!

Für einen offenen und ehrlichen Streit über die Formen unseres Widerstands

Das sind schlimme Vorwürfe, die Ihr da erhebt. Damit stellt Ihr Menschen in eine Reihe mit Polizei und Atomkraftbefürwortern, die zum Teil seit vielen Jahren mit uns Seite an Seite und mit großem Engagement gegen Atomkraftwerke und Atomstaat kämpfen. Ihr entsolidarisiert Euch gerade mit den Menschen, die am schärfsten der staatlichen Repression ausgesetzt sind. Ihr wißt, daß Ihr sie damit erst recht der Kriminalisierung preisgebt.

Wir, ob wir uns nun selbst als prinzipiell gewaltfrei verstehen oder nicht, halten diese Form der Argumentation und Kritik für nicht mehr verantwortbar. Sie führt, auch wenn das von Euch so nicht gewollt ist, zur Spaltung und damit zur Schwächung unseres Widerstandes und das zu einem Zeitpunkt, zu dem wir unsere ganze Solidarität gegenüber der massiven staatlichen Diffamierung und Repression am nötigsten bräuchten.

(...) Es kann kaum verwundern, daß der Atomstaat seine Gegner/innen nicht mit Samthandschuhen anfaßt. Zu stark sind v.a. die militärischen Interessen, die hinter dem Atomprogramm stehen. Der Preis, den der Atomstaat dafür verlangen würde, den Polizeiknüppel niederzulegen, ist die Aufgabe unseres Widerstandes und seine Kanalisierung bis zur Wirkungslosigkeit. Dieser Preis ist zu hoch, weil er die Akzeptanz von Atomkraftwerken und Atomwaffen verlangt.

In der Abschlußresolution des „Frankfurter Koordinierungstreffens der Anti-Atom-Bewegung" am 28./29. Juni haben wir erklärt: *„Wir lassen uns weder von unseren Protest- und Widerstandsaktionen gegen Atomanlagen abschrecken, noch unser Recht auf Demonstrationen und Widerstand einkesseln, lassen uns nicht in gute und schlechte Demonstranten sortieren."* Ihr kritisiert diese Haltung als *„Zeichen der Schwäche und Unentschlossenheit"* und fordert von uns *„ein klares Bekenntnis zum gewaltfreien Protest."* Aber geht nicht Ihr damit der *„Abschreckungsstrategie"* des Atomstaates auf den Leim? Während es unseren Gegnern nicht mehr gelingen will, die „Guten" von den „Schlechten" zu trennen, sollen wir jetzt von uns aus sortieren? Können wir wirklich unser Demonstrationsrecht damit erkaufen, daß wir unsere Mitstreiter/innen an die Gefängnisse des Gegners ausliefern?

Wir wollen dagegen bekräftigen, daß wir vor Atom- und Polizeistaat nicht zurückweichen. Je mehr versucht wird, uns durch Diffamierung und Repression zu spalten und zu schwächen, desto größer soll unsere Solidarität und Entschlossenheit sein. Wir werden lernen, uns bei Aktionen besser zu schützen. Die Geschlossenheit und Vielfalt unserer Aktionen wollen wir erhalten.

Wir denken aber auch, daß ein offener und aufrichtiger Streit über die Formen und Ziele unseres Widerstands geführt werden muß. Voraussetzung dafür ist, daß keine Meinungen und Poisitionen von vornherein ausgeschlossen und diffamiert werden. Wir fordern Euch auf, diese Auseinandersetzung mit uns zu führen.

(...) Für den kommenden Herbst liegen eine Reihe von Aktionsvorschlägen aus der Anti-Atom- und der Friedensbewegung vor:

(...) Es muß uns gelingen, diese Aktionen gemeinsam durchzuführen — neue und alte Anti-Atom-Bewegung, Friedens- und 3. Welt-Bewegung müssen versuchen, gemeinsam aktions- und handlungsfähig zu werden. Nur mit dem gesamten Gewicht des außerparlamentarischen Widerstandes haben wir die Chance, dem gewaltigen Druck der Herrschenden zu widerstehen.

Wir fordern Euch deshalb auf, diese Aktionsvorschläge zusammen mit uns zu diskutieren und zu verwirklichen. (...)

Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF-Trägerkreis), Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BuKo KA), Ellen Olms (Mitglied d. geschäftsf. Ausschusses — AL Berlin), Rolf Kaufeldt (Bereich demokrat. Rechte — AL Berlin), Karin Ebert (Frauenassistentin — AL Berlin), Bernd Weidmann (AK gegen Atomanlagen — Göttingen), Gerhard Breidenstein (Dortmund), Alexander Schubart (Frankfurt), Frank Frind (Fachgruppe Frieden — GAL Hamburg), GAL-Hamburg (Landesvorstand).

Otto exkommuniziert Stahlkugeln

Otto Schily hat in Panorama die Vorgabe gemacht: *„Es hat an der klaren Sprache im Hamburger Raum durchaus gefehlt ... Die große Mehrheit der Grünen steht solchen Positionen wie der GAL oder der verschwommenen Position in dieser Frage sehr kritisch gegenüber."* Der GAL wird vorgeworfen, daß sie den übrigen Beteiligten an der Brokdorf-Demonstration nicht die Position der grünen Grundsäule „Gewaltfreiheit" aufgezwungen hat. In den Grünen gibt es jetzt Bestrebungen, dies nicht nur zum Prinzip der eigenen Partei zu erklären, sondern die Akzeptanz der grünen Position auch zur Vorbedingung für Bündnisse zu machen. Die GAL hat bislang nicht auf die öffentlich erhobenen Vorwürfe reagiert. Die Grünen Schleswig-Holstein als Mitveranstalter der Brokdorf-Demonstration haben dagegen eine Stellungnahme abgegeben, die sich positiv von sonstigen grünen Auslassungen abhebt und die Diskussion nicht einfach abbrechen will (siehe nachfolgende Dokumentation). Außer dieser Position und Einzelstellungnahmen ist uns nur noch die Erklärung der GAL Münster (Kreisverband der Grünen) bekannt, die angesichts grüner Abstinenz in der Anti-AKW-Bewegung gegen Spaltungsversuche scharf protestiert: *„Wir distanzieren uns als grüner Kreisverband von allen Distanzierern in der Partei."* Immerhin hat der Landesverband Baden-Württemberg auf eine förmliche Distanzierung verzichtet, stattdessen seine eigene gewaltfreie Position dargestellt und die gewaltsame Auseinandersetzung lediglich als „folgenschweren Irrtum" bezeichnet. Schärfer planen es die NRW-Grünen. Ihrer letzten Landesversammlung lag ein Antrag von 34 teils prominenten grünen Mitgliedern vor, der wegen der Kandidatenwahl zum Bundestag nur aus Zeitgründen nicht behandelt wurde. Die Unterzeichner repräsentieren alle relevanten Strömungen des Landesverbandes (inklusive der Ökosozialisten). Da wird ausgewogen Staatsgewalt und Gegengewalt gleichgesetzt (*„Gewalt legitimiert sich nach beiden Seiten gegenseitig und führt zum Abbau von Demokratie"*), *„gewalttätige Demonstranten ... besorgen gewollt oder ungewollt die Geschäfte unserer Gegner, wenn sie Seite an Seite mit bezahlten Provokateuren agieren"*. „Abscheu und Zorn" gegen martialische Polizeiaufmärsche und „Staatsterror" darf zwar Grüne erregen, doch wer *„mit Stahlkugeln, Schleudern und Brandflaschen zu Demonstrationen anreist, kann sich auf solche Emotionen ohnehin nicht berufen"*, erklären die Antragsteller ex cathedra.



Volksbegehren gegen NRW-Atomanlagen

Springen nach der SPD auch die Jusos ab?

In Nordrhein-Westfalen werden derzeit Unterschriften für ein Volksbegehren zur Verstaatlichung des AKWs in Würgassen, des Hochtemperatur-Reaktors in Hamm-Uentrop, sowie der Urananreichungsanlage in Gronau mit dem erklärten Ziel der Stillegung dieser Anlagen gesammelt. Etwas unklar ist dabei die Haltung der Jungsozialisten, die bislang immer noch zum Unterstützerkreis des Volksbegehrens gehören, wenn auch Meldungen in der Presse aufgetaucht waren, sie würden sich zurückziehen.

Anfang August wurde von einem Papier der SPD berichtet, in dem es hieß, daß sich kein Sozialdemokrat *,,an dieser irreführenden Aktion der politischen Konkurrenz beteiligen sollte".* (FR, 7.8.86) Das Volksbegehren **schade** den *,,Bemühungen der Regierung Rau und der Gesamt-SPD um eine Energieversorgung ohne Atomkraft (...) Auf parteischädigendes Verhalten reagiert die SPD nach ihrer Satzung mit Parteiordnungsverfahren, die bis zum Parteiausschluß führen können",* stellte die ,,Frankfurter Rundschau" dazu fest. Laut taz (18.8.86) ist *,,Juso-Sprecher Harald Zwik (...) ,von Parteiseite noch nicht darauf angesprochen worden' und hat ,auch noch keinen Juso getroffen, der daraufhin seine Meinung geändert hat'."*

Wenn der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens eingereicht wird (das soll am 8. September geschehen), könnte die SPD-Landesregierung ihn ablehnen. In dem bereits zitierten Papier wird die Verstaatlichungsformel des Volksbegehrens als *,,Trick"* und *,,rechtstechnischer Umweg"* abqualifiziert. Allerdings war dies genau so von den Initiatoren gemeint: *,,Sollte das Begehren (...) erfolgreich verlaufen, erlischt die Betriebsgenehmigung für die Anlagen mit dem Wechsel des Eigentümers automatisch. D.h., die Landesregierung müßte bei sich selbst als Genehmigungsbehörde einen Antrag auf Betriebsgenehmigung für sich selbst beantragen — gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit. Wir halten dies (...) für ausgeschlossen."* So heißt es in einem Schreiben des GRÜNEN-Landesvorstands an die BI ,,Kein Atommüll in Ahaus" (vom 14.7.). Wenn die SPD ein Volksbegehren verweigert, dann könnte mit der Anrufung des Verfassungsgerichtshofes des Landes NRW das Thema bis in den Bundestagswahlkampf noch hineingezogen werden. *,,Läßt Rau das Volksbegehren zu, was als unwahrscheinlich gilt, stellt sich sofort die Frage, ob er es dann auch noch politisch steuern kann... Über die in diesem Prozeß liegende politische Automatik wird Rau gewiß vorsorglich auch jetzt schon nachdenken,"* meint die FAZ, vom 23.6.86. Rau denkt also nach, **auf welchem Weg** er die Sache am besten vom Tisch bekommt, wobei eine Ablehnung der Landesregierung als das wahrscheinlichste anzusehen ist.

Unzweifelhaft haben die Initiatoren des Volksbegehrens bereits eine neue Konjunktur für ,,Offene Briefe" erreicht. Dem leuchtenden Beispiel des ruhmreichen Kommunistischen Bundes (NRW) folgend (vergl. dazu den letzten Arbeiterkampf) liegen uns derzeit vier weitere offene Briefe an den Trägerkreis des Volksbegehrens vor (diverse örtliche Kritikpapiere einmal außer Acht gelassen):

— von der BI ,,Kein Atommüll in Ahaus"
— von der Atommüllkonferenz
— von der Initiative ,,NRW-Gewerkschafter/innen für die Stillegung aller Atomanlagen" (M. Schlickwei, H. Müller, H. Dirks, R. Schnoor, A. Edel, A. Schnoor, N. Bömer, D. Kreutz)
— von der Aktionsgruppe Wackersdorf und anderswo.

Übereinstimmend wird kritisiert, was ja auch wir bereits anmahnten, daß es nahezu unmöglich war, schon vor der öffentlichen Bekanntgabe des Unterschriftentextes, bzw. des juristischen Umweges oder Einführung dieses ,,Tricks" beim Gesetzestext, an der Debatte um den Sinn und Unsinn des Volksbegehrens oder eingeschlagenen Verfahrens beteiligt zu werden. Die Atommüllkonferenz stellte dann *,,grundsätzlich (...) in Frage, ob qualitative, d.h. Leib und Leben des einzelnen betreffende Grundsatzfragen, an manipulierte Mehrheiten gebunden werden dürfen".* Das entsetzlich dumme bzw. manipulierbare Volk braucht danach also Stellvertreter, die in Grundsatzfragen entscheiden. Im Schreiben der Wackersdorfgruppe sind das die Kämpfenden: das Volksbegehren delegiere *,,Fragen existentieller Bedeutung (...) nicht kämpferisch beantwortet, sondern von vorneherein unterwürfig in Form juristischer Bittstellerei".*

Die anderen Kritiken greifen das Mittel des Plebiszits nicht prinzipiell an, sondern halten das konkrete Vorgehen für untauglich, um zum Erfolg zu kommen. Die mangelnde Breite sowie das Fehlen einer zentralen Kampagnenplanung werden moniert. *,,Bei dem aktuellen geringen Mobilisierungsgrad kann das eigentliche Volksbegehren, wenn es denn zugelassen würde, nur scheitern."* (Gewerkschafter/innen-Brief) Zum Mobilisierungsgrad ist anzumerken, daß bis zum 7. August 100.000 Unterschriften gesammelt sein sollen (FR), am 18.8., zehn Tage später, gab die taz ebenfalls 100.000 an, in einer anderen Zeitung (NW) war am 22.8. von 150.000 die Rede, was eher auf Schätzungen hindeutet. Eine solche Zahl von Unterschriften ist bei den unentwickelten politischen Strukturen in NRW ganz beachtlich, läßt aber kaum die Hoffnung zu, daß sich *,,nach dieser matten Kampagne"* (Gewerkschafter/innen-Brief) die erforderlichen 2,5 Millionen innerhalb von 14 Tagen in bereitliegende Unterschriftenlisten eintragen würden, wie es bei einer Zulassung dann erforderlich würde. Die Kampagne hat bisher auch ausgeklammert, die im Gesetzestext aufs Korn genommenen Atomanlagen zum Gegenstand irgendeiner massenhafteren Aktion zu machen. Die offizielle Einweihung der (längst laufenden) Urananreicherungsanlage in Gronau ging weitgehend unbeachtet über die Bühne. Die Ahauser beschweren sich in ihrem Brief, daß ,,ihr" Brennelementezwischenlager (BEZ) im Gesetzestext nicht auftaucht und schreiben, daß die Grünen *,,das BEZ nur deshalb nicht in Euren Gesetzestext mitaufgenommen haben, weil Ihr es vielleicht nicht für so wichtig oder gar noch akzeptabel haltet!"* Das wollten die Grünen verständlicherweise nicht auf sich sitzen lassen und formu-

deutet. Eine solche Zahl von Unterschriften ist bei den unentwickelten politischen Strukturen in NRW ganz beachtlich, läßt aber kaum die Hoffnung zu, daß sich *,,nach dieser matten Kampagne"* (Gewerkschafter/innen-Brief) die erforderlichen 2,5 Millionen innerhalb von 14 Tagen in bereitliegende Unterschriftenlisten eintragen würden, wie es bei einer Zulassung dann erforderlich würde. Die Kampagne hat bisher auch ausgeklammert, die im Gesetzestext aufs Korn genommenen Atomanlagen zum Gegenstand irgendeiner massenhafteren Aktion zu machen. Die offizielle Einweihung der (längst laufenden) Urananreicherungsanlage in Gronau ging weitgehend unbeachtet über die Bühne. Die Ahauser beschweren sich in ihrem Brief, daß ,,ihr" Brennelementezwischenlager (BEZ) im Gesetzestext nicht auftaucht und schreiben, daß die Grünen *,,das BEZ nur deshalb nicht in Euren Gesetzestext mitaufgenommen haben, weil Ihr es vielleicht nicht für so wichtig oder gar noch akzeptabel haltet!"* Das wollten die Grünen verständlicherweise nicht auf sich sitzen lassen und formu-

lierten eine, uns bislang einzig bekannte Antwort auf eine Kritik: *,,Im Falle von Ahaus waren für die Nicht-Einbeziehung ausschließlich juristische Gründe ausschlaggebend."* Diese juristische Argumentation wollen wir uns hier ersparen. Sie läuft darauf hinaus, daß das BEZ indirekt mitbetroffen wäre.

Sowohl die Atommüllkonferenz, die Ahauser als auch die Gewerkschafter/innen beklagen die schmale Trägerschaft (Jusos und Grüne), die Organisatoren geben sich aber optimistisch: *,,Wenn's offiziell und behördlich wird, kommen die Leute eher, die jetzt noch denken, es klappt sowieso nicht."* (taz, 18.8.86) Trotzdem könnte natürlich die SPD auch diesen kühnen Optimismus für wenig realitätstüchtig halten und die Sache einfach totlaufen lassen. Aber es ist dennoch eher unwahrscheinlich, daß sie aus solchen Erwägungen heraus erst einmal ein Volksbegehren zulassen würde. Eigentlich schade, wie hier Ansätze in Richtung vom Volksentscheid durch diese Volksbegehrenskampagne doch weitgehend verspielt werden.

Ein Genosse aus Bielefeld



Der Blick nach drüben, im Wackerland



Der Blick nach drüben, im Wackerland

Stellungnahme des Landesvorstandes der GRÜNEN SH zur ''Gewaltdebatte''

Der Landesverband der Grünen-SH ist eine der Organisationen, die die Brokdorf-Demo am 7.6.86 zu verantworten hat. Wir, der Landesvorstand der Grünen-SH, sehen uns in unserer konkreten Politik durch zahlreiche Erklärungen von Mitgliedern der Grünen in den Medien und durch den ,,Offenen Brief an die Anti-AKW-Bewegung" von P.Kelly und G. Bastian angegriffen und zu einer Stellungnahme herausgefordert. Viele Mitglieder unseres Landesverbands haben seit '76 an den Kämpfen gegen das AKW Brokdorf aktiv teilgenommen — an den militanten wie an den gewaltfreien, an den Siegen und den Niederlagen.

Wir haben es uns dabei zum Prinzip gemacht, Widersprüche in der Bewegung — speziell über die Aktionsformen — auch innerhalb der Bewegung auszutragen und zu für möglichst ale verbindlichen und tragfä-

ler Aktionsziele politisch und praktisch zu isolieren.

Wem es allerdings aus partei- oder wahltaktischen Erwägungen mehr um eine Teilbefriedung der Bewegung geht (wie wir es Otto Schily wohl ohne jede Polemik unterstellen dürfen), wird wohl mitansehen müssen, wie mit der Aufkündigung des Dialoges und der Ausgrenzung der Militanten gerade jene Aktionsformen zunehmen werden, deren ,,Beseitigung" eigentlich die Absicht war. Wer desweiteren glaubt, mit der dann notwendig werdenden Kette von Distanzierungen mehr Raum für den Transport der Inhalte schaffen zu können, ist bestenfalls naiv.

Bezogen auf die Demonstration am 7.6.86 in Brokdorf, den Hamburger Kessel und die Stellungnahmen von Mitgliedern der Grünen in den Medien stellen wir fest:

Stellungnahme des Landesvorstandes der GRÜNEN SH zur ''Gewaltdebatte''

Der Landesverband der Grünen-SH ist eine der Organisationen, die die Brokdorf-Demo am 7.6.86 zu verantworten hat. Wir, der Landesvorstand der Grünen-SH, sehen uns in unserer konkreten Politik durch zahlreiche Erklärungen von Mitgliedern der Grünen in den Medien und durch den ,,Offenen Brief an die Anti-AKW-Bewegung" von P.Kelly und G. Bastian angegriffen und zu einer Stellungnahme herausgefordert. Viele Mitglieder unseres Landesverbands haben seit '76 an den Kämpfen gegen das AKW Brokdorf aktiv teilgenommen — an den militanten wie an den gewaltfreien, an den Siegen und den Niederlagen.

Wir haben es uns dabei zum Prinzip gemacht, Widersprüche in der Bewegung — speziell über die Aktionsformen — auch innerhalb der Bewegung auszutragen und zu für möglichst ale verbindlichen und tragfähigen Beschlüssen zu kommen. Der Propaganda des Staates, der AKW-Betreiber und der etablierten Parteien, die auf eine Spaltung der Bewegung über die ,,Gewaltfrage" und damit letztlich auf die sozialdemokratische Vereinnahmung abzielt, haben wir immer eine Abfuhr erteilt.

Wir tun dies im Bewußtsein, daß *jeder* Versuch, die Protestformen sozialer Bewegungen weltanschaulich oder in einem anderen Begründungszusammenhang prinzipiell festzulegen (z.B. absolute Gewaltfreiheit), in die Spaltung der Anti-Atom-Bewegung führen wird. Ob es uns paßt oder nicht: militante Aktionsformen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Analysen und Strategien sind und bleiben Bestandteil des sozialen Protestes in der Bundesrepublik.

Durch die häufig erlebte Machtlosigkeit demokratischen Protestes sowie durch brutale Polizeiübergriffe auf gewaltfrei handelnde Menschen wird die Bereitschaft zu militantem Widerstand gefördert. Diese verfestigt sich dort zur abenteuerlichen politischen Strategie, wo die militante Aktion gegen den Staat und seine Repräsentanten zum ,,Ziel an sich" wird und über die Effektivität von Widerstand nicht mehr diskutiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind die dogmatisch Militanten das (vielleicht zwangsläufige) Gegenstück zu jenen, die der Anti-Atom-Bewegung ihr Konzept der absoluten Gewaltfreiheit aufdrücken wollen. *Beide* Strömungen zerstören über ihre dogmatische Position die Dialog- und Kompromißbereitschaft innerhalb der Anti-Atom- und Friedensbewegung und damit die Fähigkeit zur Einheit in der Aktion. Ihre jeweiligen Strategien (sowie die Art und Weise ihrer machtpolitischen Durchsetzung) sind für die Weiterentwicklung uns Ausweitung der sozialen Bewegung gänzlich ungeeignet.

Wem es wirklich darum geht, daß ,,die Anti-Atom-Bewegung immer mehr Menschen für sich" gewinnt und vermeiden will, daß ,,die aufbrandende Gewaltdiskussion unseren Kampf gegen den Atomstaat mehr und mehr in den Hintergrund" drängt, sollte sich mit öffentlichen Appellen und Distanzierungen zurückhalten und vor Ort für konkrete Widerstandsaktionen streiten, in denen sich auch Teile des autonomen und militanen Flügels noch wiederfinden können. Aufgabe der Grünen wäre es demnach innerhalb der konkreten Aktionsvorbereitungen um die Effektivität von Protestformen zu streiten und — wenn nötig — völlig sektiererische und abenteuerliche Positionen durch die Vorgabe sinnvoller Aktionsziele politisch und praktisch zu isolieren.

Wem es allerdings aus partei- oder wahltaktischen Erwägungen mehr um eine Teilbefriedung der Bewegung geht (wie wir es Otto Schily wohl ohne jede Polemik unterstellen dürfen), wird wohl mitansehen müssen, wie mit der Aufkündigung des Dialoges und der Ausgrenzung der Militanten gerade jene Aktionsformen zunehmen werden, deren ,,Beseitigung" eigentlich die Absicht war. Wer desweiteren glaubt, mit der dann notwendig werdenden Kette von Distanzierungen mehr Raum für den Transport der Inhalte schaffen zu können, ist bestenfalls naiv.

Bezogen auf die Demonstration am 7.6.86 in Brokdorf, den Hamburger Kessel und die Stellungnahmen von Mitgliedern der Grünen in den Medien stellen wir fest: Die Demonstration am 7.6. in Brokdorf wäre fast zu einer Niederlage für die Anti-AKW-Bewegung geworden. Selbstkritisch räumen wir ein, daß es infolge der kurzen Vorbereitungszeit und den relativ geringfügigen Kräften der Grünen Partei weder möglich war eine sinnvole Perspektive des Zivilen Ungehorsams aufzuzeigen, noch eine, wie sich herausstellen sollte, hinreichende Organisiertheit der Demonstration zu gewährleisten.

So konnte das Gewaltkalkül von Bundesregierung, niedersächsischer und schleswig-holsteinischer Landesregierung und Hamburger Senat aufgehen: die brutalen Gasangriffe und offensiven Knüppeleinsätze in Brokdorf und Kleve schufen Chaos, Angst, Verbitterung und das Bewußtsein der Niederlage.

Nach den chilenischen Verhältnissen auf dem Heiligengeistfeld — dem Hamburger Kessel — gelang es der Anti-AKW-Bewegung und den Grünen/GAL durch zwei großartige Massendemonstrationen in Hamburg und den dadurch aufplatzenden Widersprüchen im HH-Senat und im Polizeiapparat in die Offensive zu kommen. Wir betrachten es als ein Resultat unserer allgemein-inhaltlichen, aber auch dieser speziellen Offensive, daß heute ca. 1/3 der Bevölkerung dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zuneigt.

Mit ihren törichten, uninformierten Distanzierungen und anderen defensiv-anpaßlerischen Stellungnahmen (selbst die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben in der Auseinandersetzung mit Brokdorf mehr Offensivgeist bewiesen!) sind N. Kostede (BuVo, Mitglied der Grünen), Möchte-gern-Innenminister Schily, sowie P. Kelly und G. Bastian mit ihrem ,,Offenen Brief" der Anti-Atom-Bewegung und uns voll in den Rücken gefallen; und dies zu einer Zeit, wo Innenminister Zimmermann im Rahmen seiner Kampagne gegen die ,,Stahlkugelfraktion" über Schußwaffeneinsatz, Verschärfung des Demonstrationsrechtes und Anschaffung von sogenannten Distanzwaffen diskutiert. Diese Seite des Atomstaates offensiv anzuprangern und die mit den brutalen Polizeiübergriffen beabsichtigten Wirkungen ins Gegenteil zu verkehren — das wäre die Aufgabe der Grünen gewesen, auch der Prominenten.

Dienstbeflissene Stellungnahmen und moralisierende Aufrufe sind das letzte was uns weiterhilft, wenn die gesellschaftlichen Kämpfe sich verschärfen und unsere Aufgaben in der Bewegung und im Parlament damit komplizierter werden.

Schweiz bald ohne Armee?

Diese Frage stellte die Frankfurter Rundschau am 12.8.86 immerhin auf der Titelseite in einer Notiz. Zumindest wird die Schweiz in einiger Zeit (frühestens in vier Jahren, meint die FR) über das Weiterbestehen der Armee abstimmen müssen. Anfang August hatte die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) mehr als die erforderlichen 100.000 amtlich beglaubigten Unterschriften beeinander, die eine Verfassungsänderung verlangen, die eine Armee verbieten würde. Die Initiative hatte Mitte August sogar 20.000 Unterschriften mehr und will bis zum Abschluß (Mitte September) weitersammeln.

Natürlich geht von den Initiatoren dieser Initiative niemand davon aus, daß man in einigen Jahren diese Abstimmung wird gewinnen können, im Gegenteil, bei der Entstehung dieser Initiative wurden gerade bisherige Initiativen kritisiert, weil sie trotz Anpassung ihrer Fragestellung an erhoffte Mehrheiten noch niemals zum Erfolg geführt hatten, aber die Möglichkeiten, mit diesem Instrument eine Debatte loszutreten, damit eher verschenkt hatten. Und tatsächlich gibt der Erfolg dieser Iniative recht, immerhin wird dieses Anliegen, die schweizerische Armee abzuschaffen, damit verglichen, daß man dann ebenso versuchen könne, die Alpen in der Schweiz abzuschaffen. Deshalb möchten wir der Schweizer Initiative unsere Glückwünsche übermitteln. Wenn man bedenkt, daß in BRD-Verhältnissen gedacht, noch eine Null hintenangehängt werdenmüßte, dann müssen wir zugeben, daß hier die Schweizer Linken die BRD-Verhältnisse bei weitem überspurtet haben!

HH

Wahlkampf contra Solidarität

Großdemonstration gegen Kriminalisierung in Frage gestellt

Wackersdorf steht nun schon seit Monaten im Zentrum härtester Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Atompolitikern einerseits und wachsendem Unmut und Widerstand nicht nur einer rebellischen Anti-WAA-Bewegung, sondern zunehmend auch der Oberpfälzer Bevölkerung. Am 12. Oktober sind Landtagswahlen in Bayern und viele hoffen auf einen spürbaren Denkzettel für die Strauß-Regierung. Für die tragenden Bürgerinitiativen und politischen Kräfte der Anti-WAA-Bewegung war dieser Termin der Anlaß, eine Woche vor der Wahl, am 4. Oktober, zu einer Großdemonstration nach München aufzurufen — so beschlossen von der Landeskonferenz der bayerischen Bürgerinitiativen am 14. Juni. Doch Demonstration und Wahltermin geraten in der aktuellen Gewaltdiskussion auf einmal in Gegensatz zueinander. Vertreter von SPD und Grünen fürchten um ihre Prozente, wenn die Strauß-Regierung Krawalle für sich nutzen könnte. Sie gehören zu den organisierenden Quertreibern gegen die Demonstration, die gefährdet scheint.

Zielsetzung dieser Demonstration sollte neben der Fortsetzung des Widerstandes gegen die WAA der Protest gegen gesteigerte Repression (Gummigeschosse, immer brutalere Polizeieinsätze) und die zunehmende Kriminalisierung tausender WAA-Gegner sein. Der Termin eine Woche vor der Wahl wurde als ausgesprochen günstig gesehen, hierfür Aufmerksamkeit zu erregen. Es herrschte Konsens — auch bei den beteiligten Autonomen — an diesem Tag keine Konfrontation mit der Polizei zuzulassen, so weit dies in den eigenen Möglichkeiten liegt. Ausdrücklich

teiligten Autonomen — an diesem Tag keine Konfrontation mit der Polizei zuzulassen, so weit dies in den eigenen Möglichkeiten liegt. Ausdrücklich

wurde eine Demo gewünscht, die auch jenen eine Beteiligung ermöglicht, denen das Risiko einer Bauzaundemonstration zu groß ist. Die Initiatoren rechneten zwar mit Termingerangel, nachdem die Grünen überwiegend die Brokdorf-Auseinandersetzungen für das unter ihren Erwartungen gebliebene Wahlergebnis in Niedersachsen verantwortlich erklärt hatten. Erst recht wurde mit zögerlichen Einwänden der SPD gerechnet, die ihren Spitzenkandidaten Hiersemann zur echt bayerischen Strauß-Kopie aufzubauen bemüht ist. Doch waren solche Auseinandersetzungen mit Grünen und SPD in der Vergangenheit nichts Fremdes und hatten dennoch nicht die großen Aktionen blockieren können. Doch diesmal kam es anders. Noch nie waren sich führende Sozialdemokraten und Grüne so einig wie diesesmal, die Aktion zu verhindern. Noch am 5. Juli waren bei 45 Vorbereitern aus BIs und politischen Gruppen alle einig, die Demo am 4. Oktober durchzuführen, keine Parteienredner auftreten zu lassen, keine spezielle Wahlaussage zu machen. Außerparlamentarischer Druck sollte demonstriert werden. Allein die Vertreter der Jungsozialisten und der Vertreter des grünen Landesvorstands, Kaltenhauser, stimmten gegen den Demonstrationstermin.

SPD und BUND Naturschutz

Zuvor hatte aber schon am 23.6. der BUND Naturschutz (BN) Bayern einen ablehnenden Beschluß gefaßt: „*Der BUND Naturschutz lehnt nach wie vor eine Zusammenarbeit mit Gruppierungen, die sich nicht ausschließlich zur gewaltfreien Form des Widerstandes bekennen, entschieden ab.*" Er „*beteiligt sich nicht an der geplanten Großdemonstration am 3.10.1986 in München, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Der BUND Naturschutz will der Staatsregierung keinen Vorwand liefern, unser Anliegen durch gezielte Provokationen wie z.B. in Brokdorf zu diskriminieren und den gewaltfreien Widerstand zu kriminalisieren.*". In dem vom BN-Vorsitzenden Weinzierl mitverantworteten Schreiben (er gehört zu den Unterzeichnern des Offenen Distanzierungsbriefes an die Anti-Atom-Bewegung) wird explizit bezuggenommen auf die jüngsten Vorgänge bei den Großdemonstrationen. Daß es dem BN allerdings nicht nur um eigene Befürchtungen ging, bewies er kurze Zeit später, als er im bewußten Kontrast für den 4. Oktober eine Bittprozession am WAA-Baugelände und abendlichen Fackelzug in Regensburg ankündigte. Herbeigesuchter Anlaß: der durchaus ungewöhnliche 804. Geburtstag von Franz von Assisi.

abendlichen Fackelzug in Regensburg ankündigte. Herbeigesuchter Anlaß: der durchaus ungewöhnliche 804. Geburtstag von Franz von Assisi.

Die SPD agiert in der Anti-WAA-Bewegung selten direkt. Zum einen kooperiert sie mit dem BN, zum anderen darf vermutet werden, daß maßgeblicher Einfluß auf die Entscheidung der stark von Sozialdemokraten dominierten Amberger BI genommen wurde, die sich gegen die Münchener Demonstration wandte, da dieser Termin in zu engem Zusammenhang zur Landtagswahl stünde. Innerhalb einer Woche könne nicht das alles wieder zurechtgerückt werden, was die CSU mit Polizeiprovokationen bezwecken könnte, lautete ihr durchaus bedenkenswerter Einwand.

Dümmlicher die Bedenken der Jusos. Sie warfen den Initiatoren vor, sie seien „wahlfixiert".

Grüne Sauereien

Der bayerische Spitzenkandidat der Grünen, Daniels, und Landesvorstandssprecher Kaltenhauser haben bereits in der Vergangenheit eine unrühmliche Rolle im Anti-WAA-Widerstand gespielt. Kaltenhauser hatte gleich nach der Demonstration vom 7. Juni scharfe Ausgrenzung von „Gewalttätern" verlangt und vorgeschlagen, lieber dort zu demonstrieren, wo die politischen Verantwortlichen sitzen (siehe Dokumentation im letzten AK). Doch wörtlich zu nehmen war dieser Vorschlag vor der Wahl nicht. Nur zwei Monate später ging er ohne vorherige Diskussion in den Grünen an die Öffentlichkeit und verkündete zusammen mit seinem Vorstandskollegen Gruber, daß wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die Wahlen („...*gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Stahlkugelfraktion sind nicht auszuschließen*"), die Grünen würden keine Demo vor der Wahl unterstützen. Diesen Beschluß hatte der Landesvorstand frühzeitig intern gefaßt, während die grüne Landesversammlung Ende Juli keine Zeit hatte, sich mit dieser Frage zu befassen. Ein zustimmender Antrag des mittelfränkischen Bezirksverbands blieb unbehandelt.

Dennoch ist dieses Vorgehen an der grünen Basis nicht unumstritten. Trotz der Schwierigkeiten bestehen einzelne grüne Kreisverbände und die Mehrheit der Münchener Stadtbezirke auf der Durchführung der Demonstration. Empört hat der Arbeitskreis Energie der Partei auf den Vorstoß seines Vorstands reagiert. Er hatte sich nur eine Woche vor Kaltenhausers öffentlichem Auftritt mit einem Diskussionsangebot an die Anti-WAA-BIs gewandt und Bedenken gegen den Termin angemeldet, allerdings vorgeschlagen, darüber noch einmal gemeinsam zu beraten. Kaltenhauser hat diesem Anliegen eine kalte Absage erteilt. Der grüne Arbeitskreis ist jetzt mit einer scharfen Kritik an die Öffentlichkeit getreten

kalte Absage erteilt. Der grüne Arbeitskreis ist jetzt mit einer scharfen Kritik an die Öffentlichkeit getreten

(siehe nebenstehend) und ruft zur Münchener Demonstration auf. Auch das Münchener Wackersdorf Aktionsforum und die Grünen München haben sich von den Distanzierern öffentlich distanziert. Dennoch wird von den mit der Wahlvorbereitung voll beschäftigten bayerischen Grünen kaum eine nennenswerte weitere Auseinandersetzung mit ihrem Parteivorstand zu erwarten sein.

Wachsende Verunsicherung

Die grün-roten Störmanöver blieben nicht ohne Wirkung. Sämtliche Oberpfälzer BIs haben sich den Bedenken der Amberger BI angeschlossen, einige haben sogar ausdrücklich die Durchführung einer Demonstration vor der Wahl mißbilligt. Auch linke Teile der Bewegung haben sich zurückgezogen, so zum Beispiel des Infobüro Altenschwand, das in der Vergangenheit eine wichtige Bindefunktion zu den Oberpfälzern herstellte und jetzt die Zerstörung der Kontakte befürchtet. Auch autonome Gruppen wie der Münchener Infoladen stimmten für eine Verschiebung der Demonstration um vierzehn Tage, da sie den fehlenden Schutz der Oberpfälzer vor Bullenübergriffen fürchten. Freundlich aber bestimmt hat sich das KOFAZ-Friedensspektrum zurückgezogen, nachdem die Ablehnung der Oberpfälzer klar war.

Sicherlich hat die geschürte Gewalthysterie diesen Prozeß beschleunigt. Allerdings reicht das zur Erklärung nicht hin, schließlich hat man da ja bereits einiges durchgestanden. Vielmehr kommt eine große Ratlosigkeit in allen Strömungen des Anti-WAA-Widerstands hinzu. Die brutale bayerische Knüppelpolitik, CS-Gas, Polizeiaufrüstung (Gummigeschosse), tausende Festnahmen, die begonnene Kriminalisierung, das Verbot sämtlicher angemeldeter Veranstaltungen seit Pfingsten (inklusive des großen Anti-WAAhnsinnsfestivals), die Fortsetzung der Rodungsarbeiten — all dies hat dazu beigetragen, daß der Widerstand zunächst an seine Grenzen gestoßen ist. Es besteht bislang keine Klarheit darüber, wie er weiterzuführen ist.

Vor diesem Hintergrund fielen die Störmanöver auf fruchtbaren politischen Boden bei Teilen der BIs. Nach der Euphorie über die Stärke und Unbeugsamkeit des Widerstands ist zunächst einmal Ernüchterung eingetreten. Die Oberpfälzer sind halt nicht über Nacht zu Revolutionären geworden. Wenngleich der jetzige Prozeß nicht glatt verläuft. Viele, die offiziell ihre Beteiligung absagen, äußern andererseits auch Unbehagen über die Art des Rückzugs. Nun kann es auch aus unserer Sicht kein Schaden sein, einen taktischen Rückzieher zu machen, ebensowenig, wie wir die taktische Rücksichtnahme auf einen Wahltermin nicht prinzipiell für schädlich halten. Was die Situation allerdings zu einem schmierigen politischen Geschäft macht, ist die Einbindung dieses Rückziehers in eindeutige Befriedungskonzepte zur Aussöhnung mit dem staatlichen Gewaltmonopol, vermittelt über die Distanzierungswelle rot-grüner Meinungsträger und die offenkundige Bereitschaft zur Spaltung.

Vor diesem Hintergrund fiel der Vorschlag des KB, den taktischen Rückzug anzutreten und den Oberpfälzern die Verschiebung einer dann gemeinsam zu tragenden Aktion nach der Wahl anzubieten — mit einem Schwerpunkt auf Antikriminalisierung — bei den Restunterstützern nicht auf fruchtbaren Boden. Bei nicht wenigen ist eine verständliche Jetzt-erst-recht-Stimmung eingetreten. Die Bedenken, daß eine offene Spaltung und eine Niederlage am 4. Oktober den linken Widerstand zurückwerfen könnten, wurden überwiegend nicht geteilt. Umgekehrt wurde eine viel größere Niederlage in einem Rückzieher gesehen. Wir halten diese Bedenken aufrecht. Das bisherige Unterstützerspektrum aus grünen Kreisverbänden (insbesondere München-Stadt), zahlreichen linken BIs aus verschiedenen Städten, einigen linken Organisationen, dem Münchener Uni-ASTA, der Jugend der Gartenbaugewerkschaft sowie der österreichischen WAA-Gegner ist verutlich zu schmal für die Organisierung eines Erfolges. Zumal mittlerweile die Diskussion in ähnlicher Weise in Österreich geführt wird. Doch hierüber sollte in den nächsten Wochen die Auseinandersetzung weitergeführt werden. Auch für uns ist der gemachte Kompromißvorschlag nicht das allerletzte Wort.

m. + hr., Hamburg



SPD-Raureiter und Hiersemänner begutachten die Abenteuerspielplätze des Volkes in Wackersdorf.

Offener Brief des LAK Energie an den Landesvorstand der GRÜNEN Bayern

Lieber Martin (Kaltenhauser),
lieber Heinz (Gruber),
mit Bestürzung muß ich von Eurer Demobilisierungskampagne gegen die große Anti-Atom-Demo in München am 4.10. aus der Tagespresse Kenntnis nehmen. Ihr warnt vor der Teilnahme aus Angst vor von Euch für möglich gehaltenen „gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Stahlkugelfraktion". Schlimmer aber noch als diese ganz im Sinne von CSU und Innenminister Hillermeier vollzogene Distanzierung von der Anti-AKW-Bewegung (endlich ist die Spaltung da, die viele von uns seit Monaten mit erheblichen Anstrengungen zu verhindern suchen) ist, daß Ihr dabei nicht einmal bei der Wahrheit bleibt. Die Unterstützung der mittelfränkischen Bezirksversammlung der Grünen für die Demonstration als bewußte Falschmeldung zu bezeichnen, nur weil Ihr nicht in der Lage wart, das Thema auf der Landesversammlung in Lindau zu diskutieren und von einem ungeheuerlichen Vorgang zu sprechen, der abermals zeige, „mit welchen unlauteren Mitteln gewisse autonome Gruppen arbeiten", ist ein dreister Schlag gegen eine Reihe von (gewaltfreien) AKW-Gegnern und Initiativen, mit denen wir seit Jahren gut zusammenarbeiten (so erst kürzlich auf unserer landesweiten Energiekonferenz zu Tschernobyl mit der Nürnberger Bürgerinitiative gegen die WAA).

Wenn Landesvorstandsmitglieder schon glauben, möglichst schnell sich von der Demo am 4.10. distanzieren zu müssen, weshalb habt Ihr dann Eure Meinung nicht auf die Lindauer Landesversammlung Ende Juli eingebracht? War Euch das zu basisnah, zumal die Delegierten kaum Euren Argumenten gefolgt wären? Und wenn es schon aus Zeitgründen nicht möglich war, warum kann man dann nicht wenigstens die nächste Landesvorstandssitzung abwarten oder eine Sondersitzung einberufen? Kommt bitte nicht mit Eurer „Verantwortung" als Landesvorstandsmitglieder, die man Euch nach mißglückter Bayern-Wahl um die Ohren schlagen wird; im Sinne der Verantwortung wäre es — teilt man Eure Einschätzung — wohl produktiver gewesen, man hätte still und geduldig die eigenen Ängste und Bedenken vorgebracht und im Gespräch mit den Bürgerinitiativen nach einer gemeinsamen Lösung gesucht.

Bei so wenig Sensibilität im Umgang mit den Vertretern von Bürgerinitiativen und der bayerischen Landeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen und bei der wiederholten offensichtlich bewußten Mißachtung der Basisdemokratie bei den Grünen wäre eigentlich, verehrter Martin Kaltenhauser, ein Rücktritt fällig. Zu frisch sind noch die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Großdemonstration gegen die WAA vom 12.10.1985 in unserem Gedächtnis, in dem die Grünen zusammen mit der SPD sich — gelinde gesagt — zumindest was die Äußerungen und Pressionen seitens von Landesvorstandsmitgliedern betrifft, nicht gerade Lorbeeren um die Verbreiterung der Anti-AKW- und WAA-Bewegung erworben haben. Welche Wähler wollt Ihr eigentlich mit einem solchen Auftritt gewinnen? Und was nützen uns eigentlich Grüne im bayerischen Landtag, wenn sie sich von den Bewegungen, aus denen sie maßgeblich entstanden sind, so weit entfernen, wie man dies aus Eurem Vorgehen befürchten muß? Den künftigen Landtagskandidaten erweist Ihr mit Euren Distanzierungen einen Bärendienst. Wenn es nicht zu einer Änderung Eurer Haltung kommt, wird es erhebliche Mühe kosten, die zerschlagenen Kontakte wiederherzustellen. Von den innerparteilichen Spannungen ganz zu schweigen: den mittelfränkischen Bezirksverband, der in Lindau ausdrücklich einen Antrag auf Unterstützung der Demonstration vorlegte, zu einer von Euch für richtig gehaltenen Parteiräson zu zwingen, sind Methoden innerparteilicher Demokratie, die wir gemeinhin bei der bayerischen Regierungspartei CSU gewohnt sind.

Der Landesarbeitskreis Energie beschloß auf dem letzten Treffen am 27. Juli eine Unterstützung der Münchner Anti-Atom-Demo, auch wenn sich am Termin 4.10. nichts mehr ändern sollte. Wir wollen dabei nicht verschweigen, daß wir gegen den 4.10. Sorgen und Bedenken haben, z.B. weil der Einsatz einiger gewalttätiger Polizeispitzel (wie bei den „Haidhauser Krawallen") genügen würde, um Bürgerinitiativen und die sie unterstützenden Parteien eine Woche vor der Wahl auf bedrohliche Weise zu diffamieren. Wir haben deshalb in einem Offenen Brief an die BI-Landeskonferenz und an die Redaktion von „radiaktiv" unsere Einwände formuliert und um Nachdenken gebeten. Dieser Brief wird in den nächsten Tagen verschickt werden, wenn — wie das unserem Demokratieverständnis entspricht — auch nichtanwesende LAK-Mitglieder ihr Plazet gegeben haben. Diesen Brief und das Festhalten an unserer Unterstützung halten wir für eine bessere Gesprächsgrundlage als Eure Ausfälle.

Landesarbeitskreis Energie der Grünen Bayern, 6. August 1986

Hanau: der Zug fährt an!

Knapp zwei Monate nach dem Aufruf der Anti-AKW-Bundeskonferenz zu einer bundesweiten Demonstration am 8. November in Hanau traten am 16. August in Hanau gut 130 Vertreter/innen von Anti-AKW- und Friedensgruppen zur Vorbereitung dieser Aktion zusammen. Auf dem Treffen sollte ein Trägerkreis gebildet und ein Aufruf als gemeinsame Grundlage verabschiedet werden.

Nach dem letzten Bundestreffen, bei dem die „Gewaltfrage" praktisch kein Thema gewesen war, hatten sich aufgestachelt durch die Medien nach Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg alle möglichen dogmatisch Gewaltfreie, Distanzierer und Verfechter des staatlichen Gewaltmonopols, die auf dem Treffen gar nicht erst erschienen waren, öffentlich zu Wort gemeldet. Alle hessischen Landtagsparteien inklusive der Grünen distanzierten sich von der Bundeskonferenz ebenso wie der BUND Naturschutz. Der Sprecher der Landtagsgruppe der Grünen meinte, es dürfe auch *„kein Kokettieren mit Gewalt durch Zweideutigkeiten geben"*. Trotz einer solchen Einstimmung waren sich erstaunlicherweise die Anwesenden des Treffens am 16. August in dieser zentralen Frage ohne größere Schwierigkeit einig, und dies vom gestandenen Alt-BI'ler, den spärlich vertretenen Mitgliedern neuer „Becquerel"-Initiativen bis hin zu Vertreter/inne/n von grüner Fraktion und Bundesvorstand:

— Gemeinsames Aktionsziel in Hanau ist eine Protestdemonstration. Von Seiten der Demonstranten ist eine Konfrontation mit der Polizei nicht vorgesehen, sie soll möglichst vermieden werden.

— Die Kampagne zur Gewaltfrage wird als Spaltungsversuch begriffen und zurückgewiesen.

„Die Radikalität der Demonstration besteht nicht in der Aktionsform sondern in ihren Inhalten", nannten das Autonome. *„Radikalität und Unberechenbarkeit des Widerstands"* sei eine wesentliche Stärke der Anti-AKW-Bewegung, erklärte Hannegret Höhnes vom grünen Bundesvorstand. Angesichts dieser Situation hatte die Vertreter des hessischen Landesvorstandes der Mut verlassen, ihre Bedingungen zu stellen: Ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit aller und einen grünen Hessenredner als Bedingung ihrer Beteiligung.

Nach so viel Erfreulichem gab es
redner als Bedingung ihrer Beteiligung.

Nach so viel Erfreulichem gab es doch noch einen kleinen Wermutstropfen. Ausgerechnet beim allerletzten Satz des Aufrufes schlugen die Wogen hoch. Ob man die Polizei und Justiz auffordern solle, die Demonstration nicht zu gefährden, oder ob man erklären sollte, daß man Verbote oder Straßensperren „nicht wieder hinnehmen" werde, oder schließlich ob man entsprechende Reaktionen und geschlossenes Handeln bei denkbaren Behinderungen ankündigen solle, dies wurde dann eine ganz zentrale Frage. Da keiner eine alle befriedigende Formulierung parat hatte, die kämpferisch, aber auch nicht abwiegelnd oder bangemachend sein sollte, beugte man sich schließlich nach zähen Versuchen und zahlreichen Abstimmungen der Einsicht, daß man diese Passage zumindest dieses Mal vertagen müsse, wenn man mit einem gemeinsamen Aufruf nach Hause kommen wollte. Gerade bei dieser Stelle war der taz-Berichterstatter offensichtlich aufgewacht und konnte so eine *„tiefe Zerstrittenheit"* in der taz melden, während die Einheit auf einen *„Minimalkonsens"* geschrumpft sei. Für diese Darstellung unterschlug die taz die Abstimmung, bei der der sonstige Aufruftext einhellig verabschiedet wurde.

Verlauf und Gestaltung der Aktion müssen im einzelnen noch beraten werden. Es soll eine Demonstration aus der Stadt zu den Nuklearbetrieben hin geben. Der gemeinsame Abschluß der Demonstration soll wieder in der Stadt sein. Als ein Hauptredner wird ein Vertreter der SWAPO aus Namibia eingeladen, weil von dort der größte Teil des Hanauer Urans bezogen wird, Südafrika im Gegenzug Ausrüstungen und know how für die Atombombe erhielt. Hanau ist nicht nur das Herzstück zur Versorgung der Atomanlagen, sondern wäre auch das Zentrum einer möglichen Atombombenproduktion der BRD. All diese Zusammenhänge sollen in einer Serie von Informationsflugblättern bundesweit zur Vorbereitung und Mobilisierung für diese Hanau-Aktion verbreitet werden.

Kontakt und Bestelladresse für Material des Trägerkreises ist: Initiativgruppe Umweltschutz Hanau (IUH), c/o Nähefahrtsweg 5, 645 Hanau 7; Tel: 06181/61339

Über diesen Kontakt sollen sich auch die Gruppen melden, die den Aufruf mittragen bzw. in den Trägerkreis der Aktion aufgenommen werden wollen. Voraussichtlich zum Wochenende am 20./21. September wird die IUH zu einem weiteren Treffen einladen.

Grüner Fraktionsvorstand ruft auf!

Unter dem Motto *„Heraus aus dem Schneckenhäuschen"* ruft der Grüne Bundesvorstand zur Unterstützung der Hanau-Großdemonstration *„für die Stillegung aller Atomanlagen"* auf. Bundesregierung und Atomindustrie setzten *„auf die Vergeßlichkeit"*, außerdem werde zielstrebig die Polizei und die „Gewaltfrage" zur Einschüchterung eingesetzt. Diese Rechnung dürfe nicht aufgehen, man müsse das Demonstrationsrecht *„aktiv und gewaltfrei"* praktizieren, für Hanau hätten sich alle Teile der Anti-Atom-Bewegung auf eine friedliche und phantasievolle Großdemonstration geeinigt, dahin solle man kräftig mobilisieren. Neben dem Aufruf des Vorstands der grünen Bundestagsfraktion will der Bundesvorstand in den Trägerkreis. Selbst die Hessengrünen wollen jetzt sogar zur Demonstration aufrufen.





Aus dem Aufruf:

„Ein Super-Gau ist schon zuviel! Jetzt die Atomanlagen abschalten! Aufruf zur Großdemonstration am 8.11.86 in Hanau

Tschernobyl hat endgültig bewiesen: Es gibt keine sichere Atomtechnik. Jede Atomanlage ist eine Zeitbombe, von der niemand weiß, wann sie hochgeht. (...)

Atomkraftwerke erzeugen selbst bei Normalbetrieb ewig strahlenden Atommüll und verseuchen schleichend die Umwelt mit Radioaktivität. Hanau aber ist mit fast 10 Atomanlagen und -firmen die größte Zusammenballung der Atomindustrie in Europa. Insbesondere sind hier die vier Brennelementfabriken NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG zu nennen.
NUKEM: Brennelementproduktion für Forschungs- und Materialtestreaktoren mit Urananreicherungsgraden bis zum waffenfähigem Uran (20 - 94%)
ALKEM: Plutoniumhaltige Brennelemente für den Schnellen Brüter und weitere Leichtwasserreaktoren, Verarbeitung waffenfähigen Plutoniums
RBU: Brennelementherstellung für kommerzielle Reaktoren, insbesondere für alle bundesdeutschen Reaktoren
HOBEG: Thorium- und uranhaltige Brennelemente für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (...)

Eine Trennung von ziviler und militärischer Atomenergie ist nicht möglich. In jedem Reaktor wird täglich Plutonium erzeugt. In Hanau aber sind an einem Ort mehr Atombombenstoffe konzentriert, als in irgendeinem anderen Nicht-Atomwaffenstaat der Welt. Das Plutonium lagert dort in staatlicher Geheimverwahrung. In Hanau ist das gesamte technologische Know-How konzentriert, um die Bundesrepublik in kürzester Frist zur Atomwaffenmacht zu machen. (...) Schon heute wird im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus Hanau kommendes Plutonium zum Ausbau der französischen Atomstreitmacht verwendet. (...)

In Hanau ist bereits in der Vergangenheit im Zwielicht des illegalen Anlagenbetriebes (gegen zahlreiche Geschäftsführer der Hanauer Atombetriebe wird z.Zt. staatsanwaltschaftlich ermittelt) spaltbares Material ‚verschwunden'. Hier werden bis heute angemessene internationale Kontrollen gegen einen militärischen Mißbrauch verhindert. Und: Hier wollen Bundesregierung und Atomfirmen ihre Plutoniumvorräte von 460 kg auf 6,7 Tonnen aufstocken. (...)

Über 40% des in Hanau verarbeiteten Urans wird in Namibia abgebaut, obwohl UN-Beschlüsse die Ausbeutung Namibias durch Südafrika (...) verbieten. (...)

Unsere Großdemonstration richtet sich gegen die Atomanlagen und ihre Betreiber, gegen die nukleare Unterdrückung der ‚3. Welt' und gegen die atomare Aufrüstung, die auf der Atomenergie basiert. (...)

Unsere Großdemonstration richtet sich aber auch gegen den Versuch der Bundesregierung, nach Tschernobyl den Widerstand gegen die Atomenergie mit Giftgas und Gummigeschossen, mit Schlägertrupps in Uniform und Massenfestnahmen einzuschüchtern und über Medienkampagnen in gut und schlecht, friedfertig und gewalttätig zu spalten. Wir betrachten es als Gipfel der Heuchelei, wenn ausgerechnet diejenigen, die das Rassistenregime in Südafrika stützen, die die nukleare Aufrüstung forcieren und die WAA und AKW's mit Bürgerkriegseinsätzen von Polizei und BGS durchpeitschen, davon reden, daß der Widerstand gegen das mörderische Atomprogramm unmoralisch und kriminell sei. (...)

Für die Großdemonstration in Hanau am 8.11.86 stellen wir klar: Wir wollen von uns aus keinerlei Konfrontation mit der Polizei und ebensowenig wollen wir eine Auseinandersetzung am Gelände der Hanauer Atonanlagen, einem radioaktiven Pulverfaß, das sich nicht mehr so einfach zur Wiese machen läßt.

Unser Ziel ist eine gewaltige und phantasievolle Großdemonstration
— für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit
— gegen die Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche des Atomstaats
— gegen die atomare Waffenschmiede in Hanau, ihre internationale Verflechtung und ihre militärische Funktion

„Buschfeuerartige Sabotageaktionen"

Eine Bestandsaufnahme von Anschlägen auf Miltäreinrichtungen

Nicht nur die RAF soll *„wieder im Aufwind"* sein (Rebmann), am 14.8. erklärte die Regierung ihre Besorgnis über die zunehmende Sabotage: *„Buschfeuerartig breiten sich Sabotageaktionen aus"*, alarmierte Hans Heusel, Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, die Presse. *„Jeden zweiten Tag kriege ich eine Meldung über Beschädigungen von Baugeräten. (...) Fast alle Firmen, die ‚irgendwo' an Atomanlagen oder an Militärbauten mitwirken, müßten mit der Zerstörung ihrer Maschinenparks und Baustofflager rechnen. Dies sei ‚geeignet, die deutsche Wirtschaft erheblich zu schädigen'."* (FR, 15.8.) Von einem Rückzug der Firmen von solchen Arbeiten, wie das derzeit in Irland geschieht, wurde nicht berichtet. Indirekt gab der Staatssekretär zu, daß die polizeiliche Hau-drauf-Politik bei Demonstrationen dafür mitverantwortlich sein dürfte: *„Viele seien vielleicht ‚frustriert', weil sie bei Demonstrationen nichts erreicht hätten. Darum wichen sie jetzt auf andere Aktivitäten aus."* **„Sabotieren statt demonstrieren"** laute ein in der Szene kursierendes Schlagwort.

Bis Ende Juli 1986 verzeichnete die Polizei 236 Brand- und Sprengstoffanschläge (1985 im Vergleichszeitraum 161), die Steigerung geht vor allem auf Brandanschläge zurück. 45 Hochspannungsmasten seien in diesem Jahr von **„Sägenden Zellen"** und anderen umgelegt worden, auch Gleisanlagen und andere Einrichtungen der Bundesbahn seien neuerdings vermehrt Ziele von Anschlägen.

Anschläge

Burghausen (Oberbayern): „Anarchistische Zellen" suchten mit 150 Litern Benzin die Firma Dywidag auf. Die Firma sei Großverdiener an der WAA, baue kräftig am „Wartime Host Nation-Support"-Projekt und einer Großbaustelle im Südirak an der Front mit, wie die Firma selbst rühme.

Dreieich: Am 23.5. verübte eine Gruppe „Sand im Getriebe" einen Brandanschlag auf die Firma Pall, die Anlagen für AKWs produziert.

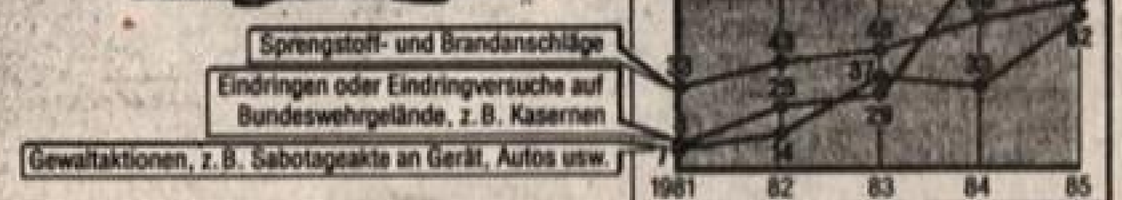
Gundremmingen : Ein Anschlag mit vier in Feuerlöschern an einem Strommast untergebrachten Bomben wurde am 29.6. vereitelt, weil ein Arbeiter die in Plastikbeuteln eingepackten Bomben vorher fand. Ein Bekennerschreiben der „Edelweiß-Piraten" forderte die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen.

Schwandorf: Am 21.7. wurde in der Schaltzentrale der Transport-Beton-Gesellschaft Schwandorf Feuer gelegt. Der Sachschaden wird auf 2,5 Mio DM geschätzt, drei Betonmischer und Beton-Transport-Laster dieser am WAA-Bau beteiligten Firma wurden ebenfalls erheblich beschädigt.

Startbahn-West: Am 25.7. sägten „Revolutionäre Handwerker" an einem 220.000 Volt-Mast, der anschließend kippte. Sachschaden mehrere hunderttausend Mark. Die RWE seien „führendes Mitglied der Atommafia", heißt es im Bekennerschreiben.

Borsfleth: In der Nacht zum 28.7. brannte der 200.000 DM teure Bagger der Firma Peters (baut in Brokdorf) aus. Bei einem „Ausflug aufs Land" hatten Zündler gelegt.





Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Münster: Die Gruppe ,,Rote Zora'' verübte am 5.8. einen Anschlag auf das Humangenetische Institut der Uni und ließ dabei die Akten des Professer Lenz mitgehen, ,,einmaliges wissenschaftliches Forschungsmaterial von unschätzbarem Wert'', meinte der Uni-Pressesprecher.

Hamburg: ,,Tschuldigung'' schrieb das Kommando ,,no name'' nach einem vorgetäuschten Anschlag auf drei Hamburger McDonalds-Filialen. Man habe *,,den Geschäftsführern jenes Schweinekonzerns ein paar schreckreiche Minuten''* bereiten wollen. Immerhin hätten die Sprengmeister der Polizei dann sechs Stunden gebraucht, um nach einer telefonischen Warnung sechs Dosen Katzenfutter zu entschärfen. Ein Bahnhof neben einer Filiale war dabei großräumig abgesperrt worden, der Bahnverkehr wurde gestoppt.

Wuppertal: Erheblicher Sachschaden entstand bei einem Bombenanschlag auf eine Wuppertaler Elektronikfirma am 13.8. Um Mitternacht explodierte ein Sprengkörper vor der Firma, der schon am Tage hinterlegt sein sollte.

Hamburg: In der Nacht zum 17.8. brannte in Hamburg das Polizei-Dienst-Gebäude in der Martinistraße. Die Dienststelle sei ,,Angriffsobjekt im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylantenproblematik'', heißt es in einem Bekennerschreiben der ,,Revolutionären Zellen''. Selbst die Polizei war sich anfangs nicht sicher, aus welcher Ecke der Anschlag stamme, angesichts der Frage, wer ein Interesse an der Vernichtung von Akten in diesem Zusammenhang haben könne.

an der Vernichtung von Akten in diesem Zusammenhang haben könne.

Norderstedt: Ein Kommando ,,Grüß-Dich-Alfons'' legte bei der Firma Marten in Norderstedt (Produktion von Polizeischutzschilden) Feuer, nachdem sie durch das Dach eingestiegen waren. Nach Angaben der Kieler Polizei entstand nur geringer Sachschaden. (lt. taz, 15.8.)

München: 250.000 DM Sachschaden verursachte am 17.8. ein Brandanschlag auf Baufahrzeuge der Firma ,,Hoch-Tief'' in Baierbronn bei München. ,,WAA-Nie Kommando F.J.S.'' wurde auf einen Bauswagen gesprüht.

Wuppertal: Am 18.8. brannten zwei Bagger an einer Straßenbaustelle der Dywidag bei Wuppertal. Der Tunnel sei Teil der ,,militärischen Infrastruktur'' und solle vier Kasernen miteinander verbinden, hieß in einem Schreiben ,,fürsorglicher Anonymer'', die ihr Vorgehen ,,praktisch in den Zusammenhang zu den Angriffen gegen (...) Beckurts, gegen das Fraunhofer-Institut und Dornier'' einreihten. Der Sachschaden wird mit über 100.000 DM angegeben.

Ein juristisches Vorgehen gegen die taz forderte ein CDU-Sprecher, nachdem in dieser Zeitung sägende Heimwerker eine Anleitung gegeben hatten, wie sie es schaffen, Strommasten so zu sägen, daß sie ohne Gefährdung der Beteiligten kippen.

Bundeswehr

Auch die Bundeswehr fühlt sich nicht mehr sicher: *,,Mitten im ,tiefsten Frieden', sorgt sich Generalleutnant Werner Lange, Befehlshaber des II. Korps in Ulm, seien die Soldaten ,im eigenen Land nicht mehr sicher'. Wachposten würden ,aus heiterem Himmel angefallen', müßten ,um ihr Leben kämpfen'. Lange, Vorgesetzter von 80.000 Soldaten: ,Wir sind doch nicht im Krieg'.''* (zitiert nach Spiegel, 11.8.86) Die Zahl der Brandanschläge auf Militäranlagen und Verwaltungsgebäude habe sich in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. 115 ,,massive Attacken'' auf Einrichtungen der Bundeswehr im vergangen Jahr stehen acht im Jahre 1981 gegenüber. Zwei Eindringversuche pro Woche seien bei Bundeswehreinrichtungen zu verzeichnen, fast zehnmal soviel wie im Jahre 1981. *,,Alarmierend''* nennt das Bundesverteidigungsministerium diese Entwicklung (s. Statistik anbei).

Neue Autoschilder

Alle 200.000 Privatautos von US-Soldaten in der BRD sollen voraussichtlich nach einigen Anschlägen auf solche Fahrzeuge mit bundesdeutschen Kennzeichen ausgerüstet werden, das erklärte Bundesverkehrsminister Dollinger, derzeit liefen entsprechende Verhandlungen mit US-Stellen. (FR, 9.8.)

Vor der Hunsrück-Demo:

Sittenpolizisten der FdGO fordern Distanzierung

Nicht weniger als die Verhinderung der Stationierung der Mittelstreckenraketen ,,cruise missiles'' hat sich die Friedensbewegung mit ihrer Demonstration am 11. Oktober im Hunsrück vorgenommen. Wer das will, legt sich nicht mit irgendwelchen Mächten des Bösen an, sondern mit den Mächtigen nicht nur hierzulande. Das weiß man als Friedensbewegter.

Weil das so ist, soll der Friedensbewegung jetzt ein Verhaltenskodex eingebläut werden, der sich auch an die Spielregeln dieser Mächtigen hält. So wollen es wenigstens einige langjährige Spitzenfunktionäre des Bonner Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung (nachstehend einfach KA genannt). Denn unser Eintreten für Frieden und Abrüstung *,,kann und darf sich nur im Rahmen des Grundgesetzes bewegen''* — so sieht es Karlheinz Koppe von Pax Christi. Dazu braucht der Friedensbewegte vier Dinge: 1. Einen Staat mit Gewaltmonopol, das *,,beruht auf dem Gewaltverzicht des Bürgers. Der Gewaltverzicht des Bürgers beruht auf seiner Erwartung, seine Bedürfnisse im geistigen Meinungskampf durchsetzen zu können. Wichtiges Medium hierfür ist die Demonstration''*. 2. Außer dem Gewaltverzicht des Bürgers auch noch seine Distanzierung von jenen, deren Gewaltbegriff nicht allein durch den Staatsbürgerkundeunterricht geprägt wurde. Positives Beispiel hierfür: Der von Grünen und Prominenten verfaßte

rung von jenen, deren Gewaltbegriff nicht allein durch den Staatsbürgerkundeunterricht geprägt wurde. Positives Beispiel hierfür: Der von Grünen und Prominenten verfaßte

,,Offene Brief an die Anti-Atombewegung''. 3. Gespräche mit Innenministerien und Polizei zwecks Gewaltvermeidung. 4. Ordner, um *,,Gewaltansätze im Keim zu ersticken''*. Dieser Kodex stammt nicht vom sozialdemokratischen Christen Koppe, sondern vom christlichen Sozialdemokraten Ulrich Frey von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF — siehe den nebenstehend dokumentierten Brief von Frey).

Vorgetragen wurde er nicht, weil die christlich-sozialdemokratischen KA-Funktionäre ein Bündnis mit Autonomen verhindern wollten, sondern weil sie den Vorschlag aus dem linken Spektrum der institutionalisierten Friedensbewegung, der Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF), verhindern wollten, vor der Hunsrück-Demonstration das vorgesehene Stationierungsgelände zu blockieren und damit die Bauarbeiten zu behindern. Im BUF selber sind eine ganze Reihe sich radikal und gewaltfrei verstehender Gruppen vertreten, die solche Aktionen im Rahmen des zivilen Ungehorsams betreiben. Die ethisch motivierte Gewaltfreiheit einiger BUF-Gruppen geht allerdings von einem anderen Staatsverständnis aus, als die Herren Frey und Koppe.

Doch im Friedens-KA sitzen auch noch die taktischen Gewaltfreien aus der DKP und ihrem Umfeld. Sie berufen sich verschiedentlich auf den Marxismus und den Leninismus, sie sprechen in Bezug auf die BRD vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus, was auf ein anderes Staatsverständnis, als das Frey'sche unter 1. erläuterte schließen läßt. Sie haben hierzulande den mächtigen Militärisch-industriellen Komplex entdeckt, lange vor der RAF. Und sie machen gerne Bündnisse, wobei ,,wir Kommunisten im Bündnis unsere eigenen Positionen offen und ehrlich zur Diskussion stellen'', wie Herbert Mies zu sagen pflegt. Allerdings nicht, wenn die im KA stark vertretenen Sozialdemokraten sich stark genug fühlen, den Rest der Bewegung mit sozialdemokratischen Grundsätzen zu erpressen. Schließlich sind ja auch die KA-Vertreter Wolfgang Biermann (SPD), Paul Oppenheim (ESG und SPD — wenn BUF ziviler Ungehorsam sage, sei Gewalt gemeint, wußte er zu berichten) und Olaf Scholz (Jungsozialisten) der Meinung ihrer Parteifreunde Frey und Koppe. Da ziemt es sich allerdings für die Genossen von der DKP zu schweigen und das sozialdemokratische Vorgehen abzudecken, auch wenn andernorts die DKP'ler dafür eingetreten sind und die DKP im KA an dieser Frage keineswegs mit dem BUF alleine in der Ecke gestanden hätte.

Und die Grünen? Gewaltfreiheit ist bekanntlich eine ihrer Grundsäulen. Bislang bekannten sie sich aber auch zum zivilen Ungehorsam in ,,Überlebensfragen''. Doch ohne ein glasklares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nicht nur in der Aktion, sondern im Prinzip, sei ziviler Ungehorsam heute schädlich, eine klare Trennungslinie zu allen, die dieses Prinzip nicht verträten, sei im Vorhinein nötig, trug der grüne Bundesvorständler Lukas Beckmann zur Diskussion bei.

Eine Verknüpfung der Hunsrücker Demonstration mit Blockaden würde dazu führen, so Karlheinz Koppe in einem Brief vom 16.Juli, *,,daß Pax Christi dann die Herbstaktion nicht mittragen wird, weil es sie nicht (mit)verantworten kann''*. Der KA müsse dafür Sorge tragen, daß solche Aktionen *,,weder in unmittelbarer Nähe, noch im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Demonstration am 11. Oktober stattfinden (insbesondere nicht in der Woche vor der Demonstration)''*. ESG und Frey für seine AGDF schlossen sich dem an. Unbeschadet der Beschlußfassung der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom Februar dieses Jahres, die die Hunsrück-Demonstration beschlossen hatte und dazu aufrief *,,Informiert Euch über und unterstützt die Aktionen zivilen Ungehorsams''*, (ein Aufruf, der in den vergangenen Monaten zigtausendfach verbreitet wurde!), ist damit die Blockade vom Tisch.

Doch am Ende will es keiner gewesen sein. Denn einen Beschluß gegen Aktionen zivilen Ungehorsams hat man nicht gefaßt. Man hat sich einfach darauf berufen, daß die Repräsentanten der örtlichen Bevölkerung des Hunsrück — vertreten durch die Huns-

man nicht gefaßt. Man hat sich einfach darauf berufen, daß die Repräsentanten der örtlichen Bevölkerung des Hunsrück — vertreten durch die Huns-

rücker Friedensinitiative — gegen die Blockade gewesen sind, weil sie davon eine abschreckende Wirkung für die Demonstrationsmobilisierung befürchteten. Denn — so die basisnahe KA-Mehrheit — der Kölner Beschluß vom Jahresanfang hätte die Zustimmung der örtlichen Initiativen zur Bedingung gehabt. So war der ,,Schwarze Peter'' vergeben.

Den gescheiterten Blockadevorschlag unterstützten die Aktion Sühnezeichen, der BUF, die Falken, die Grünen (in Abwesenheit von Lukas Beckmann sogar ohne die Forderung nach Vorabdistanzierung) und das Komitee für Grundrechte. Die ,,schlimme Tatsache, daß keine Blockade stattfindet'', befürchtet Klaus Vack vom Komitee, könnte zu Lasten des Engagements für die Großdemonstration gehen. Dies dürfe aber nicht den Hunsrückern angelastet werden. Sie seien überhaupt erst in die ,,Zwangslage'' des Verzichts manövriert worden. Der eigentliche Grund habe ,,in einer mehrmonatigen Uneinigkeit innerhalb des Koordinationsausschusses über eine Blockadeaktion im Hunsrück'' gelegen (Leserbriefe in FR, 19.8. und taz 20.8.). Als ,,besonders bedauerlich und erschreckend'' bezeichnete Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen und auch SPD) die beiden Briefe von Frey und Koppe. Vor dem Hintergrund ihrer ,,unglaublichen Argumentationsführung Blockade = Eskaltion = Gewalt'' sei die Beteuerung, das Demonstrationsrecht offensiv zu verteidigen, eine ,,hohle Phrase''. Das, so Zumach, ,,wirft die Diskussion um Jahre zurück'' (Schreiben vom 12.8.).

Neu sind solche Ausgrenzungsbestrebungen im KA nicht. Doch schaut man sich den Anlaß an, dann spricht vieles dafür, daß die staatliche Gewalt- und Distanzierungskampagne in die Friedensbewegung verlängert wird, um bewußt die Spaltung zu suchen. Denn in der Sache begründet liegen die Erpressungen nicht. Niemand im KA hat gar schreckliche Gewaltaktionen angekündigt. Und daß die Autonomen auf Blockade und Demo im Hunsrück heiß sind, wäre auch was Neues (vielleicht wird's ja jetzt anders). Eher scheinen die Bundestagswahlen ihre Schätten vorauszuwerfen und bei den Sozialdemokraten ist Harmonie angesagt, damit Rau besser abschneidet. Da stören die Linken und konsequente Aktionen. Eine zahnlose Friedensbewegung, so scheint das Kalkül, kann auf der etablierten Ebene in Richtung SPD und DGB besser Politik machen. Daß dann die gemeinsamen Ziele, Raketenabbau, kein SDI und Senkung der Rüstung (Raus aus der NATO vertritt sowieso nur die Minderheit) noch lange nicht erfüllt sind, daß die Friedensbewegung dann die Kraft, Unabhängigkeit und langen Atem bräuchte, hierfür Druck zu machen, wie dies im KA heißen würde, davor scheinen Sozialdemokraten sich eher zu fürchten. Und auf die Grünen kann man sich immer weniger verlassen.



Wo will der Mann mit der Keule hin?

''Gespräche über Vekehrsberuhigung reichen nicht mehr aus''

Ein Brief von Ulrich Frey

(...) Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen, kritische Rückfragen von aufgeschlossenen Menschen, die nicht ausdrücklich ,,friedens''bewegt sind sowie Briefe aus Gruppen der Friedensbewegung haben mich veranlaßt, über die Frage nachzudenken, wie verhindert werden kann, daß am 11.10. durch irgend jemand irgendwie Gewalt angewendet wird, so daß die Botschaft der Veranstaltung, eine andere Politik in Angriff zu nehmen, im Bewußtsein der Beteiligten und in den Medien verdrängt wird.

Die Kundgebung findet zu Beginn eines Vorwahlkampfes statt, der härter als viele Wahlkämpfe vorher sein wird. Aus der Berichterstattung der Medien über Demonstrationen an Kernkraftstandorten wird die Bevölkerung gelernt haben, daß es ohne Krawalle und Gewalt nicht abgeht. Die Auseinandersetzung in der regierenden Koalition über die Verschärfung des Demonstrationsrechtes wird nach der Sommerpause verstärkt losgehen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu erwarten, daß die FDP standhaft bleibt. Die Aufrüstung der Polizei (mehr Beamte, mehr und stärkere Wasserwerfer, Einführung von Distanzgeschossen, Entwicklung neuer polizeilicher Taktiken) wird eine Runde weiter sein, wenn sich die besonnenen Landesregierungen nicht durchsetzen können. Das ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik zu befürchten. Die Unsicherheit der Bevölkerung wird gewachsen sein. Jetzt schon überlegen Eltern, ob sie ihre Kinder in den Hunsrück mitnehmen können.

Ältere Menschen befürchten, nicht mehr schnell genug laufen zu können. Sie wollen deshalb zu Hause bleiben. Die Wut und Enttäuschung vieler Friedensbewegter über das, was sich in den letzten Monaten zugetragen hat, wird in der Sommerzeit nicht wesentlich abgenommen haben. Immer neue Nahrung erhalten solche Frustrationen durch Nachrichten über V-Leute und deren Provokationen. Kurz: Weder der Veranstalter Koordinationsausschuß noch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch die Polizei werden wie selbstverständlich davon ausgehen können, daß der 11.10. ohne jede Gewalt zu Ende geht. Daß gewalttätige Demonstranten auftauchen, evtl. auch Provokateure, und daß die Polizei in dieser Situation Fehler macht, ist nicht auszuschließen. Wir sollten diese Risiken ganz nüchtern kalkulieren und als Veranstalter versuchen, das Risiko gering zu halten. Ich vermute, daß auf Seiten der Polizeiführung in Rheinland-Pfalz außer der Frage der Verkehrsregelung auch die Probleme einer möglichen Gewalteskalation diskutiert werden und daß sich auch die Polizei darauf einstellt.

Daraus ziehe ich für die weitere Arbeit des KA folgende Konsequenzen:

1. Das Demonstrationsrecht als ein Grundrecht nach dem Grundgesetz ist durch die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit in den letzten Monaten zum Gegenstand der Kundgebung vom 11.10.1986 geworden. Der KA sollte einer Rednerin oder einem Redner die Bühne geben, um die liberalen Grundsätze der Versammlungsfreiheit, so, wie sie bis zur letzten Strafrechtsänderung gegolten haben, zu verteidigen. Als grundlegend sehe ich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Mai 1985 an (dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 30. und 31. Juli 1985). Darin sind die Prinzipien, nach denen gewaltfrei verlaufende Großdemonstrationen organisiert worden sind, aufgeführt.

2. Um seine eigene Position genau zu kennen, sollte der KA ganz klar festlegen, wie er in der gegenwärtigen Diskussion steht. Wenn die Frankfurter Rundschau am 1.7.1986 richtig berichtet hat, dann ist dies bei dem Treffen von Vertretern der Bürgerinitiativen der Anti-Atomkraftbewegung in Frankfurt nicht geschehen. Auch die Atommüllkonferenz (taz v. 22.7.1986) hat kein eindeutiges Wort gefunden. Hilfreich empfinde ich den Brief von Petra Kelly, Gert Bastian u.a. an die Anti-Atombewegung (teilweise dokumentiert in der taz v. 12.7.1986). Ein solches oder ähnliches Votum würde uns als KA in die Lage versetzen, offensiv bei der Bevölkerung um Vertrauen für die Friedensbewegung und ihr Anliegen werben zu können. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir politisch überzeugen können. Indem wir solche Fakten setzen und uns danach verhalten, nehmen wir auch all denen den Wind aus den Segeln, die Schlimmes befürchten und sich entsprechend rüsten.

3. Noch notwendiger als bei der Großdemonstration 1981 halte ich es heutzutage, mit Verantwortlichen in Inneministerien, Polizeiführungen und Kirchen Gespräche darüber zu führen, wie Gewalt vermieden werden kann. Dabei braucht die Friedensbewegung ihr eigenes Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, wenn sie eine klare Position hat. Dies ist sogar Voraussetzung für solche Gespräche, weil sonst die Gesprächspartner kein Vertrauen fassen können. Gespräche über Verkehrslenkung reichen nicht mehr aus, um solche Vertrauensbasis zum Zweck einer gewaltfreien Durchführung der Veranstaltung herzustellen.

4. In einer speziellen Arbeitsgruppe des KA sollte überlegt werden, wie im Falle, daß Gewaltanwendung zu besorgen ist, seitens des Veranstalters reagiert werden kann, z.B. durch Ordner, und wie vor allem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorbereitet werden können, um Gewaltansätze im Keime zu ersticken.

Diese Vorschläge sind Ergebnisse eigener Erfahrungen und vieler Gespräche mit Menschen, auch einigen Verantwortlichen, zum Thema und zur Situation.

29.7.86, Ulrich Frey
(Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden)

Hurra, wir denken noch!

Eine Polemik wider den Aktionismus



Draußen ...

Im Arbeiterkampf, wie überall in der Linken, läuft die Debatte, was wir aus den Ereignissen in Brokdorf und Kleve am 7.6. lernen können oder müssen. Wie schon so oft bei derartigen Anlässen findet sich quer durch die Bank mehr oder weniger eingestandene Tatlosigkeit. Von all den übereifrigen Distanzierern, die nach den Gewaltorgien des Polizeiapparates vornehmlich die Autonomen beschimpften, soll hier nicht die Rede sein, denn dazu stand im AK genug. Wir wollen uns in diesem Artikel mit der radikalen Kritik an den Distanzierern auseinandersetzen und mit dem ewig gleichlautenden Aufruf, doch nächstes Mal bitten den Polizeiapparat besser vorbereitet zu überwinden und zu diesem Behufe nicht näher erläuterte „Strukturen" zu schaffen. Nichts könnte der radikalen Linken mehr schaden, als wenn sie die dringend notwendige politische Diskussion schon wieder und noch einmal um die sog. Gewaltfrage polarisieren würde. Selbstverständlich muß die dogamtische „Gewaltfreiheit" (bspw. der Autoren des „Offenen Briefes" in der taz v. 12.7.) zurückgewiesen werden, die nichts anderes bezweckt, als die nichtlegalistischen Teile der Anti-AKW-Bewegung auszugrenzen, um die Hegemonie der SPD durchsetzen zu können. Wir halten es jedoch für falsch, in die gestellte Falle zu gehen, indem man nun seinerseits auf Scharmützel mit der Polizei orientiert. Denn die Konzentration auf Aktionsformen, auf die kurzfristige Verbindung von Massendemonstrationen und Militanz (im Sinne von Auseinandersetzungen mit der Polizei) bietet keine politische Perspektive. Die grundlegende Position, die wir teilen, daß die Überwindung des kapitalistischen Staates nicht ohne gewaltsame Auseinandersetzungen ablaufen wird, reicht als Begründung für konkrete Aktionsformen unter konkreten Bedingungen keineswegs aus. Die Gewaltfrage ist, so wie sie *heute* in der linken Szene diskutiert wird, von strategischen Überlegungen abgetrennt und in bestimmten Teilen der Linken zum Ersatz für politische Inhalte geworden. So verengt sich die Diskussion um die Durchsetzung politischer Forderungen und Ziele auf einen Bekenntniszwist „Gewaltfreiheit kontra Militanz".

Wir meinen, daß diese Diskussion von den anstehenden Aufgaben eher ablenkt, weil die politische Perspektive der radikalen Linken unter den hiesigen Verhältnissen heute nicht in einer Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen Massenbewegungen und den staatlichen Repressionsorganen bestehen kann. Wir wollen uns in diesem Artikel mit den im AK publizierten Orientierungen auseinandersetzen und im Anschluß darlegen, worin wir heute die Aufgaben der radikalsozialistischen Linken sehen.

kes hat vor einer ernsthaften Erschütterung des „inneren Friedens" tausendmal mehr Angst als vor allen AKWs zusammen. Und diesen Zu-

heraufbeschwören und alle Hoffnungen auf emanzipatorische Entwicklung vernichten würde.
Nun gibt es zweifelsohne einen Zu-

satz der Demonstration. Ob in Kleve nun abgesprochen oder unabgesprochen angegriffen wurde, ist zwar für die politische Auseinandersetzung in-

sionsorganen bestehen kann. Wir wollen uns in diesem Artikel mit den im AK publizierten Orientierungen auseinandersetzen und im Anschluß darlegen, worin wir heute die Aufgaben der radikalsozialistischen Linken sehen.

Am deutlichsten hat der Beitrag von Werner Schlegel im letzten AK eine Haltung sichtbar werden lassen, die die politische Ratlosigkeit durch Sandkastenmilitanz verdrängt. Werner schreibt, er habe eigentlich nicht nach Brokdorf fahren wollen, weil ihm ungefähr klar gewesen sei, was da ablaufen werde. Er fuhr doch. Und hinterher stellt er fest, solche Aktionen hätten nur Sinn, *„wenn sie politisch durchdacht, wenn alle vorbereitet sind"*. Ah ja!

Werner verlangt Demonstrationen, wo nicht nur Hunderte, sondern Tausende militant werden und wo schon Tage vorher „Holzplanken" deponiert werden, *„damit Angst vor einem Polizeiausfall gar nicht erst entstehen kann, weil Fluchtwege offen sind"*. Dabei ist es doch wenig glaubhaft, von „Chile-Südafrika-Assoziationen" zu reden, also von Assoziationen mit offenem Bürgerkrieg, und zugleich zu meinen, man könne das Problem mit „Holzplanken" lösen. Es wimmelt im Moment in der Debatte um Brokdorf von derartigen Vorschlägen, die sich bei näherer Betrachtung allesamt als grenzenlos naiv erweisen. Um es glasklar zu sagen: Wir können aktuell und auf absehbare Zeit den Polizeiapparat weder organisatorisch noch auf offenem Feld besiegen. Und gerade diejenigen, die sich mit dem staatlichen „Gewaltmonopol" nicht abfinden wollen, denen appellativer Protest nicht reicht, sind dazu verpflichtet, mit aller Ernsthaftigkeit und Verantwortlichkeit für die *gesamte* Bewegung die politischen Konsequenzen bestimmter Aktionsformen abzuwägen. Unterstellen wir doch mal für einige der nächsten Demonstrationen als gegeben, es würden sich die radikalsten Vorstellungen durchsetzen und einige tausend oder zehntausend Demonstranten aktiv gegen die Polizei vorgehen. Vielleicht würde man ein oder zwei Scharmützel gewinnen, triebe vielleicht einige Hundertschaften der Polizei in die Flucht. Und dann? Eskalation bis zum Bürgerkrieg? Natürlich nicht. Wer seine fünf Sinne beisammen hat, der weiß natürlich, daß eine qualitative Eskalation angesichts der hiesigen Kräfteverhältnisse nackter Wahnsinn wäre. Spätestens, wenn man sich dies klar macht, wird deutlich, daß unter den gegebenen heutigen Verhältnissen auch politisch bestimmte Militanz meistens nichts weiter sein kann als ein symbolischer Ausdruck, als eine politische Artikulationsform unter vielen, die nicht allein zum Gradmesser gemacht werden kann für die politische Bedeutung einer Bewegung oder einer Aktion.

Die Orientierung auf ein möglichst strukturiertes und militantes Publikum führt deshalb von der Frage weg, wie man möglichst viele Menschen in die politische Kampagne hineinzieht, wie man, wenn irgendmöglich, Mehrheiten im Volk erzielt und diese politisch durchsetzt. D.h. für uns nicht, sich *gegebenen* Mehrheiten anzupassen. Es ist jedoch klar, daß linke Inhalte nur politisch umgesetzt werden können, wenn sie von großen Teilen der Bevölkerung *aktiv* getragen werden, *gerade weil* sie nur *gegen* den herrschenden Block durchgesetzt werden können (Beispiel: Volkszählung).

Duelle in der Morgensonne?

Würden wir den Hobbygenerälen folgen, so hätten wir letztlich Demonstrationen, die — mangels politischer Mobilisierung — nur noch dazu sind, sich mit der Polizeiübermacht anzulegen. Bürgerkrieg in seiner politisch und militärisch dümmsten Art: Man sagt einem hoffungslos überlegenen Gegner Wochen vorher, wo und wie und wann man sich mit ihm auf welcher Wiese zu prügeln gedenkt. Viel Feind, viel Ehr. Das Preußentum lacht auch in manchem radikalen Herzen.

Werner Schlegel unternimmt nur einen einzigen Versuch, die Militanzforderung politisch zu begründen. Das politische Ziel der Militanz als Ritual bestimmt die Überlegung. Wie so oft muß dann die Panik als Begründung herhalten: *„Gerade jetzt, wo wir die letzte Chance haben"*. Apokalyptische Eile, Panik, allgemeine Appelle. Politische Perspektive? Zappenduster. Solche Versuche, die Diskussion um ungelöste Fragen durch die Forderung nach radikalen Aktionsformen zu ersetzen, stellen ebenso eine Verdrängung dar wie die Gewaltfreiheitsappelle der Distanzierer. In beiden Fällen wird das eigentliche Problem schlicht vom Tisch gefegt, das immer wieder in der simplen Frage besteht: Wie erlangen wir politische Kräfteverhältnisse, in denen wir nicht bloßer Spielball der Polizeistrategen sind, sondern politische Forderungen auch durchsetzen können? Warum konnte man uns in Brokdorf und Kleve fertigmachen (wie schon so oft davor)? Weil wir zuwenig Helme hatten und zuwenig Traute, auf die Bullen loszudreschen? Keineswegs, das alles ist bestenfalls sekundär. Die entscheidende Schwäche, die wir haben, ist unser Nicht-Verankertsein im Volk, *obwohl* dieses mehrheitlich gegen AKWs ist. Aber als Basis für radikale Kampfformen, die über militante Unmutsäußerungen hinausgehen, gibt es nicht einmal eine relevante Minderheit in der BRD, auf die man sich stützen könnte. Die absolute Mehrheit des Volkes hat vor einer ernsthaften Erschütterung des „inneren Friedens" tausendmal mehr Angst als vor allen AKWs zusammen. Und diesen Zustand ändert man nicht durch Militanzphantasien und Appelle an den Mut. Warum akzeptieren denn sehr viele oppositionell Bewegte, wenn nachts ein Strommast fällt, aber nicht, wenn Polizisten mit Molotowcocktails und ähnlichem attakiert werden? Weil das zwei völlig unterschiedliche Formen der Millitanz sind. Fällt ein Strommast nachts um, wird Ernsthaftigkeit der Forderung nach Stillegung demonstriert und das Risiko, falls einer dabei erwischt wird, ist kalkulierbar (es gibt schlimmstenfalls eine Verurteilung, einige Jahre Knast und an der gesellschaftlichen Situation ändert sich nichts wesentliches). Direkte Konfrontationen zwischen dem staatlichen Gewaltapparat und einer Massenbewegung dagegen bergen potentiell die Gefahr einer unkalkulierbaren Eskalation in sich, die angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse für uns, d.h. für die ganze Linke, heute nur in einer totalen Katastrophe enden könnte. *So betrachtet erweist sich der sogenannte Opportunismus der Massen auf Demonstrationen als eine gesunde Risikoabwägung.* Hinter der Ablehnung militanter Konfrontationen steht nicht allein ein irgendwie geartetes opportunistisches Arrangement mit den hiesigen Verhältnissen, sondern dahinter steht auch die Überzeugung, daß ein Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft durchaus nicht automatisch eine bessere Gesellschaft hervorbringt. In dieser Überzeugung liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen der heutigen Situation und den früheren Phasen der sozialistischen Bewegung in Europa.

Im 19. Jahrhundert glaubten Millionen Sozialisten, der zwangsläufig eintretende ökonomische Zusammenbruch des Kapitalismus werde den Sozialismus hervorbringen. Die 3. Internationale glaubte vor dem 2. Weltkrieg, daß der zwangsläufig kommende Zusammenbruch des Imperialismus den Sozialismus bringen werde. D.h.: Sowohl die 2. Internationale als auch die Komintern sahen dem Zusammenbruch des jeweiligen Kapitalismus optimistisch entgegen.

Selbst das alte, erst kürzlich revidierte Parteiprogramm der KPdSU erklärte noch zuversichtlich, daß der Sozialismus aus einem kommenden Krieg gestärkt hervorgehen werde; und die KP China, die der Neuen Linken in der BRD Anfang der 70er Jahre einen Großteil ihrer intellektuellen Munition lieferte, erklärte in der berühmten Polemik noch, Atomwaffen hin oder her, der Sozialismus werde mit jeder Konfrontation stärker. Heute jedoch hat sich das Bewußtsein, das Wissen durchgesetzt, daß ein Atomkrieg das Ende der menschlichen Zivilisation heraufbeschwören und alle Hoffnungen auf emanzipatorische Entwicklung vernichten würde.

Nun gibt es zweifelsohne einen Zusammenhang zwischen der internationalen Stabilität und den politischen Verhältnissen in den herrschenden kapitalistischen Ländern. Das Bewußtsein dieses Zusammenhangs ist in der westdeutschen Linken im weitesten Sinne sicher stärker als in anderen Ländern, denn die deutsche Linke hat eine traumatische historische Erfahrung: die Instabilität der Weimarer Republik und die Ermächtigung des Faschismus durch alle bürgerlichen Parteien 1933.

Spätestens seit dem deutschen Faschismus und dem von ihm ausgelösten Weltkrieg ist es klar, daß gesellschaftliche Polarisierung und Konfrontation nicht unbedingt der Linken nützt, nur weil es den klassischen bürgerlichen Parteien schadet. Wenn die bürgerliche Politik in der BRD fortlaufend *Weimar als Drohung* benutzt und vor „Weimarer Verhältnissen" warnt, dann kann sie dies nur, weil diese Drohung auf ein verbreitetes und durchaus nicht nur „opportunistisches" Denken zielt, das — wie oberflächlich auch immer — von der deutschen Geschichte nachhaltig geprägt ist. Eine über den Reformismus hinausgehende Politik kann sich weder an der geschichtlichen Erfahrung noch an der Ambivalenz einer Erschütterung des Status quo in Europa vorbeimogeln, sondern muß sich diesem Problem stellen.

Unter diesen Verhältnissen kann und darf revolutionäre Politik nicht daran festgemacht werden, daß sie undifferenziert ständig die aller-radikalsten und aller-militantesten Aktionsformen propagiert, sondern nur daran, daß sie mit absoluter Ernsthaftigkeit und Offenheit jeweils *die* Formen festlegt, die der Linken insgesamt den maximalen politischen Spielraum und Erfolg bringen. Duelle auf der Wiese, das hat man uns am 7.6. noch einmal nachdrücklich klargemacht, bringen uns nicht weiter, sondern reiben die Bewegung auf. Die Haltung, *„weil uns der Staat dort angreift, müssen wir erst recht dahin"*, ist zwar mutig, aber nicht unbedingt klug.

Gemäßigte Varianten desselben Irrtums

Der Beitrag „einiger Westberliner Autonomer" im letzten AK argumentiert letztlich in dieselbe Richtung wie der von Werner Schlegel, richtet jedoch gleichzeitig seine Kritik gegen einen Teil der Autonomen: *„Unsere Kritik richtet sich in erster Linie an die Spitze des Konvois, die sich nicht an die gemeinsamen Absprachen gehalten hat"*, weil sie in Kleve ohne vorherige Absprache die Polizeikette angegriffen habe. Die Genoss/inn/en hinterfragen jedoch nicht den gemeinsamen Ansatz der Demonstration. Ob in Kleve nun abgesprochen oder unabgesprochen angegriffen wurde, ist zwar für die politische Auseinandersetzung innerhalb der AKW-Bewegung wichtig, aber für die Ereignisse am 7.6. sekundär. Die Herren Polizeistrategen wußten, was der Hamburger Konvoi vorhatte, denn das war ja öffentlich verkündet worden. Der Beschluß *aller* beteiligten Gruppen war deutlich: Wir lassen uns nicht filzen und, wenn möglich, „nehmen wir eine Polizeisperre". Gut, und der Polizeiapparat hat eben demonstriert, daß derartiges nicht möglich ist, wenn er das nicht will. Basta.

So dumm sich auch einige Autonome in Kleve angestellt haben mögen (darüber gibt es ja unterschiedliche Berichte), so war das keinesfalls entscheidend. Das Entscheidende war, daß der Polizeiapparat wußte, wen er wo im Konvoi vor sich haben würde, daß er den Konvoi per Hubschrauberstaffel beobachtete und in einem als günstig eingestuften Moment zuschlug. Kurzum: Der Fehler lag darin, daß wir einen unrealistischen Beschluß gefaßt hatten, als wir unterstellten, der Polizeiapparat würde uns unsere militanten Spiele erlauben, statt sie durch Einsatz seiner Gewaltmittel im Ansatz zu erwürgen.

Man muß also, statt „Jetzt erst recht!" zu rufen, sich fragen, unter welchen Bedingungen diese Aktionsform (Großkundgebung am Objekt, Konvois mit deutlich erklärten Absichten) sinnvoll ist und unter welchen nicht. Was sich in den 70er Jahren an Aktionsformen entwickelt hatte, entstand aus dem Konzept der Bauplatzbesetzung zur Bauverhinderung. *Darum* hat man gesagt, wir gehen an den Zaun, wir gehen die Sache an, wir zeigen deutlich, daß wir den Bau verhindern wollen. Heute ist das Objekt dieses Widerstandes fertiggestellt und wohl niemand käme auf die Idee, man könne die Festung Brokdorf besetzen oder dergleichen. Es gibt also keinen materiellen Grund mehr, unbedingt am Objekt zu demonstrieren und, koste es, was es wolle, „Material" durchzubringen.

Da es nicht mehr um eine Bauplatzbesetzung gehen kann, ist es also eine ausschließlich politische Frage, ob man am Objekt demonstriert (was durchaus sinnvoll sein kann, denn Brokdorf ist *das* Symbol der bisherigen AKW-Bewegung gewesen). Es ist angesichts dieser Verhältnisse nicht sinnvoll, öffentlich zu verkünden, man wolle Polizeisperren knacken und lasse sich nicht filzen (was ja als Ankündigung nur Sinn macht, wenn man „Material" durchbringen will). Umgekehrt ergibt es politischen Sinn, zu erklären, daß man eine politische Demonstration durchführen will, und es dem Polizeiapparat zu überlassen, daß Thema Sperren, Filzen etc. auf die Tagesordnung zu setzen. Die etwas kraftmeieri-

sche Ankündigung, man wolle Sperren überwinden usw., hat den Polizeiapparat und die herrschenden Politiker eher unter Zugzwang gesetzt (aus der Logik der Herrschenden betrachtet) und ihnen öffentlich eine gewisse Vorablegitimation für Kontrollen verschafft.

Eine Chance — wofür?

Angesichts der Tatsache, daß wir uns am 7.6. eine astreine politische Niederlage eingefangen haben, deren demoralisierende Wirkung vor allem durch die Dummheiten des Hamburger Senats und weniger durch schlaues Agieren der Bewegung neutralisiert wurde, ist es nicht nachvollziehbar, wenn von verschiedener Seite von einer neuen Chance gesprochen wird. Die einen reden seit Tschernobyl von einer „historischen Chance", das Atomprogramm ad acta zu legen, und meinen damit eine rot-grüne Koalition. Die anderen reden ganz sibyllinisch von einer „*Chance ..., radikale Inhalte und Aktionsformen zu kombinieren*" (so in dem Artikel „Polizeistaatstage" im AK und in der BUU-Broschüre). Die „radikalen Inhalte" werden dabei mit keinem Wort definiert! Und ist denn diese „Chance" überhaupt größer als vor ein paar Jahren, als über hunderttausend an einer verbotenen Brokdorfdemo teilnahmen? Wo ist die angeblich neue Bewegung? Nach Brokdorf jedenfalls waren am 7.6. nicht mehr Leute als früher unterwegs und das politische Spektrum hatte sich ebenfalls nicht verändert. Brokdorf ist das Symbol der *alten* Anti-AKW-Bewegung. *Diese* besann sich nach Tschernobyl und machte Brokdorf erneut zum Objekt militanter Begierde. Diese knüpfte an den alten Aktionsformen an.

Die „radikalen Aktionsformen" der Anti-AKW-Bewegung entstanden in den 70er Jahren und begannen als Besetzung von Bauplätzen — mit dem erklärten Ziel, den Bau der Atomanlagen durch Bauplatzbesetzungen zu verhindern. In Whyl und in Brokdorf wurde die „Gewaltfrage" erst durch den Polizeiapparat aufgeworfen, der die Bauplatzbesetzungen militant beendete. Die politische Spaltung in der Anti-AKW-Bewegung entstand damals nicht an der „Gewaltfrage", sondern an der *Frage, ob und wie die Bewegung ihre politische Autonomie erhalten könne*. Im Februar 1977 gab es dann zwei Demonstrationen: Am 19.2. demonstrierten in Itzehoe die SPD, DKP, GIM und andere Gruppen legal, die eigentliche Anti-AKW-Bewegung dagegen demonstrierte illegal von Wilster nach Brokdorf. Bei dieser illegalen Demonstration ging es bereits überhaupt nicht mehr um eine Bauplatzbesetzung und schon gar nicht um den
ster nach Brokdorf. Bei dieser illegalen Demonstration ging es bereits überhaupt nicht mehr um eine Bauplatzbesetzung und schon gar nicht um den
Versuch, Polizeisperren durch Scharmützel zu nehmen, sondern es ging darum, daß Demonstrationsrecht zu verteidigen und sich dem Wechselspiel von staatlicher Drohung und sozialdemokratischer Integration zu entziehen. Die Demonstration wurde daher Kilometer vor dem AKW Brokdorf abgebrochen, weil die Gefahr bestand, den politischen Erfolg durch eine Schlacht auf der Wiese zu vernichten. (Damals standen KBler und Autonome Arm in Arm gegen die KBWler, die sich unbedingt Beulen holen wollten.)

Im März 1977 kam es noch einmal zu einer Schlacht am Objekt, und zwar in Grohnde. Auf dieser Demonstration wurde tatsächlich eine Polizeisperre genommen (Kirchosen), weil die Polizei total überrascht war von der Tatsache, daß ein paar hundert Demonstranten gut ausgerüstet und entschlossen angriffen. Die Rache kam noch am selben Tag: Nicht aus dem AKW-Gelände heraus, sondern über die Felder mischten Hundertschaften in napoleonischer Schlachtordnung uns von hinten auf. Und das nicht zu knapp. Im Herbst 1977 führte dann der „Kalkarschock" zu einem jähen Ende der alten Anti-AKW-Bewegung. Die Kalkardemonstration am 24.9.77 hatte alles andere als einen Aktionsrahmen, der auf Rabbatz am Bauzaun abzielte, stellte dafür aber eine bis dahin unbekannte Breite des Bündnisses her. Der Versuch der SPD, die autonome Anti-AKW-Bewegung gesellschaftlich zu isolieren und sich selbst an die Spitze einer salonfähigen Bewegung zu setzen, war gescheitert. Dafür machte der Polizeiapparat an diesem Wochenende deutlich, was er potentiell vermag. Auf die ersten militanten Anti-AKW-Demonstrationen reagierte die Polizei noch recht hilflos, denn auch ihr fehlten Erfahrungen mit derartigen Aktionen. Kalkar aber hieß Vorabkontrollen noch und nöcher, Sandkontainer und MPs, Ausnahmezustand auf den Anfahrtstraßen. Höchstens die Hälfte der anreisenden Demonstranten erreichten den Kundgebungsort. Diese Demonstration hat damals keinen geringeren Schock ausgelöst als die Brokdorf-Aktion am 7.6. Nach dem Kalkarschock begann in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung die Diskussion, die Parlamente zu nutzen.

Die folgenden Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung fanden nicht mehr am Objekt statt, sondern in Hannover und Bonn. Das heißt: Es war Ende 1977 bereits klar, daß mit Bauplatzbesetzungen die AKWs nicht verhindert werden können, und die Diskussion drehte sich darum, wie wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die sich geschlossen auf Atomkurs befindliche Parteienlandschaft verändern könnten. Die verschiedenen Ansätze zu einer eigenständigen Beteiligung an Wahlen auf Landes- und Bundesebene lösten sich schließlich in die Grüne Partei auf. Die Position des KB war damals keineswegs antiparlamentarisch, sondern vor allem darauf ausgerichtet, die rechten Einflüsse auf die Grünen anzuklagen und zu bekämpfen. Der KB propagierte einen Zusammenschluß der linken Wahlbündnisse und eine Einigung mit der Grünen Partei auf der Basis eines politischen Bündnisses. Diese Linie scheiterte, weil zum einen der „Sog in die Grünen" dominierte und weil es zum anderen keine Einigung der verschiedenen linken Kräfte gab. Insgesamt wurde vom KB die Herausbildung einer parlamentarischen Vertretung der sog. neuen sozialen Bewegungen entschieden begrüßt und propagiert, was sich u.a. in seinem starken Engagement für und in der Bunten Liste Hamburg niederschlug. Unsere Position war jedoch auch damals nicht eindeutig, denn einerseits haben wir diesen politischen Prozeß begrüßt und andererseits immer auf einer autonomen Organisierung der kommunistischen Linken außerhalb der Grünen Partei bestanden, ohne die konkreten Perspektiven und Ziele einer solchen Organisation anzugeben. Nach der Phase der Auseinandersetzung um die sog. Hamburger Linie 1982 haben später in dem Konflikt zwischen „Realos" und „Fundis" eher die „Fundis" unsere Sympathie erhalten, solange sie nicht völlig durchknallten wie Bahro & Co. In diesem Konflikt ist von uns ebensowenig wie von den „Fundis" und den Öko-Sozialisten" angegeben worden, wie wir uns positiv eine heutige Parlamentsarbeit vorstellen, sondern wir sind bei der Ablehnung des „Realo"-Kurses stehengeblieben. Heute befinden sich die Grünen insgesamt in einer Krise, die weniger neue Fragen aufwirft als vielmehr demonstriert, daß die Grüne Partei die alten Fragen nicht beantwortet hat.

Ein neues politisches Vakuum entsteht

Ein neues politisches Vakuum entsteht

Die politische Orientierung des „Realos" wird (jedenfalls bislang) durch die reale Entwicklung der SPD ad absurdum geführt. Es ist deutlich geworden, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und angesichts der rachitischen Schwäche der SPD-Linken ein Bündnis mit der SPD nur zu dem Preis der Unterordnung unter den Rau-Flügel zu haben ist. So, wie sich die SPD darstellt, sind kurzfristig keine relevanten Veränderungen der Kräfteverhältnisse in der SPD zu erwarten.

Als gescheitert anzusehen ist ebenso der Kurs der Fundamentalisten und der mit diesen zunehmend verschmelzenden Öko-Sozialisten, die auf eine gradlinige Ausdehnung von Basisaktivitäten und außerparlamentarischem Druck setzten und hofften, kraft eines „Wertewandels" der Staatsmaschinerie die Massen zu entziehen (es lohnt sich durchaus, heute noch einmal das Buch von Ebermann und Trampert zu lesen und ihren Optimismus nachzuvollziehen, als sie sich noch in der Offensive glaubten).

Das Scheitern der „Realos" ist nun aber alles andere als ein generelles Scheitern *des* Reformismus oder *des* Parlamentarismus. Gescheitert ist nicht mehr (*aber auch nicht weniger!*) als eine Form *unernsthafter* Politik, die ziellos in den Tag hineinwurschtelt, keine politischen Strukturen und keine längerfristigen Planungen ermöglicht und deren Programmatik sich als ein eklektisches Sammelsurium alternativer Wunschträume darstellt. Es wäre ein kolossaler politischer Fehler zu glauben, daß die Alternative zu den grünen „Realos" nun in einer außer- oder antiparlamentarischen Politik läge, die den Erfolg vernichtet, indem sie auf parlamentarische Initiativen verzichtet, und die linke Politik wieder auf nur außerparlamentarische Aktivitäten verengt. Realistisch betrachtet wird man es mit keiner noch so richtigen Politik erreichen, daß binnen weniger Jahre eine radikale Partei die Mehrheit in der Bevölkerung und den Parlamenten erreicht. Es ist also so, daß jeder strategische Ansatz, der auf reale politische Veränderungen abzielt und diese nicht in eine unbestimmbare revolutionäre Zukunft verlagert, gar nicht anders kann; als auf die vorhandenen Parteien einzuwirken.

Dabei geht es nicht darum, sich wie die grünen „Realos" opportunistisch der herrschenden SPD-Linie anzupassen, sondern darum, die Legitimationsdefizite der SPD auszunutzen und die Widersprüche innerhalb des von der SPD dominierten Potentials zu forcieren.

Die fundamentalistische Alternative zu den Realos ist eine politische Kapitulation, die auf jedes Einwirken verzichtet und zu taktischer Politik unfähig ist.

Heute sind die Chancen nicht größer als vor zehn Jahren, allein durch Druck von der Straße oder durch militante Aktionen politische Erfolge zu erzielen. Der außerparlamentarische Druck ist zweifelsohne eine unablässige Voraussetzung linker Politik, aber er wird nur dann etwas ausrichten, wenn sich ein neuer gesellschaftlicher Block herausbildet. Die Chance für die Herausbildung eines neuen Blocks und eines neuen organisatorischen Zentrums ist potentiell vorhanden, weil sich die bürgerliche Nachkriegspolitik in einer anhaltenden Legitimationskrise befindet, die (jedenfalls bislang) weder von der SPD noch von der CDU/FDP aufgefangen werden kann. Die Legitimationskrise beruht in ihrem Kern auf einer Erschütterung des Nachkriegskonsenses, der auf einer Friedenssicherung nach innen und außen basiert. Die größten politischen Protestbewegungen haben sich dort entzündet, wo die herrschende Politik den Status quo in Frage zu stellen schien (gegen die Volkszählung als Weg in den „Überwachungsstaat", gegen die „Nachrüstung" als Spiel mit dem Feuer, gegen den Paragraph 116 als Gefährdung des „Sozialen Friedens" etc. pp.). Das Zukunftsmodell, das die bürgerliche Nachkriegspolitik versprach, bestand in der Vorstellung eines harmonischen Kapitalismus, der Frieden, wachsenden Wohlstand und eine leidlich funktionierende Demokratie garantieren sollte. Dieses Zukunftsmodell ist aber in den letzten Jahren massiv in Frage gestellt worden durch die bürgerliche Politik selbst, d.h. durch Vorgänge, die existentielle Gefahren deutlich werden ließen (das Gerede von dem Sieg in einem „begrenzten Atomkrieg", von der Revision des Status quo in Europa steht dabei zweifelsohne im Mittelpunkt). Aktuell ist es so, daß die bürgerlichen Parteien nicht mehr anzubieten haben als eine Verwaltung des jetzigen Zustandes. Von keiner der großen Parteien in der BRD geht eine politische Initiative aus, die Massen für neue historische Ziele aktivieren könnte.
gen Zustandes. Von keiner der großen Parteien in der BRD geht eine politische Initiative aus, die Massen für neue historische Ziele aktivieren könnte.
Das sah Ende der 60er Jahre noch anders aus, als die SPD „mehr Demokratie wagen" wollte, angeblich soziale Reformen anstrebte und ein erbitterter Kampf zwischen den Protagonisten des Revanchismus und der SPD mit ihrer Neuen Ostpolitik tobte. Heute hat die SPD nichts anzubieten außer dem Versprechen, sie werde mit weniger Skandalen regieren als die CDU/FDP-Regierung.

Während also auf der einen Seite die bürgerliche Politik in einer Legitimationskrise steckt und in erster Linie Langeweile hervorruft, war bisher die Linke nicht in der Lage, diese Legitimationskrise in oppositionelle Politik umzusetzen. Zwar ist es mit der Grünen Partei gelungen, das klassische Parteienspektrum aufzubrechen und sich parlamentarisch zu etablieren (im positiven Sinne), aber dieser Prozeß ist an seine Grenzen gestoßen, weil die Grüne Partei politisch nicht weiter weiß.

Wer füllt das Vakuum?

In dieser Situation wäre es unseres Erachtens verheerend, wenn wir uns auf „radikale Aktionsformen" konzentrieren würden. In der Debatte, die um die Kontroverse „Gewaltfreiheit oder Militanz auf Massendemonstrationen" geführt wird, sehen wir im Moment keine Perspektive, unter anderem weil die radikale Linke weder ein intellektuelles noch ein politisch-organisatorisches Zentrum besitzt, das sie in die Lage versetzen würde, eine längere Verbindung „von radikalen Inhalten und Aktionsformen" umzusetzen. Die sich in der Brokdorfauswertung abzeichnende Polarisierungslinie stellt eine Verengung auf die Frage der Aktionsformen dar und lenkt von der Frage ab, wie wir möglichst schnell und möglichst stark eine sozialistische Organisation schaffen, die in den gesellschaftlichen Diskussionen mitmischt und eine Alternative zu dem kapitalistischen Sanierungskurs der SPD und zur politisch-programmatischen Ratlosigkeit der Grünen bildet. Eine solche Organisation liegt von den Bedingungen her in der Luft. Es ist nur eine Frage der Zeit, ob und von wem die Initiative ergriffen wird. Es ist davon auszugehen, daß sich nach der nächsten Bundestagswahl, egal wie diese ausgeht, eine Situation ergeben wird, die in der ganzen Linken eine neue Grundsatzdiskussion auslöst. Gewinnt die jetzige Regierung die Wahl; so ist der Realo-Kurs auf Jahre gescheitert und ihm wird für einige Jahre nur das Überwintern bleiben. Bekommen dagegen SPD und Grüne die Mehrheit der Mandate, dann endet entweder der grüne Prozeß in einer Koalition oder aber in einer offenen politischen Hilflosigkeit der grünen Partei insgesamt. So oder so wird die Frage nach einer Alternative zu der Grünen Partei aufgeworfen sein.

Statt über Aktions*formen* zu diskutieren oder sich auf dubiose „Strukturen" für militante Demonstrationen vorzubereiten, sollten wir uns auf die *Inhalte* konzentrieren, auf die Fragen, die diskutiert werden müssen, wenn sich eine neue Initiative herausbilden soll. Unseres Erachtens erfordert dies eine *doppelte Ausgrenzung*: Erstens und hauptsächlich gegen alle Illusionen in die SPD und das grüne Parteitheater, zweitens gegen den unpolitischen Aktionismus, der die Aktionsformen ritualisiert und sie nicht jeweils politisch konkret bestimmt. Für die Herausbildung einer sozialistischen Organisation sind die Vertreter des „Straßenkampfes" mit ihrer ausschließlich auf sich selbst orientierten Radikalität keine Bündnispartner und jedes Verschmelzen mit ihrem Politikverständnis richtet nichts als Schaden an (was einzelne Aktionsbündnisse nicht ausschließt). Es reicht also keineswegs, sich von den rechten Distanzierern abzugrenzen, sondern es muß durch eine doppelte Abgrenzung immer wieder und mit aller Klarheit verhindert werden, daß aus der Kritik an dem Distanzieren eine politische Verbrüderung mit den „Straßenkämpfern" wird. Nach Lage der Dinge aber könnte sich der KB, wenn er heute auf radikale Aktionsformen setzt, bestenfalls auf die Autonomen stützen - denn wer sonst führt solche Aktionen *praktisch* durch? Wir sollten vielmehr die Diskussion mit allen Kräften führen, die eine neue politische Orientierung suchen und den Aufbau einer sozialistischen Initiative offensiv propagieren. Unseres Erachtens stehen dabei folgende Fragen im Vordergrund:

1. In welcher gesellschaftlichen Situation befinden wir uns in der BRD? Warum ist die CDU/CSU/FDP mit ihrem Konzept einer reaktionären Wende gescheitert, welche innen- und außenpolitischen Ziele verfolgt konkret der herrschende Block?
2. Wie schätzen wir die Situation in der SPD ein? Welche Cahncen hat diese Partei, das von den Grünen eroberte Potential wieder zu integrieren.
3. Wie beurteilen wir die Herausbildung und Entwicklung der Grünen Partei? War die Herausbildung der Grünen ein beklagenswerter Schritt in den „Staatsintegrationismus" oder aber die Eroberung einer neuen Politikform, die wir im Prinzip anerkennen? Kritisieren wir die Grünen, weil sie parlamentarisch arbeiten oder weil sie dies schlecht und falsch machen? Sind die Grünen in einer Krise oder an ihrer prinzipiellen Grenze angelangt?
4. Welche politischen Inhalte müssen heute im Mittelpunkt sozialistischer Politik stehen? Worin bestehen heute konkret die wichtigsten gesellschaftlichen Polarisierungslinien und wie verhalten wir uns diesen gegenüber?
5. Welche organisatorischen Schritte können heute unternommen werden, um die heillose Zersplitterung der sozialistischen Linken zu überwinden und ein gemeinsames politisches Zentrum herauszubilden?

jb/hc



... und drinnen, ein Kampf!

„Das Bewußtsein der Ohnmacht, die erlebte Panik münden eben nicht naturwüchsig in ein gesellschaftskritisches Bewußtsein, sondern zielt auf Verdrängung, konstituiert jene Apathie der herrschenden Normalität. Zu ihr gehört schon immer der Wechsel traumatischer Wiederholungen und Nicht-Nachdenken-Wollen, gehörten Selbstbeschwichtigung und Angstkäufe in demselben Moment".
ken-Wollen, gehörten Selbstbeschwichtigung und Angstkäufe in demselben Moment".
Klaus Hartung, In Panik: Flucht nach rechts (taz, 6.5.86)

„Wenn das wirkliche politische Leben und seine Widerspiegelung im parlamentarischen Kampf auseinandergehen, dann und nur dann wird der Kampf gegen konstitutionelle (d.h. heute: parlamentarische — Anm.d.V.) Illusionen zu einer aktuellen Aufgabe der führenden revolutionären Klasse".
Lenin: Bericht über den Vereinigungsparteitag (1906), LW Bd. 10, S. 355

„Die Kommunisten in Westeuropa und in Amerika müssen es lernen, einen neuen, andersartigen Parlamentarismus hervorzubringen".
Lenin: Der ‚linke' Radikalismus, LW Bd. 31, S. 85

„Wenn tatsächlich eine wütende und immer stärker werdende Reaktion vorhanden ist, so besteht gerade dann die spezifische Aufgabe der Partei darin, die parlamentarische Waffe des Kampfes beherrschen zu lernen; und dies nicht deshalb ... weil der parlamentarische Kampf eine höhere Stufe darstellt als andere Kampfformen, sondern eben deshalb, weil er gegenüber diesen eine niedere Form bildet ... Kurios ist, daß von einer Überschätzung des Parlamentarismus gerade jene Leute schreien, die ausschließlich aufgrund ihrer Stellung zum Parlamentarismus eine besondere Richtung geschaffen haben ..."
Lenin: Über die Fraktion des Otsowismus, LW Bd. 16, S. 20/25
Lenin: Über die Fraktion des Otsowismus, LW Bd. 16, S. 20/25

„Wir haben bisher viel zu wenig das rechte Wesen der mit ‚linkem' Geschrei angebotenen Theorien dieser Art ‚Spontis' und ‚Anarchos' aufgezeigt. Wenn diese Leute z.B. sagen: ‚Keine Macht für niemand', so heißt das doch konkret nichts anderes, als daß die Macht bei denen bleiben soll, die sie haben. Denn mit der radikalen Phrase wird man ihnen die Macht nicht entreißen können. (...) Die Bildung einer neuen Partei oder gar die Beteiligung an bürgerlichen Wahlen wurden ... (seit der APO-Zeit — Anm.d.V.) angegriffen als Anpassung an die Gesetze des kapitalistischen Systems, als Bruch mit der Spontaneität, der angeblich eigentlichen Stärke der Bewegung, als Korrumpierung und Integration ... (Die Verkünder derartiger Theorien haben) insgesamt den Herrschenden geholfen, die damalige Bewegung weitgehend aufzulösen, größere Teile wieder an die bürgerlichen Parteien zu binden und wertvolle Jahre Zeit zu gewinnen."
Kommunisten und Wahlen — eine erste Bilanz, in: Arbeiterkampf Nr. 131, 12.6.1978, S.9



Trau, schau, Rau

Die GRÜNEN entscheiden über ihre Bündnispolitik

Auf ihrem Nürnberger Parteitag am 26. und 27. September wollen die Grünen die heiß umstrittene Bündnisfrage, ihr Verhältnis zur SPD und einer möglichen rotgrünen Mehrheit auf Bundesebene klären. Zahlreiche Anträge zum Thema kursieren parteiintern, die meisten noch nicht veröffentlicht.

Über Antragsfavoriten läßt sich derzeit nur spekulieren, zumal noch offen ist, ob die Realos noch einen anderen als den von Kostede/Wiesenthal einbringen werden, wobei der erste als notorischer Minderheitler kaum für Erfolg steht. Vom linken Parteiflügel und den Fundamentalisten gibt es bislang noch keinen Antrag, da steht allerdings noch was zu erwarten. Eine eigene kurze Einschätzung zu den vorliegenden Anträgen sei erlaubt. Antrag 1 könnte mehrheitsfähig sein, wenn er a) nicht von Kostede käme und b) etwas vorsichtiger mit dem Koalitionsbegriff hantieren würde. Die Anträge 2 und 3 markieren zwar Bodengewinne der Strömung „bedingungslose Tolerierung", sind aber nicht mehrheitsfähig, wobei das Bremer Modell dem grünen, „diskursiven" Politikansatz sehr entgegenkommt und für Überraschungen gut ist. Antrag 4 und 5 entsprechen am ehesten einer harten Tolerierungslinie, wobei der Hamburger Antrag schon deswegen ausscheidet, weil er zu kompliziert angelegt ist. Interessanter ist da der Westberliner. Zu Pfingsten in Hannover hätte ich noch auf Mehrheitsfähigkeit gewettet. Mittlerweile ist allerdings die Stimmungslage in der Partei umgeschlagen, so daß eine mehrheitliche Zustimmung zu zwei harten Tolerierungsbedingungen in den Zentralfragen Raketen raus und AKWs abschalten zweifelhaft ist. Sieht man einmal vom pflaumenweichen Teil zwei dieses Antrags ab, der aber — wenn Teil eins ernsthaft vertreten würde — irrelevant ist, könnte von den vorliegenden Positionen dieser Antrag am ehesten dazu beitragen, ein völliges

Teil eins ernsthaft vertreten würde — irrelevant ist, könnte von den vorliegenden Positionen dieser Antrag am ehesten dazu beitragen, ein völliges

Abdriften der Grünen in die Arme der SPD abzuwenden. Ein solcher Beschluß wäre angesichts der grünen Entwicklung der letzten Monate ein Gewinn. Doch bis Nürnberg sind es noch fünf Wochen, bis dahin wird reichlich weiteres Papier beschrieben werden.

1. Hessisches Modell

Von Realos favorisiert werden könnte der Antrag der beiden Bundesvorstandsmitglieder **Helmut Wiesenthal und Norbert Kostede**. Sie schlagen mehr oder weniger das hessische Modell vor: „*Für die Grünen ist sowohl die Bildung einer gemeinsamen Regierung (Koalition) wie die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung möglich. Für welche dieser beiden Möglichkeiten wir uns entscheiden, hängt in erster Linie vom Ergebnis der Sachverhandlungen zwischen beiden Parteien ab.*". Bundesvorstand und Fraktionsvorstand sollen diese Verhandlungen führen, eine außerordentliche Bundesversammlung über die Ergebnisse befinden. Grundlage der Verhandlungen soll das Hannoveraner Wahlprogramm sein. Es folgen dann in sechs zentralen politischen Bereichen round about 30 Forderungsmöglichkeiten, die nicht gewichtet sind, sondern als offenkundig flexible Verhandlungsmasse betrachtet werden. Zur Erinnerung: Das hessiche Koalitionsmodell entwickelte sich in zwei Stufen. Erste Stufe war die Ablehnung einer Koalition und ein Tolerierungsangebot in Form der Überreichung des grünen Programms. Bei Verhandlungen mit der SPD machte eine haltlose grüne Basis unter dem Mehrheitsbildungsdruck daraus eine Tolerierung zu minimalen Bedingungen. Diese scheiterte am Streit um die Hanauer Nuklearanlagen. Dieses Platzen wurde beiderseits allerdings nur als Auftakt für die Stufe zwei, die direkte Koalition unter Einschluß ministrabler Persönlichkeiten der Grünen aufgefaßt.

2. Bremer Modell

Einen Antrag Michael Stamms gibt es nicht, wohl aber zwei Modifizierungen des Stamm-Vorschlags. Da ist einmal die Bremer Mehrheitslinie (**Marie-Luise Beck-Oberdorf, Ralf Fücks, Arnim v. Gleich, Helge Trüpel, Peter Willers und andere**). Sie sehen für eine rotgrüne Koalition keine „tragfähige gesellschaftliche Basis", fürchten daher, eine solche Regierung „*würde noch kläglicher und mit katastrophalen gesellschaftlichen Folgen scheitern als die einstmalige französische Reformkoalition von Sozialisten und Kommunisten.*" Sie schlagen daher die grüne Mitwahl eines SPD-Kanzlers vor, der dann mit einem Minderheitskabinett regieren müßte. Sie sollte geduldet werden, „*solange diese Minderheitsregierung eine spezifische Differenz zum konservativen Block erkennen läßt und Reformprojekte realisiert, die sozialen Bewegungen entgegenkommt*". Dem ersten Bundeshaushalt soll zugestimmt werden. Die Zustimmung ist nicht an „Essentials" geknüpft, sondern an der Umsetzung schon beschlossener SPD-Forderungen wie Stopp des Schnellen Brüters, Tempo 100/80, Einführung der Verbandsklage, Rücknahme von Arbeitslosengeldkürzungen. Als weiteres sollen gemeinsame Grüne/SPD-Arbeitsgruppen zur Auslotung gemeinsamer Reformprojekte eingerichtet werden, deren Ergebnisse öffentlich ausgewertet werden sollen. Die Zustimmung zu den weiteren drei Haushalten soll nicht von einem „gemeinsamen Regierungsprogramm" abhängig gemacht werden, sondern von der Beurteilung, wieweit Spielräume für eine andere Politik eröffnet werden. In der gesamten Phase sollen die Grünen die SPD-Minderheitsregierung mit eigenen politischen Initiativen konfrontieren. Deren Ablehnung oder Zustimmung würde, „*einen dauernden Prozeß öffentlicher Meinungsbildung*" bewirken, verkrustete politische Spielregeln aufbrechen und wäre so ein „*Gewinn an politischer Kultur*". Ausdrücklich grenzen sich die Bremer von hessischen und Hamburger Tolerierungsmodellen ab. Sie wollen keine „illusionäre Essential-Politik" und „Entlarvungsstrategie". Unberechtigte Hoffnungen in die Reformfähigkeit der SPD „*müssen sich auf dem Prüfstand der Regierungspraxis bewähren*". („Die Politische Basis für eine Koalition wäre viel zu schmal", abgedruckt in „Frankfurter Rundschau", 5.8.86.)

eine Koalition wäre viel zu schmal", abgedruckt in „Frankfurter Rundschau", 5.8.86.)

3. Kölner Thesen

Dieter Elken aus Köln hat den Vorschlag Stamms, basierend auf vor zwei Monaten von ihm und **Klaus Linke** heraugegebenen „Kölner Thesen zur Strategiedebatte in den Grünen", in leichter Abänderung übernommen. In den Thesen wird der Stamm-Ansatz zwar inhaltlich befürwortet, in der Ausführung, Zustimmung zum Haushalt, jedoch kritisiert. Daher heißt es jetzt: 1.Um Kohl abzulösen, werden die Grünen Rau wählen. 2. „*Die Bundestagsfraktion der Grünen wird angesichts tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten mit der SPD keine Vereinbarungen über Haushaltsvereinbarungen aufnehmen. Die Grünen teilen die Auffassung der SPD-Spitze, daß die Meinungsunterschiede zwischen SPD und Grünen einen gemeinsamen Haushalt als Grundlage einer gemeinsam zu verantwortenden Regierungspolitik ausschließen. Die Grünen werden die SPD auffordern, eine Minderheitsregierung zu bilden.*" 3. Will die SPD Reformen, muß sie auf die Forderungen der Grünen zugehen, sonst muß sie sich die Mehrheiten anderswo holen. 4. Für einen Gesamthaushalt, der Umweltzerstörung,. Sozialabbau und Kriegsvorbereitung bedeutet, wird es keine grüne Zustimmung geben.

4. Harte Tolerierung

Bernd Köppl und Peter Sellin von der Westberliner AL haben klar und deutlich beantragt: 1. „*Die Grünen werden eine neue Regierung dann ins Amt wählen, wenn die beiden existentiellen Forderungen der Friedens- und Ökologiebwegung, nämlich:*
a) Sofortiger Ausstieg aus der Atomindustrie und Abwicklung des Stillegungsprogramms innerhalb einer Legislaturperiode und
b) Aufhebung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses und Abzug der Cruise-Missiles und Pershing 2 innerhalb von 2 Jahren verbindlich durchgesetzt werden." 2. Soll entlang eines umfangreichen Forderungskataloges mit der Mehreitspartei über — nicht näher konkretisierte Möglichkeiten einer Mitwirkung an Regierungspolitik verhandelt werden. Möglicherweise haben die beiden den Hagener Beschluß der Grünen vom 23.6.85 dabei im Auge, maßgeblich von Bernd Köppl verfaßt, der „*die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung*" zum Handlungsrepertoire der Partei erklärt, also auch die Koalitionsbeteiligung. Allerdings dürfte die Aufregung hierüber verfrüht sein, denn vor zweitens steht deutlich erstens mit den beiden Hauptforderungen als Bedingung. Klar?

5. Komplizierte Tolerierung

Die beiden Hamburger GALlier **Paul Rieckmann und Erwin Jurtschitsch** schlagen ein abgestuftes Tolerierungsmodell vor. Erfüllt die SPD fünf „Sofortforderungen" aus ihrem eigenen Wahlprogramm (Abschaffung des § 116 / Kündigung des SDI-Vertrags / Einführung von Tempo 100 / Abschaffung des Flickparagraphen 6 b EStG / Grundsatzbeschluß zur Sanierung der Neuen Heimat) und wird dies verbindlich festgelegt, dann würden die Grünen in Tolerierungsverhandlungen über einen vierjährigen AKW-Ausstieg, Bedingungslosen Abzug der Mittelstreckenraketen, Konzepte für Luftreinhaltung und Entgiftung, Quotierung und Finanzierung von Frauenprojekten, Einführung der 35-Stundenwoche, Erhöhung des Sozialhilfesatzes um 30 Prozent eintreten. Während der Verhandlungen wird Kohl als Übergangskanzler im Amt bleiben. Entscheidet ein grüner Parteitag positiv über das Tolerierungsabkommen, wird Kohl ab- und Rau zum Kanzler gewählt und dem Haushalt 1987 zugestimmt. Nach einem Jahr soll neu verhandelt werden. Ausdrücklich werden grüne Minister abgelehnt.

6. Außer Konkurrenz

Bislang noch außer Konkurrenz agiert **Antje Vollmer** mit einem umfangreichen, sehr interessantem Beitrag für das Grüne Jahrbuch 1987, der auszugsweise im „Vorwärts" veröffentlicht wurde. Neben umfassenden perspektivischen Überlegungen zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiengefüges schlägt sie zum konkreten Umgang mit einer rot-grünen Mehrheit vor: Die Grünen bieten der SPD ein Bündnis zum Ausstieg aus ihrer früheren verfehlten Politik an: Kernenergie, Raketen, Berufsverbote, Stammheim werden von ihr erwähnt. Zudem sollten bundesweit Volksabstimmungen eingeführt werden. Neben einer grünen Kampagne zur Widerlegung der „Wahnwitzidee" von der absoluten SPD-Mehrheit fordert sie eine Offensive gegenüber den SPD-Anhängern für ein Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegung, gegen eine Große Koalition. Vom Ausgang der Bemühungen wird dann die Form der Zusammenarbeit, Koalition oder Tolerierung oder der Verbleib der Grünen in der Opposition, abhängig gemacht. Ein entsprechender Antrag steht zu erwarten. (Antje Vollmer, Die Karten der Macht werden überall neu gemischt.)

7. Fraktionsautonomie für Deutschland

Abschließend der kurioseste, allerdings ernstgemeinte, Vorschlag von **Udo Knapp**, Alt-SDSler, Neu-Realo und Mitarbeiter im Büro Ströbele. „*Grüne Politik im 11. Bundestag soll verhindern, daß die traditionellen Parteien binnen kurzem wieder im gedankenlosen, korrupten Sumpf versinken.*" Nachdem diese sich für die Hilfe bedankt haben, soll zunächst die CDU von der Macht ferngehalten werden. „*Die Grünen Abgeordneten des 11. Deutschen Bundestages werden, so sich die Möglichkeit dazu bietet, auch das Regieren ausprobieren und es selbstbewußt aufgeben, wenn sich herausstellt, daß das Schiff Bundesrepublik Deutschland nicht flott zu kriegen ist.*" Kein geringes Vorhaben. Knapp hält nichts vom Festlegungsdogmatismus in solchen Fragen: „*Die grüne Fraktion des 11. Deutschen Bundestages soll autonom, aber öffentlich entscheiden, mit welchen Mitteln in welcher Situation sie mitregieren oder die jeweilige Regierung stützen oder stürzen will.*". Begründung: „*Die grüne Partei hat weit über diese Alltagsentscheidungen in Fraktionen und Parlamenten hinausgehende politisch visionäre Aufgaben. Mit einer autonomen Bundestagsfraktion und einer starken auch gegen diese Fraktion agierenden Partei können die Grünen insgesamt als Hoffnungsträger für eine ökologische, gerechte und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden politischen Einfluß gewinnen.*"
Wohl bekomm's dem 11. Deutschen Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und seinen visionären Schifflenkern.

hr.

Die arüne Kür
Die grüne Kür

Die Grünen vor den Bundestagswahlen, das ist auch die Schlacht um Bundestagsmandate (oder gar der Zug der Lemminge?). Außer in Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein haben sie ihre Bundestagskandidat/inn/en überall gewählt. In Westberlin wird Ende September beschlossen, welche zwei Vertreter — wenn die Stadtverordnetenversammlung die Vorschläge mehrheitlich billigt — eine mögliche grüne Bundestagsfraktion seitens der AL verstärken dürfen. Was da bislang als Trend herausgekommen ist?

Trends

Eine eindeutige politische Stärkung des Realo-Flügels, inhaltlich wie personell. In Hessen haben die Realos durchgezockt, Baden-Württemberg und Bayern können als gesicherte Bastionen gelten und auch in NRW haben sich die Gewichte stark nach rechts verschoben. Anzeichen gab es dafür schon länger. Nach der Landesversammlung im Mai ist die Redaktion des Grünen Infos NRW, die maßgeblich mit Leuten vom linken Parteiflügel besetzt war, zurückgetreten (darunter die Ökosozialist/inn/en Verena Krieger und Klaus Linke und der Öko-Anarchist Horst Blume). Sie sehen sich verbittert als Opfer von Realo-Intrigen im Landesverband. Die NRW-Grünen setzen übrigens voll auf personelle Kontinuität. Mit Antje Vollmer, Otto Schily (Platz 1 und 2), Christa Nickels und Eckhard Strathmann (Platz 5 und 8) haben sie vier ehemalige MdBs auf aussichtsreiche Plätze gewählt. Befriedigt stellte selbst ein wahrlich nicht grünen-freundliches Blatt wie die „Welt der Arbeit" (DGB) fest: „Grüne Annäherung an die Sozialdemokraten - Der gemäßigte Flügel setzte sich durch".

Personalities

Über die Bewertung der möglichen neuen Abgeordneten streiten sich die Expert/inn/en selbstverständlich, also gebe ich am besten meine eigene Einschätzung wieder, die selbstverständlich niemandem gerecht wird. Gemessen am 1983er Wahlergebnis würde eine neue grüne Fraktion 7 klare Realos (darunter Otto Schily, Hubert Kleinert, Hannelore Saibold, Gertrud Schilling, Wolfgang Daniels) erhalten, 3 Ökosozialisten (am bekanntesten Thomas Ebermann sowie ein Geheimtip), 1 Zentralo (wird nicht verraten) sowie 11 „Mittelkräfte", Kandidat/-inn/en, die nicht explizit einer der Flügelpositionen zuzurechnen sind, daher bei Kontroversen heftig umworben sein dürften. Alle Angaben ohne Gewähr, zumal einige der Neuen bislang noch nicht so bekannt sind. Verstärkung könnten die Realos aus Niedersachsen bekommen (heiße Tips: Waltraud Schoppe und Helmut Lippelt), möglicherweise aus Bremen. Der linke Parteiflügel hofft sehnsüchtig auf Westberlin und Schleswig-Holstein (Aber Vorsicht, Konkurrenz! Heißer Tip: Thomas Wüppesahl, damit hätten die Fundis ihren einzigen originalen Kandidaten, der allerdings, Achtung Jutta und Manni, auch für Fundis schwer berechenbar bleibt).

Comics

Vielleicht sei noch eine kleine Anmerkung zum Umgang der Grünen mit ihren Prinzipien gestattet. Fast überall wurde das ehemals heilige Rotationsprinzip nicht nur abgeschafft, sondern das Rotationskarussell hat sich wie verrückt gedreht. Dabei gab es zum Teil herzerschütternde Szenen: Denn so sehr auch der durchschnittliche grüne Mandatsträger froh ist, daß dieses Karrierehindernis beseitigt ist, so schwer hat es aber auch das Platzrennen gemacht, wurde doch damit die Zahl der erstrebten Plätze halbiert. Allein Hamburg hat bislang Rotation beschlossen, zu erwarten ist sie nur noch in Westberlin und Schleswig-Holstein, eventuell Bremen. Meine Rotationsstatistik hat ergeben, daß bislang im neuen Bundestag 6 ehemalige MdBs vertreten wären, 3 weitere haben aussichtsreiche Plätze erhalten, drei (mindestens!) stehen noch auf dem Sprung
und drei sind gescheitert. Zusätzlich kommen zwei verhinderte MdBs aus Bayern dazu (beide „Opfer" der nichtrotierten Avantgardisten Kelly/Bastian), die das Bonner Innenleben seit vier Jahren kennen. Weiter in der Statistik: Neu im Bundestag wären 3 ehemalige Landtagsabgeordnete, 5 weitere hoffen noch. Nicht gezählt werden konnten die etwas tiefer angesiedelten Mandats- und Funktionsträger.

Man sieht also, das grüne Alternativprinzip, keine ausgebufften und abgehalfterten Berufspolitiker schaffen zu wollen, wird konsequent, aber nicht dogmatisch angewandt.

Tragicomics

„Petra halte durch!", hat die Basis gerufen und gedrängt. Wider Willen wurde sie auf Platz 5 in Bayern gewählt (1983: 4 Sitze), die Petra Kelly. Die Basis will nämlich, daß mehr ziviler Ungehorsam ins Parlament einzieht, und nicht die Knutscherei mit der SPD. Und sie fordert mehr Gewaltfreiheit im Parlament und nicht zwiedeutige Positionen von Rainer Trampert.

Ludger, wir danken dir, rief die Landesversammlung NRW und wählte ihn auf Platz 10. Da half auch der eindringlichste Appell von der eigenen Unentbehrlichkeit und dem Zusammenbruch der Fraktionsarbeit nichts. Wer glaubt schon an 10 Sitze in NRW (bisher 8)? Am nächsten Tag trat Ludger Volmer vom Bonner Fraktionsvorsitz zurück, „die Gesamtheit der Entwicklung und mein Amt passen für mich nicht mehr zusammen", erklärte er.

„Jutta zieh Leine", riefen nicht nur die Hessen, sondern danach auch die Schwaben, Badenser und Württemberger. Das Ländle scheint auch kein guter Platz für Fundis zu sein. Da half auch kein Toast. Daß sie es jetzt noch einmal in der niedersächsischen Provinz Ostfriesland versuchen will, ist nichts als ein böswilliges Gerücht. „Wir sind nicht die Jusos der Grünen", „Wir werden den todsicheren Weg zur grünen FDP nicht mitmachen", „Wir haben mit dieser Landespartei nicht mehr viel gemeinsam", „Eine derart tote Hose sollte man am schnellstens im Baumsarg beerdigen", so die Erklärung des fundamentalistischen Forums nach Jutta Ditfurths Niederlage. Dies wurde inzwischen widerrufen, das Gegenteil soll der Fall sein.

Views (Visions)

Auch wenn auf dem Nürnberger Parteitag der Grünen die Bündnisdebatte im Mittelpunkt stehen wird, wissen Bonner Experten, daß nach der Wahl ganz andere Probleme dominieren werden. „Da werden Tulpenfelder zertrampelt", verweist ein Kenner der Szene auf das bevorstehende Gedränge. Mehr als 150 besoldete Alternativpolitiker wollen die Stellung halten, die dreifache Zahl hat sich bereits angemeldet. Gerüchte besagen, daß jetzt auch das Prinzip, "Jeder soll mal ran, auch wenn er nichts kann", aufgehoben werden soll, um ein Chaos zu vermeiden. „Die Alten wollen bleiben, Neue stehen zuhauf auf der Matte, ehemalige MdBs wollen ebenso wieZukurzgekommene bei der Kandidatenaufstellung versorgt werden, wie sollen wir das alles bewältigen", klagt ein Fraktionsmitarbeiter der ersten Stunde. „Wenn Rau die absolute Mehrheit schaffen will, warum sollen wir da nicht unsere Stimmenzahl verdoppeln können?", meint dagegen ein anderer. Sein Wahltip? „Fünf Mille müßten wir allemal schaffen."

Anno Nü Mus

Hauff-Kommission der SPD:

Mehr Ausstieg wagen



Blick auf den Atomreaktor Grohnde an der Weser.

pan-Foto

pan-Foto

Donnerwetter! Im Zwischenbericht der von der SPD eingesetzten Kommission ,,Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft'' wird versprochen:
— Abschaltung der ersten AKWs in den nächsten beiden Jahren
— Abschaltung der letzten AKWs innerhalb von zehn Jahren.
Das ist immerhin ein Fortschritt in der Zielvorgabe. Noch am 28.4.86 hatte der SPD-Parteivorstand den Beschluß gefaßt, ,,daß die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis politisch nicht in Frage gestellt werden.''

Warum aber, um Himmelswillen, hat der Vorsitzende der Atomgewerkschaft IG Bergbau in der Hauff-Kommission — Meyer — dem zugestimmt? Warum nur schwacher Protest von Hermann Rappe, Zurückhaltung bei Rau und Brandt, die bislang Zeitvorgaben für den Ausstieg abgelehnt haben, so daß mal wieder allein die Atom-Betriebsräte als lautstarke sozialdemokratische Minderheit protestieren? Der Grund ist auch im Bericht zu finden. Bedingung für einen solchen Ausstieg sei ein ,,nationaler Konsens der Abwendung von der Atomenergienutzung''. Den umzusetzen sei eigentlich Aufgabe aller Parteien, aktuell aber nur mit ,,sozialdemokratischer Gesetzgebungsmehrheit'' denkbar. Eine sozialdemokratische Bundesregierung, so der Hauff-Bericht, erwarte ,,von der Energiewirtschaft ein konstruktives Mitwirken an der nationalen Aufgabe.'' Und: ,,Wenn die Akteure in Staat und Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, bis das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet sein wird.'' Eben: wenn!

Was bleibt, ist ein populäres Wahlversprechen nach dem Muster von Willy Brandts ,,Mehr Demokratie wagen'' 1972. Was bleibt, ist Wahlkampfgeklingel.

Urspünglich sollte die SPD-Kommission ,,Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft'' eine vergleichende Untersuchung über den AKW-Ausstieg sofort, bis 1995, bis zum Jahr 2.000 und bis zum Jahr 2010 anstellen. In seiner Rede vom 27.5.86 anläßlich der Einsetzung der Kommission betonte Volker Hauff ausdrücklich die Notwendigkeit, hinsichtlich des sofortigen Austiegs ,,argumentationsfähig (zu) werden, daß wir nachweisen im einzelnen, was für Probleme dabei auftauchen, und warum wir dann zum Ergebnis möglicherweise sagen, dies können nis möglicherweise sagen, dies können wir nicht verantworten oder das wollen wir politisch nicht.''

Sofortausstieg spezialdemokratisch

Ganz entgegen dem öffentlich erzeugten Eindruck, ,,so schnell wie möglich'' auf die Atomenergie verzichten zu wollen, gehörte es also zur erklärten Aufgabe dieser Kommission, gegen die Möglichkeiten eines Sofortausstiegs Stimmung zu machen. Immerhin sprachen sich lt. Spiegel-Umfrage Ende Juni 1986 20% der Bevölkerung für sofortige Stillegung aller AKWs, 68% für die Stillegung nach einer Übergangszeit und nur 12% für das Laufenlassen der AKWs aus. (Spiegel 27/86, 30.6.86)



Frankfurter Allgemeine Zeitung

In Sachen Stimmungsmache hat die Kommission bisher erbärmlich versagt. Und zwar einfach deshalb, weil die offiziell in Auftrag gegebenen Studien die Machbarkeit eines raschen AKW-Ausstiegs ohne große Probleme bestätigt statt widerlegt haben.

So kommt die bisher ausführlichste Studie über die Stromkosten und wirtschaftlichen Auswirkungen des AKW-Ausstiegs 1987 — erstellt von der offiziösen Schweizer PROGNOS-AG — zu einem Ergebnis, das den Auftraggeber, den NRW-Wirtschaftsminister und stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Jochimsen am meisten verblüfft haben dürfte: Für die Jahre 1987-91 rechnen die Schweizer Forscher im Falle des Sofortausstiegs mit Kosten*ent*lastungen, sprich Strompreissenkungen ,,durch den Nichtfertigbau des Kernkraftjahrgangs 1988 und den Nichtbau des Kernkraftjahrgangs 1990'' und die bessere Ausnutzung der Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen. U.a. wird in diesem Gutachten die Unsinnigkeit einer ,,Entschädigung'' der AKW-Betreiber wegen der Stillegung bestätigt, weil die noch nicht abgeschriebenen Errichtungskosten des AKW ,,bereits im bestehenden Strompreisniveau enthalten sind.''

Auch die übrigen für den Sofortaus- Auch die übrigen für den Sofortaus- stieg mobilisierten Schreckgespenster wie Verlust von Arbeitsplätzen und volkswirtschaftlichen Einnahmen könnten — so PROGNOS — durch Stromeinsparaktivitäten ,,überkompensiert'' werden. Zu gleichen Ergebnissen kam eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ebenso wir für PROGNOS gilt auch für das DIW die Frage möglicher Überlastungen bei den Hochspannungsleitungen als das einzige noch offenen Problem bei einem Sofortausstieg. Diese Befürchtungen wurden wiederum in einer von den Bundestagsgrünen kürzlich vorgestellten Studie widerlegt.

Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ließe sich tatsächlich auf einen stinknormalen Kapazitätenaustausch reduzieren: Heute liegen 23.000 Megawatt (MW) an größtenteils neuwertigen Gas- und Ölkraftwerken still (u.a. wegen der *politischen* Vorgabe ,,Weg vom Öl'') und sind ca. 17.000 MW Atomstromkapazität im Einsatz. Morgen könnte dies aufgrund geänderter politischer Vorgaben schlicht und ergreifend ausgetauscht werden, ohne daß es jemand merkt: Die Kosten für die eine oder andere Stillegungsoption wurden ohnehin seit Jahr und Tag auf die Stromrechnungen der Haushalte abgewälzt. Auch der Bericht der SPD-Kommission kommt demzufoge nicht um die Feststellung herum, daß der Verzicht auf Atomenergie kapazitätsmäßig, umweltpolitisch und auch hinsichtlich der angenommenen Strompreissteigerungen unproblematisch ist.

Auf diesen Punkt zielt die ausgesprochen kritische Kommentierung des Hauff-Berichts durch die Jusos: Der Text mache deutlich, daß die Kommission sich ,,die Überlegungen von Klaus Traube und in leicht abgewandelter Form die des hessischen Umweltministers zu eigen gemacht hat. *Die dort entwickelten Konzepte zielten aber auf einen sofortigen Ausstieg in 1 bis 2 Jahren.* Wenn die SPD nach einem Wahlerfolg 1987 eine Bundesregierung führen sollte, welche Hemmnisse (außer vielleicht Angst vor der eigenen Courage) sollten sie davon abhalten, einen sofortigen Ausstieg umzusetzen?''

Stromsparen statt stillegen

Der Grund für die 10-Jahresfrist wird in dem Hauff-Papier auch nicht ansatzweise erläutert. Stattdessen wird so platt wie falsch behauptet, ,,eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft setzt(e) einen neuen Rahmen für unsere Energieversorgungsstrukturen voraus'', und dieser neue Rahmen lasse sich natürlich ,,nur schrittweise'' erreichen.

Auch diesbezüglich wird von den Jusos völlig zurecht darauf hingewiesen, daß zentrale Maßnahmen der Energieeinsparung ,,nur nach Abschaltung der AKWs sinnvoll'' sind und solange keine Chancen haben, wie nukleare Stromüberkapazitäten zu Dumpingpreisen verhökert werden. Die radikale Phrase von der Umstrukturierung des gesamten Energiesystems (,,Es geht um mehr, als um den Ersatz der Atomenergie ...'') hat aus SPD-Sicht mehrere Vorteile: Zum einen kann mit der verlogenen Formel von den AKW-Ausstieg perfekt von der herrschenden Politik abgelenkt und der ,,Schwarze Peter'' auf die uneinsichtigen Privathaushalte oder Stadtdirektoren abgeschoben werden. Zum anderen kommt das Thema Strom- und Energiesparen bei allen gut an: Hiermit werden Punkte gemacht. Selbst der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen fand für diesen Teil des Hauff-Berichts warme Worte.

Während dieses Thema mit Vorliebe für den Bereich der Privathaushalte dieskutiert wird, liegen die größten Stromsparpotentiale freilich im Bereich der Industrie: Um nur einige Zahlen zu nennen: Nur 30% der eingesetzten Primärenergie wird in den Großkraftwerken der BRD genutzt, 70% geht bis zur Endnutzung verloren, weil die mit der Stomerzeugung automatisch anfallende Wärme in 96% aller Fälle als Abwärme die Umwelt belastet. Das hierdurch jährlich vernichtete Wärmepotential ist größer als der Heizenergiebedarf aller bundesdeutschen Haushalte. Der größte Stromverbraucher ist mit 50% die Industrie. (Haushalte: 26%, Angaben von 1984) Dort wird über 70% der Energie als Prozeßwärme benötigt, die überwiegend mit Erdgas oder Kohle erzeugt wird. Die Kraft-Wärme-Koppelung, d.h. die gleichzeitige Gewinnung von Wärme *und* Strom ist dort deshalb besonders sinnvoll. Tatsächlich passiert das Gegenteil: Mit Dumping-Preisen konnten die Energieunternehmen den Anteil des in Eigenanlagen erzeugte Industriestroms von 57,2% (1970) auf 32,2% (1984) drücken. Schon 1977 wurde das ungenutzte Strompotential der Industrie auf 21.000 MW geschätzt, weit mehr als alle AKWs zusammengenommen. In den Kraftwerken wird Strom erzeugt und Wärme verpulvert, in der Industrie Wärme erzeugt und Strom vernichtet. Man braucht wahrhaftig nicht von Amerongen heißen, um so etwas verrückt zu finden. Dennoch hat es mit der Abschaltung der AKWs erstmal überhaupt nichts zu tun.

Volker Hauff hat bereits bei der Bonner Präsentation seines Berichts das hinter der Energiesparschiene stehende Kalkül benannt: ,,Der SPD-Parteitag wird auf der Grundlage dieses Berichts sich eine Bewertung zueigen machen und dann wichtige politische Maßnahmen herausgreifen. Ich gehe davon aus, daß das sowohl die Bundesebene, also die Novellierung Atomgesetz und Novellierung Energiewirtschaftsgesetz als auch die Landesebene und insbesondere die Kommunalpolitik angeht. Und ich werden anregen, daß man sich verständigt, daß auf allen Ebenen nach 2 Jahren ein entsprechender Erfahrungsbericht vorgelegt wird darüber, wie weit man mit der Umsetzung dieses Konzepts tatsächlich gekommen ist.''

Viel Rödelei also auf allen Ebenen. Nur — was hat das mit dem Ausstieg aus der Atomenergie zu tun?

AKW-Ausstieg — an der Leine der RWE

Die Zusage, die ersten AKWs binnen zweier Jahre abzuschalten, werden im selben Bericht erheblich eingeschränkt.

Einmal werden alle zeitlichen Aussagen dieses Berichts ausdrücklich an die Bedingungen einer Mehrheit im Bundestag *und* Bundesrat geknüpft. Danach soll die AKW-Abschaltung auf Landesebene offenkundig in Zukunft gar nicht erst ein Themá werden. Zum anderen werden alle zeitlichen Vorstellungen lt. Bericht ,,durch das Ausmaß an Übereinstimmung geprägt, das für das Ziel und das Zusammenwirken *aller* Akteure erreicht wird.'' Darin sind ausdrücklich alle Energieunternehmen einbezogen, wie Hauff und Jochimsen auf Nachfrage bestätigten.

Dieser Vorbehalt relativiert nicht nur die Radikalität, mit der streckenweise im Bericht für Stromsparmaßnahmen geblasen wird. Die Energiekonzerne werden sich insbesondere gegen jeglichen AKW-Ausstieg wehren, weil dies an sichere Pfründe geht. Zwar sind bei AKWs die Errichtungskosten besonders hoch. Wenn sie aber mal stehen, sind ihre laufenden Kosten — bei störungsfreiem Betrieb — vergleichsweise niedrig: Sind also erstmal die Baukosten über die Strompreise zurückgeflossen, verbleiben für den Rest der Betriebszeit bei sehr niedrigen laufenden Kosten hohe Gewinnspannen.

Aber auch das vorgeschlagene Verfahren für die Abschaltung der ersten AKWs ist mehr als zweifelhaft. Die Hauff-Kommission will ,,im Rahmen des geltenden Rechts während der nächsten beiden Jahre Klarheit darüber schaffen, welche Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen bei Anwendung des bestehenden Rechts abgeschaltet werden müssen und auf welche wir verzichten können. Deshalb ist mit der erneuten Sicherheitsüberprüfung umgehend zu beginnen. Dabei sind Wissenschaftler mit unterschiedlichen Positionen zur Atomenergie zu beteiligen.''

,,Nahtlos übernehmen'' will Hauff bei diesen Sicherheitsinspektionen die ,,exakten Vorarbeiten'' der berüchtigten ,,Gesellschaft für Reaktorsicherheit'' von 1979 (damaliger Forschungsminister: V. Hauff). Deren Arbeiten seien — so Hauff 1986 — eine ,,sehr, sehr gute Grundlage, um die Arbeit jetzt fortzusetzen.'' Wer bei dieser ,,Prüfung'' besonders gut abschneiden soll, steht schon jetzt fest: Zum einen das Lieblingsprojekt von Rau, der Hochtemperaturreaktor Hamm. (Mit Bedacht wird im Bericht erklärt, nur ,,energiewirtschaftlich genutzte'' Atomanlagen nach Übergangszeit stillegen zu wollen: Der THTR als ,,Forschungsanlage'' fällt damit ebenso heraus wie die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Hanau (Hessen).) Zum anderen werden hierdurch all die funkelnagelneuen, im Bau befindlichen Atomreaktoren geschützt, deren Inbetriebnahme ausdrücklich nicht ausgeschlossen wird.

Dieses ganze Sicherheitsprüfungsverfahren trägt schon längst den Beinamen ,,Marke Biblis''. In Hessen ist seit dreieinhalb Jahren die ,,Sicherheitsprüfung'' von Biblis durch Wissenschaftler unterschiedlicher Couleur eine ,,Säule'' rot-grüner Zusammenarbeit. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann prüfen sie heute, morgen und übermorgen ...

Dennoch wird Hauff 1989 die Chance haben, einen Reaktor eigenhändig stillzulegen: dann nämlich ist sowieso eingeplant, den Atomreaktor in Obrigheim wegen Altersschwäche abzuschalten. Ob mit oder ohne Energiesparerfolge.

ms., Bonn

(Der Zwischenbericht der Hauff-Kommission ist zusammen mit einer ausgezeichneten Datensammlung und einer Dokumentation bisheriger SPD-Energiebeschlüsse erhältlich über: SPD-Vorstand, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1.)

Gewerkschaften nach Tschernobyl

Vom Ausstieg zum Wiedereinstieg

Gewerkschaften, so Erhard Eppler, seien die besten Ökologen. Die Ökologiediskussion habe nicht bei den Grünen, sondern bereits 1972 bei der IG Metall begonnen. Heute gehöre auch Hermann Rappe zu denen, die in der Gewerkschaft das Eis reinen Wachstumsdenkens gebrochen hätten.

Wen will der eigentlich mit solchen Äußerungen verarschen — etwa den Deutschen Gewerkschaftsbund, der knapp drei Monate nach seinem Hamburger Bundeskongreß seinen Beschluß zum Kernenergieverzicht vergessen machen möchte? Oder ist das, was sich im DGB abspielt, gar die sozialdemokratische Ökologiepolitik?

Als am 30. Mai der DGB-Bundeskongreß unter dem Eindruck von Tschernobyl seinen Beschluß zur Kernenergie verabschiedete, da war vielerorts vom Einschwenken des DGB auf den Ausstieg aus dieser lange Zeit von ihm protegierten Technologie die Rede. Doch kaum war der Kongreß vorbei und Tschernobyl vergessen, da sah im Lichte der Realität alles ganz anders aus. Die Gewerkschaften sind zwar schrittweise von ihrer früheren Position des bedingungslosen Ja zur Kernenergie abgerückt, sie sind aber nicht in der Lage, sich in einer so wichtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung als progressive Reformkraft zu betätigen. Schon sind sie erneut in der Rolle des Bremsers allzu eifriger Ausstiegsplaner in der SPD. Der Hamburger DGB-Beschluß als Kompromiß verschiedener Gewerkschaftsflügel ließ mehrere Interpretationen zu, vor allem aber jene, die derzeit in den „Energiegewerkschaften" konkretisiert wird. Jene Gewerkschafter irren, die jetzt das Klagelied vom Bruch des Hamburger Beschlusses über den Ausstieg „so rasch wie möglich" anstimmen. Der DGB-Beschluß ist schlechter als die Presse, die er hatte. Die gewerkschaftliche Atomlobby hatte genügend Wenn und Aber eingebaut, um das jetzige Vorgehen rechtfertigen zu können.

In den Hochzeiten der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um die Kernenergie 1976/77 stellten sich der

In den Hochzeiten der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um die Kernenergie 1976/77 stellten sich der

DGB und die Einzelgewerkschaften aus dem Energiesektor bedingslos hinter die Programme der Energiekonzerne zum Ausbau der Kernenergie. Sie wurde als zukunftsträchtige Wachstumsbranche mit guten Exportaussichten und sicheren Arbeitsplätzen favorisiert. Proteste von Bürgerinitiven und Sicherheitsbedenken wurden als Chaotentum und naive Technikfurcht abgetan. Der DGB war auf seiten der AKW-Betreiber in dieser Auseinandersetzung zu finden.

1977: Mehr Atomstrom

Sinnfälliger Höhepunkt dieser Politik war im November 1977 die Dortmunder Demonstration für die Kernenergie der 40.000 unter prominenter DGB-Beteiligung, finanziert von der Energiewirtschaft. Erstmals 1978 kamen Bedenken gegenüber den Energiebedarfsprognosen auch beim DGB an. Der 11. Bundeskongreß verabschiedete daher eine Entschließung, die zwar weiterhin für den Kernenergieausbau argumentierte, aber auch davor warnte, zu ungestüm auf dessen Ausbau zu setzen. Trotz neuer Energieträger, hieß es in dieser Resolution, sei *„ein genereller Verzicht auf die Kernenergie gegenwärtig nicht möglich. Unter der Voraussetzung, daß die noch offenen Fragen* (Anmerkung: gemeint ist die gesicherte Entsorgung) *geklärt werden, ist der Einsatz der Kernenergie unumgänglich und kann sogar Vorteile bringen, z.B. eine Erhöhung der Versorgungssicherheit, eine Streckung der Energiereserven und die Verminderung gewisser Schadstoffbelastungen der Luft, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen."* Einerseits, heißt es in dem Beschluß, könne *„auf den weiteren Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten auf Kernenergiebasis grundsätzlich nicht verzichtet werden"*, andererseits sei aufgrund *„auch erheblicher technischer, politischer und sozialer Risiken ... die undifferenzierte Forderung nach einem bedingungslosen Ausbau eines Systems von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen."* Diese Haltung hat die folgenden Jahre in der Gewerkschaftspolitik bestimmt.

1981: Ausbau nur in unumgänglichem Ausmaß

Im DGB-Grundsatzprogramm von 1981 ist sie auf die kurze Formel gebracht worden: *„Die Kernenergie ist nur in unumgänglichem Ausmaß auszubauen. Dabei ist eine sichere Entsorgung, die Sicherung der im Kernenergiebereich tätigen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung sowie der Ausschluß der Verwendung spaltbaren Materials zu Zwecken der atomaren Rüstung zu gewährleisten."*

Im November 1984 paßte der DGB-Bundesvorstand seine Position weiter an die Branchenentwicklung an. Er sah einen sinkenden Energiebedarf gegenüber den Prognosen und ebenfalls sinkende Exportmöglichkeiten. Erstmals wurde davon gesprochen, *„daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, die Energienachfrage auch ohne Kernenergie zu decken. Somit ist derzeit unter Versorgungsgesichtspunkten ein Zwang zum Zubau von Kernkraftwerken nicht mehr erkennbar. Davon geht offenkundig auch die Energiewirtschaft aus."* Mit Rücksicht *„auf technologische und exportpolitische Nutzenerwägungen und unter Berücksichtigung langfristiger Energieversorgungsrisiken"* bedeute diese allerdings *„keine Entscheidung gegen die technologische Weiterentwicklung der Kernenergie, also auch keinen Ausstieg"*. Konkret sollte demnach Kalkar als „Demonstrationsobjekt" weitergeführt werden und die Wiederaufbereitung „in technologisch notwendigem Umfang" weiterentwickelt werden.

Ursprünglich war auf dem diesjährigen DGB-Kongreß geplant, die 1984er Position festzuschreiben. Die fünf „Energiegewerkschaften hatten beantragt: *„Die Kernenergie ist nur im notwendigen Ausmaß auszubauen"*, die „friedliche Nutzung der Kernenergie" sei aber *„wesentlich zur leistungsgebundenen Energieversorgung."* Dies wurde nach Tschernobyl nicht mehr für opportun gehalten. Dennoch hat der sowjetische GAU — anders, als in der Öffentlichkeit dargestellt — nicht ein völliges Umdenken im DGB bewirkt. Vielmehr hat er seine Position weiter an realistischere Erwartungen angepaßt. So betont der Hamburger Beschluß vom 30.5.86 denn auch völlig zu recht, daß der DGB-Kongreß *„die bisherige energiepolitische Konzeption des DGB mit ihren*

Hamburger Beschluß vom 30.5.86 denn auch völlig zu recht, daß der DGB-Kongreß „die bisherige energiepolitische Konzeption des DGB mit ihren

langfristigen Perspektiven und Strukturvorgaben im Grundsatz ... bestätigt". Gefordert werden allerdings „Anpassungen und Ergänzungen".

1986: Verzicht so rasch wie möglich

Neu ist eigentlich nur, daß der DGB den Zeitpunkt für ein Auslaufen des Kernenergieprogramms ins Auge faßt, der allerdings, schaut man sich die Konkretisierung des Programms an, erst in mehr als 20 Jahren realisiert wäre. *„Der Einsatz der Kernenergie ist grundsätzlich nur noch für einen begrenzten Zeitraum verantwortbar"*, heißt es im jüngsten Beschluß. *„Wir wollen eine Energiepolitik, die es uns ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten. Um diesen Verzicht sozialverträglich durchzuführen, muß eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik erfolgen. Dabei müssen alle wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen einer solchen Entscheidung unter Einbeziehung ihrer ökologischen Auswirkungen genau geprüft werden. Nach dem derzeitigen Informationsstand ist eine Perspektive ohne Kernenergie realistisch."*

Aus solchen Formulierungen spricht nicht die Einsicht in die Gefährlichkeit dieser Technologie nach Tschernobyl, denn dann wäre es absolute Willkür, sie dennoch weitere 20 Jahre zu ertragen, ja sogar neue AKWs in Betrieb gehen zu lassen. Vielmehr glaubt der DGB parallel zur Erkenntnisentwicklung in der SPD, mit seinem Setzen auf alternative Energien und Umwelttechnologien einen wachstumsträchtigen Ersatz für die ins Stocken geratene Wachstumsbranche Kernenergie gefunden zu haben. Diese lange vor Tschernobyl gedämmerte Erkenntnis — sie fand 1985 im DGB-Programm „Umweltschutz und qualitatives Wachstum" sowie im SPD-Programm „Arbeit und Umwelt" ihren Niederschlag — ließ sich daher nach Tschernobyl mit wohlklingender und zeitgemäßer Rücksichtnahme auf zunehmende Sicherheitsbedenken effektvoll koppeln. Untergeordnet werden diese Bedenken der Sozialverträglichkeit beim Abbau der Kernenergie. Damit hat einmal mehr das Arbeitsplatzargument — wie auch in der Diskussion 1976/77 — gesiegt. Zynismus ist es allerdings, eine solche Haltung als „verantwortbar" auszugeben. Man darf sich da nichts vormachen: Die Bewegung gegen die AKWs wird zwar weiterhin auf fortschrittliche Gewerkschafter rechnen können, aber nicht auf den DGB. Der fällt als Kraft aus, die in der Lage sein könnte, den gesellschaftlichen Druck zur Beschleunigung eines Ausstiegs zu erhöhen. Im Gegenteil, jetzt schon erweisen sich die maßgeblichen Gewerkschaften des Energiebereichs als Bremser länger konzipierter Ausstiegsvorstellungen in der SPD.

War nicht so gemeint — zum „derzeitigen Stand"

Konkret ist im Hamburger Beschluß nur von der Ablehnung der WAA in Wackersdorf die Rede. Der „Schnelle Brüter" wurde als „nutzlos" angesehen. Das neue „Herzstück" der Atomindustrie, der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm wird nirgendwo erwähnt und in der nachfolgenden gewerkschaftlichen Debatte stillschweigend als okay angesehen. Zum Hauptstreitpunkt wurde die Auslegung der Resolutionsformel: *„Die Kapazität der Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik ist auf dem derzeitigen Stand zu begrenzen und im Zuge des Erfolges einer veränderten Energiepolitik dem sich verringernden Restbedarf anzupassen"*.

Zum „derzeitigen Stand" gehören die AKWs in Obrigheim, Stade, Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Esensham, Grafenrheinfeld, Grohnde und Philippsburg 2. Vor der Inbetriebnahme noch in diesem Jahr stehen die AKWs Brokdorf und Mülheim-Kärlich, in Bau befindlich sind die AKWs Isar 2/Ohu (Inbetriebnahme 1988) und Lingen (1989) sowie Neckarwestheim 2 (1990). Bei diesen fünf wäre also als nächstes ernstzumachen mit dem „Verzicht so rasch wie möglich". Die Abschaltung von AKWs ist somit kein Diskussionsgegenstand. Was vier Wochen vorher wohl kaum jemand geglaubt hätte: aus der Ausstiegsdebatte wurde eine darum, wie vielen noch nicht eingeschalteten AKWs man zustimmen will.

Am 26. Juni gab der stellvertretende

der Ausstiegsdebatte wurde eine darum, wie vielen noch nicht eingeschalteten AKWs man zustimmen will.

Am 26. Juni gab der stellvertretende

ÖTV-Vorsitzende Hoffmann bekannt, daß die Gewerkschaften der Inbetriebnahme Brokdorfs zustimmen würden, da dieses AKW dem „derzeitigen Stand" zuzurechnen sei, diese Haltung also durch den DGB-Beschluß abgedeckt sei. Am 1. Juli hielt die ÖTV eine interne Tagung mit 400 Vertretern aus der Energiewirtschaft ab, auf der es heftige Kritik am DGB-Beschluß gegeben haben soll. Hoffmann kündigte eine DGB-Klausurtagung aller Beteiligten zu diesem Thema an, die am 17. Juli durchgeführt wurde. Vorstandsmitglied Geuenich gab gegenüber der Presse die Ergebnisse bekannt: Brokdorf und Mülheim-Kärlich seien den bestehenden Kapazitäten zuzurechnen, auf die anderen drei sei zu verzichten. Betont wurde auf dieser Konferenz, auf der es Einvernehmen zwischen allen Beteiligten gegeben habe, der schrittweise Ausstieg mit Rücksicht auf die Arbeitsplatzinteressen.

Daß damit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, machte ein Ende Juli bekanntgewordenes Protestsschreiben von zwölf Vertrauenskörperleitungen der ÖTV aus Energiebetrieben deutlich, die dem DGB-Vorständler Geuenich Verfälschung der Beschlüsse der Klausurtagung vorwarfen. Sie behaupten, dort sei auch die Inbetriebnahme der drei weiteren AKWs beschlossen worden. Die „Frankfurter Rundschau" hat dies recherchiert und stellt die Meinungsbildung hierüber im DGB so dar: Die im Bau befindlichen AKWs Isar 2, Lingen und Neckarwestheim 2 *„sollen zu Ende gebaut werden, aber nicht ‚ans Netz' gehen. Sie sollen eine Art Reserve bilden, falls bisherige Werke (zum Beispiel in Biblis oder Stade) abgeschaltet werden müßten oder die Bemühungen um alternative Energiequellen weniger schnell erfolgreich seien"* (FR, 4.8.86). Mal ganz abgesehen davon, daß also noch einiges in Beschlußbewegung ist, bleibt allerdings die Frage, wer hier noch ernsthaft von Ausstieg zu reden wagt. Bestenfalls kann man dem DGB unterstellen, daß er ein „natürliches" Auslaufen des Atomprogramms befürwortet, bis auch der letzte Reaktor verschrottungsreif ist. Damit hat sich — bleibt es bei dieser Lage — das Ausstiegsgetöne auf dem DGB-Kongreß als reiner opportuner Theaterdonner erwiesen, während sich de facto die Position der Atomlobby durchgesetzt hat.

Sinkendes gewerkschaftliches Interesse an der Kernenergie

In den DGB-Gewerkschaften haben sich die Gewichte in der Kernenergiefrage nur wenig verschoben. Die IG Druck und Papier, die GEW, die HBV, die Gartenbaugewerkschaft und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff sind schon seit längerem gegen Nutzung oder Ausbau der Kernenergie. Neu ist, daß sich die Eisenbahnergewerkschaft so eindeutig dazugesellt hat. Ihr Vorsitzender Ernst Haar wird nicht müde, eindringlich den eigenen Lernprozeß in dieser Frage zu verkünden. Und die GdED hat sich um Konsequenzen aus dieser Wandlung bemüht. Sie hat die Deutsche Bundesbahn aufgefordert, ihre finanzielle Beteiligung am AKW Neckarwestheim aufzugeben und wegen der Gefährlichkeit keine nuklearen Transporte mehr mit der Bahn durchzuführen.

> **DKP fest an der Seite der Gewerkschaften**
>
> „Die Klausurtagung des DGB war sicher noch nicht das letzte Wort in Sachen Energiepolitik. Aber sie zeigte die Möglichkeit weitestgehender Übereinstimmung im DGB. Sie machte damit die Pläne jener Energiekonzerne und Politiker zunichte, die darauf setzten, mit der Atomkraftdiskussion einen Spaltpilz zur Schwächung der Gewerkschaften zu haben.
>
> Noch schwerer liegt den Gegnern eines Ausstiegs aus dem Bonner Atomprogramm im Magen, daß der DGB von der Notwendigkeit sprach, Druck zu entwickeln, um seine Vorstellungen zukünftiger Energiepolitik in der Bundesrepublik durchzusetzen."
>
> (Manfred Buder in UZ, 22.7.85)

durchzusetzen."
(Manfred Buder in UZ, 22.7.85)

Doch den Ton im DGB geben die großen Gewerkschaften an, die im Energiebereich tätig sind. In ihnen arbeiten die betrieblichen Lobbyisten aus dem „Aktionkreis Energie" der Betriebsräte (siehe nebenstehenden Artikel) sehr erfolgreich. Doch wäre es falsch, diese Erfolge allein auf ihre Tätigkeit zurückzuführen. Mit der IG Chemie und der IG Bergbau haben sie Partner im politischen Wollen.

Hermann Rappe von der IG Chemie hat dabei die weitestgehende Position vertreten. Er will keinen Ausstieg, sondern den „Umstieg" in andere Energien; den allerdings *„nur dann, wenn der Umstieg auch international stattfindet"*, wie er in der Zeitung „Gewerkschaftspost" (August 1986) ankündigte. Erst im Mai letzten Jahres hatte Rappe vor Hanauer Beschäftigten der Nuklearbetriebe eine Brandrede für die Kernenergie und die Plutoniumwirtschaft gehalten und dabei besonders auf deren „exportpolitische" Bedeutung verwiesen. Als SPD-Bundestagsabgeordneter wühlt Rappe kräftig gegen die Aussteiger in seiner eigenen Partei, so jüngst, als er dem SPD-Bezirk Westliches Westfalen die Übernahme der „sorgfältig ausgewogenen" DGB-Position empfahl. Sein Vorstandskollege Wolfgang Schultze hat vor Chemiebetriebsräten am 14.8. das Hauff-Papier der SPD zurückgewiesen und seiner Partei eine Große Koalition empfohlen, statt auf die Grünen zu schielen. In dieser Gewerkschaft ist sowieso allerlei möglich: ihr Kölner Geschäftsführer Hengsberger forderte trotz Tschernobyl ein neues AKW, einen Hochtemperaturreaktor für Köln, da die chemische Industrie der Stadt einen hohen Energiebedarf habe (WdA, 29.5.86).

Vorsichtiger als Rappe agiert die IG Bergbau, Rechtsaußen im DGB, allerdings unter Verwendung einer Doppelstrategie. Ihre Mitgliederzeitung „einheit" unter der Chefredaktion von Horst Niggemeier rührt weiterhin kräftig die Trommel für die Kernenergie und läßt seitenweise bürgerliche Pro-AKW-Wissenschafter „belegen", daß es sich um ein rein sowjetisches Sicherheitsproblem handele (*„Der Ruf nach Stillegung ... ist sicherlich nicht geeignet, die allgemeine Sicherheit von kerntechnischen Anlagen zu erhöhen; eher das Gegenteil wäre der Fall, wenn sichere Anlagen abgeschaltet, weniger sichere ausländische jedoch in Betrieb bleiben würden. Eine Verbesserung könnte viel eher durch eine Anpassung von Kernkraftwerken in der Sowjetunion an den deutschen Sicherheitsstandard geschehen"*, „einheit", 1.7.86). Insbesondere protegiert die Bergbauzeitung Johannes Rau als Garanten gegen kurzfristige Ausstiegskonzepte. Demgegenüber bemüht sich der neue Bergbau-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer als Konsensbilder im DGB und „Brückenkopf" zur SPD, in deren Hauff-Kommission er Mitglied ist! Meyer empfiehlt eine „Denkpause" bei der Kernenergie („einheit", 1.6.86). Gleichzeitig zeigte er den Gewerkschaftsdelegierten in Hamburg, die weitergehende Ausstiegsbeschlüsse wollten, die Rote Karte: *„Mancher unter uns hat sich weit bewegen müssen, um diese nun gefundene Linie zu erreichen"*, kommentierte er in einem Redebeitrag den Beschluß. *„Für viele ist damit die äußerste Grenze der Kompromißmöglichkeiten erreicht; auch für mich. Denn niemand kann die Brücke verbrennen, auf der er sich zur Zeit befindet; er würde das andere Ufer nicht erreichen."* (zitiert nach „einheit", 15.6.86). Für die IG Bergbau ist dies eine einfache „Mittlerrolle", da die möglichen zukünftigen Energieträger auch den Ausbau der Kohlverwendung einschließen, damit auch neue Arbeitsplätze im Bergbau verheißen. Gleichzeitig ist sie Garant für zurückhaltenden Umgang mit dem möglichen Ausstieg. Beide Gewerkschaften — IG Chemie und IG Bergbau — sind vehemente Befürworter des THTR in Hamm, aufgrund der Versuche „ihrer" Industrien bei der Kohleveredlung.

Schwerer hat es die ÖTV, in der auch viele Gegner der Kernenergie organisiert sind, aber auch der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten aus der Atomindustrie. Der ÖTV-Vorstand hat vor dem Druck der Energielobby vollständig kapituliert.

Vorsichtiger geworden ist die IG Bau Steine Erden. Von ihr sind, im Unterschied zu vor zehn Jahren, keine lauten Töne Pro-AKW mehr zu vernehmen, wenngleich sie am Konsens um den Weiterbau der angefangenen AKWs beteiligt war. Letzteres liegt in der Logik ihrer bisherigen Politik, da — solange gebaut wird — zahlreiche Baufirmen beteiligt sind, deren Beschäftigte in den

ligt war. Letzteres liegt in der Logik ihrer bisherigen Politik, da — solange gebaut wird — zahlreiche Baufirmen beteiligt sind, deren Beschäftigte in den

Organisationsbereich der BSE fallen. Ansonsten ist angesichts fehlender Neubaupläne der Industrie für diese Gewerkschaft auch nicht mehr viel zu holen. Sie hat daher bereits vor eineinhalb Jahren Beschäftigungsmöglichkeiten in der neuen Wachstumsbranche Umweltschutz entdeckt, einen Kongreß zum Thema abgehalten und ist seitdem betont umweltfreundlich eingestellt, solange dabei Bauarbeiten abfallen.

Und die Fünfte im Bunde, die IG Metall? Sie gehört — anders als 1977 — nicht zu den Trommlern. Doch ist von ihr kaum Opposition gegenüber dem derzeitigen Trend im DGB zu erwarten. Auch sie steht unter starkem Druck in der IG Metall organisierter AKW-Beschäftigter, insbesondere aus den KWU-Betrieben (Siemens). So vermerkte die bürgerliche Presse genüßlich, daß der Chef der Radikalinskis im DGB, IGM-Vorsitzender Mayr, öffentlich vor „überstürzten Ausstiegsplänen" warnte. Aus einem Bericht der Mitgliederzeitung „metall" (10.7.86) geht hervor, daß die im innergewerkschaftlichen Arbeitskreis „Betriebsräte aus dem Energiebereich" tätigen Gewerkschafter heftige Kritik an der Anti-AKW-Berichterstattung der „metall" geübt hätten. Mayr beschwichtigte mit der Ankündigung, daß die IGM auf dem Gewerkschaftstag im Herbst keinen radikaleren Beschluß fassen werde, sondern wortgleich den DGB-Beschluß übernehme. Seine Aussage, „Atom spaltet die IG Metall nicht" (Interview in der „Welt der Arbeit", 17.7.86), gibt einen Eindruck von den heftigen Auseinandersetzungen, die über die Energiebetriebe in die Gewerkschaft getragen werden. Trotz Mayrs Ankündigung ist damit zu rechnen, daß auf dem Gewerkschaftstag die Opposition in der IGM einen radikaleren Beschluß versuchen wird.

Warum ist die gewerkschaftliche Atomlobby so stark?

Wer geglaubt hatte, daß nach Tschernobyl auch im DGB die Frage der Arbeitsplätze kein ernsthaftes Kriterium für Ablehnung oder Befürwortung der Atomenergie mehr sein könnte, hat sich gründlich getäuscht. Unverändert muß das Arbeitsplatzargument herhalten für den Nichtausstieg. Die Verschiebung gegenüber der Diskussion vor zehn Jahren besteht darin, daß damals im wesentlichen mit zu schaffenden und von Bürgerinitiativen blockierten Arbeitsplätzen polemisiert wurde, während es heute die zahlreich wegfallenden sind, die jede Veränderung der Politik blockieren. Auch hier hatte die Hamburger Resolution vorgebeugt, indem sie den Kernenergieabbau daran koppelte, daß der Verzicht „sozialverträglich'' sein müsse und unter Berücksichtigung aller noch zu prüfenden ,,wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen'' zu erfolgen habe.

Was das bedeutet? Hierzulande heißt diese Lesart, daß das Ausstiegstempo sich nach der Bereitschaft von Regierung und Energiewirtschaft zu richten habe, andere als Kernenergiearbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dazu aber sind CDU und Industrie nicht bereit. De facto wird dabei wohl auf den großen ,,gesellschaftlichen Konsens'' gesetzt, den auch die Hauff-Kommission der SPD zur Bedingung für ihr Ausstiegsszenario macht. So hat denn auch der Hamburger Beschluß auf jede Konkretisierung eines möglichen Ausstiegs verzichtet. Die politischen, gesetzlichen und gewerkschaftlichen Mittel, die Unternehmen zu zwingen, AKWs dichtzumachen und andere Energieformen anzuwenden, sind nicht Gegenstand der Resolution, ebensowenig wie das Erheben von sozialen Schutz- und Umstellungsforderungen für betroffene Beschäftigte. Schon das läßt am Ausstiegsernst zweifeln.

Damit ist aber auch nahezu jegliche

zuwenden, sind nicht Gegenstand der Resolution, ebensowenig wie das Erheben von sozialen Schutz- und Umstellungsforderungen für betroffene Beschäftigte. Schon das läßt am Ausstiegsernst zweifeln.

Damit ist aber auch nahezu jegliche

Basis für eine Überzeugung der AKW-Beschäftigten von der Notwendigkeit einer anderen Energiepolitik aufgegeben worden. Ihr Schutz wäre aber eine der wesentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben, die entweder vernachlässigt wird oder gar nicht gewollt ist. Das ist der Boden, auf dem die reaktionäre AKW-Lobby der Energiewirtschaft in den Betrieben wirken kann. Die knüpfen bedingungslos an den bisherigen gewerkschaftlichen Argumenten an, daß einfach nur Arbeitsplätze verloren gehen. Und sie können sich darauf stützen, daß es in den hiesigen Gewerkschaften außer im wissenschaftlichen Bereich keine Diskussion und kein Bewußtsein über den Wert solcher Arbeitsplätze gibt. Die bundesdeutsche Gewerkschaftsphilosophie hat treffend der Kalkar-Betriebsrat Hoppmann auf den Nenner gebracht: Der Betriebsrat kämpfe für den ,,Schnellen Brüter''. *,,Das sieht zwar ein bißchen merkwürdig aus, aber es entspricht unserer Interessenlage''* (Zeit, 27.6.86). Da rafft sogar die FAZ sich zum Arbeiterlob auf: *,,Diese Gewerkschafter wissen, daß ihre Mitglieder nicht verschrobene, vielleicht noch durch opportunistische Taktik bestimmte Phantastereien, sondern Perspektiven einer wirklichkeitsnahen Politik erwarten.'' (18.8.86)* Wenn der KWU-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Nolden an Willy Brandt nach dessen Auftritt auf dem Loreley-Rockmusikfestival in einem Brief schreibt, er möge doch zur KWU auf eine Betriebsversammlung kommen, um die neuen SPD-Auffassungen *,,vor denen darzulegen, die bisher zuverlässige Präzisionsarbeit im Kernkraftwerksbau abgeliefert haben und diese Arbeit gerne fortsetzen möchten'' (FAZ, 20.8.86)*, dann drückt das nicht nur herrschendes Arbeiterbewußtsein hierzulande aus, ist das nicht nur eine reaktionäre Einzelstimme, sondern trifft die gewerkschaftseigene Argumentation wie den Nagel auf den Kopf.

Auch jetzt scheint man im DGB nicht bereit, den Kurs der Bindung von Arbeitsplätzen an die Unternehmensziele aufzugeben und endlich einmal den Konflikt mit der herrschenden Entwicklung einzugehen. Minimale Bedingung dafür wäre aber auch, ernsthaft die gewerkschaftlich Organisierten von der Notwendigkeit anderer Arbeitsplätze zu überzeugen und ihnen dafür gewerkschaftlichen Schutz zu gewähren. So aber kann die gewerkschaftliche Atomlobby alle Register reaktionärer gewerkschaftlicher Argumente der Vergangenheit ziehen. Weder wird der Konflikt mit der Industrie gewagt, noch der mit dem hausgemachten Arbeiterbewußtsein. Der DGB hinkt der gesellschaftlichen Diskussion um das Aufgeben der Kernenergie mal wieder hinterher und dürfte selbst bei veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen eher Ausstiegsbremser denn Motor sein.

hr.

Der ''Aktionskreis Energie''

Eine faktisch gelbe Gewerkschaft

11. Juli 1986: Fast 1000 Betriebsräte, Leitende Angestellte und Beschäftigte aus über einhundert Energieunternehmen der Bundesrepublik versammeln sich in der Dortmunder Westfalenhalle zu einer Veranstaltung ,,Betriebsräte für Sicherheit in der Energieversorgung — Verantwortung für die Arbeitsplätze''. Einlader: Der Gesamtbetriebsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW), für den stellvertretend dessen Vorsitzender Karl Sauerwald das Spektakel moderiert. Redner sind VEW-Obermanager Prof. Klaus Knizia und Prof. Hans-Karl Schneider vom Kölner energiewirtschaftlichen Institut, die beide 1977 noch vor einer internen Energiebetriebsrätetagung der IG Metall für die Kernenergie werben durften. Außerdem Umweltminister Wallmann, Vertreter des Bundesforschungsministeriums und vom rechten SPD-Flügel NRW (ausgepfiffen) sowie der KWU-Betriebsratsvorsitzende Julius Busch, wie Sauerwald auch schon 1977 bei einer ähnlichen Kundgebung im Dortmunder Westfalenstadion dabei. Zweck der Übung: ein gemeinsames Bekenntnis von Arbeitern, Politik, Regierung und Wirtschaft für die Kernenergie, sozusagen die versammelte Konterrevolution in der Energiepolitik. Mit Sinn für Symbolik war diesesmal VEW der Ausrichter, betreibt dieses Unternehmen doch den umstrittenen Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop und baut das Kernkraftwerk Lingen/Emsland. Finanzier des ganzen: die spendierfreudige Energiewirtschaft, die ebenfalls hauptsächlich von der Industrie finanzierten Be-

ses Unternehmen doch den umstrittenen Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop und baut das Kernkraftwerk Lingen/Emsland. Finanzier des ganzen: die spendierfreudige Energiewirtschaft, die ebenfalls hauptsächlich von der Industrie finanzierten Be-

triebsräte aus dem ,,Aktionskreis Energie'', der sich 1977 gegründet hat. Die Fahrtkosten und Spesen übernahmen die Unternehmen. Wie 1977, als sogar der Arbeitsausfall erstattet wurde.

1986 nicht dabei: Vertreter des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, sieht man einmal davon ab, daß die Energiebetriebsräte nahezu alle im DGB organisiert sind.

Gewerkschafter für die Atomwirtschaft

Am 10. November 1977 waren alle dabei: Oskar Vetter und Alois Pfeiffer für den DGB, Eugen Loderer für die IG Metall, der kernig gegen AKW-Gegner zu Felde zog, die es liebten zu ,,demolieren statt zu demonstrieren'', Karl Hauenschild für die IG Chemie, Heinz Kluncker für die ÖTV, Adolf Schmidt für die IG Bergbau und Sperner für die IG Bau. 40.000 nahmen an dieser Kundgebung von Kapital und Arbeit kurz vor dem SPD-Parteitag teil, um für den Ausbau der Kernenergie und gegen die Arbeitsplatzvernichter aus den Bürgerinitiativen zu demonstrieren. Bereits im September 1977 hatten 10.000 Beschäftigte aus der Atomwirtschaft einen Marsch auf Bonn (bei voller Bezahlung selbstverständlich) organisiert, nachdem zuvor schon in Brokdorf und Hanau Belegschaftsdemonstrationen der NWK und der Hanauer Nuklearbetriebe durchgeführt wurden. Die Atomlobby im DGB machte mächtig Dampf und die Gewerkschaftsspitzen reagierten hektisch auf die Drohung der Betriebsräte, eine Energiegewerkschaft zu gründen, falls der DGB nicht für den Ausbau der Kernenergie eintrete. Man mag darüber spekulieren, ob die DGB-Führer glücklich waren über diese konzertierte Aktion. Tatsache ist, daß sie offensiv mobilisierten und einen scharfen Pro-Atomkurs propagierten.

1986 forderten die DGB-Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Nichtteilnahme auf, da es sich um eine einseitige Kundgebung zugunsten der Unternehmen handele. DGB-Chef Breit hatte an seinen Gewerkschaftskollegen Sauerwald einen Tag vor der Kundgebung die Absage mit der Nichtbeteiligung der Gewerkschaft an den Vorbereitungen begründet, aber auch *,,großes Verständnis für die Unruhe''* der Energiearbeitnehmer bekundet. *,,Der DGB wird Euch selbstverständlich bei der Wahrnehmung Eurer berechtigten Interessen voll unterstützen''* (DGB-Nachrichtendienst, 10.7.86).

„Wir verbürgen uns für die höchstmögliche Sicherheit"

Wenn die Konstellation 1986 auch eine andere, als die vor neun Jahren ist, die

„Wir verbürgen uns für die höchstmögliche Sicherheit"

Wenn die Konstellation 1986 auch eine andere, als die vor neun Jahren ist, die

Energiebetriebsräte aus der Defensive nach Tschernobyl agieren müssen, ist ihre Wirkung in den Gewerkschaften dennoch erheblich. Zusammengeschlossen im finanziell gut ausgestatteten ,,Aktionskreis Energie'' als Public Relations-Unternehmen, haben sie nur zwei Wochen nach Tschernobyl mit ihrer Gegenkampagne begonnen, um Druck auf SPD und DGB auszuüben. 60.000 Mitglieder und 110 Infostellen will der Verein im Bundesgebiet haben. Aufwendige Anzeigenkampagnen (parallel zu denen des KWU-Vorstands) und Pressekonferenzen wurden eingesetzt, die Identität der Sorgen von Arbeit- und Unternehmern zu beschwören. Bereits am 13. Mai verlas der Vorsitzende des Aktionskreises, Brüne Soltau (Betriebsratsvorsitzender der KWU Erlangen, SPD- und IGM-Mitglied) eine Erklärung vor der Presse, wonach die Beschäftigten in AKWs *,,keine Sorge um ihre Gesundheit (haben), sie fürchten aber sehr wohl um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ... Wir verbürgen uns gegenüber unserer Mitbevölkerung für die höchstmögliche Sicherheit''* in Kernkraftwerken, bekannte er (WELT, 14.5.86). Der bayerischen SPD drohte er die Wahlkampfunterstützung zu entziehen, die Betriebsräte hätten einen genügend großen ,,Background'' in den Betrieben.

Acht Tage später ermahnte der Betriebsratsvorsitzende der KWU in Mülheim, Julius Busch, seinen Parteikollegen Johannes Rau, daß ein AKW-Ausstieg 100.000 Arbeitsplätze in NRW gefährden würde (FR, 22.5.86). Am 11. Juni distanzierten sich in Baden-Württemberg die Betriebsratsvorsitzenden der Kernkraftwerke Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim von den Arbeitsplatzvernichtungsplänen der regionalen SPD (FAZ, 12.6.86). Wiederum vier Tage später tagten die hessischen Betriebsräte des Aktionskreises und forderten, Hände weg vom AKW Biblis und den Hanauer Nuklearbetrieben. Der Biblis-Betriebsratsvorsitzende Christian Rettweiler (auch ein alter Bekannter von 1977) erklärte in Dortmund, daß von 250 ÖTV-Mitgliedern 130 aus der Gewerkschaft austreten wollen, wenn es bei der DGB-Beschlußlage bleibe. In Philippsburg wollten die Betriebsräte den Übertritt der Gewerkschafter von der ÖTV in die IG Bergbau organisieren, was an Satzungsproblemen gescheitert sei (vermutlich hatte die IG Bergbau abgelehnt, da dies böses Blut bei der ÖTV gegeben hätte).

Atomlobby im DGB erfolgreich

Der Druck war erfolgreich. Neben einer Präzisierung dessen, was man im DGB unter Ausstieg mißversteht (siehe nebenstehend), wurde vor allem in den ,,Energiegewerkschaften'' gegenüber den Beschäftigten beschwichtigt.

Der Druck war erfolgreich. Neben einer Präzisierung dessen, was man im DGB unter Ausstieg mißversteht (siehe nebenstehend), wurde vor allem in den ,,Energiegewerkschaften'' gegenüber den Beschäftigten beschwichtigt.

DGB-Vorständler Geuenich riet ihnen, keine Proteste mehr zu organisieren, da sie sich damit im DGB isolieren und denen helfen würden, die einen Sofortausstieg propagierten (FAZ, 19.7.86). Die ,,Welt der Arbeit'' zeigte sich sichtlich um die Energiebetriebsräte bemüht und ließ den Dortmunder Veranstalter Karl Sauerwald ein Bekenntnis zum DGB ablegen. Ganz eitel Sonnenschein werden Energiebetriebsräte zitiert, die voll auf Hamburger Beschlußlinie lägen, denn: *,,Wir müssen in den Beschluß konkrete Inhalte reinbringen, ihn mit Fleisch versehen''*, so ein RWE-Betriebsrat.

,,Versachlichen'' der Debatte wird dieser Abschied vom Ausstieg genannt (WdA, 24.7.86). Allerorten halten die Gewerkschaften Tagungen mit den Betriebsräten aus der Energiewirtschaft ab, um sie bei der Stange zu halten. Typisch für diesen Konflikt ist ein Kompromiß zwischen den mit Austritt drohenden Biblis-ÖTVlern und ihrer Darmstädter Ortsgewerkschaft. Um Massenaustritte zu verhindern, hat man sich mehrere Stunden zusammengesetzt und ein gemeinsames Papier verabschiedet, in dem es heißt, *,,daß ein Abschalten der Blöcke A und B in Biblis nicht sinnvoll und verantwortbar ist''*. Das reichte offenkundig zur Beruhigung der Beschäftigten. Der ebenfalls zu Papier gebrachte Ausstieg wird vor diesem Hintergrund einfach lächerlich, wenn da steht: *,,Während die ÖTV-Funktionäre von Biblis von einem hohen Sicherheitsstandard und einem auch zukünftigen Einsatz von Kernenergie zur Stromdeckung ausge-*

vor diesem Hintergrund einfach lächerlich, wenn da steht: ,,Während die ÖTV-Funktionäre von Biblis von einem hohen Sicherheitsstandard und einem auch zukünftigen Einsatz von Kernenergie zur Stromdeckung ausge-



AKW-Proletariat gegen kleinbürgerliche Umweltschützer ...



Belegschaft und Gewerkschafter der Norddeutschen Kraftwerke demonstrieren für das AKW Brokdorf

hen, betonte der ÖTV-Kreisvorstand den politischen Willen, der sich im Hamburger DGB-Beschluß ausdrückt, möglichst bald auf Kernenergie verzichten zu wollen'' (FR, 9.8.86). Wetten, daß die Kollegen inBiblis sich krankgelacht haben, angesichts derartigen gewerkschaftlichen Ausstiegswillens.

Nachtrag: Parallele oder Unterschied zwischen 1977 und 1986? Als der Gewerkschafter Heinz Brandt auf einer Brokdorf-Kundgebung vom Atomfilz in den Gewerkschaften sprach, wurde gegen ihn deswegen ein Gewerkschaftsausschlußverfahren in der IG Metall beantragt, das nur dank großer Solidarität nicht zum Erfolg führte. 1986 wurde der Mitarbeiter des WSI im DGB, Ulrich Briefs entlassen. Als aktiver grüner Gewerkschafter ist er einigen im DGB schon lange ein Dorn im Auge. In der Entlassungsbegründung vom 18.6.86 schreibt die WSI-Geschäfstleitung: *,,Die Kandidatur des Kollegen Dr. Ulrich Briefs wird im Raum Recklinghausen für den DGB und seine Gewerkschaften eine erhebliche Belastung darstellen; denn auch der Wahlkreiskandidat der SPD ist ein weithin bekannter hauptamtlicher Gewerkschafter.''* In der Tat: Briefs Wahlkontrahent ist der weithin berüchtigte Atom-Horst Niggemeier von der IG Bergbau. Bleibt zu wünschen, daß Briefs wie Brandt 1977 mit solidarischer Unterstützung diese Schweinerei einiger Einheitsgewerkschafter im DGB zurückkämpfen kann.

Waffenschiebereien in Hamburg
Der Senat hält sich weiter bedeckt

Hamburg hat ihn wieder, den neuen/alten Innensenator Alfons Pawelczyk. Als aktiver Soldat trat er 1961 in die SPD ein und warb für sie, was ihm ein Bundestagsmandat einbrachte. Bis 1980 saß er im Bundestag, wo sich der Hinterbänkler zum anerkannten Rüstungsexperten mauserte. Der damalige Hamburger Bürgermeister Klose holte Pawelczyk im Jahre 1980 als Innesenator an die Elbe zurück. Schon im Mai 1981 mußte Klose zurücktreten, Pawelczyk hatte sein Ziel erreicht: Der ehemalige Staatsminister im Außenamt, Klaus von Dohnanyi, wurde erster Bürgermeister der Hansestadt. So erklärt sich, daß der Vorsitzende des mitgliederstärksten Kreisverbandes der Hansestadt, Wandsbek, und Vorständler der Landes-SPD, als der eigentliche Landesvater gilt. So erklärt sich auch, daß eher die Senatoren Lange und Leithäuser, der Polizeichef Honka u.a. ihren Hut nehmen mußten, im Zuge der Affären in der Hansestadt, während Pawelczyk,als gefeierter „Retter in der Not“ wieder in seine Domäne, das Innenressort zurückkehren durfte. Gemessen am Königsmacher Alfons waren das alles nur Bauernopfer. Doch auch Pawelczyk ist schon lange ins Gerede gekommen.

Die argentinische Waffeneinkaufskommission — bis 1982 hatte sie ihren Sitz in London, sie mußte ihn bei Ausbruch des Malvinenkrieges kurzfristig räumen — befindet sich in Hamburg, in der Straße Vorsetzen 50. Eigentlich gibt es sie gar nicht, weil die Mitglieder der Kommission weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitserlaubnis haben. Gleichwohl stellte die Kommission über die Firma Intertime Leiharbeitskräfte ein; hauptsächlich spanisch sprechende, die möglichst weder Deutsche noch Argentinier sein sollten. Die Leute durften ihren wahren Arbeitgeber nicht nennen, sondern sollten sagen, daß sie bei Blohm & Voss beschäftigt seien. Dann gehe das auch mit den Arbeitserlaubnisscheinen in Ordnung, denn so etwas gehe über „unseren Sonderkanal Pawelczyk“ (O-Ton Tepel, Prokurist und Personalchef bei Blohm & Voss). Davon will zwar niemand mehr etwas wissen, dagegensetzen aber auch nicht. (Siehe auch AK 271, Seite 2: Neues vom Kanal Pawelczyk)

Die GAL startete insgesamt bisher drei Anfragen an den Senat zum Thema, die allesamt vom Senat entweder überhaupt nicht oder so beantwortet wurden, daß die Antwort mit der Frage nichts zu tun hat. Da wird der Datenschutz angeführt, da wird darauf verwiesen,daß Geschäftsverbindungen zwischen Blohm & Voss und der Comisión Naval Argentina en Europa (CMNE) die Beziehungen Dritter untereinander seien, obwohl seit dem 2.9.1981 Alfons Pawelczyk für den Hamburger Senat im Verwaltungsrat von Blohm & Voss sitzt. Über ein anhängiges und schlafend gehaltenes Verfahren wegen des Verstoßes gegen das

von Blohm & Voss sitzt. Über ein anhängiges und schlafend gehaltenes Verfahren wegen des Verstoßes gegen das

Kriegswaffenkontrollgesetz gibt der Senat natürlich auch keine Auskunft, weil das Verfahren ja läuft, obwohl auch hier wieder eine mindestens Mitwisserschaft vom Hamburgs Law-and-order-Hardliner Pawelczyk nicht ausgeschlossen werden kann.

Der Senat zeigt sich grundsätzlich dermaßen zugeknöpft, daß sich der GAL-Abgeordnete Michael Herrmann im Rahmen einer Anfrage erst einmal versichern mußte, ob denn das Fragerecht der Abgeordneten mindestens so weit gehe, wie die Informationspflicht des Senats gegenüber der Presse. Gewohnt kaltschnäuzig verwies der Senat darauf, daß er mit dem Antragsteller keine abstrakte rechtliche Diskussion zu führen gedenke.

Es lohnt sich, die Senatsdrucksachen 11/6282 vom 14.5.1986 (Kleine Anfrage der GAL: Waffenhandel und mögliche Verwicklungen von Mitgliedern des Senats), 11/6430 vom 11.6.1986 (Große Anfrage der GAL: Waffenhandel mit Wissen der Hamburger Behörden und Blohm & Voss) und 11/6591 vom 25.7.1986 (Kleine Anfrage der GAL: Illegaler Waffenhandel mit Wissen Hamburger Behörden unter Beteiligung der Firma Blohm & Voss) genau durchzulesen und zu vergleichen, welche Antworten der Senat für welche Fragen parat hält, um klare und deutliche Fragen, butterweich sozialdemokratisch zu beantworten.

Wir fragen den Senat, der Senat sagt nichts

Regie: Alfons Pawelczyk, Regieassistenz: Klaus von Dohnanyi, viele Mitwirkende. Das Stück wurde aus einsichtigen Gründen bisher nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit aufgeführt.

Sind dem Senat Waffengeschäfte dieser Firma (CMNE — d.V.), seien es legale oder illegale, bekannt? Wenn ja, seit wann hat der Senat Kenntnis von diesen Waffengeschäften und in welchem Umfang wurden diese Waffengeschäfte getätigt? Mit welchen Waffenteilen oder Ersatzteilen wurde gehandelt? (1)

Über legale Waffengeschäfte der CNAE (= CMNE - d.V.) ist dem Senat nichts bekannt. Bei der Staatsanwaltschaft Hamburg ist gegen Verantwortliche der CNAE ein Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz anhängig. Der Senat gibt zu laufenden Ermittlungsverfahren grundsätzlich keine Auskunft. (2)

Aus der Antwort des Senats geht hervor, daß der Senat lediglich „über legale Waffengeschäfte der CNAE“ nichts gewußt hat. Was weiß der Senat über die illegalen Geschäfte der „Kommission“? (3)

Etwaige illegale Waffengeschäfte sind Gegenstand des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens, zu dem sich der Senat nicht äußert. (4)

Stimmt der Senat damit überein, daß der Auskunftsanspruch von Abgeordneten in öffentlichen Angelegenheiten gemäß Art. 24 der Hamburger Verfassung inhaltlich mindestens so weit geht, wie das Informationsrecht der Presse gem. § 4 des Hamburgischen Pressegesetzes? Stimmt der Senat dann auch darin überein, daß die Verweigerung der Antwort ... nur dann zulässig sein könnte, wenn ein Tatbestand des § 4 HPG vorgelegen hätte und als Begründung für die Verweigerung genannt worden wäre? Räumt der Senat somit ein, daß es verfassungswidrig ist, zu laufenden Ermittlungsverfahren *grundsätzlich* keine Auskunft zu geben? (5)

... Einen Anlaß für ergänzende Antworten und ... für eine abstrakte rechtliche Diskussion mit dem Fragesteller sieht er (der Senat — d.V.) nicht. (6)

Wie oft hat sich Herr Pawelczyk in Bonn, Hamburg oder anderswo seit 1982 mit argentinischen Militärs getroffen? Wann genau haben diese Treffen stattgefunden? (7)

Derartige Treffen haben nicht stattgefunden. (8)

Kann sich der Senat unter dem Begriff „Sonderkanal Pawelczyk“ in diesem Zusammenhang etwas vorstellen? Wenn ja, was? (9)

Nein, siehe Vorbemerkung.

Vorbemerkung:

... Aus dem eigentlichen Text des Artikels (Stern, 15.5.1986 — d.V.) geht lediglich hervor, daß eine ehemalige Se-

... Aus dem eigentlichen Text des Artikels (Stern, 15.5.1986 — d.V.) geht lediglich hervor, daß eine ehemalige Se-

kretärin der „Comisión Naval Argentina en Europa (CNAE)“ im Rahmen eines Arbeitsgerichtsprozesses mit dieser Kommission behauptet habe, ein Mitarbeiter der Blohm & Voss AG hätte bei ihrer Einstellung von einem „Sonderkanal Pawelczyk“ gesprochen. Die Firma Blohm & Voss hat dem Senat gegenüber schriftlich mitgeteilt, daß der betroffene Mitarbeiter (Prokurist und Personalchef Tepel, d.V.) versichert habe, eine solche Äußerung nie gemacht zu haben. ... Bürgermeister Pawelczyk ist seit dem 2.9.1981 für den Senat Mitglied in diesem Verwaltungsrat (von Blohm & Voss — d.V.). (10)

Seit wann ist dem Senat, Herrn Pawelczyk oder ihm untergeordnete(n) Behörden die Fa. „Comisión Naval Argentina en Europa (CNAE)“ Vorsetzen 50, Tel. 37 6070 bekannt? (11)

Die Bezeichnung ... ist von Mitgliedern der Kommission in Anträgen auf Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen benutzt worden. ...Außerdem hat sich das Argentinische Generalkonsulat in Hamburg im Jahre 1980 bei der Senatskanzlei erfolglos darum bemüht, für den Leiter der Kommission und seine Familie konsularische Ausweise ausgestellt zu bekommen. (12)

... Ist damit Herr Gonzales und Familie gemeint? Wenn nicht, wer dann? (13)

Aus dem Fragenkatalog dieser Großen Anfrage geht hervor, daß die Fragesteller eigene Ermittlungen angestellt haben und durch gezielte Einzelfragen, die die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft betreffen, fortführen wollen.

Dabei schrecken die Fragesteller nicht vor der bewußten Verletzung des Datenschutzes zurück, nennen die vollen Namen von Personen, die nicht im öffentlichen Leben stehen, und verletzen damit deren Persönlichkeitsrecht.

... Etliche Fragen betreffen ausschließlich Belange und Beziehungen von Bürgern untereinander und keine öffentlichen Angelegenheiten ... (14) Diese Fragen werden aus Gründen des Datenschutzes nicht beantwortet, weil es sich um personenbezogene Angaben handelt ... (15)

Räumt der Senat ein, daß nur Behörden, deren Bedienstete ... Normadressaten des Datenschutzgesetzes (sind), nicht aber Abgeordnete der Bürgerschaft, die entsprechend ihre(r) verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten Anfragen an den Senat richten, deren Inhalt und Zielrichtung die Abgeordneten bestimmen? Nimmt der Senat somit den Vorwurf gegen die GAL-Abgeordneten zurück, wir schreckten nicht vor einer bewußten Verletzung des Datenschutzes zurück? Wenn nein, worin besteht die „bewußte Verletzung des Datenschutzes“? (16)

Der Senat sieht keinen Anlaß, in eine abstrakte rechtliche Diskussion über Umfang und Inhalt datenschutzrechtlicher Vorschriften einzutreten. (17)

Welche Bedeutung kommt nach Ansicht des Senats in diesem Zusammenhang dem Umstand zu, daß die Namen des Konteradmirals Gonzales, des Kapitäns zur See Leibovich, der Sekretärin Frau Schmidt und des Blohm & Voss-Personalchefs Tepel bereits in der Zeitschrift „Stern“ vom 15.5.1986 genannt worden sind? (18)

Die Pflicht des Senats zum Schutz des Persönlichkeitsrechts bleibt von Pressepublikationen schon deshalb unberührt, weil deren Wahrheitsgehalt ungewiß ist ... (19)

Stimmt mir der Senat darin zu, daß es für Abgeordnete des Landesparlaments legitim und sogar pflichtgemäß ist, dem Verdacht nachzugehen, daß ein ehemaliger (jetzt wieder — d.V.) Senator und heutiger Bürgermeister zumindest Mitwisser illegaler Waffengeschäfte sein könnte? Worin ist hier eine „Verunglimpfung“ zu sehen? (20)

Es ist Aufgabe der Bürgerschaft, den Senat politisch zu kontrollieren. Hingegen ist es Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, dem Verdacht auf strafbare Handlungen nachzugehen. Die Strafverfolgungsbehörden unterliegen dabei den strengen Regeln der Strafprozeßordnung, so daß ein strafrechtlich einwandfreies Verfahren gewährleistet ist. (21)

„Grüß dich, Alfons ...!“



Pawelczyk kontrolliert Pawelczyk

Klare Fragen werden immer ausweichend oder gar nicht beantwortet. Das Fragerecht der Abgeordneten, natürlich nur das der GAL, wird zur Farce, der Kampf gegen Windmühlen programmiert. Dabei ist es gar nicht so schwer: Alfons Pawelczyk ist Inhaber des Organisations- und Verwaltungsamtes, ist also der oberste aller Strafverfolger der Hansestadt. Er vereinigt nicht nur die Gewalt über die Ermittlungen (Staatsanwälte sind Beamte!), sondern kontrolliert sich dabei auch selbst, ob denn auch ordnungsgemäß ermittelt wird, „so daß ein strafrechtlich einwandfreies Verfahren gewährleistet ist“. Wie eingangs erwähnt, besitzen die Mitglieder der CMNE eigentlich weder Aufenthalts- noch Arbeitsrecht. Das hat auch schon zu Streitigkeiten im Ausländeramt geführt, das für seine rigide Abschiebepraxis bundesweit berüchtigt ist. Aber: Die Ausländerabteilung ist ein Fachreferat des Einwohner-Zentralamtes und somit ein Amt innerhalb der Behörde für Inneres, deren damaliger und jetziger Vorstand Alfons Pawelczyk heißt. Jener Mann also, der kaum in der Hansestadt zurück, auch schon wieder für Wirbel in der Hafenstraße sorgte, um dem Bürger klarzumachen, daß jetzt wieder „Recht und Ordnung“ in der Hansestadt herrsche.

Erfahrungen mit seiner Interpretation davon konnten über 800 Demonstranten am 8. Juni auf dem Heiligengeistfeld sammeln. Gegen 16.00 Uhr wurde Pawelczyk von seinem politischen Ziehsohn und inzwischen aus „Gründen der politischen Hygiene“ zurückgetretenen Lange über die Vorkommnisse auf dem Heiligengeistfeld informiert. Anstatt die Unrechtmäßigkeit des Einsatzes klarzulegen, riet Pawelczyk, Polizisten aus andern Bundesländern am Kessel einzusetzen und Hamburger Beamte wegen der besseren Ortskenntnis im Karolinenviertel. Dort hat es dann auch entsprechend gründliche Straßenschlachten gegeben. Das sind Pawelczyks Vorstellungen von Recht und Ordnung.

Im Falle der mutmaßlichen Verwicklung in internationale Geschäfte des Waffenhandels schwebt Pawelczyk, obgleich sein Name des öfteren genannt wird, sanft über den Wassern. Es bleibt abzuwarten, wann er hineinrutscht.

Helmut Reder

Anmerkungen:

1) Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 11. Wahlperiode, Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Rainer Schmidt und Michael Herrmann (GAL), Betr.: Waffenhandel und mögliche Verwicklungen von Mitgliedern des Senats, Drucksache 11/6282 vom 14.5.1986, Frage 5
2) Antwort des Senats auf 1), vom 23.5.1986, Zu 5.: ...
3) Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 11. Wahlperiode, Große Anfrage der Abgeordneten Rainer Schmidt, Michael Herrmann, Bettina Hoeltje, Marion Pein, Kurt Edler, Ernst-Wilhelm Stuckert (GAL) und Fraktion, Betr.: Waffenhandel mit Wissen der Hamburger Behörden und Blohm & Voss, Drucksache 11/6430 vom 11.6.1986, Frage 8
4) Antwort des Senats auf 3), vom 24.6.1986, Zu I.8.: ...
5) Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 11. Wahlperiode, Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Herrmann (GAL), Betr.: Illegaler Waffenhandel mit Wisse Hamburger Behörden unter Beteiligung der Firma Blohm & Voss, Drucksache 11/6591 vom 25.7.1986, Frage 11
6) Antwort des Senats auf 5), vom 25.7.1986, Zu 8., 9., 11.: ...
7) vgl. 1), Frage 1
8) vgl. 2), Zu 1.: ...
9) vgl. 1), Frage 6
10) vgl. 2), Zu 6.: ... , Vorbemerkung ...
11) vgl. 1), Frage 3
12) vgl. 2), Zu 3.: ...
13) vgl. 3), Frage 7
14) vgl. 4), Vorbemerkung ...
15) vgl. 4), Zu I.7., II.17., 18., 20., 21., V.: ...
16) vgl. 5), Frage 3
17) vgl. 6), Zu 3.: ...
18) vgl. 4), Frage 4
19) vgl. 6), Zu 4.: ...
20) vgl. 5), Frage 5
21) vgl. 6), Zu 5. und 6.: ...

Großforschungsprojekt der NATO statt Schule

Bereits im Juni 1985 teilte Hamburgs 2. Bürgermeister der Presse mit, daß man dabei sei, „beim Marineschiffbau etwas abzubekommen, damit Blohm & Voss in den nächsten Jahren vollbeschäftigt“ sei. Pawelczyk sitzt selbst seit 1981 im Verwaltungsrat bei Blohm & Voss (1). Die in der Wandsbeker Königstraße in Hamburg ansässige Marinetechnik GmbH (MTG) hat sich schon bei zahlreichen Seekriegsprojekten mit den dort beschäftigten 150 Ingenieuren als Know-How-Centrum in Sachen Rüstung profiliert. Bei der innerhalb der NATO von sieben Nationen 1984 gegründeten Internationalen Schiffsstudiengesellschaft (ISS) übernahm MTG die Federführung auf deutscher Seite. Die Studien der ISS sollten zur Entwicklung einer NATO-einheitlich standardisierten Fregatte (F90) der 90er Jahre führen. Dieses Projekt soll jetzt in der auslaufenden Gesamtschule Hamburg-Rahlstedt in der Kielkoppelstraße angesiedelt werden. Das Projekt liegt dem Senat offenbar so am Herzen, daß die zur Zeit dort unterrichteten letzten 10. und 4. Klassen möglichst schnell das Gebäude räumen sollen. Der Klassenzyklus wäre in etwa einem Dreivierteljahr beendet, aber: Die Schule ist zum 18. Oktober 1986 bereits weiter verpachtet und „der Nachnutzer ist an einer zusätzlichen Nutzung durch die Schule nicht interessiert“ (2).

Am letzten Tag vor den Sommerferien wurde den Eltern mitgeteilt, daß die Schule bis zum 17.10.1986 zu räumen sei. Eine vernünftige Lösung wolle man gemeinsam finden. Am 19.8.1986 versammelten sich etwa 300 Lehrer und Eltern in der Gesamtschule, um vom Landesschulrat Neckel Neuigkeiten zu erfahren. Bisher wurden die Eltern nämlich immer mit dem Hinweis, daß das Projekt der Geheimhaltung unterliege, bei Nachfragen abgebügelt. Die Eltern wollten die Schule bis zur Beendigung des Klassenzyklus nutzen, wie ihnen das der Senat versprochen hatte. Davon wollte Neckel allerdings nichts wissen. Zur Auswahl stellte er den Eltern lediglich, in welche andere Schule sie ihre Kinder „umlagern“ könnten. Er persönlich sei dafür, daß die Schule Am Sooren mitgenutzt würde. Für die notwendigen Umbauarbeiten stehe seine Behörde „schon im engsten Kontakt mit dem Bezirksamt und der Baubehörde“. Die Eltern wollen aber, daß ihre Kinder „unter Ausnutzung aller Mittel“, wie eine Elternvertreterin im Namen fast aller und unter Beifall klarstellte, bis zum Schluß in der Gesamtschule unterrichtet werden. Außerdem wolle man die NATO sowieso nicht in der unmittelbaren Nachbarschaft haben. Neckel verwies auf die politischen Mehrheiten im Senat der Hansestadt, im Bezirksamt und in der Deputation Rahlstedt und erklärte den Eltern: „Meiner Meinung nach wird die Deputation mit Mehrheit, mit allergrößter Mehrheit, zustimmen, wenn wir den Eltern schreiben, daß die Schule bis zum 18.10.1986 geräumt werden muß.“

Der ebenfalls anwesende Rahlstedter Deputierte Nitsch sagte gar nichts dazu. Ihm sei noch gar kein Bauantrag bekannt, weshalb ihm auch noch nichts vorliege. Es war wiederum ein Vater, der den Versammelten erklärte, daß das Gebiet der Schule zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt würde, weshalb die Rahlstedter Deputierten gar nicht darüber zu entscheiden haben.

Michael Herrmann von der GAL fragte den Senat, welche Pläne von dieser Seite zur Unterbringung des letzten Schülerjahrgangs an dieser Gesamtschule bestehen (3). Der Senat antwortete am 15.8.1986: „Ort und Zeit für eine eventuelle Verlagerung werden gegenwärtig mit Vertretern der Eltern, der Schüler, des Kollegiums und mit der Schulbehörde beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen bleibt abzuwarten.“ (4) Landesschulrat Neckel sprach hingegen immer davon, daß er „einen Auftrag“ habe, mit dem er „hier sitze“ und verdeutlichte den Eltern gegenüber, daß die Räumung der Schule bis zum 17.10.1986 bereits beschlossene Sache sei. Der renitenten Lehrerschaft der Schule, die auf der Seite der Eltern steht, drohte er, nur wenig verklausuliert, mit Konsequenzen.

Vorsorglich hat der Elternrat der Schule Am Sooren den Eltern der Gesamtschule Rahlstedt in einer Solidaritätsadresse die Unterstützung beim Kampf um den Erhalt der Schule angekündigt.

Helmut Reder

Anmerkungen

1) Hans Walden: „Wehrtechnik: Chance für Hamburg“ in: Hamburg Kriegsbereit, Hamburger Friedenskoordination (Hrsg.), Hamburg 1985, Seite 38ff
2) Landesschulrat Neckel auf einer Betroffenenversammlung am 19.8.1986
3) Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 11. Wahlperiode, Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Herrmann (GAL), Betr.: Der Zweite Bürgermeister, die NATO, Blohm & Voss, neue Rüstungspläne und die Gesamtschule Rahlstedt, Drucksache 11/6627, ohne Datum, Frage 6
4) Antwort des Senats auf 3), vom 15.8.1986, zu Frage 6

Endlich! Frank Stülcken ist frei!

Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei rund um den „Hamburger Kessel'' wurde der 20jährige Schüler am 9.6. um 0.15 Uhr festgenommen. Bei seiner Festnahme wurde er von der Polizei so schwer mißhandelt, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte. Vorgeworfen wurde ihm, einen Molli auf Polizeibeamte geworfen zu haben. Bei der Haftrichtervorführung am nächsten Tag wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen mit dem Vorwurf der „versuchten Tötung''. Frank wurde darauf in den Jugenknast Neuengamme gebracht.

Der Vorwurf der „versuchten Tötung'' stellt eine völlig neue Qualität dar. Wurde noch im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen bei der Rekrutenvereidigung am 6.Mai 1980 in Bremen vom Gericht erklärt, daß bei einem Molliwurf — auch auf Polizeibeamte — „ein versuchtes Tötungsdelikt (...) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nachzuweisen sein wird'', sollte jetzt offensichtlich durch eine völlig absurde juristische Konstruktion ein Anklage gezimmert werden, die im nachherein alle Schweinereien der Bullen in Brokdorf, Kleve und Hamburg im Zusammenhang mit der Brokdorfdemonstration rechtfertigt.

Die Behauptung ein Polizist sei „fast verbrannt'' wurde auch nicht etwa mit Fakten belegt, sondern es wurde schlichtweg am (braunen) Richtertisch rumspekuliert und dann eine Beschuldigung konstruiert. Die Forderung der Anwälte z.B., die angebrannte Uniform vorgelegt zu bekommen wurde einfach abgelehnt. Der „fast Verbrannt'' konnte mit keiner Verletzung aufwarten. Wie sollte er auch plötzlich, hatte er doch schon bei seiner nächtlichen Vernehmung den Aufprall der Flasche überhaupt nicht beklagt oder gar als (lebens)bedrohlich empfunden? Aber all das schien nicht von Belang. Anstatt einer raschen Entscheidung, Frank aus der Haft zu entlassen, wurde beim Haftprüfungstermin die Entscheidung immmer und immer wieder verzögert und vertagt. Schließlich wurde der Vorwurf der „versuchten Tötung'' aufrecht erhalten und damit war es ein leichtes für den Haftrichter, mit der Höhe der zu erwartenden Strafe und der damit verbundenen Fluchtgefahr zu argumentieren, um den Haftbefehl aufrecht zu erhalten. Dazu die übliche Behauptung: mangelnde soziale Bindungen. Schließlich wohnt Frank — wie es sich für jeden richtigen Chaoten gehört — in einer Wohngemeinschaft und das schon in dem zarten Alter von 20 Jahren!

Eltern, Schüler und Lehrer des Gymnasium Altona, wo Frank gerade sein Abitur machen wollte, begannen eine Solidaritätskampagne. „Laßt Frank Stülcken frei!'' war die gemeinsame Forderung. Es fanden sich als



Neuengammer Strafjustizanstalt, den 15.8.86. Haftentlassung von Frank Stülcken v.l.n.v. RA Maefert, RA Biliwier
Foto: argus

„Paten'' u.a. der Schulleiter, Lehrer und Eltern, die anboten, daß Frank bei ihnen wohnen könne, damit den „sozialen Bindungen'' genüge getan sei. Unterschriftenlisten wurden erstellt und Franks Freilassung gefordert.

Beim erneuten Haftprüfungstermin am 11.7. wurde es dann völlig verrückt. Jetzt müßten die angebotenen Patenschaften — einschließlich des Angebots seines Vaters , Frank könne jederzeit wieder bei ihm einziehen — dafür herhalten, seine mangelnden sozialen Kontakte zu belegen. Wer bereit sei, einfach irgendwo einzuziehen, der könne schließlich auch keine soziale Orientierung haben.

Anfang August dann schienen sich erste Zweifel breit zu machen, ob der Vorwurf der „versuchten Tötung'' tatsächlich aufrecht gehalten werden könne. Noch immer hatten die zuständigen Richter keinen Fall aus der Tasche gezogen, bei dem ein Moliwurf tödliche Verletzungen hervorgerufen hatte, noch immer stand die schlichte Tatsache, daß ein Molli per se kein Tötungsinstrument ist, gegen die höchstrichterlichen Spekulationen, es hätte, könnte, wäre möglich gewesen ... Die Staatsanwaltschaft forderte ein Gutachten an, das Auskunft darüber geben sollte, was passiert wäre, wenn die Flasche auf dem Helm des Polizisten zerschellt wäre und nicht auf der Straße. Die Anwälte forderten nach wie vor, Frank sofort freizulassen und nicht Spekulationen zur Grundlage einer weiteren Inhaftierung zu machen. Um die Unsinnigkeit der ganzen Spekulationen und Überlegungen der Justiz auch praktisch klar zu machen, wurde ein „Molli-Werfen'' auf dem Kemal Altun Platz in Hamburg Altona veranstaltet. Der eingeladenen Staatsanwalt blieb der Demonstration fern. Aber eine große Anzahl von Franks Freundinnen und Freunden kamen. Die gut plazierten Flaschenwürfe der Anwälte auf einen Helm erwiesen, daß sowohl die Flaschen wie auch der Helm unbeschädigt blieben.

Am 15.8. wurde Frank endlich aus dem Knast entlassen. Da sich seine „sozialen Bindungen'' durch zehn Wochen Knast mit Sicherheit nicht verbessert haben, wird der Grund für diese Entscheidung darin liegen, daß auch die Staatsanwaltschaft nun wohl begriffen hat, daß der Vorwurf der „versuchten Tötung'' völlig unhaltbar ist.

ga., hamburg

Tod von Günter Sare

Geisterfahrt eines Wasserwerfers

Elf Monate ist es her, daß in Frankfurt ein Wasserwerfer der hessischen Bereitschaftspolizei im Verlauf einer Demonstration gegen die NPD Güter Sare überfuhr und tötete. Ende Juni hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß gegen den Fahrer und den Kommandanten Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben wird.

Die Anklageerhebung wegen fahrlässiger Tötung, einer Art Verkehrsunfall, liegt ganz auf der Linie des hessischen Innenministers Winterstein, der im „Spiegel'' (41/85) bereits eine Woche nach dem Tod Sares erklärte: *„Ich kann mir keinen Menschen, keinen Polizisten vorstellen, der sozusagen bewußt einen Menschen vor sich herjagt, ihn vorsätzlich überfährt oder das Überfahren auch nur in Kauf nimmt ... Ich kenne den Vorwurf. Ich halte ihn für so ungeheuerlich, weil er darauf hinausläuft, einem Menschen vorzuwerfen, er habe absichtlich getötet...''*

Ungeheuerlich — in der Tat: Die Polizei will am 28.9.85 die Demonstration gegen das NPD-Treffen endlich auseinandertreiben und beordert zu diesem Zweck drei Wasserwerfer und einen großen Teil ihrer Fußtruppen zur Kreuzung Frankenallee/Hufnagelstraße, wo sie das Zentrum der antifaschistischen Aktion ausgemacht hat. Der Wasserwerfer IV/1 fährt in den Kreuzungsbereich ein. Ein Besatzungsmitglied des Wasserwerfers ist in der Fahrzeugkanzel aufgestanden und späht in Blickrichtung des späteren Tatortes. Die Fahrzeugkanzel ist rundum panoramaverglast und bietet beste Sicht. Auch die Kreuzung ist hell erleuchtet und übersichtlich. Die Demonstranten haben aus dem Kreuzungsbereich die Flucht in ostwärtiger Richtung angetreten, der Wasserwerfer unterliegt keinen Angriffen. Günter Sare hat sich der allgemeinen Fluchtrichtung nicht angeschlossen und wird, während er sich allein auf der Kreuzung befindet, von dem Hochdruckwasserwerfer IV/1 und einem kleineren Wasserwerfer (4000) mit jeweils mindestens einem Strahlrohr gezielt beschossen. Günter Sare versucht, dem Beschuß der beiden Wasserwerfer zu entkommen. Dieser Ablauf ist durch zahlreiche Zeugenaussagen und durch Fotomaterial belegt.

Angesichts dieser Lage will die Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit allen Ernstes weismachen, der Vorwurf des vorsätzlichen Handelns habe sich als „ausgesprochen absurd'' herausgestellt: Fahrer und Kommandant hätten durch Unaufmerksamkeit Günter Sare nicht gesehen, der Sanitäter auf dem Beobachtungssitz (!) habe unwiderlegbar erklärt, von seiner Position aus Beobachtungssitz (!) habe unwiderlegbar erklärt, von seiner Position aus nichts beobachtet zu haben, der linke Werfer habe nach links gespritzt und deshalb rechts nichts gesehen. Der rechte Werfer habe zwar vor dem Ereignis Günter Sare beschossen, aber danach das Strahlrohr nachkorrigieren müssen, weshalb er sich nach links gebeugt und Günter Sare dadurch nicht mehr gesehen habe. Niemand hat also nichts gesehen. Der Wasserwerfer hat im Einsatz eine Art Geisterfahrt hinter sich gebracht. Alles andere wäre ungeheuerlich und absurd. Bloß ist die Staatsanwaltschaft weder willens noch in der Lage zu begründen, w a r u m der Vorwurf absurd sei. Es muß der Eindruck entstehen, daß die Staatsanwaltschaft sowieso kein Interesse hat, den Geschehensablauf gründlich zu durchleuchten, hebt sie doch hervor, *„den Gesamteinsatz der Polizei, der Organisation oder der Polizeitaktik''* ausdrücklich n i c h t zum Gegenstand ihrer Ermittlungen gemacht zu haben. Gleichzeitig weiß der Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft aber ganz sicher: *„Es hat am 28. September 1985 bei der Polizei in Frankfurt kein wie auch immer geartetes aufgeladenes Gewaltpotential gegeben, das gewissermaßen automatisch zu dem Tod von Güter Sare führen mußte.''* Leitender Oberstaatsanwalt Schaefer weiß also ganz genau, was er aus der Diskussion unbedingt herausgehalten haben will: Polizeistruktur und Einsatzbefehl, die besondere Motivation des Polizeiapparats und der einzelnen Polizisten, wenn es um den Schutz von Nazis geht, sollen für das Verfahren tabu sein. Juristisch ist es aber natürlich so, daß im Rahmen von Ermittlungen alle Umstände einer Tat genau zu erforschen sind, wozu hier natürlich in erster Linie der gesamte Polizeieinsatz gehört:

Vorenthalten wird der Öffentlichkeit nach wie vor eine Erklärung zum Ausfall der Tondokumentation des Wasserwerfers just zum Tatzeitpunkt, ferner fehlt eine Erklärung zu Spuren mehrfacher Öffnungsvorgänge des Fahrtenschreibers, die den Verdacht der Beweismittelmanipulation nahelegen und eine Erklärung, warum das Videomaterial der Polizei und des vor Ort „arbeitenden'' Verfassungsschutzes nicht herangezogen wurden. Vielleicht war es so wichtig, ausschließlich die Momente kurz vor Günter Sares Tod zum Gegenstand der Untersuchungen zu machen, damit die Frage erst gar nicht gestellt wird, ob nicht die Frankfurter Polizeiführung mit ihrem Präsidenten Gemmer und dem Einsatzleiter Rehmann möglicherweise „strafrechtlich relevant'' tätig gewesen ist.

In seinem artigen Bemühen, die Polizei vor bösen Unterstellungen in Schutz zu nehmen, wandte sich Schaefer wortreich gegen zahlreiche „Vorverurteilungen'', die es während des schwebenden Verfahrens gegeben habe. Kritik sei nämlich nicht verboten, „aber, wenn Kritik, dann bitte zum richtigen Zeitpunkt.'' Um das „makaberste Beispiel'' solcher „Vorverurteilungen'' zurückzuweisen, bezieht sich Schaefer auf das bekannt gewordene Zitat eines hellen „Vorwärts''-Autors, ohne freilich den betreffenden Artikel explizit zu nennen: *„Es hat ... nach unseren Ermittlungen keine Erkenntnisse gegeben über eine Blutspur in der deutschen Geschichte, die von dem Mord an Rosa Luxemburg über die Morde in Dachau und Auschwitz, über Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke, Stammheim bis zu Günter Sare führt.''* Was will uns der Leiter der Strafverfolgungsbehörde damit sagen?

Ist der Tod von Günter Sare kein Ausdruck dieser Blutspur, die aber an- Ist der Tod von Günter Sare kein Ausdruck dieser Blutspur, die aber an-sonsten sehr wohl von Rosa Luxemburg bis Stammheim führt? Oder reicht sie nur bis Rudi Dutschke, Benno Ohnesorg auszuklammern, weil jener zwar notwehrmäßig in den Rücken geschossen wurde, aber von der Polizei? Oder hat die objektivste Behörde der Welt vielleicht herausgefunden, daß es gar keine Blutspur in der deutschen Geschichte gibt? Was ist denn nun wirklich ermittelt worden — komischerweise ohne den staatlichen Gewaltapparat zum Gegenstand der Ermittlungen zu machen? Offenbar hauptsächlich, daß der Staat gut, die Polizei lieb (höchstens mal unaufmerksam im Eifer des Gefechtes) und die Staatsanwaltschaft brav ist, deren Widersacher hingegen ungeheuerlich. Eine sensationelle Erkenntnis und vor allem so neu ...

KB/Gruppe Frankfurt



Schacht-Konrad-Prozesse im Oktober

Drei Braunschweiger AKW-Gegner saßen über drei Monate in U-Haft. Im Oktober werden sie vor Gericht gestellt. Angeklagt wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung. Verhandeln wird das Landgericht Braunschweig, das eigentlich nur zuständig ist, wenn Strafen ab drei (!) Jahren zu erwarten sind. Ungewöhlich harte Geschütze, die der Staat hier auffährt.

Am 11.5.86, kurz nach Tschernobyl, veranstalteten AKW-Gegner/innen das „Endlager-Spektakel''. Von Gorleben nach Salzgitter wurde drei Tage lang in Form eines Autokorsos und mit kleinen Demonstrationen gegen die Einlagerung radioaktiven Mülls in Gorleben, Asse und Schacht Konrad demonstriert. Zum Abschluß war ein Sonntagsspaziergang als Demonstration am Gelände des Schachts Konrad in Salzgitter geplant. Die Polizei nahm bei Auseinandersetzungen während der Demonstration 8 AKW-Gegner/innen fest.

Seit März 1985 finden regelmäßig Sonntagsspaziergänge abwechselnd am Schacht Konrad und in der Asse statt.

In der Asse wird seit 1967 „versuchsweise'' schwachradioaktiver Atommüll eingelagert. Später kommt auch mittelaktiver Müll in die Asse. Bis 1978 werden 100.000 Fässer Atommüll „versuchsweise'' endgelagert. Schließlich werden noch hochradioaktive Brennelemente aus der KFA Jülich nicht rückholbar in der Asse „zwischengelagert''. Die Asse ist somit faktisch ein Atommüllendlager. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren, das für Endlager vorgeschrieben ist, wurde durch die Bezeichnung als „versuchsweise Endlagerung'' (!) und Zwischenlagerung jahrelang umgangen. Das Einlagern von radioaktivem Müll im Asseschacht ist schlichtweg kriminell. Bereits mehrere ehemalige Berganlagen in der Gegend sind „abgesoffen'', also mit Grundwasser vollgelaufen. Für den Asseschacht II hätte dies natürlich nichtabsehbare Folgen.

Die ehemalige Erzgrube Schacht Konrad bei Salzgitter-Bleckenstedt soll das zweite Atommüllendlager in der Braunschweiger Region werden. Seit 1975 laufen Untersuchungen über die Eignung der Erzgrube, deren Ergebnisse nie veröffentlicht wurden. Ursprünglich zur Einlagerung von schwachradioaktivem Atommüll vorgesehen dient Konrad heute bereits als Entsorgungsnachweis für die AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde und Brokdorf. Heute bestehen Pläne, wonach Schacht Konrad größtes Atommüllendlager Europas werden soll. Dabei ist die Einrichtung von Konrad als Endlager genauso verantwortungslos und menschenverachtend wie das Betreiben jeder anderen Atomanlage. Im Normalbetrieb werden radioaktive Stoffe freigesetzt, Wassereinbrüche und Einstürze in der Grube sind nicht auszuschließen; dies würde letztlich zu einer radioaktiven Verseuchung des Grundwassers führen.

Gegen diese beiden verbrecherischen Projekte der Atommafia richtet sich der Protest der Sonntagsspaziergänge, richtete sich die Demonstration im Rahmen des Endlagerspektakels am 11.5. am Schacht Konrad. Zwei der jetzt Angeklagten wurden dort verhaftet, als die Polizei mit Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz die Demonstration auflöste. Der dritte Angeklagte wurde 15 Tage später im besetzten Erwerbslosenzentrum in Braunschweig verhaftet. Anträge auf Haftverschonung wurden abgelehnt, weil Fluchtgefahr bestehe, was mit mangelnden „sozialen Bindungen'' begründet wurde. Alle drei wurden in verschiedene Knäste (Braunschweig, Hildesheim, Bückeburg) gebracht, einer nochmal verlegt, weil eine Kontaktaufnahme durch Rufen von außerhalb des Knastes möglich gewesen wäre. Post wurde angehalten und verzögert oder gar nicht weitergeleitet, Besuche durften nur von engsten Angehörigen 2 mal 30 Minuten monatlich erfolgen. Mitte August bekamen die drei Angeklagten unter Auflagen Haftverschonung gewährt. Am 2., 6., 9., 13., 16. und 20. Oktober sollen die Prozesse vor dem Landgericht Braunschweig stattfinden.

Durch die Eröffnung vor dem Landgericht, durch die für solche Verfahren ungewöhnliche Untersuchungshaft ist zu erwarten, daß gezielt der Widerstand gegen Asse und Konrad eingeschüchtert und mundtot gemacht werden soll. Die Angeklagten sollen stellvertretend für alle AKW-Gegner/innen und alle, die nicht freiwillig auf ihr Demonstrationsrecht verzichten wollen, zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. Solidarität ist gefordert!

Einstellung aller Verfahren, Freiheit für alle AKW-Gegner/innen, sofort! Stillegung aller Atomanlagen, sofort!

Spendenkonto: R. Jortzick, Kto: 64339-303 Postscheckamt Hannover, Stichwort 11.5.

Nach Tschernobyl:
Die linke Mütterwelle rororollt aktuell



Der linke Trend zur neuen-alten Mütterlichkeit, die Besinnung auf die biologisch-weiblichen Eigenschaften und die daraus resultierende Frauen-/Mutterrolle haben nach Tschernobyl einen neuen Höhepunkt erreicht. Linke Frauen haben ihre speziellen weiblichen Möglichkeiten entdeckt: Gebärfähigkeit und Mutterschaft werden zu sanften Waffen im Kampf gegen die herrschende Entwicklung. Die alte Frauenbewegung ist tot, es lebe die neue Mütterlichkeit.

Die Grünen bereiten einen Mütterkongreß vor. Derzeit tobt intern noch die Auseinandersetzung ob auch Frau kommen darf oder nur Mutter. Darauf wird zurückzukommen sein.

Im Trend liegt auch der im August erschienene rororo-aktuell-Band „Tschernobyl hat unser Leben verändert - Vom Ausstieg der Frauen" (1), den wir hier vorstellen. Kein wissenschaftliches Werk, keine Untersuchung, keine politische Auseinandersetzung mit den Folgen des GAUs, nein. Die Frauen mit Kindern - als besonders Betroffene, weil Mütter - haben das Wort.

Aber ist das auch wirklich die „neue Qualität" im Anti-AKW-Kampf - wie behauptet wird? Oder präsentiert sich hier nicht vielmehr ein sehr traditioneller Ansatz, schimmert nicht hinter den radikalen Wutausbrüchen durch das Zusichselbstfinden bereits wieder das Sichzurechtfinden im Bestehenden (mit langfristigen Veränderungen natürlich) durch?

Aufsätze von sechzehn Frauen, Bilder und Reden von Demonstrationen zu Tschernobyl, Flugblätter und Zeitungsausschnitte sind in dem Taschenbuch zusammengestellt. Das Spektrum der Schreiberinnen reicht von SPD, grün, ökolibertär zu Kirchenfrauen (aus dem Kreis um D. Sölle), Frauen aus Umweltschutzverbänden, Psychologinnen, Soziologinnen, Pädagoginnen; sämtliche Frauen kommen aus intellektuellen Bereichen.





Fast durchgehend mit unterschiedlicher Akzentsetzung wird in allen Aufsätzen von den Frauen ein gemeinsamer Ansatz verfolgt: daß die Mütter von der Katastrophe besonders betroffen sind, darauf „besonders sensibel" reagieren, deshalb eine „besondere Kompetenz" haben und prädestiniert für den Widerstand gegen Atomkraftwerke sind (vgl. zu diesem Ansatz auch das Flugblatt der GAL-Frauen zu Tschernobyl und die Auseinandersetzung in AK 272, S. 6). Auch auf die Gefahr hin, nicht jeder einzelnen Autorin des rororo-Buches vollends gerecht zu werden, soll hier diese spezielle Argumentationslinie dargestellt und kritisiert werden.

Die „vorwärtstreibende befreiende Kraft"

Zugrundegelegt wird zunächst einmal das alte traditionelle, um nicht zu sagen reaktionäre Bild der Frau. Es ist die Frau, die für die Familie, die Kinder, den Haushalt, die Ernährung Sorge zu tragen hat. „Die Mütter haben in den ersten Wochen nach Tschernobyl ihren gesamten Alltag — auch gegen den Widerstand der Männer — umstrukturiert. Täglich Kinder duschen, Wäsche waschen, Konserven besorgen, der Trockenmilch hinterherjagen, kein Frischgemüse mehr kaufen, kein Rausgehen mit den Kindern und Ausruhen auf der Bank am Spielplatz mehr; Ärger mit den Schulen, die den Kindern noch lange Frischmilch gaben, Ärger mit den kinderlosen Erzieherinnen der Kleinkinder, die nicht kapierten, daß Bodenkontakt gefährlich sein könnte." (2)

Ob die Situation der „normalen fürsorgenden" Hausfrau auch in der Wirklichkeit auf die hier schreibenden Frauen zutrifft — oder ob es sich nicht vielmehr um einen „agitatorischen Trick" (frau schlüpft in der Ich-Form in das Kostüm der „Normal-Frau" — so wie sie sie sich vorstellt) handelt, läßt sich hier nicht herausfinden. Zweifel aber sind angebracht, denn immerhin üben alle Frauen intellektuelle Tätigkeiten aus, sind durchweg finanziell privilegiert, und viele von ihnen kommen aus der Frauenbewegung der 70er Jahre, haben sich also zumindest früher einmal damit auseinandergesetzt, daß all die beschriebenen „fraulichen Tätigkeiten" auch vom Partner übernommen werden können.

Wie dem auch sei, die typisch traditionellen Aufgaben der Frau als Mutter werden in den Aufsätzen jedenfalls insgesamt als feststehender Tatbestand beschrieben, sie sind der Ausgangspunkt und schaffen die Voraussetzung dafür, daß eine besondere Betroffenheit und Kompetenz der Mütter entwickelt werden kann. — „Es waren die Mütter, die nach Tschernobyl am radikalsten realisiert haben, was passiert ist." (3) „Die ‚einschlägigen' politischen Gruppierungen und Organisationen blieben demgegenüber vergleichsweise stumm oder wortkarg, einfallslos und handlungsarm." (4) „Eine massive Bedrohung, die sich gegen ihre Kinder richtet, erleben Frauen auch als Angriff gegen sich selbst. Das mobilisiert und aktiviert ihre ‚weiblichen' Eigenschaften wie Emotionalität, Verletzlichkeit, Empathie und Menschlichkeit. Intuitiv spüren die Frauen, daß die Ereignisse in Tschernobyl ihre Familien als soziales Gefüge gefährdeten." (5) „Heute aber sollte dem Muttersein endlich auch eine vorwärtstreibende befreiende Kraft zugestanden werden, (...)" (6)

Nicht links — nicht rechts, nicht Unterdrücker — nicht Unterdrückte, nicht Kapitalistenklasse — nicht Arbeiterklasse sind länger die Gegensätze; die Mütter und die Mutterschaft („frau-sein" allein reicht nicht mehr aus) mit ihrer Betroffenheit, ihrer Wut, ihrem Instinkt sollen die entscheidenden Kräfte und der Antrieb sein, die Verhältnisse zu verändern.

„Nuclearmachismo"

Für die Erfindung von Atomkraft, sowie für „Fortschrittsgläubigkeit" überhaupt, die schließlich nur zu Katastrophen führen kann, wird durchweg pauschal und generell *der Mann* verantwortlich gemacht. Kein Wort darüber, daß Männer oder zumindest das männliche Kind z.B. ebenso von Strahlung, Verseuchung, von Krebs betroffen sind.

Für die Schuld des Mannes werden zum einen psychologische Erklärungsansätze gefunden (der Mann im Kampf gegen die Mutter), zum anderen wird seine technisch rationale Denkweise, sein Wille, die Technik, die Natur und schließlich den Menschen zu beherrschen, als Ursache genannt. „ (...) nicht umsonst fanden die Frauen von Harrisburg einen treffenden Begriff dafür: ‚Nuclearmachismo'. Schon in Harrisburg zeigte sich auch, daß die Männer diese Katastrophe viel mehr verdrängen als die Frauen, weil sie sich mit diesem System von ‚Wissenschaft und Technik' als Männer identifizierten, während die Frauen ihre Welt mit den Kindern als wesentlicher begriffen." (7) „Denn Tschernobyl als Chiffre zeigt ja auf beängstigende Weise die Gefährdung unserer Existenz durch die blinde Fortschrittsgläubigkeit männlicher Technokratie und Politik." (8) „Psychoanalytisch betrachtet dürfte diese Haltung aus dem Bestreben entstanden sein, die Angst vor Ausgeliefertsein und Hilflosigkeit zu bannen. Ausgeliefert und hilflos sind wir der Natur, den Müttern, dem Tod. Vielleicht ist dieses Dreigestirn für unser Unterbewußtsein eine Einheit, verschmilzt zu einer bedrohenden Chimäre, gegen die das Bollwerk des Patriarchats errichtet werden mußte." (9)

Gegen die Männer als Träger der Technik und Verharmloser wird dann auch von den Müttern Haß und Wut entwickelt: „Die Frauen verändern den Alltag, und das paßt den meisten Männern nicht. Sie wollen den Spargel essen, ob verseucht oder nicht verseucht; aber wieviel Wut sammelt sich in einer Frau, die ihren Kindern diese Leckerbissen verbieten muß, während der Vater sie genüßlich hinunterschlingt. In Harrisburg sind nach der Katasrophe viele Ehen in die Brüche gegangen." (10)

Hilflose Auswege

Als ein Ausweg nach der Katastrophe fehlt natürlich nicht der Hinweis der

Hilflose Auswege

Als ein Ausweg nach der Katastrophe fehlt natürlich nicht der Hinweis der

SPD-Abgeordneten Renate Schmidt auf die Parteitagsbeschlüsse von Berlin 1979, München 1982 und Essen 1984, denen — wie sie verheißt —jetzt auch Taten folgen müssen. (11) Ebensowenig fehlen generelle Verzichtsforderungen und die „Kulturkritik" der Grünen Ökolibertären. „Auch das Kapitalinteresse allein ist keine ausreichende Begründung für die ideologieübergreifende Fortschritts- und Technologiehörigkeit in Ost und West. Die beiden Grünen Winfried Kretschmann und Thomas Schmid (sollen die etwa die männliche Ausnahme sein?? — Anm. der Verfasserin) sprechen in ihrem großartigen, sehr sensibel argumentierenden Spiegel-Artikel einen sehr wichtigen Aspekt an: Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zugleich der Ausstieg aus einer Lebensform, deren Nutznießer wir alle sind. Sie sehen im Ausstieg in erster Linie keinen politischen, sondern einen kulturellen Prozeß. Kritik an der Atomenergie ist immer auch Kulturkritik. Gerade die Ideologie des Fortschritts, der totalen Machbarkeit erscheint ja als eine der Säulen der Zivilisation." (12)

Durchweg aber wird eine dumpfe, bedrückende Apokalypse beschrieben und Todesahnungen mobilisiert, die niederdrücken und eher religiös anmuten. „Ich versuchte ihm zu vermitteln, wie schwer es mir fällt, immer noch Hoffnung auf die politische Veränderung zu setzen, denn in meinen Augen ist es nicht mehr *fünf* vor zwölf, sondern schon fünf nach zwölf, vielleicht auch schon halb eins. Ich kämpfe gegen das schreckliche Gefühl, daß mein Körper voll Radioaktivität ist und ständig mehr ansammelt. Bei jedem Bissen denke ich daran. Ich will aber meine Freude am Leben nicht verlieren. Ich will lernen, mit der Verseuchung zu leben." (13)

Entsprechend den Gefühlen der Verzweiflung, der hilflosen Wut, der Ohnmacht werden die Konsequenzen gezogen: an erster Stelle steht das „Finden zu sich selbst", um dann so über die „Macht" des neu gewonnenen Bewußtseins etwas zu verändern — teilweise erinnert dies eher an religiöse Glaubensbekenntnisse. „Als ich meine Friseuse überzeugte, schöpfte ich Hoffnung, daß ich nicht allein wirke, sondern viele andere ermuntern kann, ihrem Menschenverstand zu vertrauen. Wir werden zusammenfinden, um als starke Kraft gegenzuhalten und Veränderungen zu erzwingen. Ich bin meine ganze Hoffnung!" (14) „Es stimmt, ich liebe das Leben. Mein Leben, das Leben meiner Lieben ist mir tausendmal wichtiger als alle Grandiosität von Idealen. Selbst das Überleben finden wir immer noch besser als das Totsein. Man wird es kaum für möglich halten

Fortsetzung nächste Seite

Gebärstreik gegen Atomkraft
Ein Offener Brief

Immer mal wieder flackert eine alte Idee auf, die Frauen verweigern sich, sie bekommen keine Kinder mehr. Diesmal heißt es: „Gebärstreik gegen Atomkraftwerke." Frauen sollen so lange keine Kinder mehr bekommen, bis in der Bundesrepublik alle AKWs abgeschaltet sind. Nach Aussage der Initiatorinnen der Berliner „Aktion Gebärsstreik" lag bei den Frauen nach Tschernobyl „die Bereitschaft in der Luft." („taz", 2.6.86) In mehreren Städten haben sich Initiativen gebildet. Dabei geht es den Frauen nicht darum, daß sie grundsätzlich gegen Kinder sind, sondern sie wollen, daß „Frauen ihre Entscheidung *jetzt* miteinander koordinieren, sich nicht mehr nur in den eigenen vier Wänden treffen und dadurch ihre Gebärfähigkeit als kollektives Machtmittel begreifen. Es geht um einen Aufschub, eine Unterbrechung von vielleicht drei bis vier Jahren. Und ob der Ausstieg aus der Atomwirtschaft das — mögliche — persönliche Opfer nicht wert sei?" („taz", 2.6.86)
Als eine Antwort darauf dokumentieren wir im folgenden einen Offenen Brief des Frauenbereichs der Alternativen Liste/Berlin an die „Aktion Gebärstreik".

Offener Brief

Nach der Katastrophe von Tschernobyl machen sich immer mehr Frauen Gedanken über die Konsequenzen der Atomenergie und die Naturwissenschaften. In der „taz" z.B. erschienen Artikel, die die besondere Betroffenheit von Frauen thematisierten und die Zusammenhänge von jahrhundertelanger Männerherrschaft und der naturfeindlichen Wissenschaftslogik darzustellen versuchten. Im Zuge dieser Diskussion leb-

z.B. erschienen Artikel, die die besondere Betroffenheit von Frauen thematisierten und die Zusammenhänge von jahrhundertelanger Männerherrschaft und der naturfeindlichen Wissenschaftslogik darzustellen versuchten. Im Zuge dieser Diskussion leb-

ten Überlegungen zu einem Gebärstreik als weibliche Form von Widerstand wieder auf.(...)

Wenn der Gebärstreik anscheinend solche Resonanz in manchen Köpfen findet, fragt frau sich, welche Motive dem zugrunde liegen. Weil auch wir nach wirkungsvollen Mitteln suchen, die Zerstörung unserer natürlichen und sozialen Umwelt zu verhindern, ist es wichtig, sich mit dieser Diskussion über Gebärstreik als Widerstandsform/Machtmittel auseinanderzusetzen.

Die Befürworterinnen des Gebärstreiks sind der Meinung, daß die Gründe für die besondere Betroffenheit der Frauen in ihrer Zuständigkeit für die Produktion und Reproduktion des Lebens liegen. Darüberhinaus seien Frauen aufgrund ihrer „menschlicheren" Natur- und Lebensverbundenheit besonders geeignet, Auswege aus der ökonomischen und sozialen Krise zu finden. Daher sei die Gebärfähigkeit der Frau ein Machtinstrument, das die *Herr*schenden zwingen kann, Atomkraftwerke abzuschalten. Tatsächlich bedeutet die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, daß heute Frauen für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig sind, d.h. auch die Lasten vermehrter Arbeit durch radioaktive Verseuchung und Umweltvergiftung tragen und Männer mit dem (Lebens-)Alltag in den meisten Fällen kaum konfrontiert sind. Wenn sich Frauen jedoch vorrangig über ihre Gebärfähigkeit betroffen fühlen und ihre Widerstandsformen auf ihren Körper beziehen, reproduzieren sie die ideologischen und sozialen Zuschreibungen von Weiblichkeit in dieser Gesellschaft. Die Einschätzung, der Gebärstreik sei ein Machtmittel, das an den Grundfesten der gesellschaftlichen *Herr*schaft rüttelt, stimmt für uns in doppelter Hinsicht nicht.

1. Bisher unterliegt die Fähigkeit von Frauen, Kinder zu gebären, einer doppelten, widersprüchlichen und doch in sich schlüssigen Bewertung. „Mütterlichkeit" wird ideologisch von der traditionellen Familienpolitik als gesellschaftlich notwendige Funktion aufgewertet. Gleichzeitig bedeutet sie aber auch hier und heute Doppel- und Dreifachbelastung, Diskriminierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und dient dazu, Frauen an ihre traditionelle Rolle zu binden! Wenn Frauen ihre „biologische" Weiblichkeit zum Ausgangspunkt von Widerstand und Protest machen, die Zuweisung von sogenannten Geschlechtsmerkmalen vom negativen zum positiven Vorzeichen umbewerten, ändern sie nichts an der geschlechtsspezifischen Verteilung von Ohnmacht und Macht, vielmehr verfestigen sie sie ungewollt. Die Frauenbewegung hat doch immer wieder betont, daß Geschlecht als soziale Kategorie gelten muß. Nicht jede Frau ist Mutter oder will es werden. Implizit werden durch die Bezugnahme auf die Gebärfähigkeit andere Lebens- und Sexualitätsformen jenseits der Zwangsinstitutionen Ehe und Heterosexualität diskriminiert. Geschlecht als soziale Kategorie zu verstehen heißt, gerade die Zustimmung zur geltenden „Normalität" aufzukündigen. Widerstand müßte u.E. dann daran ansetzen, die gesellschaftliche und individuelle Beschränkung von Frauen auf Kindererziehung und Hausarbeit und die al-

Kategorie zu verstehen heißt, gerade die Zustimmung zur geltenden „Normalität" aufzukündigen. Widerstand müßte u.E. dann daran ansetzen, die gesellschaftliche und individuelle Beschränkung von Frauen auf Kindererziehung und Hausarbeit und die al-

leinige Verantwortung für Ernährung, etc. zurückzuweisen und die Folgen Tschernobyls zu einem gesellschaftlichen Problem zu machen. Der Widerstand von Frauen sollte sich jedoch nicht nur mit der Bewältigung der Folgen Tschernobyls befassen, sondern verstärkt mit dem Ausschluß von Frauen aus den Machtzentren, ihren Kontrollorganen und der selbstmörderischen Logik des Wissenschafts- und Militärapparates; d.h. auch in die bisherigen „Männerdomänen" einzugreifen und die Abschaltung der Atomkraftwerke durchzusetzen.

2. Die Frage des Gebärstreiks stellt jede Frau individuell vor die Entscheidung, wie sie ihr Leben in den nächsten Jahren planen soll. Auch vor der Katastrophe von Tschernobyl hatten Frauen individuell beschlossen, keine Kinder in dieser für sie lebens- und umweltfeindlichen Gesellschaft zu bekommen und somit faktisch einen „Gebärstreik" praktiziert. Auch diese unkoordinierte Form des Gebärstreiks hat die Herrschenden nicht bewegt, eine lebenswerte, umweltfreundliche Politik zu betreiben — dies wird auch nie ihr Interesse sein! Für Frauen, die sowieso keine Kinder (mehr) haben wollen, ist es relativ leicht, ihre Teilnahme an der Aktion zu erklären; dies wird jedoch keine Auswirkungen auf die Einstellung der Atomlobby zur Stillegung aller Atomkraftwerke haben. Für Frauen, die sich Kinder wünschen, wäre der Gebärstreik ein individueller Verzicht und die gesellschaftliche Verantwortlichkeit für Kinder wird nicht eingeklagt. Zur Zeit ist es schwierig (auch für uns!), radikale Widerstandsformen zu entwickeln, die auf der einen Seite den Druck zur sofortigen Stillegung verstärken und auf der anderen Seite immer mehr Menschen für die Durchsetzung unserer Forderungen gewinnen.

Gegen eine Widerstandsform/Politik, die den weiblichen Körper funktionalisiert und Frauen auf ihre Gebärfähigkeit reduziert, haben wir uns immer gewandt und werden es auch weiterhin tun, egal von wem sie ausgeht.



Frauenbereich der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin

Fortsetzung von vorheriger Seite

— aber mit dieser Einstellung brechen wir ein ganzes Kulturministerium auf, wenn wir es selbstbewußt vertreten." (15) ,,Die große Wut gab mir meine Kraft wieder, denn sie verschaffte mir Klarheit. Aber diese Klarheit war nicht nur eine Klarheit des Kopfes, sondern auch und gerade eine Klarheit des Herzens, die mir bisher weniger bekannt war. Das Chaos, das sich in meinem Inneren abspielte, zwag mich dazu, einen Blick in mein eigenes Herz zu werfen. Zum zweitenmal war ich überrascht. Denn ich fand dort den Grund für alles, für mein Frauen, meinen Schmerz und die große Wut. Sie hatten allesamt dieselbe Wurzel: Liebe, Jawohl, Liebe." (16)

Bestenfalls wird noch der *Anspruch* auf konkreten Widerstand propagiert, dies dann aber auch nur über die Schiene: kindgerechte Formen des Kampfes müssen gefunden werden, und in Abgrenzung zu den bisher üblichen Aktionen, zu den linken Organisationen und Männern. ,,Wenn wir unsere Kinder in Aktionen einbeziehen, wird es notwendig sein, die bisherigen starren und verkrusteten Formen des Widerstandes zu überdenken und neue, kindgemäße Formen zu entwickeln. Also: Keine kilometerlangen Demonstrationen mehr, weniger Abendveranstaltungen, keine Diskussionen mehr in verqualmten Räumen. Und — das an die Adresse der anderen — keine Polizeieinsätze." (17) ,,Was wir noch haben an Kraft und Lebendigkeit, brauchen wir für uns und die Kinder. Ja: wir wollen, daß die AKWs abgeschaltet werden, hier und überall, und zwar sofort. Aber: wir wollen nicht erneut verschlissen werden in einer Anti-AKW-Bewegung, die am Ende nichts produziert als Politmacker und Berufsaktivisten. Wir lassen uns nicht mehr von Männern ausbeuten, tyrannisieren und langweilen." (18)

,,Besondere Qualität: Mütter"?

Empfehlen zur Lekktüre kann ich das Buch nicht — es sei denn zur Auseinandersetzung. Je länger ich darin gelesen habe, desto aggressiver und wütender wurde ich — allerdings auf die Schreiberinnen. Ihre Erklärungsmuster bleiben ausschließlich in religiös mystischen, psychologischen, irrational subjektiven Ansätzen hängen, entsprechend sahen die Gegenschritte aus. Ich habe das durchweg als hilflos, verzweifelt und niederdrückend empfunden, von Kraft und Kampf, von neuem Aufbruch keine Spur.

Zudem sind die Aufsätze noch ziemlich langweilig, endlos öde in ihren ständigen Wiederholungen der Beschreibung der Apokalypse und dem Beschwören, ja geradezu Schwelgen in der Mutterschaft.

Beschwören, ja geradezu Schwelgen in der Mutterschaft.

Ich will den Frauen das Recht nicht absprechen, über ihr Dasein als Mutter neue Erkenntnisse zu gewinnen und einzugreifen, um diese Gesellschaft für ihre Kinder zu verändern. Doch nach dieser Lektüre glaube ich immer weniger an die ,,besondere Qualität: Mütter" in der Anti-AKW-Bewegung. So wichtig ich es finde, daß sich viele Menschen aus vielfältigen Motiven und mit verschiedenen Ansätzen in die Auseinandersetzung einmischen und gegen Atomkraftwerke kämpfen, so sehr nervt es mich, daß mit der Entdeckung des neuen Ansatzes ,,Mütter" gleichzeitig eine Gegnerschaft und Ausgrenzung zu allen bislang bestehenden Politik- und Aktionsformen entwickelt wird.

G./ Hamburg

Quellen
(1) Tschernobyl hat unser Leben verändert — Vom Ausstieg der Frauen. rororo-aktuell 5922, DM 8,80.
Mit Beiträgen von Claudia von Werlhof, Elke Mähren, Heidemarie Arnold, Helga Baumann, Ulrike Gierischer, Marigret D'Haese, Renate Schmidt, Anke Martiny, Beate von Devivere, Christel Neusüß, Marianne Kröll, Marina Gambaroff, Luise Schottroff, Maria Mies, Brigitta Klotz, Annegret Stopczyk.
Alle Zitate sind aus diesem Buch.
(2) S. 198/199 A. Stopczyk: Vom Ausstieg aus der männlichen Zivilisation
(3) S. 198, s. unter (2)
(4) S. 8, Claudia von Werlhof: Wir werden das Leben unserer Kinder nicht dem Fortschritt opfern
(5) S. 39, H. Arnoldy, H. Baumann: Tschernobyl und die Enteignung der Erziehung
(6) S. 201, s. unter (2)
(7) S. 193, s. unter (2)
(8) S. 132, M. Gambaroff: Von derAngst, die Hoffnung wird
(9) S. 134, s. unter (8)
(10) S. 200, s. unter (2)
(11) S. 71, R. Schmidt: Wo bleibt die Aufklärung
(12) S. 134, s. unter (8)
(13) S. 118, M. Knüll: Nach Tschenobyl ist alles anders — wen wir es wollen
(14) S. 34, E. Mähren: Ich bin zu lange eine leise Mutter gewesen
(15) S. 191, s. unter (2)
(16) S. 21, s. unter (4)
(17) S. 43, s. unter (5)
(18) S. 186, B. Klotz: Die Erde hat keinen Notausgang

"Wie ein Tornado fegten deutsche Recken ..."

Milde Strafen bekamen in Bonn sieben Neonazis für ,,schweren Landfriedensbruch" und ,,gefährliche Körperverletzung". Ein blutiger, planmäßig ausgeführter Rachefeldzug fand nach mehreren Verhandlungstagen im Landgericht sein juristisches Ende.

Die Vorgeschichte ist kompliziert, aber nicht uninteressant. Es beginnt an einem Samstag (5.5.84): Auf dem Münsterplatz haben NPD und Wiking Jugend (WJ) einen Büchertisch aufgebaut. Um gegen ihre menschenverachtende und rassistische Propaganda zu protestieren, versammeln sich ca. 50 Antifaschisten, in ihrer Mehrzahl Punks. Es kommt zum Handgemenge, wobei der Tisch abgeräumt wird. Die Polizei trifft ein und nimmt 32 Punks fest.

Körperlich angeschlagen zieht der lokale ,,Gauführer" Ralf Tegetoff aus Aegidienberg mit seinen Mannen ab. Vorher jedoch kündigt er an, daß man sich in den nächsten Tagen rächen und hierfür Hilfe von auswärts anfordern werde. Diese Drohung wird ernst genommen. Tegetoff ist nicht nur ,,Gauführer" der WJ für Bonn und Umgebung, sondern auch Mitglied des Kölner ,,Stahlhelm". Seit 1983 weiß die Antifa-Initiative Bonn von engen Verflechtungen der lokalen Neonazis mit Personen und Organisationen aus dem Dunstkreis der von Innenminister Zimmermann verbotenen ANS/NA des Michael Kühnen. Hierzu zählen neben dem Kölner ,,Stahlhelm" auch die ,,Borussenfront" Dortmund und die ,,Freiheitliche Arbeiterpartei" (FAP).

Nur 14 Tage später bewahrheiten sich die Drohungen. Am 19.5.84 treffen sich ca. 50 Neonazis aus ganz NRW in Bonn, um sich bei den Antifaschisten zu revanchieren. Neben einigen Skinheads aus Köln und Leverkusen sind einschlägig bekannte Neonazis angereist. Da ist z.B. Jürgen Eigner vom ,,Stahlhelm" Köln, Siegfried Borcherdt von der Borussenfront Dortmund, Norbert Schnelle vom GDS Bielefeld.

Doch die Revariche verläuft anders als geplant. Auf dem Münsterplatz werden die 50 Neonazis von etwa 300, durch einen Tip aus der rechten Szene vorgewarnten Leuten erwartet. Die ebenfalls informierte Polizei stellt sich zwischen beide Gruppen und erteilt einigen Punks ,,Innenstadtverbot", während die Neonazis ungehindert rassistische Flugblätter verteilen dürfen. Der organisierte Rückzug der Schlägertruppe erweist sich als äußerst schwierig. Nach einer Verfolgung durch die

Der organisierte Rückzug der Schlägertruppe erweist sich als äußerst schwierig. Nach einer Verfolgung durch die

City werden die Jungfaschisten trotz großen Polizeiaufgebots von 250 Leuten im Cassiusgraben eingekesselt, woraus sie nur unter Polizeischutz (in drei Mannschaftswagen) hinausgefahren werden können. Nach diesem schmachvollen Ende haben die Neonazis ein verstärktes Interesse an Bonn.

In den folgenden Wochen kündigen sich die Neonazis öfters an. Zahlreiche Fehlalarme und irriges Auslösen der Antifa-Telefon-Kette wirken so demobilisierend, daß eine Warnung für den 1.9.84 nicht mehr ernst genommen wird.

Wieder reisen ca. 50 Neonazis, diesmal aus dem gesamten Bundesgebiet nach Bonn und haben ,,Glück". Auf dem Kaiserplatz sind nur 20 Punks, die Hälfte Frauen. Mit Eisenketten und Schlagstöcken bewaffnet stürmen die Faschisten, vorne die ,,Älteren" von auswärts, dahinter die ,,Jüngeren" aus Bonn und Umgebung, auf die Punks und verletzen zahlreiche, darunter vier Frauen schwer. Die Polizei erscheint spät und nimmt 15 Neonazis fest, von denen später acht bzw. sieben angeklagt werden (s.u.).

Ungereimtheiten

Der 1.9.84 ist der Antikriegstag. Morgens veranstaltete der DGB aus diesem Anlaß eine Kundgebung. Schon um diese Zeit (der Überfall erfolgte um 16 Uhr) erhielt die DGB-Leitung eine Polizeiinformation, daß sich Neonazis in der Stadt befänden. Im Verlauf des späteren Prozesses erhärtet sich der Verdacht, daß das 14. Kommissariat vorher von der Aktion zwar wußte, sie jedoch nicht verhinderte. Völlig im Nebel blieb im Prozeß eine weitere Merkwürdigkeit: *Im Zuge einer Wochen vorher von der Stadt Bonn und den Einzelhändlern vorausgegangenen Hetzkampagne gegen die Punks war die Polizei zu jeder Stunde an jedem Tag mit mindestens einem Streifenwagen am Kaiserplatz anwesend. Nur 10 Minuten am 1.9.84 um 16 Uhr — in den 10 Minuten, wo das Rollkommando der Neonazis über den Kaiserplatz stürmte — fehlte von der Polizei jede Spur.* Warum erscheint der Einsatzleiter der Bonner Polizei Hoffmann als angebliche Privatperson später bei der Antifa-Initiative und dann dienstlich im Prozeßsaal?

Bonner Lokalpresse, Politiker und Justizkreise spielten den Kaiserplatzüberfall runter und taten ihn als ,,Schlacht zwischen Skinheads und Punkern" ab. Dabei waren an diesem Tag janicht nur Punks betroffen. Später wurden Ausländer am Bonner Loch und auf dem Marktplatz angegriffen — in der Breiten Straße wurden die Scheibe des Marxistischen Buchladens eingeworfen. Warum auch sollten 50 Neonazis bundesweit anreisen, um ausgerechnet die Bonner Punks anzugreifen? Fragen, die auch im Prozeß eher vernebelt als aufgeklärt wurden.

Die Täter

Nach Recherchen und Ermittlungen der Antifa-Initiative Bonn ergibt sich folgender Täterkreis: Da sind zunächst viele aus der WJ-Bonn wie z.B. der am 1.9. festgenommene Ralf N. aus Bonn-Nord und Ingo von Z. aus Godesberg. Aus dem Umland kommen die Festgenommenen Stefan Niemann (St. Augustin, WJ, FAP), Dirk B. (WJ, Königswinter). Zu den Neonazis aus Köln/Leverkusen gehören der festgenommene Jürgen Eigner und der als Zeuge auftretende Helmut Pauly. Eine größere Gruppe kam aus Dortmund. In der ANS-Zeitung ,,Die Neue Front" Nr. 17 (Okt. 84) gibt der später angeklagte Siegfried Borchardt seinen Aktionsbericht zum Besten: ,,1.9. Gemeinsame Flugblattaktion mit der Wiking-Jugend Bonn, 14 Aktivisten aus Dortmund." Neben SS-Siggi-Borchardt die Festgenommenen Manfred Reimann (FAP-Kandidat) und Behnke (Borussenfront). Die interessanteste Gruppe jedoch ist der ,,Gesamtdeutsche Studentenverband" (GDS), die Studentenorganisation des ,,Bundes der Vertriebenen" (BdV).

Unter den Festgenommenen befinden sich erstaunlich viele Funktionäre des GDS. Da sind z.B. die späteren Angeklagten Hartmut Heger (GDS-HG-Wilhelmshaven), Meinhard Elbing (GDS-Bielefeld), die späteren Zeugen Frank Buchold (GDS-HG-Krefeld) und Norbert Schnelle (GDS-Bielefeld). Neueste Recherchen der Antifa-Initiative nach dem mageren Ergebnis des Prozesses ergeben folgenden Zusammenhang: Freitags und samstags (31.8./1.9.84) fand im Anna-

Ergebnis des Prozesses ergeben folgenden Zusammenhang: Freitags und samstags (31.8./1.9.84) fand im Anna-

berger Hof in Godesberg ein Seminar des GDS statt, dem sich bis Sonntag die 31. Hauptversammlung des GDS anschloß. Waren freitags noch viele Teilnehmer anwesend, vermeldet das Protokoll am 1.9.84 für 18 Uhr, also zwei Stunden nach dem Kaiserplatzüberfall: ;,HG-Bielefeld: nicht vertreten; HG-Wilhelmshaven: nicht vertreten". Ebensowenig vertreten sind Osnabrück, Braunschweig, Essen, Frankfurt, Kassel und München. Sie waren entweder festgenommen oder randalierten zu der Zeit noch durch die Bonner City! In der Sprache der Neonazis liest sich das so: ,,Bonn: Des öfteren kam es im letzten Jahr zu Behinderungen nationalsozialistischer Flugblattverteiler in der Bonner Innenstadt. Punks, die sogenannte Antifa verbündet mit anderem linken Gesocks versuchten zu verhindern, daß Kameraden von uns die Wahrheit dem Volk bekannt geben können. Im Sptember kam es dann zu einem Gegenschlag — im wahrsten Sinn des Wortes. Wie ein Tornado fegten deutsche Recken durch das Punker- und Antifa-Gesindel (...)" (,,Klartext" 5/1, Nr. 16, 1985, Zeitung der Nationalen Front, bei der auch Norbert Schnelle Mitarbeiter ist).

Eine Gruppe von Einzeltätern

Der Prozeß, der im Juli 1986 über die Bühne ging, half nicht, die Ereignisse um den Kaiserplatzüberfall zu klären. Angeklagte und Verteidiger versuchten immer wieder, alle politischen Aspekte aus dem Verfahren auszuklammern. Dies wurde durch die Staatsanwaltschaft erleichtert, die so gut wie nichts dazu beitrug, Zusammenhänge aufzudecken oder gar zu klären. So präsentierten sich die Angeklagten, außer einem, als harmlose Mitläufer oder als neugierige Zuschauer, mehr oder weniger zufällig in Bonn, und bestritten ihre Schuld.

Die Angeklagten sind: Siegfried Borchardt aus Dortmund (FAP-Landtagskandidat/Borussenfront), seit 1985 in U-Haft wegen zahlreicher Delikte; Manfred Reimann aus Dortmund (FAP-Landtagskandidat); Hartmut Heger aus Wilhelmshaven (GDS/NPD); Meinhard Elbing aus Bielefeld (GDS/Nationalrevolutionär / bis Frühjahr 86 Mitglied der Grünen); Thomas H. aus Bonn-Duisdorf (WJ); Ingo von Z. aus Bad Godesberg (WJ) und Dirk B. aus Königswinter (WJ). Das Verfahren gegen den ursprünglich Mitangeklagten Stefan Niemann aus St. Augustin (FAP/WJ) wurde von den anderen abgetrennt. Niemann hatte am 9.3.86 in Siegburg bei einem internen Streit das WJ-Mitglied Wolfgang S. erstochen und Jörg K. sowie Oliver Z. (beide FAP/WJ) verletzt. Seitdem sitzt Niemann in U-Haft — der Prozeß steht noch aus.

Borchardt, Heger, Reimann und Elbing — dies zeigt ein Blick in ihr beachtliches Vorstrafenregister — gehören zu den militanten Schlägern in der ultrarechten Szene. Elbing wird in Bonn freigesprochen; Heger und Reimann werden wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung zu jeweis drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Einzig Borchardt erhält zwei Jahre Knast. Doch dies ist eine Gesamtstrafe, die mehrere Verfahren zusammenfaßte. Die nicht vorbestraften lokalen Neonazis erhielten insgesamt 240 Stunden Sozialdienst auferlegt wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung. Thomas H. war der einzige der sieben Angeklagten, der zugab, mit einer Eisenkette zugeschlagen zu haben. Allerdings konnte man im Laufe des Verfahrens leicht den Eindruck bekommen, er wolle mit dieser Aussage jemanden anderen decken.

Ungereimtheiten (2)

Während der Festnahmen der Neonazis am 1.9.84 fiel einigen Punks ein interessantes Notizbuch von einem der Schläger in die Hände. In ihm waren Termine eingetragen, z.B. 1.9. in Bonn oder 20.11. Aachen, weiter hinten Adressen. Diese Notizbuch wurde von der Polizei beschlagnahmt und seitdem wird dessen Existenz energisch bestritten. Mitglieder der Antifa-Initiative fragen sich, ob diese Merkwürdigkeit mit der Anwesenheit des GDS-Funktionärs Joachim Apel aus Wilhelmshaven zu erklären ist. Joachim Apel war zusammen mit Heger freitags nach Bonn gereist und war laut Protokoll der GDS-Hauptversammlung zur Tatzeit nicht im Annaberger Hof anwesend. Wie die ,,Hannoversche Allgemeine Zeitung" am 12.1284 berichtete, hat der Pressesprecher des niedersächsischen Innenministeriums Volker Benke bestätigt, daß Apel ,,ein V-Mann" sei.

Ein Mitglied des Antifa-AK Bonn

Weitere bzw. tiefer gehende Informationen und Erkenntnisse kann die Bonner Initiative „Gemeinsam gegen Neofaschismus" geben. Jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr, ESG, Königstraße 88. Empfehlenswert sind zwei Broschüren: „Alles Quatsch? Pressemeldungen zum Neofaschismus in Bonn und Umgebung" von der Bonner Initiative herausgebracht; „... und für Auflösung und sofortiges Verbot der FAP", Broschüre der VVN-BdA NRW.



Verhindert den NPD-Bundesparteitag!

Am 30.4.86 meldete der ,,Mannheimer Morgen": ,,NPD will im Rosengarten tagen. Die NPD hat bei der Stadt Mannheim vernehmlich angeklopft: Der Kreisverband Mannheim teilte der Verwaltung in diesen Tagen mit, man beabsichtige im Herbst im Mannheimer Rosengarten für rund 1.400 Delegierte und Gäste einen Bundesparteitag zu organisieren. Im Frühjahr '87 möchten die NPDler mit 300 Personen ihren Landesparteitag abwickeln." Der NPD-Kreisvorsitzende Heinz Heinzinger wies die Stadt Mannheim gleichzeitig darauf hin, ,,daß den politischen Parteien laut Versammlungs-, Grund- und Parteiengesetz öffentliche Hallen nicht vorenthalten werden dürfen".

Nach dem Erscheinen dieser Nachricht protestierte als erster der DGB-Kreis Mannheim gegen die ,,ungeheure Provokation". Der DGB kündigte an, er wolle dem Ansinnen der NPD ein breites Bündnis demokratischer Kräfte entgegensetzen und lud zu einem 1. Treffen am 5. Juni die im Gemeinderat vertretenen Parteien, die Kirchen, die jüdische Gemeinde, die Freireligiöse Gemeinde, die Friedensbewegung, den Stadtjugendring, die VVN, die Naturfreunde, den Motorradclub Kuhle Wampe, die Arbeiterwohlfahrt u.a. ein.

Die ebenfalls bei diesem Treffen anwesende ,,Junge Union" entblödete sich in einem Schreiben an die Stadt nicht anzumerken; ,,es solle nicht zu einer gewaltsamen Verhinderung der Parteitage kommen, die Auswüchse von 1978 (Landesparteitag der Nazis - Anm. AK) dürften sich nicht wederholen, als Hunderte von Polizisten aufgeboten werden mußten, um Neonazis vor gewalttätigen Gegendemonstranten zu schützen. Der DGB müsse sich überlegen, ob gemeinsam mit demokratiefeindlichen Kommunisten gegen demokratiefeindliche NPD-Mitglieder demonstriert werden solle."

Nach dem DGB-Treffen vom 5. Juni wurde ein Antrag formuliert, der auch in den Gemeinderat eingebracht wurde. ,,Der OB als Oberste Polizeibehörde wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den staatlichen Polizeibehörden alles in seinen Kräften stehende zu tun, um in Mannheim neonazistische Umtriebe zu verhindern", hieß es ursprünglich. Daraus wurde dann: ,, (...) alles in seinen Kräften stehende zu tun, um in Mannheim Ruhe und Ordnung auch künftig zu gewährleisten". Der Punkt: ,,Wir werden mit Aktionen und Demonstrationen gegen die Durchführung von Parteitagen dieser Neo-Nazi-Organisation protestieren", entfiel völlig.

Gerade weil wir die Wortradikalität des DGB, der DKP und der VVN aus langer Erfahrung kennen, wollen wir uns nicht auf deren Scheingefechte mit staatlichen Stellen einlassen. Deshalb haben wir selbst zu einem Treffen eingeladen, zu dem Vertreter von ca. 15 Gruppen, Parteien und Organisationen kamen, darunter auch die Grünen. Für uns ist klar: dieser Parteitag darf niemals in Mannheim stattfinden. Derzeit wird ein Aufruf erarbeitet, eine große Kulturveranstaltung für den Vorabend des Parteitages ist in Planung, ebenso eine Antifa-Woche. Spätestens nach dem Bekanntwerden des genauen Termins werden wir zu einem bundesweiten Treffen einladen.

Antifaschistische Arbeitsgruppe Ludwigshafen

EAP — Chamäleon oder Versuchskaninchen?

0,3% für eine Gruppe „Patrioten für Deutschland" bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Juni — das bleibt im Bereich der Splitterstimmen und hört sich nicht gerade sensationell an. Interessanter wird die Sache, wenn man sich klarmacht, daß der obskure Neuling mit 11.287 Stimmen das Doppelte der DKP erreichte, obwohl er im Wahlkampf kaum in Erscheinung trat und sicher allergrößte Mühe hatte, seine 100 Direktkandidaten zu nominieren.

Die erste Vorstellung der „Patrioten" war am 15. Oktober vorigen Jahres durch eine große Tageszeitungs-Anzeige erfolgt; weitere Anzeigen erschienen am 4.12.85 und 13.2.86. In der Unterzeichnerliste fanden sich zwei pensionierte Generäle und ein Vizeadmiral, ein Bezirksratsherr, ein Bauernfunktionär und eine Reihe weitere Personen aus dem CDU-Umfeld. Ganz harmlos rangierte irgendwo am Ende der Liste die Vorsitzende eines in Hessen angesiedelten *Schiller-Instituts*, Helga Zepp-LaRouche. Das Schiller-Institut ist eine von vielen Briefkastenfirmen der *Europäischen Arbeiterpartei*, EAP. Helga Zepp-LaRouche ist Chefin der EAP und Ehefrau des Vorsitzenden der US-amerikanischen EAP-Mutterorganisation, *U.S. Labor Party* alias *National Caucus of Labor Committees (NCLC)*, Lyndon LaRouche.

Die letzte Chance der Freien Welt

der Freien Welt

Hatte die EAP in der Vergangenheit mit phantasievollen Histörchen über das Treiben einer geheimen Weltregierung, des britischen Geheimdienstes, der Freimaurer und der Öko-Bewegung ihr Image geprägt, so zielt sie mit den *Patrioten* auf den rechten Rand der CDU und hat zugunsten dieser Zielsetzung auf manchen bizarren Schnörkel verzichtet. Ihre Grundsätze entsprechen den eingefahrenen Vorstellungen ihrer konservativen Zielgruppe, überfordern sie nicht durch Exotisches und Phantastisches: **Gegen die Entspannungspolitik und den „Ausverkauf an den Osten". Gegen die Abkoppelung von den USA, für SDI, verstärkte Aufrüstung und „Vorne-Verteidigung". Gegen Drogenmafia, AIDS und internationalen Terrorismus. Gegen den Status Quo, für Deutschland in den Grenzen von 1937. Für die „Förderung von industriellen Groß-und Forschungsprojekten", für den „Ausbau der Kernenergie und Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen". Für die Interessen des Mittelstands, für ein „Notprogramm zur Rettung der deutschen Landwirtschaft". Für Verschärfung des § 218 („Schwangerschaftsabbruch nur bei akuter Gefahr für Mutter und Kind"). „Sofortige Abschaffung der Bildungsreform". „Keine Förderung von Subkultur". Verbot der Grünen Partei.**

Mit Ausnahme der letzten Forderung, die bisher noch nicht einmal von Strauß und Dregger so herzhaft direkt zu hören war, unterscheiden sich die Parolen der *Patrioten* in keinem einzigen Punkt von denen der CDU. Auch die Panikmache der *Patrioten* gegen die SPD („*Eine rot-grüne Koalition wäre der Ausverkauf der Bundesrepublik an Moskau*") stimmt mit der Hauptlinie der CDU im niedersächsischen Wahlkampf überein. Was an Differenz übrig blieb, war die Behauptung der *Patrioten*, daß die CDU unter dem Einfluß der FDP und ihres eigenen „genscheristischen" Flügels in zentralen Fragen der Innen- und Außenpolitik handlungsunfähig sei. Albrecht insbesondere wurde als Befürworter einer „*großen Koalition des nationalen Ausverkaufs*" angegriffen. Das Gegenrezept der *Patrioten*: „*Ein Wahlsieg der Patrioten für Deutschland wird die kulturelle und moralische Wende bringen, die die Bonner Regierung versprochen, aber nicht eingehalten hat.*" Eine Koalition zwischen der CDU und den *Patrioten* sei die allerletzte historische Chance, um die Bildung einer rot-grünen Koalition, den Verlust unserer Freiheit für immer und ewig sowie die Sowjetisierung zu verhindern. **„Niedersachsen ist die vorderste Verteidigungslinie für die Freiheit der westlichen Zivilisation!"** Aus dem Wahlergebnis ergibt sich eindeutig, daß nunmehr der Untergang Deutschlands und der westlichen Zivilisation unabwendbar ist.

Made in USA

Die EAP-Mutterorganisation NCLC trat im Sommer 1966 erstmals in Erscheinung. Sein zentrales Ziel in dieser Phase war, wie Lyndon LaRouche selbst schreibt, die Durchführung von „*politischen Gegenmanövern*" gegen den amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society). Schon in dieser Phase begann der NCLC nach eigenem Bekenntnis mit der Sammlung und gezielten Weitergabe von Informationen über die Linke. Lyndon LaRouche erwähnt einen Lehrerstreik im Herbst 1968, der vom NCLC sabotiert wurde, indem er „*entscheidende Hintergrundinformationen*" über die Streikführer an die Zentrale der Lehrergewerkschaft weitergab und diese damit veranlaßte, gegen den Streik „*wirksam einzuschreiten*".

Im April 1973 ordnete LaRouche die „Operation Mop-up" an, deren öffentlich erklärtes Ziel es war, innerhalb von sechs bis acht Wochen die KP der USA zu zerschlagen. Diese Kampagne wurde mit der superradikalen Phraseologie begründet, daß die CPUSA sich mit Nixon verbündet habe. Es gab in der Folge Dutzende von Überfällen der LaRouche-Schlägerbanden nicht nur gegen Veranstaltungen und Einrichtungen der KP, sondern auch gegen die trotzkistische SWP und maoistische Gruppen.

In dieser Zeit begann auch die Ausdehnung der NCLC-Aktivitäten auf Europa. Die Gruppe versuchte sich damals hierzulande mit der Behauptung interessant zu machen, sie habe die KP der USA zerschlagen, und ihr Führer LaRouche sei Gegenstand von hoch-

interessant zu machen, sie habe die KP der USA zerschlagen, und ihr Führer LaRouche sei Gegenstand von hoch-

komplizierten Mord- und Gehirnwäscheprogrammen der CIA und verschiedener britischer Geheimdienste.

Mit der Anti-Drogen-Koalition ran ans Establishment

1978 änderte der NCLC und in der Folge natürlich auch die EAP seine politische Strategie. Erstens gab er jede superradikale Maskierung auf und bediente sich offen faschistoider Versatzstücke. Dies führte sogleich dazu, daß die EAP aus den Berichten des Bundesverfassungsschutzes verschwand, wo sie bis dahin unter „Linksextremisten" geführt worden war. Zweitens leitete der NCLC mit der Gründung von nationalen *Anti-Drogen-Koalitionen* (in der BRD als ADK) ein Experiment ein, dem er im Prinzip bis heute treu geblieben ist: Populäre Stimmungsthemen der Law-and-Order-Rechten werden aufgegriffen, um im klassischen rechten Establishment Fuß zu fassen. Der EAP gelang es beispielsweise, im Gewand der ADK als vollwertiger Gesprächspartner von Polizeipräsidenten, CDU-Politikern, rechten Elternräten usw. akzeptiert zu werden. Wieweit die EAP von diesen gewonnenen Kontakten heute noch zehrt, kann allerdings nicht festgestellt werden. Inzwischen ist das Kapitel ADK schon wieder zu den Akten gelegt. Mit der Gründung einer Briefkastenfirma namens *Prevent AIDS Now Initiative Committee (P.A.N.I.C.)* wird jetzt mit einem neuen Thema das alte Spiel fortgesetzt. Außerdem unterhält die EAP an weiteren Tarneinrichtungen das *Schiller-Institut*, die Nachrichtenagentur *Executive Intelligence Review (EIR)* mit einem eigenen Nachrichtenmagazin, die *Private Akademie für Humanistische Studien e.V.*, sowie die Zeitschriften *"Fusion"* (Technik) und *"Ibykus"* (Kultur). Alle Tarnfirmen haben ihren Sitz in Wiesbaden, wo sich auch die mit Technologie großzügig ausgestattete EAP-Zentrale für Europa befindet.

Und hinter allem der britische Geheimdienst

Der NCLC/EAP hat seine Ideologie, das heißt die Theorie, die angeblich seiner Praxis zugrunde liegt, im Laufe der Jahre mehrfach gewechselt. Hier soll lediglich das Weltbild skizziert werden, das von NCLC/EAP ungefähr in den Jahren 1978-1982 entwickelt und vertreten wurde, um es dann mit der derzeitigen Erscheinungsform der EAP zu vergleichen. Die EAP führte in jenen Jahren alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf verschwörerische und geheimdienstliche Machenschaften der „britischen Oligarchie" zurück. Ziel dieser Elitegruppe sei die Aufrechterhaltung ihrer Weltherrschaft unter allen Umständen und mit allen Methoden. Daraus sei um 1890, als sich der britische Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten in einer schweren Krise befunden habe, die New-Dark-Ages-Strategie entstanden. Das meint den Versuch, mit verschiedensten Mitteln und Methoden ein „finsteres Zeitalter" über die Welt zu bringen. Von diesem Plan her sei alles weitere zu interpretieren. Beispielsweise war es selbstverständlich die *britische Oligarchie*, die Hitler steuerte und finanzierte. Auch die Grünen, von der EAP konsequent als „Ökofaschisten" bezeichnet, wurden von der *britischen Oligarchie* planmäßig hervorgebracht.

Dies einzusehen, ist überhaupt nicht kompliziert: Zwecks Machterhalt strebt die *britische Oligarchie* erstens die Lahmlegung ihrer Konkurrenten und zweitens einen gigantischen Völkermord durch Hungersnöte und Epidemien in der Dritten Welt an. Das Mittel dazu ist die Blockade des technologischen Fortschritts, insbesondere natürlich der Atomenergie. Kapiert? Alles, was die EAP für „Entartungserscheinungen" und „widerliche Perversionen" hält, geht gleichfalls auf Manipulationen der britischen Geheimdienste zurück: Jede Art von Drogen (mit Ausnahme des Alkohols, gegen den von der EAP noch nie ein böses Wort zu hören war), „Rock- und Bluesgesänge", Jugendsekten, Science Fiction, „orgiastische Tänze", „überzogene Erotik", Rastafary, „Förderung des Lesbiertums", Homosexualität, „Rechtfertigung von Masturbationspraktiken", „Partnertausch" usw.

Es wird nun auch nicht mehr verblüffen, wenn wir hören, daß die Studentenrevolte der 60er Jahre vom britischen Geheimdienst ebenso produziert und gelenkt wurde wie der gesamte internationale Terrorismus. Und die Mullahs im Iran? Richtig vermutet, gleichfalls Made in Britain, ausgedacht vom Secret Intelligence Service! Und warum? Weil der Schah ein fortschrittlicher Mann war, der sein Land den Segensstiftern Wissenschaft und Technologie öffnen wollte. Sogar der Vietnamkrieg war ein britisches Produkt: „britische Einflußagenten" drängten die USA in diesen Krieg, um den perfiden Hintergrund zu schaffen, auf dem sie dann die Antikriegsbewegung aufbauen konnten.

Das alles ist zweifellos wundervoll farbig und anregend. Aber für eine Bündnispolitik von NCLC/EAP ins konservative Establishment hinein schafft dieses Weltbild nur Probleme und ruft Abwehr hervor. Die angesprochene Zielgruppe ist sicher nicht abgeneigt, alle Vorgänge auf der Welt, die den eigenen Horizont überschreiten, als ferngesteuerte Zersetzungstätigkeit einer feindlichen Zentrale erklärt zu bekommen. Sie wird sich aber daran stoßen, daß dieser Feind Großbritannien sein soll, im Bunde mit geachteten Figuren wie Henry Kissinger oder den englischen und niederländischen Königshäusern.

Die EAP hat daraus die vernünftige Schlußfolgerung gezogen, in ihren neueren Publikationen die alten Verschwörergeschichten mehr und mehr abzubauen. Stattdessen bietet sie ihrer konservativen Zielgruppe biedere, allgemeinübliche Kost an. Nichts mehr über die Lenkung des gesamten internationalen Terrorismus durch britische Geheimdienstzentralen. Stattdessen jetzt die „*Verwicklung der östlichen Nachrichtendienste und deren Handlanger wie Iran, Libyen und Syrien in den internationalen Terrorismus.*" Nichts mehr über die heimliche Lenkung der Anti-AKW-Bewegung durch britische Adlige, Freimaurer, Teufelsanbeter und Experten für Psychologische Kriegführung. Stattdessen: „*Moskau hat in Wackersdorf sein wahres Gesicht gezeigt.*"

In der US-Presse wird darauf hingewiesen, daß für Lyndon LaRouche die BRD neben den USA als zweiter Schwerpunkt gilt. Mit den *Patrioten* habe LaRouche vermutlich die geeignete Form gefunden, in der jetzt weiterexperimentiert werden soll. Es wird gemutmaßt, daß eine Umbenennung der EAP in *Patrioten* bevorstehe und daß unter diesem Namen auch schon in den Bundestagswahlkampf gegangen werden soll.

Kt., Hamburg

Hinter den Kulissen — Die Kader der GRÜNEN

Es liegt zwar schon mehr als zwei Monate zurück, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — pünktlich drei Tage vor der Niedersachsenwahl — eine dickleibige „Dokumentation" über „Die Kader der Grünen" (Titel) vorgelegt hat. Aber da die Verfasser sich so viel Mühe gemacht und nicht weniger als 65 „Lebensläufe" ehemals (?) linksradikaler grüner Funktionsträger zusammengetragen haben, wollen wir diese unbedingt lesenswerte Fleißarbeit leicht verspätet doch noch vorstellen. Bestellungen an die CDU-Bundesgeschäftsstelle in 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus; Telefon 0228/544-521/22 und 544-511/12.

Die Grünen: Gewalttätig, vorbestraft und rot unterwandert

Die Dokumentation füllt eine Lücke: zwar hatte Heiner Geißler schon im Herbst 1984 in seiner tiefschürfenden „Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition" die Grünen als „Verächter des Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie", die „Gewalt und Rechtsbruch als Mittel der politischen Auseinandersetzung" betrachten und „eine Unterwerfungspolitik gegenüber der Sowjetunion" befürworten würden, entlarvt. Die jetzt veröffentlichten 65 Lebensläufe machen die grüne Gefahr aber noch viel anschaulicher: rechtskräftig verurteilten Terroristen haben die Grünen zu Parlamentssitzen verholfen, ehemalige Flugzeugentführer tummeln sich ebenso in ihren Reihen wie Landfriedensbrecher und Karl-Marx-Buchhändler, außerdem natürlich Mitglieder sämtlicher K-Gruppen, Trotzkisten und sogenannte Undogmatische. Zu trauen ist niemandem: Hat Ex-MdB Marie-Luise Beck-Oberdorf, seit Jahren als Kämpferin gegen kommunistische Umtriebe in den eigenen Reihen profiliert, wirklich mit ihrer trotzkistischen Vergangenheit gebrochen? Ist am Ende der bieder wirkende Bauer und grüne Europa-Abgeordnete Graefe zu Baringdorf ein ebenso gefährlicher Terrorsympathisant wie die RAF-Brieffreundinnen Christa Nickels und Antje Vollmer? Bauer Graefes Drohung an den Europa-Parlamentspräsidenten Pflimlin — „Wenn ich hier nicht sprechen darf, gebe ich ihnen eine Ohrfeige" — notiert die Dokumentation vorsorglich unter der Rubrik „Die Grünen und der Terrorismus".

„Im Griff der K-Gruppen"

Für die Leser dieser Zeitung am spannendsten ist zweifellos der dritte Teil, der die Unterwanderungserfolge der verschiedenen K-Gruppen auflistet. Immerhin 10 Seiten sind dem KB gewidmet, in dessen Auftrag gleich drei grüne Spitzenpolitiker die Bundeshauptstadt unsicher machen: die Untergrundkommunisten Trampert, Reents und Hopfenmüller. Daß alle drei schon 1979 den KB verließen und die „Gruppe Z" gründeten, kann hier vernachlässigt werden. Schließlich ist ja immer noch nicht geklärt, ob die damalige KB-Spaltung nicht ein abgekartetes Spiel zur Irreführung der Öffentlichkeit war, um — so Thomas Ebermann seinerzeit — „die Möglichkeit der 'Erpressung' auf die Grünen zu erhöhen".

Nicht so ganz glauben können die Verfasser der Dokumentation auch, daß sich KPD und KBW tatsächlich 1980 bzw. 1985 aufgelöst haben sollen. Als sachverständigen Zeugen zitieren sie den sich ehemals selbst zu den Linken zählenden NRW-Grünen Martin Schata, der Anfang dieses Jahres enthüllte: „Die K-Gruppen innerhalb der Grünen haben sich in den ersten Jahren offiziell aufgelöst, heimlich aber weiter getroffen. In zwei Jahren haben die alle anderen aus der Partei gedrängt. Schon jetzt sitzen sie an den wichtigsten Schaltstellen ..." Wenn es zutrifft, daß KPD und KBW weiterhin konspirativ tagen, muß das Schlimmste befürchtet werden: Anschläge wie der gerade erst 13 Jahre zurückliegende Sturm des Bonner Rathauses durch die KPD können sich täglich wiederholen, das nächste Mal im Namen der Grünen.

Daß viele ehemalige Mitglieder von K-Gruppen — dazu zählen die Verfaser auch das Sozialistische Büro und die Frankfurter Spontis — heute in grüner Realpolitik machen, kann die Christdemokraten nicht irreführen. Hier wird nur mit scheinbar seriösen Mitteln das alte Ziel aus Straßenkampftagen weiterverfolgt: „die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen und wehrlos zu machen" (erster Satz der Einleitung). Und große Teile der SPD biedern sich den Grünen noch an, Kanzlerkandidat Rau aber weigert sich, „deutlich Stellung zu beziehen".

Im Hintergrund: Moskau

Etwas dürftig ist das Schlußkapitel geraten, das den Einfluß der DKP auf die Grünen belegen soll. Die größten Fische unter den DKP-Agenten sind nach den CDU-Recherchen Winfried Kretschmann und Udo Hergenröder. Kretschmann, baden-württembergischer Landtagsabgeordneter während der Hasenclever-Ära, heute führender



Wassermann unter Einfluß des Mars

Ökolibertärer und Ministeriumsmitarbeiter bei Fischer, soll 1972 für den MSB Spartakus kandidiert haben! Und Hergenröder, ehemaliger Bürgerschaftsabgeordneter der Hamburger GAL, beendete seine DKP-Mitgliedschaft tatsächlich erst 1982, als er einem Parteiausschlußverfahren durch seinen Austritt zuvorkam. Alles nur Tarnung?

Einen wichtigen Aspekt des Wirkens von DKP-Kadern in der Grünen Partei hat inzwischen der Bund der Vertriebenen nachgetragen. Im „Deutschen Ostdienst" (Ausgabe vom 24.7.86) schreibt Adolf Wolf wahrheitsgemäß, daß die Grünen wenig von der DKP wissen wollen. Gleichwohl kommt er zu dem Schluß: „DDR kontrolliert die 'Grünen' ". Und zwar so: „*Für die östlichen Machthaber sind die 'Grünen' ein nicht einzuschätzender politischer Faktor.*" Eine etwaige rot-grüne Koalition auf Bundesebene „*wäre für die kommunistischen Machthaber nicht zu durchschauen. Die Sowjetführer und die Führung der DDR waren bisher immer darauf bedacht, über politische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland gut informiert zu sein. Das zeigte bereits der Fall Guillaume.*" Bei dieser Interessenlage kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß die Grünen „*intensiven Ausspähungsbemühungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR ausgesetzt sind.*" Bleibt nur die Frage: wer ist der grüne Guillaume?

An sachdienlichen Hinweisen ist u.a. auch die AK-Redaktion interessiert.

Js./Hamburg

Das Urteil im Hoffmann-Prozeß

Eine große Variation über den Grundsatz ''in dubio pro reo''

Trotz einer erdrückenden Beweislage wurde nach 186 Verhandlungstagen und der Anhörung von über 100 Zeugen Karl-Heinz Hoffmann vom Vorwurf der Mittäterschaft bei der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke freigesprochen. Hoffmann, Chef der nach ihm benannten Wehrsportgruppe, wurde wegen bestialischer Folterungen von WSG-lern im Libanon und anderen Delikten zu 9 1/2 Jahren Freiheitsstrafe, Franziska Birkmann wegen Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens zu 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Sollte es bei diesem Urteil trotz der von der Staatsanwaltschaft und von Hoffmann eingelegten Revision bleiben, so ist damit zu rechnen, daß sich Hoffmann in ca. 3 Jahren auf freiem Fuß befindet.



Richter Koob

Zwischenzeitlich kam sogar bei antifaschistischen Prozeßbeobachtern angesichts der vielen — Hoffmann belastenden — Zeugenaussagen die Erwartung auf, es werde möglicherweise tatsächlich zu einer Verurteilung wegen Mordes kommen. Aber man täuscht sich eben doch nicht so schnell über die bundesdeutsche Justiz und ihre sattsam bekannte Blindheit auf dem rechten Auge.

Der Vorsitzende Richter Koob hat sich bei der Urteilsverlesung durch einen Schlüsselsatz entlarvt. Nach der Schilderung der grausamen Folterungen im Libanon meinte er:,,*Bei allem Wohlwollen ließen sich hier keine Gründe zur Strafmilderung finden.*'' Damit hat er das Prinzip des Prozesses offenbart.

Das Gericht verfolgte eine Linie, die sich in etwa so zusammenfassen läßt: Hoffmann ist erstens so vorsichtig und intelligent, daß er niemals derartig viele und eindeutige Spuren hinterlassen hätte, wenn er den Auftrag zum Mord erteilt hätte; demnach mußte zweitens Behrendt ein unberechenbarer Einzeltäter gewesen sein, so wie eben auch das Oktoberfestattentat von einem solchen — nämlich Gundolf Köhler — begangen wurde. Drittens hatte alles, was dem Verfahren politische Brisanz verliehen hätte, um wirklich ein Verfahren gegen den Führer einer der gefährlichsten neonazistischen Kampftruppen zu sein, außen vor zu bleiben, weil es sich viertens um ein ganz normales ,,unpolitisches'' Strafverfahren handelte.

truppen zu sein, außen vor zu bleiben, weil es sich viertens um ein ganz normales ,,unpolitisches'' Strafverfahren handelte.

Genau diese Argumentation ist dem Gericht schon einmal zur Verfügung gestellt worden: nach der Anklageerhebung im Januar 1983 hatte es zunächst die 5. Strafkammer des Landgerichts nürnberg abgelehnt, die Hauptverhandlung wegen des Mordvorwurfs zu eröffnen. Unter großzügigster Anwendung des Grundsatzes ,,in dubio pro reo'', der ja aus politischen Prozessen gegen Linke im wesentlichen verbannt ist, meinte die 5. Kammer damals, Behrendt könne den Mord genauso gut alleine verübt haben, ohne daß Hoffmann oder Birkmann etwas davon gewußt haben. Auch die damalige Begründung ging von einem cleveren, alle Eventualitäten berechnenden Hoffmann aus, dem nicht solche ,,Schnitzer'' unterlaufen wären, was die Spuren anbelangt.

Dieser Beschluß, der dann zwar aufgehoben wurde, wurde von der Presse damals als ein vorweggenommener Freispruch bezeichnet, womit sie schließlich Recht behalten hat.

Die Urteilsbegründung

Der Freispruch von der Mittäterschaft beim Doppelmord in Erlangen konnte nur ergehen, weil das Gericht sämtliche belastenden Indizien für Hoffmann entlastend wertete. Oberstaatsanwalt Jörg Schwalm hatte noch am Ende seines Plädoyers, mit dem er für Hoffmann eine lebenslängliche Freiheitsstrafe gefordert hatte, an das Gericht appelliert, den Rechtsgrundsatz ,,Im Zweifel für den Angeklagten'' nicht zur ,,Flucht aus der eigenen Entscheidung'' zu benutzen,. Was dann bei der Urteilsbegründung herauskam bezeichnete sogar die FAZ (1.7.86) als ,,*große Variation über das Thema 'in dubio pro reo'''*.
Im folgenden einige Beispiele für die Verwandlungsfähigkeit der Indizien.

Shlomo Levin

Shlomo Levin, ehemaliger Vorsitzender der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg/Erlangen, war engagierter Antifaschist. In der italienischen Zeitung ,,Oggi'' vom Januar 77 hatte er innerhalb eines Berichtes über die bundesdeutsche Neonaziszene zu der Gefährlichkeit und Bedeutung der Wehrsportgruppe Hoffmann Stellung genommen. Diese Passage des Artikels wurde auch im Gerichtssaal verlesen. Denn die Zeitung inclusive einer Übersetzung war wenige Wochen vor den Morden bei einer Hausdurchsuchung auf Hoffmanns Nachttisch gefunden worden. Dies galt als wichtiges Indiz bezüglich des Mordmotivs, der Auswahl Levins als Opfer. Nicht so für die 13. Strafkammer: Zwar sei erklärbar, warum Levin Opfer eines durch einen WSGler begangenen Mordes geworden sei, er habe sich ja immer ,,*gegen den Rechtsextremismus ausgesprochen*'' und sei öffentlich gegen die WSG aufgetreten. ,,*Die Folgerung der Staatsanwaltschaft drängt sich zwar auf, aber sie ist kein zwingendes Indiz*''. Aus der Aufbewahrung der Zeitung vermochte das Gericht ,,*keine weiteren Schlüsse zu ziehen*''.Der Artikel habe schließlich viele Bilder von der WSG bei Geländeübungen enthalten (was wohl angesichts der Eitelkeit Hoffmanns die Aufbewahrung erklären sollte).

Auch sei Levin ,,*kein Störfaktor für die Araber*''gewesen, womit das Gericht die These der Staatsanwaltschaft zu entkräften versuchte, Levin sei als Opfer von Hoffmann gewählt worden, um sich wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten gegenüber der PLO, die die WSG einige Zeit finanzierte, zu profilieren.

Die Brille von Franziska Birkmann am Tatort

Die auffälligste Spur, mit der auch gleich nach den Morden gefahndet wurde, war eine am Tatort zurückgelassene Sonnenbrille. An der Brille befand sich eine Eingravierung ,,Schubert Modell 27''. Diese Eingravierung führte zu dem Nachbarn Hoffmanns in Ermreuth, dem Optiker Schubert, der die Brille tatsächlich an Birkmann verkauft hatte. Allerdings wurde die Polizei erst nach 5 Wochen wegen dieses Zusammenhangs bei Hoffman vorstel-

kauft hatte. Allerdings wurde die Polizei erst nach 5 Wochen wegen dieses Zusammenhangs bei Hoffman vorstel-

lig, stattdessen verdächtigte sie in dieser Zeit Mitglieder der jüdischen Kultusgemeinde. F. Birkmann gab an, die Brille verloren zu haben. Das Gericht hielt es denn auch für möglich, daß Behrendt die Brille unbemerkt genommen habe. Hoffmann ,,*hätte sicher darauf geachtet, daß die Firmenbezeichnung abgelöst wird. Dies spricht dafür, daß sich Behrendt die Brille eigenmächtig nahm,.*''Für so wenig sorglos wollte die Kammer Hoffman nicht halten. Der Optiker Schubert habe sich schließlich in unmittelbarer Nachbarschaft Hoffmanns befunden, man sei lange Jahre verbunden gewesen. Es sei schlichtweg unwahrscheinlich, daß F. Birkmann die Brille an Behrendt weitergegeben habe. Und Behrendt habe ja auch freien Zutritt im Schloß Ermreuth gehabt.

Der Schalldämpfer

Einige Zeit vor den Morden bemühte sich Hoffmann intensiv um den Bau eines Schalldämpfers. Mehrere Zeugen, ehemalige WSGler berichteten während des Prozesses, daß sie von Hoffmann gefragt worden seien, ob sie einen Schalldämpfer bauen könnten. Schließlich bastelte Hoffmann aus Metallbürstenstielen und einer alten Spraydose, die Hartschaum zum Einbau von Fenstern enthalten hatte, einen solchen Schalldämpfer. Am Tatort wurde das Verschlußstück einer Spraydose gefunden, dem Spuren des Hartschaumharzes anhafteten. Ein schwer belastendes Indiz also. Aber das Gericht wendete wieder den bewährten Kunstgriff an und stellte fest, Hoffmann habe den Schalldämpferbau ja ,,*nicht allzu heimlich*'' betrieben. ,,*Wer macht das schon, wenn er vorhat, in allernächster Nähe einen Doppelmord zu begehen?*''Also spricht die Tatsache, daß Hoffmann den Schalldämpfer baute, gegen eine Mitwirkung an den Morden. Auch seien Hoffmanns Erklärungen, daß er im Libanon eine Waffenfabrik errichten wollte, nicht zu widerlegen. Auch nach den Morden habe er sich ja noch mit dem Schalldämpferbau beschäftigt. Auch daraus ließen sich keine nachteiligen Schlüsse ziehen. Die Frage, ,,*ob im Libanon überhaupt ein Bedarf an Schalldämpfern bestanden habe*'' könne dahinstehen. Die Richtigkeit der Angabe Hoffmanns, Behrendt habe den Schalldämpfer nachgebaut, sei nicht auszuschließen, denn ,,*es sei nicht zu verneinen, daß Behrendt bei Hoffmanns Schalldämpferbau anwesend war.*''
Der von Hoffmann gebastelte Schalldämpfer führte somit nur zu dessen Verurteilung wegen ,,*eines Vergehens gegen das Waffengesetz, nämlich der unerlaubten Herstellung eines den Schußwaffen gleichstehenden Gegenstandes,* die Strafe hierfür ist in den 9 1/2 Jahren enthalten.

Die Tatwaffe

Nach den Untersuchungen am Tatort stand fest, daß es sich bei der Mordwaffe um eine automatische Pistole des Fabrikats ,,Beretta'' handelte. Bereits 1976 wurde eine solche Waffe bei zwei WSG-Mitgliedern beschlagnahmt und dann aber wieder kurzfristig zurückgegeben.

Mit dieser Waffe hatte Hoffmann später im Schloß Ermreuth Schießübungen veranstaltet und anschließend nach eigenen Angaben die verschossene Munition in einem Schraubstock zerquetscht und weggeworfen. Das Gericht: ,,*Wer macht schon Schießübungen im eigenen Haus?*'' Koob bezweifelte, daß jemand, der sich mit Mordabsichten trage, die Tatwaffe in einem Keller ausprobiere und dabei für die Polizei die schönsten Spuren hinterlasse. Behrendt habe leicht Zugang zu den Waffen haben können, es sei daher möglich, daß er die Waffe — unbemerkt von Hoffmann — an sich nahm. Die Tatwaffe wurde übrigens niemals gefunden. Hoffmann hatte sich nach deren Verbleib bei Behrendt erkundigt, als dieser nach den Morden in Schloß Ermreuth auftauchte. Behrendt soll zu ihm gesagt haben, daß er sie so versteckt habe, daß sie für Dritte nicht zu finden sei.

Hoffmanns Fluchthilfe

Hoffmanns Fluchthilfe

Hoffmann hatte behauptet, von den Morden erst erfahren zu haben, als Behrendt nach den Todesschüssen nach Ermreuth kam und ihm davon berichtete. Er habe Behrendt daraufhin Vorwürfe gemacht, dieser habe dann geantwortet:,, *Chef, ich hab's ja für Dich getan*''. Dann ließ Hoffmann Behrendts blutbefleckte Kleidung verschwinden und verhalf ihm zur Flucht in den Libanon. Für diese Handlungsweise brachte das Gericht viel Verständnis auf. Denn Hoffmann habe schließlich damit rechnen müssen, daß sofort der Verdacht auf ihn falle, insbesondere nachdem er schon einmal wegen des Oktoberattentates nur deshalb festgenommen worden war, ,,*weil ein Mann, der einmal bei der WSG war, die Bombe gebaut hat*''. Entlastend wurde auch hier berücksichtigt, daß Hoffmann dem Behrendt die Rückkehr nach Ermreuth und eine dortige Übernachtung wohl kaum gestattet hätte, wenn er den Auftrag zum Mord erteilt hätte. Auch wollte sich Hoffmann gar nicht bei Behrendt danach erkundigt haben, wie dieser nach Erlangen und zurück nach Ermreuth gekommen war. Das Gericht:,,*Dies mag verwunderlich erscheinen, aber es ist nicht das Gegenteil zu beweisen.*''

Die Folterungen im Libanon

Die bestialischen Mißhandlungen von WSGlern im Libanon waren neben weiteren Delikten wie unerlaubtem Waffenbesitz und Geldfälschung der Hauptgrund für die Verurteilung Hoffmanns zu 9 1/2 Jahren Knast (siehe dazu AK 260, S.21). Dieser Komplex bildete eigentlich während des Verfahrens den Schwerpunkt, obgleich hierfür die Anklage von der Staatsanwaltschaft erst später nachgereicht worden war.

Die Berichte der ehemals malträtierten WSGler führten im Gerichtssaal zu einer Stimmung moralischer Entrüstung. Die Folterungen wurden allerdings ebensowenig wie die Morde in Erlangen vor dem Hintergrund einer straff organisierten neonazistischen Truppe gesehen, in der mit vermutlichen ,,Aussteigern'' eben in dieser Weise umgesprungen wird. Es ging vielmehr um die einzelnen Körperverletzungen, nicht aber darum, daß aus Hoffmanns neonazistischer Ideologie auch zwangsläufig derartige Verbrechen gegen ,,Abtrünnige'' folgen müssen. Auch wenn das Gericht hier — wie bereits zitiert — ,,*bei allem Wohlwollen keine Gründe zur Strafmilderung*'' finden konnte, so ist doch der Tod des WSGlers **Kai-Uwe Bergmann** mit dem Urteil überhaupt nicht erfaßt. Auch für dessen Folterung, die letztlich mit dem Tod endete, wurde Hoffmann nur wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Bergmann war nach Aussagen von WSGlern so gequält worden, daß an ihm nichts Menschliches mehr zu erkennen war. Hoffmann soll während der Folterungen gesagt haben: **,,Tut das Schwein weg, sonst muß ich es erschlagen.''** Nachdem sich angeblich ei-

der Folterungen gesagt haben: ,,Tut das Schwein weg, sonst muß ich es erschlagen.'' Nachdem sich angeblich ei-

ne Untersuchungskommission nach ihm erkundigt hatte, wurde Bergmann erneut geschlagen und getreten, vor allem von Hoffmann selbst. Schließlich wurde das Lager geräumt, es blieben nur Hoffmann und Behrendt mit Bergmann zurück. Am nächsten Tag war Bergmann spurlos verschwunden .Der Ex-WSGler **Uwe Mainka** hatte vor Gericht ausgesagt, **Hoffmann habe auch hier den Auftrag zur Ermordung Bergmanns erteilt, Behrendt habe den Mord schließlich ausgeführt.** Auch das Gericht geht von Bergmanns Tod aus. Aber weder wurden Ermittlungen in Richtung einer weiteren Mordanklage angestellt, noch dieser Komplex extra als Körperverletzung mit Todesfolge behandelt.

Als drei Wochen vor dem Prozeß LKA-Beamte die angebliche Leiche Behrendts im Libanon fanden, wurden die Ermittlungsbehörden gefragt, warum sie nicht ebenso nach der Leiche Bergmanns gesucht hätten. Unter dem Hinweis auf die Bürgerkriegssituation im Libanon lautete die Antwort:,,*Im Libanon hätten wir vermutlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchen.*'' (Spiegel 34/84). Ein toter Einzeltäter paßt eben mehr ins Konzept als eine dritte Mordanklage.

Franziska Birkmann - Hoffmanns „bester Mann"

Schon die Staatsanwaltschaft hatte dafür plädiert, Birkmann von dem Vorwurf der Beihilfe zu den Morden freizusprechen. Es bestehe zwar der dringende Verdacht, daß sie in irgendeiner Form an dem Verbrechen beteiligt gewesen sei, aber ,,*sie rettet ihr Schweigen*'' . Wegen anderer Delikte hatte die Staatsanwaltschaft eine Strafe von einem Jahr und drei Monaten gefordert.

Übrig blieb nur die Verurteilung wegen Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens zu 6 Monaten, die mit der U-Haft abgegolten sind. Obgleich einige Zeugen auch über ihre Beteiligung an Mißhandlungen von WSGlern in Ermreuth ausgesagt hatten, erfolgte hier keine Verurteilung. Auch die Tatsache, daß sie anwesend war, als Hoffmann seinen Schalldämpfer baute, brachte ihr keine höhere Strafe. Bei der Strafzumessung verlieh das Gericht dann noch zu allem Überfluß seiner Bewunderung Ausdruck: ,,*Es wäre ein übermenschliches Opfer gewesen, den Angeklagten der Polizei auszuliefern... Die Angeklagte, die in bewundernswerter Weise zum Angeklagten steht, ist in schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten*''.

Die Zeugen — mal glaubwürdig, mal unglaubwürdig

Auffällig an der Zeugenwürdigung war, daß das Gericht bezüglich des Mordvorwurfes alle die Zeugen für unglaubwürdig hielt, die es hinsichtlich der Folterungen für glaubwürdig hielt. Dies ließ sich über die Annahme konstruieren, viele der ehemaligen WSGler wollten sich für die brutalen Mißhand-

Dies ließ sich über die Annahme konstruieren, viele der ehemaligen WSGler wollten sich für die brutalen Mißhand-

lungen im Libanon rächen. Das Gericht stellte daher hier die Frage in den Raum, ob ,,*diese Leute nicht angeben, sich wichtig machen wollen.*''

Z.B. sagte der ehemalige WSGler **Hans-Peter Fraas** aus, er sei von Hoffmann gefragt worden, ,,*ob er einen Juden in der Umgebung umbringen würde*''. Der Ex-WSGler **Alfred Kees** berichtete von Hoffmanns Frage, ,,*ob er einen alten Juden, einen Mossadagenten, 40 km von Ermreuth umbringen würde.*''

Aber — so das Gericht — Fraas und Kees seien ,,*mit Vorsicht zu genießen*''. Kees sei immerhin im Libanon in Ketten gehalten und malträtiert worden, das Wort ,,Mossad'' sei ihm darüberhinaus fremd gewesen, was ebenfalls gegen die Glaubwürdigkeit seiner Aussage spreche.

Auch der ehemalige WSGler **Odfried Hepp**, der erst letztes Jahr in Paris festgenommen wurde und seither dort im Knast sitzt, hat bei seiner kommisarischen Vernehmung für diesen Prozeß Hoffmann belastet und von der Ermordung zweier Mossadagenten geredet. Das Gericht berücksichtigte hier wieder, daß sich Hepp im Jahre 1980 von der WSG gelöst habe. Es hielt die Aussage über die Ermordung zweier Mossadagenten auch deswegen für unglaubwürdig, weil Frieda Poeschke keine Mossadagentin war, sondern umgebracht wurde, weil sie Zeugin des Verbrechens an Shlomo Levon geworden war.

Der Erwähnung gar nicht mehr wert war für das Gericht die bekannt gewordene und vom Bayerischen Innenministerium zugegebene Bedrohung und Beeinflussung der Zeugen durch Hoffmann (siehe dazu AK 260, S.21). Der ehemalige WSGler Alfred Kees, den

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

das Gericht ja ebenfalls bezüglich der Morde für unglaubwürdig hielt, hatte dem Gericht während seiner mehrtägigen Vernehmung zwei von Hoffmann geschriebene Kassiber vorgelegt, in denen er den Zeugen „juristische Tips" gab, wie sie um eine ihn belastende Zeugenaussage herumkämen. Ein Kassiber wurde von der FAZ am 13.2.85 folgendermaßen wiedergegeben: „*Von der gegenseitigen Selbstzerfleischung, heißt es in dem maschinengeschriebenen, sehr langen Text, habe niemand etwas, höchstens die Justiz. Was Kees vor der Polizei über einen angeblichen Mordauftrag gefaselt habe, sei nicht zu begreifen. Das Ende des Kassibers enthält dann den entscheidenden juristischen Tip: Aussagen vor der Polizei, die vor Gericht nicht bestätigt wurden, könnten dem Zeugen zwar immer unter die Nase gerieben werden, jedoch nicht mehr ins Urteil einfließen. Letzten Endes gelte nur das, was in der Hauptverhandlung gesagt werde.*"

Aber nicht nur mit harmlosen Handlungsanweisungen begnügte sich Hoffmann. Mehrere Zeugen sagten aus, daß sie sehr konkret bedroht worden waren. Kees berichtete, daß der WSGler Klinger ihm mit dem Tod mit der Bemerkung gedroht habe: „*Wegen dem Judenschwein braucht sich Hoffmann nicht einsperren zu lassen.*" Auch dem Zeugen Fraas habe Klinger mit dem Tod gedroht. Dieser soll dann zunächst zur Rücknahme seiner Aussage bereit gewesen sein, belastete aber Hoffmann vor Gericht dennoch schwer.

Die WSG — lauter unberechenbare Einzeltäter

In Bayern konnte zwar jahrelang die WSG als eine der schlagkräftigsten Neonazitruppen agieren — geduldet und verharmlost von Behörden und bayerischer Staatsregierung. Sie konnte zum Trainings-Durchlauferhitzer für andere rechtsradikale Organisationen avancieren, aber aus ihr gingen offenbar nur unberechenbare Einzeltäter hervor, die unabhängig von der WSG Attentate verüben. Das ist die bayerische Erklärung für das Oktoberfest und nun auch — gerichtlich bestätigt — für den Erlanger Doppelmord.

War Hoffmann nicht der Auftraggeber, so mußte Uwe Behrendt eben Alleintäter gewesen sein. Besonders bequem ist dabei die Annahme, daß Behrendt tot ist; so muß man sich nicht noch etwa mit Widersprüchen innerhalb dessen möglichen Aussagen herumschlagen.

Wichtig für die Begründung der Alleintäterschaft, für die Motivsuche, ist immer der unberechenbare, in der Tendenz psychopathische Charakter des Einzeltäters, der sich in nicht zu verarbeitenden Konfliktlagen befindet: Quälte sich der Bombenleger vom Oktoberfestattentat Gundolf Köhler, ehemals Mitglied der WSG, mit universitären Schwierigkeiten und einem Streit
toberfestattentat Gundolf Köhler, ehemals Mitglied der WSG, mit universitären Schwierigkeiten und einem Streit
mit seiner Freundin, so stellten sich für das Gericht im Hoffmann-Prozeß auch bezüglich Behrendt allerlei erklärende „Charakterzüge" ein: ein unsteter Mensch soll er gewesen sein, verschlossen, Förster und Elektrotechniker, ehemals Mitglied einer Burschenschaft. Hoffmann sei für ihn wie ein Vater gewesen. Deswegen ist der angeblich gefallene Satz: „*Chef, ich hab's für Dich getan!*" wohl auch so glaubwürdig für das Gericht. Behrendt hat danach seine Verpflichtungen gegenüber Hoffmann und der WSG in einem so übersteigerten Maß wahrgenommen, daß dies nun auch Hoffmann nicht billigen konnte, insbesondere weil er ja mit der eigenen Verdächtigung rechten mußte.

Ob Behrendt tatsächlich tot ist, ist eigentlich bis heute nicht ganz sicher. Die Ermittlungsbehörden waren aufgrund von Aussagen von WSGlern, die von seinem veränderten Aussehen nach den Morden und von Andeutungen, daß er der Mörder gewesen sei, auf ihn als Täter gekommen. Zunächst war er nur nicht auffindbar. Schließlich sagten die WSGler Leroy Paul, Bojarski und Hubel aus, Behrendts habe sich im Libanon das Leben genommen, wobei dei von Paul geschilderten Umnstände mehr als obskur waren. Ca. drei Wochen vor Prozeßbeginn fanden bayerische LKA-Beamte im Libanon dann auch eine Leiche. Aufgrund der angeblichen Übereinstimmung der Verpackung der Leiche mit den Zeugenaussagen wurde flugs davon gesprochen, daß es sich um die sterblichen Überreste Behrendt handle. Schließlich wurde eine Obduktion in München durchgeführt. Oberstaatsanwalt Brunner erklärte dann wenige Tage vor Prozeßbeginn „*das vorläufige rechtsmedizinische Gutachten bestätige die Annahme, daß man die sterblichen Überreste Behrendts gefunden habe.*" Über ein vorläufiges Gutachten hinaus war nichts mehr zu diesem Thema zu vernehmen. Das Gericht ging fortan von dessen Tod aus.

Ein ganz „normales" Strafverfahren

Der Vorsitzende Richter Koob war schon während des gesamten Prozesses krampfhaft bemüht, den Eindruck eines gewöhnlichen unpolitischen Strafverfahrens zu erwecken und gegen alle Widrigkeiten diesen Eindruck aufrecht zu erhalten. Besonders deutlich wurde dies aber bei der Urteilsbegründung: Die Worte ‚rechtsradikal', ‚rechtsextremistisch' oder ‚neonazistisch' tauchten einfach nicht auf, es scheinen dem Gericht wesensfremde Begriffe zu sein. Man wähnte sich beinahe im falschen Gerichtssaal, war doch zumindest anzunehmen, daß in dem Verfahren gegen Hoffmann wenigstens ein Satz zur politischen Einordnung der WSG fallen würde. Immerhin hatte Koob geduldet, daß Hoffmann gleich zu Beginn des Verfahrens 50 Stunden lang seine politischen Vorstellungen ausbreiten konnte (Koob: „*Wann kommen Sie zur Erlanger Sache?*", Hoffmann: „*Zunächst möchte ich mich zur Judenfrage äußern.*").

Dabei hätte das Gericht nur auf ein älteres rechtskräftiges Urteil zurückgreifen müssen. Da hieß es immerhin, Hoffmann sei „*ein militanter Radikaler faschistoider Ausrichtung*". Er erstrebe „*einen wehrfähigen Nationalstaat innerhalb des deutschen Lebensraumes. Wahlen seien nicht nur sinnlos, sondern für die wahren Ziele des Volkes sogar schädlich.*" Er vertrete das „*Führerprinzip*" (aus dem Urteil gegen Hoffmann aus dem Jahre 76 wegen unerlaubten Uniformtragens).



Der damalige Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Shlomo Levin (mit Megaphon) hält eine Rede auf einer Protestkundgebung gegen den neofaschistischen Auschwitz-Kongreß am 6. August 1977. Auf dem Hauptmarkt in Nürnberg warnte Levin davor, Naziveranstaltungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Unter den Zuhörern der Gegendemonstration befanden sich zahlreiche Anhänger und Mitglieder der WSG-Hoffmann. Sie verfolgten anschließend die Demonstrationsteilnehmer bis nach Ansbach.

An diesem Urteil hatte sich offensichtlich zumindest teilweise die Staats-
An diesem Urteil hatte sich offensichtlich zumindest teilweise die Staats-
anwaltschaft orientiert, die in ihrem Plädoyer in Hoffmann den „*geistigen Urheber*" der Doppelmorde gesehen hatte. Das Verbrechen habe seine Wurzeln in Hoffmanns „*militanten Radikalismus faschistoider Prägung*" gehabt. Mittels seines Radikalismus habe er seine politischen Ziele, „*einen autoritären Führerstaat*" durchsetzen wollen. Die Morde seien auch nicht nur heimtückisch, sondern auch aus einem niedrigen Beweggrund begangen worden: Hoffmann habe sich: „*in blindem Haß gegen die parlamentarische Demokratie zu Terrorunternehmen entschlossen, um seinem Endziel näher zu kommen, diesen Staat zu zerschlagen*".

Letztlich wandte sich die Staatsanwaltschaft aber auch von der erforderlichen politischen Motivbegründung ab und legte den Schwerpunkt ihrer Argumentation auf die finanziellen Schwierigkeiten Hoffmanns. Da er schon längere Zeit von der PLO Geld und Unterkünfte erhalten hatte, habe er sich in einer „*absoluten wirtschaftlichen und gewissen politischen Abhängigkeit von den Arabern*" befunden. Er habe sich mit dem Doppelmord vor der PLO profilieren und „*die eigene Härte und Durchsetzungsfähigkeit*" beweisen wollen.

Völlig versagt hat der Anwalt der Nebenkläger, Leske. Schon während des gesamten Verfahrens fiel er durch Inaktivität auf und überließ alles der Staatsanwaltschaft. Sein Plädoyer beinhaltete im wesentlichen eine Gratulation an die Staatsanwaltschaft für deren „*brillanten Vortrag*". Schließlich reduzierte er seine Erklärung für das Mordmotiv völlig auf eine angebliche finanzielle Abhängigkeit Hoffmanns. „*Latenter Antisemitismus*" sei „*kein Motiv für Hoffmann*" gewesen, da dieser „*bei Karl-Heinz Hoffmann nicht feststellbar*" sei. Vor dem Hintergrund, daß Leske von der jüdischen Kultusgemeinde beauftragt worden war, die Interessen der Angehörigen von Frieda Poeschke zu vertreten (Levins Schwester hatte eine Nebenklage abgelehnt — hatte sie sich von dem Verfahren sowieso nichts an Aufklärung erwartet?), vor diesem Hintergrund also gibt diese Feststellung von Leske ein deutliches Bild von dem bei ihm völlig fehlenden Interesse, sich an dem Verfahren einigermaßen ernsthaft zu beteiligen. Darüberhinaus nützten die Verteidiger Hoffmanns diese Bemerkung natürlich weidlich aus. Leske soll CSU-Mitglied sein, was wiederum einiges erklären könnte.

Was in diesem Prozeß fehlte

Der Prozeß ist nur von der erstaunlichen Verwandlung belastender Indizien zu Entlastungen geprägt, sondern er läßt sich auch anhand des vom Gericht erfolgreich betriebenen Aussparens der politisch brisanten Komplexe charakterisieren. Die Linie des Prozesses offenbart sich an dem, was fehlt und zeigt dadurch gleichzeitig die Übereinstimmung des Gerichts mit der bayerischen Umgangsweise mit Neonazismus.

Das Oktoberfestattentat

Zum einen war das Oktoberfestattentat kein Thema — und hätte es doch dringend werden müssen. Aufgrund von Zeugenaussagen hätte es mehrfach Möglichkeiten gegeben, auch dieses faschistische Attentat zum Gegenstand des Prozesses zu machen. Immerhin hatten einige WSGler im Zuge der Ermittlungen auch dieses Attentat der WSG bzw. Hoffmann angelastet.
Auch bei den Ermittlungen zu dem
WSG bzw. Hoffmann angelastet.
Auch bei den Ermittlungen zu dem
Münchener Attentat tauchten derartige Hinweise auf, Widersprüche, die nie geklärt wurden. Daran bestand auch kein Interesse von Seiten der bayerischen Staatsregierung, man wollte den toten Einzeltäter. Andernfalls wäre die jahrelange Verharmlosung der WSG zu deutlich geworden. Tatsächlich bleibt aber die Vermutung sehr naheliegend, daß auch dieses Attentat von Hoffmann zu verantworten ist:

„— *Es existieren zwei sich vollständig widersprechende Alibis für Hoffmann zur. Tatzeit (einmal Neuburg/Donau, ein anderes Mal Nürnberg/Ermreuth)*
— Die Aussagen von Zeugen, die am Tatort um Gundolf Köhler herum mehrere Personen gesehen haben wollen, werden als pure Aufschneiderei und unglaubwürdig bewertet.
— Die Einbindung Köhlers in die Neonazistische Szene wurde nie gründlich untersucht. Sein Name stand im Notizbuch des inzwischen in Paris geschnappten Odfried Hepp. Er nahm an mindestens zwei Wehrsportübungen bei Hoffmann teil. ...
— Das WSG-Mitglied Ulrich Behle bezichtet sich selbst in einem Hotel in Damaskus gegenüber einem Barkeeper: ‚Wir waren das in München.'
— Auch der Neonazi Stefan Wagner — Mitglied im ‚Sturm 7' einer hessischen Filiale der WSG — bezichtet sich selbst, kurz bevor er in Frankfurt Selbstmord verübte ...
— Eine Zeugin, die Zeichnerin ist, hat Gundolf Köhler eine Woche vor dem Anschlag in München gesehen. Sie beobachtete ihn, wie er zusammen mit drei bis vier weiteren Personen im elterlichen Auto saß und fertigte sogar Zeichnungen von den Insassen an. ... Der Zeugin wurden nicht einmal Lichtbilder vorgelegt. ..."
(aus der Broschüre „Der Hoffmann-Prozeß — Hintergründe, Widersprüche, offene Fragen")

Trotz dieser Widersprüche wurden die Ermittlungen mit dem Vermerk abgeschlossen: „*Konkrete Hinweise für eine Mitwirkung Dritter sind nicht vorhanden.*"

Die Verbindungen der WSG zur Polizei

Dieses hochbrisante Thema wurde ebenfalls aus dem Verfahren verbannt. (siehe dazu AK 260, S. 21 und AK 272, S. 5) Polizeihauptkommissar Werner Maluck hatte im Rahmen einiger Prozesse, die der Nürnberger Polizeipräsident gegen ihn angestrengt hatte, versucht nachzuweisen, daß die im Jahre 1980 in Ansbach verschwundene Polizeimunition möglicherweise auch zur Begehung des Erlanger Doppelmordes verwendet worden war. Auch wollte Maluck über entsprechende Beweisanträge in seinen Prozessen ein obskures Treffen zwischen Hoffmann und einem hohen Polizeibeamten (vermutlich der Nürnberger Polizeipräsident Kraus) zur Sprache bringen. Thema des Treffens: Die Befreiung von Rudolf Heß aus dem Spandauer Gefängnis. Das gleiche Thema soll nach der TAZ vom 16.6.86 ein Treffen zwischen oben genannten Personen mit einem ehemaligen Mitglied der bayerischen Staatsregierung, vermutlich Seidl, gehabt haben.

Maluck hatte sich dem Gericht bzw. der Staatsanwaltschaft als Zeuge angeboten. Obwohl lange Zeit die regionale Presse ständig über die möglichen Verbindungen zwischen Polizei und WSG berichteten, auch Zeugenaussagen immer wieder derartige Hinweise enthielten, meinten Gericht und Staatsanwaltschaft, auf diesen wichtigen Zeugen verzichten zu können. Und von dem Nebenklägervertreter Leske wurde erwartungsgemäß diese Chance ebenfalls nicht wahrgenommen.

A./KB Gruppe Nürnberg

Chronologie

— Die erste faschistische Provokation Hoffmanns wurde bereits 1968 bekannt: Hoffmann und seine Anhänger traten auf einem Faschingsball in SS-Uniformen mit Hakenkreuzfahne auf.

— 1974 gründet er die WSG mit dem Ziel „ ... *für den Krisenfall ... bereit (zu)stehen ...*"

— Bis 1980 gingen fast sämtliche führenden Neonazis durch die „Schule" Hoffmanns und bekamen eine militärische Ausbildung.

— 1975 versuchte Hoffmann Söldner für Rhodesien anzuwerben.

— Am 4.12.76 erregte der (allerdings nicht erste) Schlägereinsatz Hoffmanns in Tübingen in der demokratischen Öffentlichkeit so viel Aufsehen, daß es in der Folgezeit neben vielfältigen Aktionen von Antifaschisten auch zu mehreren Anfragen Abgeordneter bezüglich Hoffmanns Aktivitäten und eines Verbotes der WSG im Bundes- und Landtag kam. Der damalige Innenminister Seidl dazu: Man könne „*keine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung*" und „*keine strafrechtlich relevante Bedrohung andersdenkender Bürger*" erkennen.

— Im Jahre 1976 wurde Hoffmann in der Berufungsinstanz zu DM 8.000,- Geldstrafe verurteilt wegen unerlaubten Tragens von Uniformen und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. In der ersten Instanz hatte es noch einen Frei-
Uniformen und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. In der ersten Instanz hatte es noch einen Frei-
spruch gegeben.

— Im Herbst 1977 fand der Prozeß wegen des Schlägereinsatzes in Tübingen statt. Hoffmann, Heinzmann, der Gangführer der Wiking-Jugend, Dieterle und neun ihrer Anhänger wurden wegen „Führens von Waffen und schwerer Körperverletzung" angeklagt. Gleichzeitig standen drei Antifaschisten wegen Nötigung und Verstosses gegen das Versammlungsgesetz vor Gericht. Die Antifaschisten wurden zu Geldstrafen und zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt, ca. DM 50.000,- für jeden. Drei der Schläger und Hoffmann erhielten Haftstrafen zwischen 6 und 2 Monaten auf Bewährung, die anderen Schläger gingen frei aus.

— Im März 1978 wurde er abermals wegen unerlaubten Tragens einer Uniform als Ausdruck einer gemeinsamen Gesinnung angeklagt. In zweiter Instanz wurde er zu einem Jahr mit Bewährung und 3.000,- DM Geldstrafe verurteilt.

— Am 30.1.80 Verbot der WSG. Hauptargument war „*eine nicht länger zu duldende Belastung des Ansehens der BRD*". Die WSG hatte sich inzwischen auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt, hatte Kontakte zu Rechtsradikalen in Österreich, Belgien, Italien, Frankreich, USA. Die WSG-Zeitschrift „Kommando" erschien inzwischen in einer Auflage von mehreren Tausend Exemplaren.

— Ab Sommer 1980 pendelte Hoffmann zwischen Nürnberg und Beirut hin und her, wo er inzwischen die „WSG-Ausland" aufgebaut hatte, die hauptsächlich aus dem alten Kern der WSG bestand, und Dollarfälschung im großen Stil betrieb.

26.9.80
Oktoberfestattentat (13 Tote, über 200 Verletzte)
19.12.80
Doppelmord in Erlangen
16.6.81
Hofmann wird auf dem Flughafen Frankfurt festgenommen
21.6.81
F. Birkmann wird festgenommen
19.8.81
Gegen Hoffmann und Birkmann ergeht Haftbefehl u.a. wegen des Doppelmordes in Erlangen; Oberstaatsanwalt Brunner: „Man kann auch einen Mord auch begehen, ohne selbst zu schießen".
8.9.81
Hoffmann wehrt sich über seinen Anwalt Bukow: „Der Staatsanwalt ist offenbar froh, etwas Belastendes zu haben".
14.1.82
Der Bundesgerichtshof weist in einer Grundsatzentscheidung den Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) im Falle der WSG-Ausland zurück. Daraufhin werden die entsprechenden Haftbefehle außer Vollzug gesetzt, F. Birkmann ist wieder auf freiem Fuß.
April 82
Hoffmann tritt eine 18-monatige Strafhaft wegen verbotenen Tragens von Uniformen, Verstößen gegen das Waffengesetz und schweren Landfriedensbruchs an.
gens von Uniformen, Verstößen gegen das Waffengesetz und schweren Landfriedensbruchs an.
19.1.83
Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erhebt gegen Hoffmann Anklage wegen Mittäterschaft zweifachem Mord und gegen F. Birkmann wegen Beihilfe zum Mord. Oberstaatsanwalt Brunner: „Hoffmann hat in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute den Doppelmord begangen".
20.9.83
Die 5. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth lehnt die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Hoffmann und Birkmann ab.
28.9.83
Hoffmanns Strafhaft ist beendet, er wandert in Untersuchungshaft wegen falscher Dollarnoten und Sprengstoffbesitz
8.2.84
Aufgrund des Revisionsantrags der Staatsanwaltschaft wird die gleiche Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen; die 3. Große Strafkammer ist nun zuständig
22.3.84
Die Anklage gegen Hoffmann wird um ca. 40 weitere Punkte erweitert (Straftaten, die Hoffmann im Libanon begangen hat)
25.5.84
Die Anklage gegen Birkmann wird um drei Tatbestände erweitert (Nichtanzeige von Verbrechen, Beihilfe zur Geldfälschung, Körperverletzung)
20.6.84
Die erweiterte Anklage gegen Hoffmann wird zugelassen
14.7.84
Die erweiterte Anklage gegen Birkmann wird zugelassen
12.9.84
Beginn der Hauptverhandlung gegen Hoffmann und Birkmann



Protestwelle im Baskenland

gegen Auslieferung und Deportation politischer Flüchtlinge aus Frankreich

Ein Reisebericht

Vom 19. bis 26. Juli 1986 fand im Baskenland ein einwöchiger Marsch zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge im französischen Teil des Baskenlandes statt. Die Hauptforderung richtete sich auf die Wiederherstellung des Statuts des politischen Flüchtlings und auf die Sicherung der Lebensbedingungen für alle, die sich nach Nordeuskadi flüchten mußten. Der Marsch wurde organisiert von den „Gestoras pro Amnestia", der Organistion der Verwandten und Freunde der politischen Flüchtlinge und Gefangenen. Unterstützt wurde die Aktionswoche von der linken baskischen Partei Herri Batasuna, von EMK (baskische Movimiento Communista), LKI (Trotzkisten) und der baskischen Gewerkschaft LAB. Der Marsch wurde von breiter Solidarität in der baskischen Bevölkerung getragen.



Zu Lebzeiten des spanischen Diktators Franco hatten die baskischen Unabhängigkeitskämpfer/innen in dem französischen Teil Euskadis ein relativ sicheres Hinterland. Sie hatten den Status von politischen Flüchtlingen mit den entsprechenden Asylrechten. Mit der Einführung des demokratischen Systems in Spanien änderte die konservative Regierung Frankreichs ihre Haltung. Mit der Begründung, Spanien sei nun ein demokratischer Staat, sollte baskischen politischen Flüchtlingen generell kein Asyl mehr gewährt werden. Die französischen Sozialisten, damals noch in der Opposition, kritisierten diese Entscheidung vehement. Auf ihrem Parteitag 1979 in Metz verurteilte die Mitterand-Partei ausdrücklich die Verletzung der Menschenrechte und Folter, die in Spanien wie zu Zeiten des Franco-Regimes weiterbestünden. Mitterand erklärte, daß jedem Menschen, der um politisches Asyl bitte, dies ohne Ausnahme zu gewähren sei.

Mit der Wahl Mitterands zum Staatspräsidenten verbanden sich viele Hoffnungen der baskischen Flüchtlinge, und sie schienen sich zu bestätigen. Im Juni 1981 verhinderte der neue sozialistische Ministerpräsident Pierre Mauroy die Auslieferung von Tomas Linaza, ob-

nungen der baskischen Flüchtlinge, und sie schienen sich zu bestätigen. Im Juni 1981 verhinderte der neue sozialistische Ministerpräsident Pierre Mauroy die Auslieferung von Tomas Linaza, ob-

wohl sie von der Justiz für rechtens erklärt worden war. Innenminister Gaston Deferre verglich in einem Zeitungsinterview den Kampf der exilierten Basken mit dem der französischen Resistance zur Zeit der Besetzung Frankreichs durch die Nazis.

Im Oktober 1982 errang die spanische sozialistische Partei (PSOE) die Mehrheit bei den Parlamentswahlen, und Felipe Gonzales wurde Ministerpräsident. Ziemlich genau ein Jahr nach diesem Regierungswechsel verschlechterte sich die Situation der politischen Flüchtinge in Frankreich plötzlich und dramatisch. Beginnend mit dem Oktober 1983 setzte eine Mordserie ein, der bisher 22 Flüchtlinge zum Opfer fielen; zwei Menschen verschwanden spurlos, eine weitere Frau im spanischen Teil des Baskenlandes. Diese Morde gingen auf das Konto der „Grupo Antiterroristas de Liberacion" (GAL), einer Geheimorganisation, die ihre Mordtaten nach dem Muster südamerikanischer Todesschwadrone durchführt. Der baskische Widerstand geht davon aus, daß die Operationen der GAL mit Billigung spani-

nisation, die ihre Mordtaten nach dem Muster südamerikanischer Todesschwadrone durchführt. Der baskische Widerstand geht davon aus, daß die Operationen der GAL mit Billigung spani-

scher und französischer Regierungsstellen erfolgen, um unter den Flüchtlingen Angst und Schrecken zu verbreiten.

Zeitgleich mit dieser Terrorkampagne verschärfte die französische Regierung ihre Asylpolitik erheblich. Neu angekommenen Flüchtlingen wurde der Aufenthalt im gesamten Südwesten (also auch im französischen Baskenland), in der Bretagne und in Teilen der Normandie gänzlich untersagt. Im Januar 1984 kam es zu ersten Ausweisungen und Deportationen von Flüchtlingen nach Übersee, und im September 1984 erfolgte die erste Auslieferung eines Flüchtlings an die spanischen Behörden.

34 baskische Asylanten wurden bis zum Februar 1986 deportiert. Sie wurden auf die Länder Equador, Panama, Dominikanische Republik, Cap Verden, Venezuela, Kuba und Togo verteilt. Die Verhandlungen mit den Aufnahmeländern führte — mit Ausnahme von Togo — nicht etwa die französische, sondern die spanische Regierung. Die Lebensbedingungen der Deportierten sind in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. Sie reichen von ständiger Überwachung — teilweise sogar durch spanische Polizei! — über eingeschränkte Bewegungsfreiheit im Land, Entzug der Papiere, Verbot der Arbeitsaufnahme mit Lebensmittelzuteilung auf Kosten der spanischen Regierung bis zu völliger Bewegungsfreiheit mit Besitz eines UNO-Passes (Kuba).

Gegen dieses Zusammenspiel der Regierungen in Paris und Madrid richtete sich die Marschwoche vom 19. bis 26. Juli. Unmittelbar vor, während und nach der Aktionswoche für die politischen Flüchtlinge lieferte die französische Regierung drei Basken an Spanien aus. Es liegt nahe, daß es sich bei dieser zeitlichen Abstimmung um eine Provokation handelt, die in Paris von der spanischen Regierung bestellt wurde. Der Grund für die Kollaboration zwischen Paris und Madrid wird von den baskischen Flüchtlingen so eingeschätzt: „Nachdem sie Spanien in die EG eingegliedert haben, sind sie nun besorgt um die ‚junge spanische Demokratie' und gehen daran, sie nach der Facon der europäischen Demokratien herzurichten." (Zitat nach der Broschüre „Die baskischen politischen Flüchtlinge sprechen"). Ob dieses Kalkül aufgeht, ist noch offen: Auch nach dem Ende der Aktionswoche kam es in vielen Orten Euskadis anläßlich weiterer Auslieferungen zu heftigen Protesten.

Marsch durch Euskadi

Die „Gestoras pro Amnestia" führte in

Marsch durch Euskadi

Die „Gestoras pro Amnestia" führte in

diesem Jahr zum ersten Mal eine neue Aktionsform durch. In den vier Regionen Euskadis wurde je eine Marschgruppe gebildet, die die Namen dieser Regionen trugen: Araba, Biskaya, Navarro und Iparralde (letzteres liegt im französischen Teil des Baskenlandes). Über eine Woche lang zogen diese Marschsäulen durch nahezu jeden Ort Euskadis. Immer wieder mußten die Demonstranten auf freier Strecke demütigende Kontrollen durch die verhaßte Besatzungstruppe der Guardia Civil über sich ergehen lassen. In einer Reihe von Orten wurden die Kundgebungen auseinandergeknüppelt und mit Hartgummikugeln beschossen. Es gab eine Reihe Verletzter und mehrfach willkürliche Verhaftungen. Auf französischer Seite war es die CRS, die Bürgerkriegspolizei Frankreichs, die nach Kräften die Columna Iparralda schikanierte. Auch hier Verletzte und Verhaftete, obwohl von den Demonstranten keinerlei Aggression ausging.

Aufgrund der breiten Sympathie und Anteilnahme der Bevölkerung konnten die Marschierer die Anstrengungen und den Druck dieser Woche überstehen. Von dieser Solidarität konnten wir uns in unserem Urlaubsort Ondarroa, einem kleinen Fischerstädtchen, selbst überzeugen. An zentraler Stelle unterhalb der Kirche hing noch das örtliche Stimmergebnis von der letzten Wahl, das vor allem signalisierte: alles fest in baskischer Hand. Die linke Herri Batasuna und die (bürgerliche) baskische Nationalpartei PNV erhielten je 2.091 Stimmen, Kommunisten 430, die PSOE von Ministerpräsident Felipe Gonzales ganze 291 Stimmen.

Ansonsten aber war das beherrschende Thema auf den zahlreichen Plakaten an den Häuserwänden, in Schaufenstern und auch an den Marmorfassaden der Banken der Amnestie-Marsch. Große Transparente hingen an den Brücken, die den kleinen Fluß überqueren.

Zwei Tage vor Ende der Aktionswoche, wurde die Columna Biskaya in Ondarroa erwartet. Etwa zweihundert Menschen versammelten sich, darunter auffallend viele Frauen. Unter Abfeuern von Böllerschüssen setzte sich der Zug in Bewegung, an der Spitze drei Musikanten mit Flöten und Trommeln, gefolgt von zehn überlebensgroßen Puppen aus der örtlichen Kunstschule. Mit vielen baskischen Fahnen und Amnestietransparenten ging es zum Ortseingang, wo die etwa 150 Marschierer erwartet wurden. Gemeinsam ging es hinunter in die Stadt, die Demonstration wuchs auf fünfhundert Menschen an. Lieder wurden gesungen und Parolen gerufen, darunter immer wieder „ETA militarar" (= ETA kämpft) und

hinunter in die Stadt, die Demonstration wuchs auf fünfhundert Menschen an. Lieder wurden gesungen und Parolen gerufen, darunter immer wieder „ETA militarar" (= ETA kämpft) und

„PSOE — fascistas". Bei einer kurzen Kundgebung im Stadtzentrum wurde ein Tanz aufgeführt, ein Lied gesungen und aus der Menschenmenge heraus Parolen gerufen. Unter großen Beifall wurde an einem Fahnenmast die baskische Flagge gehißt, bevor es weiterging zum Ortsausgangs, wo die Marschierer verabschiedet wurden.

Polizei als Besatzungsmacht

Zum Ende der Aktionswoche nahmen die Spannungen noch einmal deutlich zu. Geplant war, daß sich die vier Marschgruppen am Samstag in Donostia (San Sebastian) zu einer großen Abschlußmanifestation vereinigen sollten, die mit einem Solidaritätskonzert von vier Rock-Gruppen ausklingen sollte. Auf Veranlassung der Madrider Zentralregierung hatte der Zivilgouverneur von Guipuzkoa die Kndgebung für illegal erklärt. Die Gestoras ihrerseits hatten noch einmal den friedlichen Charakter der Kundgebung betont und die städtische Polizei aufgefordert, Fragen der Verkehrsregelung einvernehmlich zu klären.

Trotz dringender Warnung des Barkeepers machten wir uns auf den Weg nach Donostia. An der Autobahnausfahrt hatte die Guardia Civil eine Sperre aufgebaut. Touristen konnten passieren, vier junge Männer in einem Fiat mit einem Aufkleber der linken baskischen Zeitung ‚egin' wurden festgehalten.

Die Kundgebung sollte an der großen Uferpromenade, dem Zentrum der Stadt, durchgeführt werden. Hier aber war die Policia Nacional aufgefahren und nahm jede Menschenansammlung sofort und ohne Vorwarnung mit Gummikugeln unter Beschuß. Wannen und Motorradstaffeln rasten hin und her.

Von den Demonstranten war zunächst nichts zu sehen. Lediglich am hektischen Gerenne der Uniformierten und am Knallen der Gewehre, mit denen die Gummikugeln verschossen wurden, ließ sich vermuten, daß die Polizei eine Gruppe ausgemacht hatte. Menschen wurden bis ins Wasser getrieben, das zu dieser Zeit den Strand unterhalb der Uferpromenade überflutete.

Bei alledem machte die Polizei einen brutalen, aber doch kopflosen Eindruck. Geraume Zeit war ihre Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt, weil in mehreren Straßen PKWs quergestellt waren, sodaß die Wannen nicht durchkommen konnten. An einer Stelle hatten zwei Busfahrer des städtischen Verkehrsbetriebes ihre Fahrzeuge quergestellt, sodaß nur Fußgänger passieren konnten. An der Hauptstraße zum Ufer hatten Demonstranten das Mobiliar zweier Straßencafès zu einer Barrikade umfunktioniert. Diese wurde von der Polizei zunächst abgeräumt, in Blitzaktionen jedoch mehrmals wieder aufgebaut. Die Demonstranten riefen dabei ihre Parolen und verschwanden bei Auftauchen der Polizei schnell wieder zwischen den Passanten und in den umliegenden Kneipen. Fast immer stieß die Polizei ins Leere: bei ihrem Auftauchen leerten sich die Straßen, und füllten sich sogleich wieder, sobald die Wannen weitergerast waren. Schwache Polizeikräfte an vermeintlich ruhigen Ecken sahen sich mehrfach plötzlich einem Hagel von Steinen und Flaschen ausgesetzt und mußen sich fluchtartig zurückziehen.

In ihrer Wut, selten mal einen handfesten Gegner zu finden, nahmen die Polizisten immer wieder drohende Haltung auch gegenüber unbeteiligten Passanten ein, schossen mit Gummikugeln wahllos auf Menschen, die sich nicht rechtzeitig in ein Geschäft geflüchtet hatten und gebärdeten sich ungeniert wie eine Besatzungsmacht. An einer Straßenecke rasten zwei Wannen auf Passanten los, die sich nur noch mit einem Sprung zur Seite retten konnten.

Einige Demonstranten flüchteten sich in die Kathedrale „Zum guten Hirten", wo gerade ein Gottesdienst stattfand. Noch im Inneren der Kirche verschossen Polizisten ihre Gummikugeln.

Erst nach etwa eineinhalb Stunden tauchte ein Polizeihubschrauber auf. Jetzt wurden die Aktionen deutlicher koordiniert; die großen Kreuzungen wurden besetzt, und es kehrte relative Ruhe ein. Insgesamt waren acht Men-

tauchte ein Polizeihubschrauber auf. Jetzt wurden die Aktionen deutlicher koordiniert; die großen Kreuzungen wurden besetzt, und es kehrte relative Ruhe ein. Insgesamt waren acht Men-

schen verhaftet und mehrere verletzt worden, einige so schwer, daß sie stationär in Krankenhäusern behandelt werden mußten.

Am Abend gab es noch einen Nervenkrieg um das Rockfestival, das in der Altstadt neben einer Kirche stattfinden sollte. Die schnurgeraden, einander rechtwinklig kreuzenden Gassen, die sonst jeden Abend von Touristen wimmeln, waren an diesen Tagen nur schwach belebt. Gradezu gespenstisch wirkten die Gassen, sobald eine Polizeikontrolle auftauchte. Jedes Gespräch erstarb in den Bars, bis die Streife vorüber war. Immer wieder waren vereinzelte Schüsse zu hören.

Obwohl eigentlich für 22 Uhr angesetzt, dauerte es noch bis nach Mitternacht, bis die endgültige Genehmigung für das Festival vorlag und die erste Band beginnen konnte. Bis tief in die Nacht wurde bei guter Stimmung getanzt und gesungen.

Der einwöchige Amnestie-Marsch hat mit dazu beitragen, daß die Frage des Schicksals der politischen Flüchtlinge gegenwärtig einen zentralen Stellenwert im politischen Leben in Euskadi einnimmt. Weitere Auslieferungen von Basken an die spanische Polizei wurden auch nach der Aktionswoche in vielen Orten Euskadis mit Demonstrationen beantwortet. In den Provinzhauptstädten Vitoria und Donostia kam es zu Straßenschlachten mit der Polizei. Sehr zur Verärgerung der Madrider Zentralregierung mehren sich mittlerweile auch im bürgerlichen Lager die Stimmen, die von Gonzales eine Abkehr von seiner knallharten Repressionspolitik gegenüber dem baskischen Widerstand fordern.

O. + U., Hamburg

'Gefangene auf die Straße — totale Amnestie'

Interview mit den 'Gestoras pro Amnestia Euskadi'

Auf einer Reise durch Euskadi hatten wir die Möglichkeit, ein Interview mit einem Anwalt der „Gestoras pro Amnestia de Euskadi", einer Organisation von Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen, zu führen. Die Gruppen der Gestoras gibt es in ganz Euskadi, vom kleinsten Dorf bis zur größten Stadt. Sie entstanden als Antwort auf die Repression und sind ein fester Bestandteil der nationalen Befreiungsbewegung. Es vergeht kein Tag ohne Aktionen der Gestoras, kein Dorffest ohne ihre nächtlichen Kundgebungen und kein Weihnachten ohne ihre Großdemonstrationen in Herrera vor dem größten Sicherheitsknast in Spanien.

rei/Ma und A./B.-B.

Wie ist die Lage der politischen Gefangenen in Euskadi?

Man muß sehen, daß diese Zahl von Gefangenen sehr hoch ist im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße Euskadis, das nicht einmal 3 Millionen Einwohner hat. Der spanische Staat versucht permanent, die Gefangenen von der baskischen Bevölkerung zu isolieren. Deshalb sind alle Knäste außerhalb Euskadis, Hunderte von Kilometern entfernt von den Angehörigen und der Realität Euskadis. Gegen diese Versuche hat die baskische Bevölkerung mit großer Solidarität reagiert. So fahren auch jede Woche die Angehörigen und Freunde gemeinsam in Bussen zum Knastbesuch. Als die Gefangenen im Streik waren, wurden Demos organisiert, bei denen sich bis zu 6.000 Personen vor dem Knast von Herrera versammelten.

Ein weiteres Vorhaben des spanischen Staates ist die Isolierung der Gefangenen untereinander, mittels Verschärfung der Haftstatuten. Das ganze ist stark an den Hochsicherheitsknästen der BRD orientiert. Diese Veränderungen laufen seit dem Tod Francos, also in der Phase, die sich die „politische Reform" nennt, und sie verschärfen sich unter der sog. sozialistischen Regierung. Die Gefangenen reagierten auf die Isolierungsversuche mit großer Geschlossenheit und Härte. Sie haben durch ihren geschlossenen Kampf die Rücknahme der neuen Regelung erreicht.

Vor kurzem gab es eine Meuterei in Herrera. Als die Knastbeamten versuchten, zwei Gefangene in Strafzellen zu verlegen, weigerten sich die übrigen Gefangenen, in ihre Zellen zu gehen. Die Gefängnisleitung sah sich gezwungen, mit ihnen zu verhandeln, obwohl die Guardia Civil intervenierte. Nach einigen Stunden der Meuterei und der Verhandlungen war die Verlegung der beiden Gefangenen in Strafzellen verhindert. Die Knastleitung hat als Reaktion darauf die Besuchszeit auf wöchentlich zehn Minuten verkürzt, was

Die Gefängnisleitung sah sich gezwungen, mit ihnen zu verhandeln, obwohl die Guardia Civil intervenierte. Nach einigen Stunden der Meuterei und der Verhandlungen war die Verlegung der beiden Gefangenen in Strafzellen verhindert. Die Knastleitung hat als Reaktion darauf die Besuchszeit auf wöchentlich zehn Minuten verkürzt, was

für die Angehörigen und Freunde bedeutet, für zehn Minuten Besuch mehr als 700 km fahren zu müssen. Die Besuchszeiten können nicht angesammelt werden.

Bei den Besuchen gibt es Trennscheiben. Die Angehörigen wie die Gefangenen werden durchsucht und müssen an Metalldetektoren vorbei. Obwohl es keine Militärgefängnisse sind, gibt es im Knast, besonders in Herrera, einen Militärkörper, die Guardia Civil. Dort ist ständig eine größere Gruppe von Guardias stationiert, die bei irgendwelchen Problemen des Wachpersonals in die Trakte reingehen, wie eine tatsächliche militärische Strafmacht. Sie sind eine konstante Bedrohung für die Gefangenen.

Derzeit kämpfen die Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen; ihre Forderungen sind in einer Plattform zusammengefaßt und reichen von den Besuchen bis zu der internen Organisation im Knast, im Trakt. Die zentrale Forderung ist im Moment die nach dem Gebrauch des Euskera, unserer Sprache, im Knast. Die Kommunikation, besonders die schriftliche, mit den Gefangenen in Euskera ist starken Restriktionen unterworfen, ist zensiert oder verboten. Und das, obwohl „ihre" Verfassung das Euskera als Sprache des baskischen Volkes anerkennt. Die Knastleitung erkennt das nicht an und versucht die Anwendung des Euskera zu verhindern, indem Briefe in unserer Sprache zurückgehalten werden. Die Gefangenen haben begonnen, ihre Briefe nur noch auf baskisch zu schreiben und wollen, daß sie auch nur noch Briefe in Euskera erhalten. Sie wollen nicht auf den Gebrauch der eigenen Sprache verzichten. Das hat zu einer gewaltigen Ansammlung von Briefen geführt, weil der Knast unfähig ist, alle Briefe zu übersetzen. Die Gestoras führen im Moment zusammen mit anderen Basisorganisationen, die unsere Sprache fordern, eine Kampagne durch unter dem Thema „Euskararentzat ere amnistia" (Amnestie auch für das Euskera).

Eure Forderung ist: Die Gefangenen auf die Straße! Totale Amnestie! Was bedeutet für euch „Amnestie"?

Für uns bedeutet Amnestie nicht ausschließlich die Freilassung der politischen Gefangenen aus dem Knast. Es gab Angebote seitens des spanischen Staates zur Freilassung oder zur „sozialen Wiedereingliederung" unter der Bedingung des Verzichts auf politische, ideologische Anschauungen über den bewaffneten Kampf. Diese Versuche sind gescheitert. Für uns ist die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen gleichzeitig die Forderung nach der Annullierung der politischen Ursachen, weshalb die Gefangenen im Knast sind. Konkret bedeutet das, seitens des spanischen Staates, die Anerkennung unserer nationalen Identität, als Volk, als Klasse. Es bedeutet die Anerkennung der minimalen Forderungen, die in der Alternative KAS zusammengefaßt sind. Die Alternative KAS (die „Minimalplattform" der in der KAS zusammengeschlossenen Organisationen) enthält die Forderungen: Freilassung der Gefangenen und ungehinderte Rückkehr der Flüchtlinge, weitgehende politische Freiheiten einschließlich der Legalisierung der nationalistischen Parteien, Anerkennung der baskischen Sprache, Abzug der spanischen Okkupationskräfte (Guardia Civil, Policia Armada, Cuerpo Superior de Policia), Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, ein Autonomiestatut für das Baskenland.

Die Gestoras verstehen sich als eine Massenorganisation, die für die Amnestie der Gefangenen und die Rückkehr der Flüchtlinge kämpft, aber eingebunden in die nationale Befreiungsbewegung und die Alternative KAS. Es hat im spanischen Stat einen Transformationsprozeß von der faschistischen Diktatur zum aktuellen System gegeben; das heißt aber nicht, daß es einen realen Wechsel gegeben hat. Die Apparate des faschistischen Staates sind weiterhin intakt und die faschistischen Mächte, die Banken und Militärs sind die Mächtigen, regiere nun wer will.

Mit einer sozialistischen Regierung, nach dem Faschismus, wird gemeinhin das Verschwinden der Folter angenommen in einem Staat, der inzwischen auch Mitglied der EG ist.

Zunächst ist die klare Feststellung zu machen, daß im spanischen Staat wei-

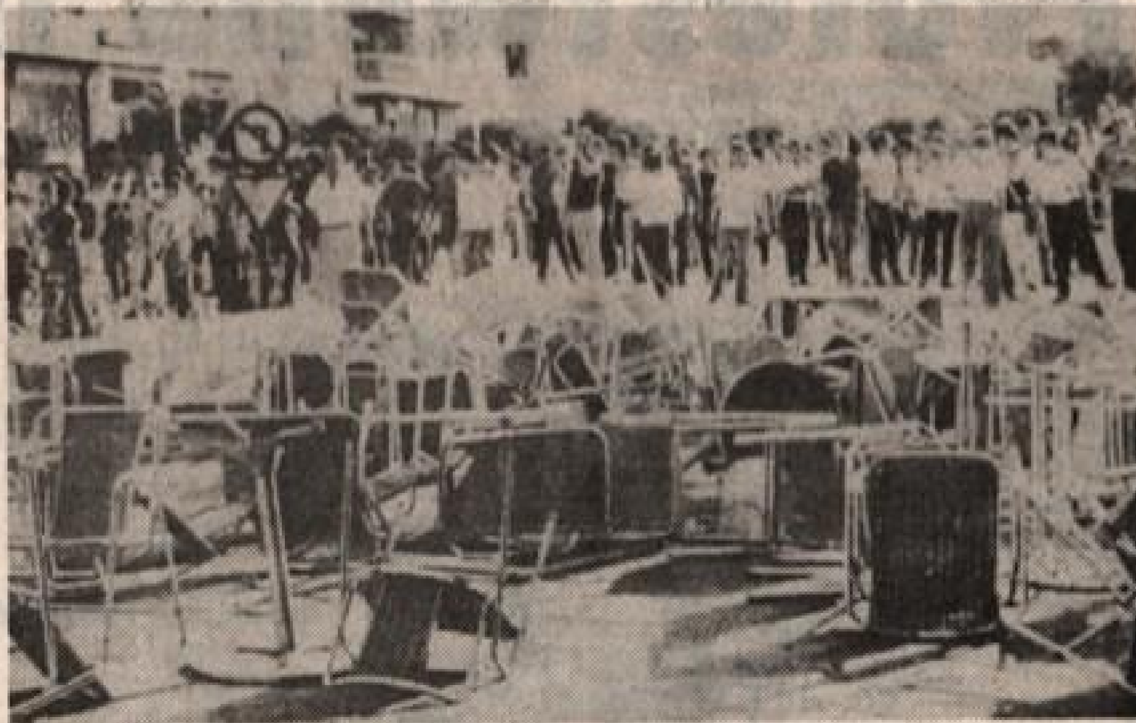
Mit einer sozialistischen Regierung, nach dem Faschismus, wird gemeinhin das Verschwinden der Folter angenommen in einem Staat, der inzwischen auch Mitglied der EG ist.

Zunächst ist die klare Feststellung zu machen, daß im spanischen Staat weiterhin gefoltert wird. Und in Euskadi ist die Folter systematisch und generalisiert, mit einigen speziellen politischen Charakteristika. Die Folter richtet sich konkret gegen Mitglieder der nationalen Befreiungsbewegung und in unterschiedsloser Form gegen die Bevölkerung. Das Antiterrorgesetz macht die Folter möglich und schafft einen großen Spielraum. So ist es möglich, eine totale Kontaktsperre von zehn Tagen über Verhaftete zu verhängen. Die Folter wird als Waffe systematisch eingesetzt, u.a. auch weil die soziale Eingliederung der Besatzungskräfte innerhalb der baskischen Bevölkerung unmöglich ist. Die Polizei ist isoliert und ohne Legitimation in einer Bevölkerung, die „ihren" Staat und „ihre" Verfassung abgelehnt hat und die weiterkämpft für die Souveränität des Baskenlandes.

90% der Verhafteten von 1985 waren in irgendeiner Form der Folter oder Mißhandlung unterworfen. Von den 1.181 Verhafteten im letzten Jahre, von denen gegen 765 das Antiterrorismusgesetz angewandt wurde, erstatteten 86 Folteranklagen. Physische Folter von Schlägen über Anwendung von Instrumenten, Elektroden, der banera, die Plastiktüte etc: jeder in Euskadi weiß, was das ist.

Auf internationaler Ebene habt ihr die systematische Folter angeklagt. Gibt es eine Sensibilisierung, eine Solidarität seitens internationaler Gremien? Wird die Existenz der Folter anerkannt? Was erwartet ihr von der Solidarität aus dem Ausland?

Die Folter ist vor allen möglichen internationalen Foren angeklagt worden, auch durch Amnesty international. AI hat einen Bericht über die Folter im spanischen Staat veröffentlicht, in dem



Barrikade in San Sebastian Foto: egin



Die Policia National setzt Gummigeschosse ein Foto: egin

die Existenz der Folter, insbesondere in Euskadi und gegen die nationale Befreiungsbewegung gerichtet, anerkannt wird. Wir denken, daß auf der Ebene der Staatsapparate ökonomische Interessen existieren, konkrete Interessen auf europäischer Ebene. Und deshalb gibt es auf dieser offiziellen Ebene ein Interesse an der Existenz der — wie sie es nennen — „jungen spanischen Demokratie". Aber es sind auch politische Interessen, einschließlich militärischer, hierzu gehört auch das Thema NATO. Deshalb will man sich nicht mit dem Thema Folter im spanischen Staat belasten. Auf offizieller Ebene gibt es keinerlei Druck auf die spanische Regierung hinsichtlich der Folter. Andererseits ist die spanische Regierung der PSOE dabei, auf europäischer Ebene ein demokratisches Bild zu verbreiten. Die Solidarität wird es daher sicher nur bei Gruppen oder Bewegungen außerhalb der offiziellen Institutionen geben. Wir denken, daß je-

Staat belasten. Auf offizieller Ebene gibt es keinerlei Druck auf die spanische Regierung hinsichtlich der Folter. Andererseits ist die spanische Regierung der PSOE dabei, auf europäischer Ebene ein demokratisches Bild zu verbreiten. Die Solidarität wird es daher sicher nur bei Gruppen oder Bewegungen außerhalb der offiziellen Institutionen geben. Wir denken, daß je-

de Klage durch ein Forum, jede Art von Druck gegen die Folter positiv ist.

Mit dem Antiterrorgesetz hat der Staat jetzt eine legale Basis für die Folter, für ihre Verschleierung. Welche weiteren Veränderungen hat das Antiterrorgesetz gebracht?

Das Antiterrorgesetz ist ein totales Repressionsgesetz.

Der Verhaftete hat überhaupt keine Rechte, er darf keinen Anwalt wählen sondern bekommt einen Zwangsanwalt, und das auch nur ausschließlich am Schluß bei der polizeilichen Deklaration. Es gibt für einen Anwalt, für Angehörige, für den Richter keine Möglichkeit, etwas über den Verhafteten zu erfahren. Man kann sagen, daß er ein legal Entführter ist. Eine weitere wichtige Konsequenz des Gesetzes ist die Sondergerichtsbarkeit. Die Anklagen werden nicht dort erhoben, wo die Verhaftung erfolgte, sondern vor dem Sondergericht in Madrid, der Audiencia Nacional, die speziell geschaffen wurde für die sog. Terrorismusprozesse. Zwischen dem Sondergericht in Madrid und dem Verhafteten in einem Kommissariat in Euskadi liegt eine Distanz von 500 km, und deshalb kann der Richter auch unmöglich exakt die Verhaftung beobachten.

Es ist die Audiencia Nacional, die den zwei oder fünf oder bis zu zehn Tagen Kontaktsperre zustimmt. Der Verhaftete ist also nicht nur von seinem Anwalt und den Angehörigen abgeschnitten, sondern auch vom Richter. Wir glauben, daß das Antiterrorismusgesetz die Macht des Polizeiapparates gegenüber der Justiz erheblich vergrößert hat.

Das Gesetz ist sehr zweideutig, wo es um die Definition von Delikten geht, die als Terrorismus gelten. Es gibt jene Delikte, die Verherrlichung des Terrorismus genannt werden, aber das Gesetz selbst definiert nicht, was das ist. Wenn in einer Zeitung eine Erklärung einer bewaffneten Organisation erscheint, kann das als Werbung bewertet werden, laut Gesetz, obwohl doch diese Zeitung lediglich über reale Ereignisse berichtet, darüber, daß es eine Erklärung gegeben hat. Dann gibt es das Delikt der sog. Kollaboration, Unterstützung des Terrorismus. Dieses Delikt ist ebenfalls nicht spezifiziert. Wenn ein Freund bei mir schläft, dieser Freund aber einer bewaffneten Organisation angehört, dann könnte ich wegen Unterstützung angeklagt werden, und das Strafmaß läge bei sechs bis zwölf Jahren. Wir glauben, das, was sie zerstören wollen, sind die menschlichen Beziehungen, die existierenden Freundschaften zwischen der Bevölkerung und den Militanten der bewaffneten Organisation. Die Delikte der Un-

Freund aber einer bewaffneten Organisation angehört, dann könnte ich wegen Unterstützung angeklagt werden, und das Strafmaß läge bei sechs bis zwölf Jahren. Wir glauben, das, was sie zerstören wollen, sind die menschlichen Beziehungen, die existierenden Freundschaften zwischen der Bevölkerung und den Militanten der bewaffneten Organisation. Die Delikte der Un-

terstützung sind so generalisiert, daß alles reinpaßt, daß es auf fast alle Leute angewandt werden kann. Die Mehrheit der Verhaftungen erfolgt unter den Vorwürfen Unterstützung und Werbung.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Gestoras sind die Flüchtlinge in Ipparalde, dem französischen Baskenland. Seit zwei Jahren ist die Zusammenarbeit zwischen Spanien und Frankreich enger geworden, es gab Auslieferungen und Deportationen. Derzeit sind mehrere 100 Flüchtlinge von neuen einschränkenden Maßnahmen bedroht.

Es sind nicht Flüchtlinge, die in einem fremden Land leben, sondern sie leben in einem Staat, der nicht der spanische Staat ist, aber sie leben auf unserem Boden, im baskischen Territorium. Für uns sind es Menschen, die aus demselben Grunde geflohen sind, weshalb andere im Knast sind, d.h. aufgrund der antidemokratischen Situation im spanischen Staat und dem dortigen kontinuierlichen Kampf. Deshalb sah sich eine erheblich Anzahl von Basken aus Südeuskadi gezwungen, nach Nordeuskadi zu gehen. Die genaue Zahl kann man nicht mit Sicherheit sagen, man schätzt, daß es mehr als 1.000 baskische politische Flüchtlinge in Ipparalde gibt.

Als Gestoras fordern wir die Rückkehr der Flüchtlinge, mit denselben Begründungen wie die Freilassung der politischen Gefangenen: Beseitigung der Ursachen, weshalb sie flüchten mußten. Aber hinsichtlich der Flüchtlinge gibt es eine weitere Forderung, die den französischen Staat angeht: Es ist die Forderung, daß die Flüchtlinge das Recht haben auf ihrem eigenen Boden zu leben, auf baskischem Territorium.

Seit längerer Zeit betreibt Madrid eine massive Kampagne um „Reuige" in den Knästen zu gewinnen. Wurden diese Angebote von Gefangenen angenommen?

Diese Kampagne hatte und hat sehr viel zu tun mit dem Kampf für die Amnestie und dem Kampf der Flüchtlinge. Es gibt keine legale Basis, kein Reuigengesetz, sondern der Staat versucht, über verschiedene Apparate Begnadigungen anzubieten, die Gefangenen und Flüchtlinge mit karikativen Maßnahmen zu ködern. Die fundamentale Basis für das, was „Politik der sozialen Wiedereingliederung" genannt wird, ist genau die Freilassung von Gefangenen oder die Rückkehr von Flüchtlingen als individuelle Lösung, ohne die Beseitigung der politischen Ursachen. Die Politik mit den Angeboten für Abschwörer ist in Euskadi, was die Organisation ETA militar betrifft, gescheitert. Die Regierung versuchte zuerst, bei allen Gefangenen diese Angebote unterzubringen, und nach dem Scheitern versuchte sie es mit den Flüchtlingen in Ipparalde mit so großartigen Angeboten wie „keine juristische Verfolgung ihrer Taten, wenn sie bereuen und dann zurückkommen." Das scheiterte auch. Derzeit gibt es einen Rückgriff auf die Politik mit diesen Maßnahmen für Reuige, Abschwörer.

Aber bei denjenigen Gefangenen, die davon ausgehen, daß die politische Situation in Euskadi keineswegs normalisiert ist, ist die Politik der Wiedereingliederung und des Abschwörens total gescheitert.

Andererseits erreicht die Repression aber eine Ebene, daß die spanische Regierung Manöver startet zur Isolierung und um Konfusion unter den Gefangenen zu schüren. Es wurden Briefe an die Angehörigen von politischen Gefangenen geschickt, mehrheitlich sind es anonyme Briefe, in denen gesagt wird: „Wir sind Angehörige von politischen Gefangenen und wenn Sie, die Angehörigen, ein Papier unterschreiben, dann können Ihr Sohn/Ihre Tochter, Ihre Frau/Ihr Mann raus, weil er/sie ja schon mit dem bewaffneten Kampf abgerechnet hat". Das ist ein Manöver der Regierung und der Polizeiapparate zur Verunsicherung der Angehörigen, damit diese Druck auf die Gefangenen machen, die staatlichen Angebote zu akzeptieren. Das ist aber auch gescheitert. Die Angehörigen selbst haben das massiv verurteilt als einen weiteren Akt der Repression. Die Gefangenen und die Flüchtlinge wollen diese Angebote nicht annehmen. Sie wollen keine individuellen, karikativen Maßnahmen, sondern die Anerkennung als politische Gefangene und Flüchtlinge, die Anerkennung der Forderungen des baskischen Volkes. Sie wollen die Fortsetzung des Kampfes, bis diese demokratischen Freiheiten durchgesetzt sind, die einen Neubeginn möglich machen.

Am 12. März hat die große Mehrheit der Basken im Referendum gegen die

und Flüchtlinge, die Anerkennung der Forderungen des baskischen Volkes. Sie wollen die Fortsetzung des Kampfes, bis diese demokratischen Freiheiten durchgesetzt sind, die einen Neubeginn möglich machen.

Am 12. März hat die große Mehrheit der Basken im Referendum gegen die NATO gestimmt. In den Demos und Aktivitäten vor dem Referendum gab es immer die Parole: OTAN ez — Amnistia bai — NATO nein, Amnestie ja. Warum?

Es ist klar, daß die Gestoras nicht eine Organisation sind, die sich ausschließlich um die Freilassung der Gefangenen kümmert, sondern die als politische Organisation zu antworten hat auf alle Probleme, mit denen Euskadi konfrontiert ist. Für die Gestoras als Antirepressionsorganisation war die NATO ein Schlüsselthema in dem gesamten Prozeß der Militarisierung im spanischen Staat. Deshalb haben wir auch eine massive Kampagne gegen die NATO-Mitgliedschaft geführt, den militaristischen und repressiven Charakter dieses Bündnisses verurteilt. Die Gestoras sind eine Massenorganisation, eine politische Organisation mit direkter Verbindung zu den Organisationen der Befreiungsbewegung, eine antirepressive Organisation, die auf alle Probleme antwortet, die Euskadi betreffen.

Die NATO als politisch-militärische Struktur des Imperialismus hat natürlich ihre direkten Auswirkungen, wo es darum geht, soziale und nationale Freiheiten zu erkämpfen. Dies ist vor allem auch ein Apparat zur Kontrolle der Bevölkerung, zum Schutz der kapitalistischen Interessen auf allen Ebenen. Wir verurteilen diese Repressionspolitik, diese Politik gegen den „inneren Feind", die Repression gegen den Prozeß der Befreiung, zur nationalen und zur sozialen Befreiung, der unterdrückten Klassen und unterdrückten Völker, deshalb haben die Gestoras zu einem klaren „Nein" zur NATO im Referendum mobilisiert.

KAS: Bündnis von LAB (Gewerkschaft), HASI (Sozialistische Partei), ETA militar, Gestoras

"England ist gegen Demokratie in Irland"

Interview mit Briege Brownlee und Danny Morrison, Sinn Fèin

Wir sprachen mit Briege Brownlee und Danny Morrison bei ihrer Sinn Féin-Rundreise durch die BRD in Hamburg am 28.5.86.

Danny Morrison ist Mitglied des Sinn Féin-Vorstands und Abgeordneter der Sinn Féin im nordirischen Parlament; er ist Mitinitiator der „neuen Linie" der Sinn Féin, der Verbindung von bewaffnetem Kampf und Wahlbeteiligung.

Briege Brownlee hat wegen IRA-Aktivitäten sechs Jahre im Frauengefängnis Armagh gesessen; sie ist Sprecherin der „Stop the Strip-Searches Campaign".

Arbeiterkampf: In welcher Lage befinden sich derzeit die Katholiken in Nordirland?

Morrison: Es gibt offensichtlich Armut in Nordirland, und traditionell sind es immer die Katholiken gewesen, die am stärksten sozial deklassiert wurden, etwa in Bezug auf Wohnverhältnisse und Arbeitslosigkeit. In den letzten Jahren hat die britische Regierung im Rahmen ihrer Normalisierungspolitik Geld in den Norden gepumpt, und es gibt ein großes Wohnungsprogramm, besonders in den Ghetto-Vierteln von Belfast.

Aber die Mieten sind immer noch sehr hoch, sodaß selbst für Menschen mit Arbeit fraglich ist, ob sie diese Mieten werden bezahlen können. Sie brauchen staatliche Hilfen, um nur die Mieten zahlen zu können. Das Schlimmste ist aber die hohe Arbeitslosigkeit. Das Problem ist, daß die nationalistische Bevölkerung aufgrund von Jahrzehnten der Arbeitslosigkeit keine

Schlimmste ist aber die hohe Arbeitslosigkeit. Das Problem ist, daß die nationalistische Bevölkerung aufgrund von Jahrzehnten der Arbeitslosigkeit keine

Ausbildung mehr hat, daß also, selbst wenn eine Industrie in den nationalistischen Gebieten entstehen würde, die Menschen nicht mehr die Fähigkeiten hätten, um dort zu arbeiten. Die Jobs würden also trotzdem an Loyalisten gehen.

Die Arbeitslosigkeit hat 20% im Durchschnitt erreicht, aber in nationalistischen Gebieten gibt es bis zu 70 oder 80 Prozent männliche Arbeitslose.

Die britische Regierung behauptet, daß die IRA die aktuellen Auseinandersetzungen begonnen hat...

Morrison: Tatsache ist, daß der erste britische Soldat nicht vor Februar 1971 von der IRA getötet wurde, daß aber zwischen August '69 und Februar '71 viele Nationalisten von der britischen Armee getötet wurden. Die Loyalisten bildeten eigene paramilitärische Gruppen, deren Mordkampagne über 800 Katholiken zum Opfer fielen.

Die britische Regierung sagt, die IRA wäre terroristisch und sie würden niemals mit der IRA reden. Aber sie haben sich mit der IRA getroffen (Juli 1972), um Waffenstillstandsverhandlungen zu führen.

In diesen letzten 16 Jahren des Befreiungskampfes hat die britische Armee Massaker auf den Straßen durchgeführt. Über 2.000 Menschen wurden ohne Gerichtsverfahren interniert; im Augenblick benutzen sie Gerichte ohne Geschworene, deren Richter meist ehemalige Mitglieder der loyalistischen Regierung oder der britischen Armee sind.

Wäre es nicht möglich, dagegen mit friedlichen Mitteln vorzugehen?

Morrison: Nationalisten haben friedlich protestiert, sie haben Petitionen an die Regierung geschickt, sie sind in die Parlamente gegangen, und nichts hat gewirkt. Das einzige Gesetz, auf das sie jemals Einfluß nehmen konnten, war ein Gesetz über den Schutz von Wildenten.

Und das ist der Grund für die breite Unterstützung der IRA. Großbritanien ist gegen Demokratie in Irland. Sie belehren irische Nationalisten über Wahlen, aber wenn das Wahlergebnis ihnen nicht zusagt, ignorieren sie es einfach.

Zum Beispiel gab es vor fünf Jahren einen Hungerstreik in den H-Blocks von Long Kesh (Irisches Hochsicherheitsgefängnis). Bobby Sands, der an dem Hungerstreik teilnahm, kandidierte bei Wahlen, und er bekam doppelt soviele Stimmen wie Magret Thatcher in ihrem Wahlkreis; aber die Reaktion der britischen Regierung auf Bobby Sands Wahl war nicht, mit ihm zu reden und so den Hungerstreik zu beenden; ihre Reaktion war ein Gesetz, das Gefangenen verbietet, für das Parlament zu kandidieren.

Wodurch unterscheidet sich die IRA von anderen Gruppen wie der RAF, Action direct oder den CCC?

Morrison: Es gibt einen zentralen Unterschied zwischen der IRA und diesen anderen, isolierten Gruppen in Europa. Die IRA hat eine Tradition; Sie hat im Aufstand von 1916, als erstmals eine irische Republik ausgerufen wurde, die britische Armee in den Straßen von Dublin offen bekämpft. Sie hat seitdem Guerilla-Kampagnen geführt, im Süden, aber hauptsächlich im Norden Irlands, und sie hätte niemals das Ausmaß der britischen Repression überleben können, wenn sie nicht so fest in der Bevölkerung verankert wäre. Zudem bekommt die IRA — in Form von Unterstützung der Sinn Féin — Anerkennung bei Wahlen.

Der Unterschied ist: Die IRA führt, obwohl tausende interniert, hunderte verhaftet und über 200 IRA-Volunteers getötet wurden, einen legitimen nationalen Befreiungskampf um ein Territorium, um die Souveränität Irlands, und ist keine ultra-linke Gruppe, isoliert von der Bevölkerung, aus intellektuellen Angehörigen der Mittelschicht, die absolut keine Basis in der Bevölkerung haben. Wir begreifen uns in der Tradition der NLF, der Sandinisten, der Gruppen, die in Algerien und Vietnam Befreiungskämpfe geführt haben.

Wenn wir einmal die nationale Frage beiseite lassen, was ist Sinn Féin-Politik, zum Beispiel im kommunalen Bereich?



Brige Brownlee

Morrison: Wir sind der festen Überzeugung, daß wir die Verankerung in den lokalen Gemeinschaften brauchen. Sinn Féin hat viel Energie in die Einrichtung von Beratungszentren investiert, um den Menschen zu helfen, besonders im Umgang mit lokalen und britischen Behörden, den Wohnungsämtern, Wohlfahrtsämtern usw. Wir verfügen heute über viele „Advice-Centres" im Norden.

In den 26 Counties (Südirland), wo Sinn Féin sehr viel kleiner ist, haben wir diese Politik wiederholt. In Gebieten wie den Dubliner Arbeitervierteln gibt es ein großes Heroin-Problem. Die Dubliner Regierung hat aufgrund ihrer starken Betonung grenzübergreifender „Sicherheit" viele Kräfte dort (an der Grenze) konzentriert, sodaß Dublin selbst über zu wenig Polizei verfügt. Dadurch konnten die Drogenhändler große Gebiete unter ihre Kontrolle bringen. Sinn Féin hat die Bewohner in Aktionsgruppen organisiert, die die Drogenbarone in ihren Häusern besuchen und Pickett-lines (stehende Demonstrantenreihe mit Plakaten) gebildet haben. In einigen Fällen konnten sie die Händler aus der Gegend vertreiben.

Diese Politik hat uns einige Unterstützung gebracht, aber die Dubliner Regierung hat viele Leute verhaften lassen. Vier Republikaner, die verhaftet wurden, als sie gegen einen der schlimmsten Pusher, der persönlich für den Tod vieler Jugendlicher verantwortlich war, vorgehen wollten, wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Wie sieht die Arbeit der Frauen in Sinn Féin aus und wie sind sie organisiert?

Brownlee: Bei den letzten Lokalwahlen kandidierten erstmals Frauen. In Belfast sind jetzt zwei Frauen unter den sieben Konzilsmitgliedern der Sinn Féin. Die Wahlen warfen ein Schlaglicht auf die Situation der Frauen, die bis dahin nur auf unteren Ebenen gearbeitet und keine Führungspositionen besetzt hatten.

Seit den Wahlen sind die weiblichen Konzilsmitglieder in verschiedenen Komitees engagiert, etwa dem Komitee für Parks und Freizeit und im Sozialwesen. Außerdem gibt es Frauen, die sehr hohe Positionen in Sinn Féin besetzen: Die „An Phoblacht/Republican News" (Zeitung der Sinn Féin) wird von Rita O'Hare herausgegeben, die auch Vorsitzende des Frauen-Departments ist. Diese Sektion wurde in den späten Sechzigern gebildet, als man merkte, daß Frauenfragen nicht adäquat berücksichtigt wurden von der Bewegung. Es wurde für nötig erachtet, ein Frauen-Department zu schaffen, das sich, eingebunden in den größeren Zusammenhang des politischen Kampfes, mit Frauen-Fragen beschäftigt.

Auch das Büro für Auswärtige Angelegenheiten wird von einer Frau geleitet (Sile Darragh), die mit der Information der Menschen in anderen Ländern und der Organisierung von Solidarität beschäftigt ist.

Das Frauen-Department unterhält ein Frauenzentrum in Belfast, das einzige, das sich speziell um die wachsenden Probleme der Frauen aus der Arbeiterklasse kümmert.

Seit die gegenwärtigen Kämpfe begannen, haben die Frauen die Hauptlast zu tragen; ihre Männer wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, sodaß die Frauen nun die volle Verantwortung übernehmen und den Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen müssen. Im Frauenzentrum beschäftigen wir uns mit verschiedenen Problemen, die die katholischen Arbeiterviertel betreffen. Wir haben eine hohe Quote von Vergewaltigungen und Inzest, Sachen, die in Irland bis heute kaum diskutiert werden. Es gab zwar viele Sinn Féin-Zentren, aber dört saßen Männer, und wir stellten bei unseren Gesprächen mit Frauen, die vergewaltigt worden oder von ihren Vätern und Brüdern sexuell mißbraucht worden waren fest, daß diese Frauen nicht bereit waren, in die Zentren zu gehen ud mit Männern darüber zu sprechen.

In den zwei Jahren, die das Frauenzentrum jetzt besteht, sind wesentlich mehr Frauen zu uns gekommen als vorher, weil sie wissen, daß Männer dort nicht geduldet werden. Das hat Probleme gegeben, da es in der Bewegung Männer gibt die meinten, daß wir sie diskriminieren würden, was nicht der Fall ist.

Die Armut in Nordirland ist groß, und auch hier tragen die Frauen die Hauptlast, weil sie die Familien sattkriegen müssen, den Haushalt führen usw. Wir helfen ihnen dabei, Unterstützung zu bekommen, zum Beispiel Kleidergeld für ihre Kinder, auf das sie einen Anspruch haben, ohne es zu wissen.

Ist aus der Einbeziehung der Frauen in den Kampf ein wachsendes Bewußtsein für Frauenfragen entstanden?

den Kampf ein wachsendes Bewußtsein für Frauenfragen entstanden?

Brownlee: Ja. Es hat in der Geschichte immer Frauen gegeben, die am Kampf teilgenommen haben, aber es wurde nie als eine feministische Beteiligung begriffen.

Anfang 1913 entstand Cumman na mBan und Inghinidhe na hEireann, die „Töchter Irlands". Inghinidhe na hEireann war eine radikale feministische Bewegung, und sie versuchte, Fragen aufzuwerfen, die die Frauen besonders betrafen, aber ohne wirklichen Erfolg. Erst heute sind die Frauen wirklich beteiligt, und das hat Bewußtsein hervorgebracht. Bis vor wenigen Jahren wurde nie über Abtreibung geredet, sowenig wie über Verhütung, die als reines Frauenproblem betrachtet wurde. All diese Fragen sind sehr kontrovers in Irland, selbst innerhalb der republikanischen Bewegung, die immerhin eine radikale Bewegung ist. Man kann sich also vorstellen, wie es beim Rest der Bevölkerung aussieht.

Ein anderes Problem war, daß Frauen die Bewegung verlassen mußten, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Es gab keine Kinderbetreuung oder dergleichen, sodaß ihre Mitarbeit in der Bewegung sehr beschränkt, teilweise gänzlich unmöglich wurde. Jetzt gehört es zur Sinn Féin-Politik, bei allen Konferenzen und Meetings Kinderkrippen einzurichten, so daß jedes Mitglied teilnehmen kann.

Danny Morrison



Briege, du bist Vorsitzende des Komitees gegen Strip Searches und warst selbst sechs Jahre in Armagh inhaftiert. Wie sind die Verhältnisse dort und was ist Strip Searching?

Brownlee: Als ich 1976 nach Armagh kam, war die Kriminalisierungskampagne der britischen Regierung auf ihrem Höhepunkt. In den folgenden Jahren erlebte ich die verschiedenen Formen der Repression, mit denen die Briten den Widerstand der politischen Gefangenen zu brechen versuchten. (1976 war den republikanischen Gefangenen der politische Status entzogen worden, was eine erhebliche Verschlechterung der Haftbedingungen zur Folge hatte.)

Meine Inhaftierung fiel mit dem Beginn einer Kampagne zusammen, die die Wiedereinsetzung des politischen Status zum Ziel hatte. Wir haben damit begonnen, die Arbeit im Gefängnis zu verweigern, woraufhin uns sämtliche Vergünstigungen entzogen wurden; wir erhielten keine Briefe und Pakete mehr, das Besuchsrecht wurde ausgesetzt. Daraufhin sind wir in einen Hungerstreik getreten und haben uns, da uns vernünftige Waschgelegenheiten verweigert wurden, nicht mehr gewaschen. Dieser „No Wash-Protest" dauerte ein Jahr. Die Gefängnisverwaltung reagierte mit immer mehr Repressalien, Frauen wurden zusammengeschlagen, aber sie konnten die Solidarität der Frauen nicht brechen.

1982 wurden die Strip Searches eingeführt, als ein weiteres Moment der Repression gegen die weiblichen Gefangenen. Sie wurden ausschließlich bei Untersuchungsgefangenen gemacht, die nach britischem Recht wöchentlich einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. Jede Woche beim Verlassen und beim Betreten des Gefängnisses werden sie seitdem untersucht.

Zunächst verweigerten die Gefangelassen und beim Betreten des Gefängnisses werden sie seitdem untersucht.

Zunächst verweigerten die Gefangenen den Befehl, sich auszuziehen, mit dem Resultat, daß sie von bis zu vierzehn Aufseherinnen geschlagen und gewaltsam entkleidet wurden. Nach einigen Wochen wurde diese Form des Widerstandes fallengelassen, da die Frauen zum Teil schwere Verletzungen davontrugen und es nicht mehr ertragen konnten, sich die Kleider vom Leib reißen zu lassen. Die einzige Begründung der Nordirischen Regierung für diese Maßnahmen ist: Sicherheit. Bis heute hat es über 3.500 Strip Searches in Armagh gegeben, wobei seit 1982 nie mehr als 24 Frauen im Gefängnis waren, von denen wiederum nur sechs bis zwölf den Leibesvisitationen unterworfen wurden. Niemals ist irgendetwas gefunden worden. Alles ist auf Erniedrigung und Verunsicherung der Gefangenen ausgerichtet.

Eure Kampagne richtet sich schwerpunktmäßig gegen Strip Searches in Armagh bzw. dem neuen Gefängnis Maghaberry. Gibt es nicht auch in anderen Gefängnissen, etwa im Männergefängnis Long Kesh, entsprechendes?

Brownlee: Wir haben das untersucht und auch eine Anfrage im Parlament gestellt. Das Ergebnis ist, daß eine Frau in Armagh/Maghaberry 34 mal so oft dem Strip Searching unterzogen wird wie in irgendeinem anderen Gefängnis.

Die Art des Strip Searching, der die Männer in Long Kesh unterzogen werden, unterscheidet sich völlig von der in Maghaberry praktizierten. Die Männer müssen sich nie völlig ausziehen, es ist eine halb-und-halb Methode, das heißt, sie ziehen ihr Hemd aus, bekommen es zurück, ziehen ihre Hose aus, bekommen sie zurück. Ihre Unterwäsche müssen sie nicht ablegen. Wir haben einen Soziologie-Professor vom Trinity-College in Dublin gebeten, die Auswirkungen der Strip Searches auf die Frauen zu untersuchen. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Erfahrung des Strip Searches nur mit einer Vergewaltigung vergleichen läßt.

Das Interview führte nb/Hamburg.

Zur Unterstützung der „Stop the Strip Searches" Kampagne können Schreiben gesandt werden an Nicholas Scott, Minister for Prisons, Northern Ireland Office, Belfast, oder an Peter Barry, Minister of Foreign Affairs, Iveagh House, Dublin 2.

Der Kampagne kann beigetreten werden, indem eine Spende gesandt wird an Stop the Strip-Searches Campaign, A/C No. 7239/1717, Bank of Ireland, Rotunda, Dublin 1. Ihr werdet dann auf dem Laufenden gehalten.

"Die strategische Niederlage der Contra ist unumkehrbar ..."

Seit Mai letzten Jahres spricht Verteidigungsminister Humberto von der strategischen Niederlage („derrota estratègica) der Contra. Die Sandinisten konnten spektakuläre Erfolge im Kampf gegen die Contra verzeichnen. Ende letzten Jahres verdrängten sie Contra-Gruppen aus dem Grenzgebiet zu Costa Rica im Rahmen des „Planes Souveränität" und im Norden konnten sie große Teile der bereits im Land operierenden Regionalkommandos der FDN über die Grenze nach Honduras zurückdrängen. Trotzdem nahm die Anzahl der gemeldeten Contra-Überfälle besonders auf Zivilpersonen und wirtschaftliche Einrichtungen nicht ab. Die Contra ist also weiterhin militärisch aktionsfähig und die von ihr verursachten Schäden sind beträchtlich. Ist die „strategische Niederlage" Ausdruck einer Selbstüberschätzung der Sandinisten oder Teil psychologischer Kriegsführung, oder ist der Niedergang der Contra wirklich irreversibel? Werden die 110 Millionen Dollar der Reagan-Administration zu einem Wiederaufschwung der Contra führen? Oder wird den USA die offene Invasion als einzige Option übrigbleiben?

Über diese Fragen führten wir ein Gespräch mit einem der Militär-Kommandanten des sandinistischen Heeres (EPS), das wir im folgenden zusammenfassen.

U+U, 1. Juni 1986, Managua

Was bedeutet die strategische Niederlage der Contra und wie ist es dazu gekommen?

Bis Mitte 84 entwickelte die Contra einen stetig wachsenden Einfluß in den Grenzregionen Nicaraguas. Sie verfügte über schätzungsweise 15.000 Kämpfer, die in verschiedenen Regionalkommandos organisiert in Nicaragua operierten. Einige Gegenden waren völlig unter militärischer und politischer Kontrolle der Contra. Es handelte sich um entlegene, isolierte Bergregionen, in denen die Sandinisten noch nicht politisch Fuß fassen konnten und wohin die politische

Contra. Es handelte sich um entlegene, isolierte Bergregionen, in denen die Sandinisten noch nicht politisch Fuß fassen konnten und wohin die politische

Arbeit der FSLN noch nicht gelangt war. Einige Kader der Frente verschlimmerten dort die Situation noch durch gravierende Fehler (z.B. Unkenntnis der Lebensbedingungen der Bauern, paternalistisches Auftreten, Verunglimpfung der Kleinbauern als Kapitalisten, etc.).

Dies war jedoch nicht der entscheidende Faktor für den politischen Einfluß der Contra. Die Contra war eben den Sandinisten zuvorgekommen, sie war vor der Frente bei den Bauern und versprach diesen eine bessere Zukunft.

Auch militärisch hatten die Sandinisten die Contra zu Beginn ihres Auftretens nicht sehr ernstgenommen. Es handelte sich nur um versprengte Gruppen, die an wenigen Punkten in Grenznähe operierten. Das änderte sich mit der offiziellen Unterstützung durch die USA, die die Contra zu gut ausgerüsteten, regulären Truppen aufpäppelten.

Parallel dazu begannen nun auch die Sandinisten ihr Heer und überhaupt den revolutionären Staatsapparat aufzubauen. Und sie leiteten entsprechende Maßnahmen gegen die Contra ein. Da der zugrundeliegende Widerspruch kein rein militärischer war, wurde 1984 ein politisch-militärischer Plan entworfen, der zum Ziel hatte, das militärisch und politisch an die Contra verlorene Terrain zurückzugewinnen. Auf militärischer Ebene sollten spezielle strategische Kampfeinheiten geschaffen werden, politisch sollte die von der Contra beeinflußte Bevölkerung für das sandinistische Projekt gewonnen werden.

Bis 1984 bestand die Verteidigung nur aus freiwilligen Einheiten, den Reservebataillonen und den Milizen. Es gab kaum Verbände, die über Erfahrungen in dem Anti-Contrakampf verfügten. Die Verluste auf Seiten der Sandinisten waren extrem hoch. Als Antwort darauf wurde der SMP (= „Servicio Militar Patriotico"), die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Mit dem SMP wurden die Bataillone für den irregulären Kampf (Bataillones de Lucha Irregular/BLI) geschaffen, und damit eine der Contra-Strategie angepaßten Kampfform entwickelt. Ab diesem Moment kann man von einem qualitativen Sprung auf militärischer Ebene reden. Die Zahl der bewaffneten Kämpfer der Contra sank von 15.000 (1984) auf 5 bis 6.000 (Anfang 1986).

Auf politischer Ebene war die Umsetzung des Planes weitaus komplizierter. Die Voraussetzung dafür war, die Menschen aus den von dem Krieg am stärksten betroffenen Gebieten herauszuholen: sowohl diejenigen, die mit der Revolution zusammenarbeiteten, als auch die Familienangehörigen und die Unterstützer der Contra. So wurden zwei Ziele verfolgt: Der Zivilbevölkerung sollte Schutz vor den Angriffen der Contra geboten werden und außerdem sollte der Contra der Nachschub und die logistische Basis in der Bevölkerung entzogen werden. In den Jahren 84/85 führten die Sandinisten großangelegte Umsiedlungsaktionen in den Kriegsgebieten durch. Die betroffene Landbevölkerung, die traditionell weit verstreut lebte, wurde in den sogenannten „asentamientos" (Siedlungen) zusammengefaßt. Diese Umsiedlungen schafften zunächst die militärische Möglichkeit in diesen freien Feuerzonen die Contra auf der Flucht in ihre Rückzugsgebiete in Honduras verfolgen zu können. Darüberhinaus war damit nun die Grundlage für eine politische Arbeit mit den Bauern geschaffen: Die Bauern brauchten Land, das Agrarreformgesetz mußte erweitert werden, um ausreichend Ländereien enteignen zu können. Vorzugsweise wurden nunmehr Einzellandtitel an Kleinbauern verteilt und nicht mehr auf der Kooperativenbildung als Voraussetzung bestanden. Außerdem mußte eine soziale Antwort auf die dringendsten Probleme in den neuen Siedlungen gegeben werden: Gesundheitsversorgung, Wasser, Schulen, Elektrizität etc.

Es geht jedoch nicht nur darum, die ökonomische Grundlage zu garantieren, sondern auch um eine nachhaltige Veränderung der traditionell individuellen Produktionsweise, die zum großen Teil noch auf Subsistenzwirtschaft beruhen. Für die Sandinisten stellen die neuen Siedlungen auch eine politisch-moralische Herausforderung dar. Die Bauern sollen nicht von einer Misere in die nächste verpflanzt werden. Die Sandinisten versuchen nun vielmehr eine langfristige, entwicklungspolitische Strategie für die Landregionen zu entwickeln. Seit 1985 zeigt dieses Konzept seine ersten Erfolge. Die Bevölkerung konnte von der Frente zurückgewonnen werden. Teilweise konnten die Bauern sogar in Territorialmilizen organisiert, ihre eigene Verteidigung übernehmen.

Dieser politische Erfolg ist der Kernpunkt der strategischen Niederlage der Contra, d.h. der politische Sieg der FSLN führte gleichzeitig zu dem militärischen Niedergang der Contra. Dieser fehlt nun die logistische Unterstützung in der Bevölkerung, sie kann ihre hohen Verluste nicht durch neu Rekrutierte aufstocken und hat die militärische Initiative verloren.



Demonstration 1986 in den USA

Ein Indiz dafür ist, daß 1984 die Kaffeernte nur zum Teil eingeholt werden konnte, während 1985 in den gesamten Kaffeeanbaugebieten geerntet wurde, obwohl die Contra alle Anstrengungen unternahm, dies zu unterbinden.

Ein weiteres Indiz ist die Auflösung der nationalen Operationsstruktur der Contra. Die einzelnen Regionalkommandos der FDN können sich in ihrem zugeordneten Territorium nicht mehr halten, sondern müssen auf der Flucht vor den Truppen des EPS ständig größere Bewegungen in versprengten Trupps durchführen.

Dies alles bedeutet nicht, daß die Contra zerschlagen ist, das ist den Sandinisten in absehbarer Zeit auch nicht möglich. Die Contra bleibt mit ihren ca. 6.000 Kämpfern eine außerordentlich starke, militärische Kraft. Aber sie hat keine Zukunft mehr und kann sich nicht weiterentwickeln. Es handelt sich also um einen Prozeß der strategischen Niederlage, der noch nicht abgeschlossen ist, ein Prozeß der sich nicht aus der militärischen Eigenlogik ergab, sondern Ausdruck einer organisierten, zielgerichteten Strategie der Sandinisten ist.

also um einen Prozeß der strategischen Niederlage, der noch nicht abgeschlossen ist, ein Prozeß der sich nicht aus der militärischen Eigenlogik ergab, sondern Ausdruck einer organisierten, zielgerichteten Strategie der Sandinisten ist.

Wie reagierte die Contra auf die neue Situation?

Die Contra konzentrierte sich seitdem auf zwei Ziele: die Zerstörung der politischen Antwort der Sandinisten, also Angriffe auf die neuen Siedlungen und Kooperativen und das Ausweichen in andere bislang vom Krieg nicht betroffene Gebiete.

Die Angriffe auf die Siedlungen soll die politische Unterstützung, die die FSLN nunmehr seitens der Bevölkerung erfährt, untergraben; die Contra versucht zu beweisen, daß es auf Seiten der Sandinisten keine Sicherheit gibt, keine Entwicklung und kein Frieden möglich ist. Einige Beispiele aus jüngster Zeit:

1. Drei Kinder zwischen zwei und zwölf Jahren, sowie ihr Vater, wurden ermordet, drei weitere Kinder verletzt. Das ist das Resultat eines Contra-Angriffes auf die UPE (staatliche Kooperative) „La Panamericana" in Boaco am 27.6.86. (Barricada, 28.6.).
2. Überfall der Contra auf die Kooperative Daniel Tellez am 31.5. in Matagalpa. Zehn Milizionäre und ein zehnjähriges Mädchen wurden ermordet, 22 weitere Personen verwundet (darunter acht Frauen und zehn Kinder). Zurück blieben elf Witwen und 38 Waisen (!). Die Bauern fordern nun von der Regierung schwere Waffen (Mörser und Raketenwerfer) zur Selbstverteidigung. (Barr., 1.6.)
3. Drei Milizionäre und drei Zivilpersonen wurden ermordet bei dem Contra-Überfall am 11.5. auf das Dorf Los Santos in Chontales, darunter ein Kind mit seiner Mutter. Weitere acht Personen (sechs Kinder) wurden verletzt. (envio 60)
4. Am 12.5. griff die Contra die Siedlung Miraflores bei Esteli an. Acht Zivilpersonen tot (darunter drei Kinder) und 15 Verletzte. Enorme materielle Schäden durch Zerstörung gelagerter Lebensmittel. (envio 60)

Um eine neue Logistik aufzubauen, ist die Contra in neue, noch bewohnte Gebiete vorgedrungen. Zum Beispiel konnte sich die Contra in den letzten Monaten in den Regionen Boaco und Chontales festsetzen und einen gewissen Einfluß gewinnen, weil auch dort die Frente weder politisch noch militärisch präsent war.

Die FSLN hat diese Entwicklung weder vorausgesehen noch frühzeitig bemerkt. Das Contra-Kommando „Jorge Salazar" konnte 1 1/2 Jahre lang nahezu ungestört in der Region operieren. Sie stießen auf ein weitgehend unpolitisiertes bäuerliches Potential. Viele schlossen sich der Contra an. Nun hat die Frente die politische Schlacht um Boaco und Chontales aufgenommen, die ersten militärischen Erfolge lassen sich sehen.

die ersten militärischen Erfolge lassen sich sehen.

Wie rekrutiert die Contra neue Leute?

Da sich die Reihen der Contra extrem gelichtet haben, und sich auch aufgrund des Amnestie-Angebots der Sandinisten immer mehr demoralisierte Kämpfer ergeben — teilweise ganze Trupps, teilweise sogar Befehlshaber von Regionalkommandos — muß die Contra neue Rekrutierungen vornehmen. Dies geschieht zum Teil zwangsweise, mittels Entführungen. Hier ist das Phänomen zu beobachten, daß sich die Entführten schnell anpassen und zu Mitläufern werden, aber bei der nächsten sich bietenden Gelgenheit abhauen und sich dem Amnestiegesetz unterstellen. Zum anderen Teil rekrutiert die Contra mittels antikommunistischer Propaganda („Die Sandinisten kommen und nehmen dir dein Schwein weg!"). Das kann nur auf fruchtbaren Boden fallen, weil die Bauern zwar die allgemeinen Auswirkungen des Krieges (Versorgungsengpässe etc.) zu spüren bekommen, aber niemals die notwendige politische Anleitung und Begleitung erfahren haben. Die Contra nutzte dies mit großer Geschicklichkeit aus. Es gab teilweise ganze Gemeinden, die sich der Contra anschlossen. Für die Sandinisten ist es eine schmerzhafte Angelegenheit, diesen Leuten im Kampf gegenüberzustehen, die sie nicht als ihre eigentlichen Feinde ansehen können, die der Contra-Propaganda aufgesessen sind. Gerade für sie wird das Amnestiegesetz aufrechterhalten, sie sollen so aus den Reihen der Contra herausgefiltert werden. Außerdem sehen sich die Sandinisten dazu verpflichtet, die Familienangehörigen der Contra zu versorgen und zu verteidigen. Allein die zahlreichen Kriegswaisen stellen die FSLN vor ein ernstes soziales Problem.

Der Contra-Krieg in Zahlen

Vom 5.-12.1.86 mehr als 100 Tote auf Seiten der Contra, sowie neun Gefangene.

12.-25.1.86: 109 Verluste auf Seiten der Contra; zwischen Dezember 1985 und Januar 1986 haben sich 155 Contras gemäß dem Amnestiegesetz ergeben.

Anfang Februar übergibt die Regierung 200 entführte Bauern ihren Angehörigen. Vom 5.2.-20.2. 338 Tote und 186 gefangene Contras in insgesamt 136 Kämpfen.

Mitte Februar bis erste Märzwoche: rund 200 Tote und mehr als 50 Gefangene auf Seiten der Contra. In dieser Zeit fliegen drei CIA-Agenten im Innenministerium auf. Im März vertreibt die Contra in Honduras 17.000 honduranische Bauern aus der von der Contra beherrschten Region „El Paraiso". In der zweiten Märzhälfte 350 Tote auf Seiten der Contra, 40 auf Seiten der Sandinisten.

Erste Aprilhäfte: 186 tote Contras. Anfang Mai bis Mitte des Monats 267 Tote auf Seiten der Contra.

Im Zeitraum 84/85 wurden 625 Contras wieder in die nicaraguanische Gesellschaft eingegliedert.

Quellen: Barricada und envio dieses Zeitraums.


Diese Waffen der Contra (G 3 und Zubehör) wurden in der Region Nueva Guinea innerhalb eines Monats erbeutet.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Werden die vom US-Kongreß bewilligten 110 Millionen Dollar zu einem erneuten Aufschwung der Contra führen?

Die Dollars werden zu einer weiteren Technifizierung der Contra führen. Sie werden bessere, modernere und teurere Waffen kaufen können. Aber die USA verstehen nicht, daß es sich im Grunde um ein politisches Problem handelt. Deshalb werden diese 110 Millionen nicht zu einer entscheidenden Wendung des Krieges führen können. Die strategische Niederlage der Contra ist unumkehrbar, weil sie zwar Raketen, Flugzeuge, Helikopter kaufen kann, aber weder eine größere Anzahl von Kämpfern, noch politischen Einfluß noch Unterstützung durch die Bevölkerung hat, und dies ist entscheidend. Die 110 Millionen werden allerdings den Preis des Krieges enorm erhöhen und das Leiden des nicaraguanischen Volkes verlängern.

Manifest der FSLN als Antwort auf die vom US-Kongreß bewilligte Contra-Unterstützung (Auszüge)

1. ...Es ist völlig klar, daß dieser Akt eine neue Stufe in der Eskalation der Agression einleitet, die sowohl die internationalen wie die innenpolitischen Perspektiven verändert, in denen sich unsere Revolution entwickelt hat. Das zwingt uns zu einer Überprüfung einiger Aspekte unserer Politik ...
2. Nicaragua wird bei allen internationalen Gremien und Organisationen vorstellig werden, um die neue Situation zu denunzieren ... mit dem Ziel, die weitere Eskalation aufzuhalten und konkrete Solidarität zu suchen ...
3. Im Inneren ist es unerläßlich, die Sicherheitsmaßnahmen zu erweitern und zu verstärken, die es dem Land erlauben, die terroristischen Pläne zunichte zu machen, auf die das Söldnerheer des Präsidenten Reagan zurückgreifen wird, um die strategische Niederlage zu kompensieren. ...
4. Diese neue Situation erfordert die ernsthafte Anwendung des Notstandes, der zuweilen mit exzessiver Flexibilität gehandhabt wurde. Diese Maßnahme soll zur inneren Entspannung beitragen. Wir können den Vaterlandsverrätern nicht weiterhin erlauben, in ihrer Funktion als Agenten der US-Regierung fortzufahren. Sie rechtfertigen die Aggression, untergraben die Verteidigungskraft des Volkes und verleihen der Konterrevolution einen zivilen Deckmantel ...
5. Nur die schnelle Entwicklung und Konkretisierung der Militärdoktrin der Verteidigung der Revolution wird die direkte Invasion der US-Truppen abwenden ...
6. Die neue Stufe der Eskalation, die heute eingeleitet wird, zielt darauf ab, unsere Produktion und die Versorgung mit Grundbedarfsprodukten noch mehr zu treffen. Jeder Arbeitsplatz muß zu einem Schützengraben im Kampf werden, jedes Produkt, was wir herstellen oder importieren, garantiert unser Überleben, um der Aggression in Würde zu widerstehen ... Arbeit, Produktivität, Effizienz, Sparsamkeit, Aufrichtigkeit und Verantwortungsbewußtsein am Arbeitsplatz kann nicht mehr Appellen an den guten Willen überlassen bleiben, über die sich eine Reihe von indirekten Agenten der Aggression heimlich lustig macht: Die Spekulanten, Faulpelze und Unfähigen, die sich in unserem Land aufhalten.
7. ... wir werden uns nicht aus Hunger in die Knie zwingen lassen ...

(Quelle: Barricada, 27.6.86)

Welche Optionen bleiben den USA dann noch offen?

Die US-Regierung hält mehrere Optionen bereit. Die unterste Stufe ist der Contra-Krieg mit dem Schwerpunktziel, Nicaragua wirtschaftlich zu verschleißen. Die nächste Stufe, die nun mit der strategischen Niederlage der Contra aktuell wird, beinhaltet die Einbeziehung anderer mittelamerikanischer Länder in diesen Krieg.

Ein erster Versuch in diese Richtung schlug fehl. In der Osterwoche versuchten die USA Honduras in einen Grenzkonflikt mit Nicaragua zu zwingen. Die Honduraner zeigten jedoch wenig Neigung, die ihnen zugedachte Rolle zu erfüllen. Honduras und Costa Rica wollen den Krieg mit Nicaragua nicht, ihr Verhalten ist opportunistisch. Bislang wähnen sie sich als Gewinner, da sie von den USA mit militärischer und wirtschaftlicher Hilfe reich bedacht werden, während die Nicaraguaner ihre Haut hinhalten. Sie sehen den Contra-Krieg als eine innernicaraguanische Angelegenheit und sind nicht bereit, das Blut einiger Soldaten zu riskieren. Aus dieser Logik heraus müßte den mittelamerikanischen Ländern eigentlich daran gelegen sein, daß die Sandinisten die Contra bald in den Griff bekommen.

Durch das Verschwinden der Contra als entscheidender Faktor, könnten sich Honduras und Costa Rica in Bollwerke gegen den „sandinistisch-kommunistischen Expansionismus" verwandeln und zur zentralen Option der Amis aufrücken. Außerdem wäre für Honduras das wachsende politisch-soziale (und vielleicht bald auch militärische) Problem gelöst, das die Contra in dem von ihr kontrollierten Gebieten in Honduras schafft. Honduras wird sich allerdings auch deshalb hüten, von den USA in einen Krieg mit seinem Nachbarn vorgeschickt zu werden, weil es weiß, daß das nicaraguanische Heer dem honduranischen (was die Landstreitkräfte angeht) weit überlegen ist. Es gibt kein anderes Heer in Mittelamerika, das eine vergleichbare Kampferfahrung aufweisen kann wie das sandinistische.

Welche Bedeutung kommt dem Ende der ARDE zu?

Daß Eden Pastora die Waffen niedergelegt hat, ist quasi bedeutungslos. Seine von Costa Rica aus operierende ARDE besaß von Beginn an für den Imperialismus eher politische („Dissidenten") als militärische Attraktivität. Diese hatte Pastora durch persönlichen Ehrgeiz und Unberechenbarkeit bald verspielt. Die FDN nehmen die Sandinisten jedoch militärisch ernst, anders als ARDE, weil sie wissen, daß sie es hier mit der Ex-Nationalgarde zu tun haben, d.h. mit ausgebildeten Militärs. Pastora sitzt nun im costaricanischen Knast und sucht politisches Asyl, während Daniel Ortega ihm jüngst Amnestie angeboten hat.

Unter welchen Umständen könnte eine US-Invasion in Nicaragua stattfinden?

Unter welchen Umständen könnte eine US-Invasion in Nicaragua stattfinden?

Die Sandnisten gehen davon aus, daß die Invasion eine beschlossene Sache ist. Eine Invasion erfordert jedoch internationale Bedingungen, günstige innenpolitische Voraussetzungen in den USA und hängt zudem von politischen und militärischen Faktoren in Nicaragua ab.

Auf internationaler Ebene ist vor allem Contadora - unabhängig von den konkreten Verhandlungsergebnissen - ein wichtiges Schutzschild für Nicaragua. Darum haben die Sandinisten alles mögliche unternommen, um Contadora am Leben zu erhalten. Nicaragua profitiert außerdem von den objektiven Interessensgegensätzen zwischen Lateinamerika und den USA (z.B. Schuldenfrage) sowie den innerimperialistischen Widersprüchen zwischen der EG und den USA (auch wenn es dabei hauptsächlich um Meinungsverschiedenheiten über das Vorgehen geht).

Auf innenpolitischer Ebene ist Reagan mit der Militäraktion gegen Libyen einen großen Schritt weiter gekommen. Es kann nicht ignoriert werden, daß Reagans Kriegspolitik auf breite Akzeptanz stößt. Ein wichtiger Faktor, den die USA in Rechnung stellen müssen, ist die sandinistische Militärstrategie. Während Reagan anscheinend aus Vietnam nichts gelernt hat, haben die Sandinisten die Erfahrungen des vietnamesischen Volkes eingehend studiert und ihre Lehren daraus gezogen. Ihre Militärdoktrin beruht auf der Volksbewaffnung. Die Sandinisten haben mehr als 200.000 Gewehre an die Bevölkerung ausgeteilt. Das ist mehr als in jedem anderen Land und die Sandinisten selbst haben keine genaue Kontrolle mehr darüber. 200.000 Gewehre, das heißt, praktisch jede Familie verfügt über ein Gewehr. Ein solches Land ist zwar zu erobern, aber dann nicht zu kontrollieren.

Die sandinistische Militärdoktrin beinhaltet für den Fall einer Invasion keine direkte Konfrontation mit den Marines, denn die Verteidigung beruht nicht auf dem regulären Heer (EPS), welches zahlenmäßig relativ klein ist, sondern auf den Milizen. Die Aufgabe des Heeres ist einzig, den Volkskampf logistisch zu ermöglichen und zu koordinieren. Ziel aller militärischen Verteidigungsanstrengungen ist die Aufrechterhaltung des Volkswiderstandes (Resistencia Popular) durch kleinere bewaffnete Zusammenstöße, Hinterhalte, Verminung, etc. Konkret bereiten sich die Sandinisten also darauf vor, wieder zur Guerilla zu werden, zur Methode des irregulären Kampfes zurückzukehren. Der Kampf gegen die Invasoren wird ein erneuter Volksaufstand in den Städten sein.

Damit soll den Pentagonstrategen, die schon in mehreren Planspielen das notwendige Kriegsmaterial für eine Invasion berechnet haben, ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Um die Hemmschwelle eines solchen Schrittes möglichst hoch zu schrauben, zeigen die Sandinisten mit ihrer Strategie, daß der Preis an Menschenleben für die USA extrem hoch sein wird. Diese Militärdoktrin ermöglicht den Sandinisten sogar im Contadora-Rahmen in Abrüstungsverhandlungen einzutreten, ja diese sogar zu forcieren. Sie können jede Art von potentiellen Angriffswaffen wie etwa Panzer, Helikopter, schwere Geschütze zur Disposition stellen, jedoch nicht ein einziges Gewehr. Ein weiteres bislang noch ungelöstes und eventuell überhaupt das schwierigste Problem, das die US-amerikanischen Invasionsstrategen zu knacken haben, ist die Frage der politischen Alternative.

Wer soll nach dem Sturz der Sandinisten US-Statthalter in Nicaragua werden? Die FDN wird so sehr mit der Ex-Nationalgarde Somozas identifiziert, daß mit ihr wenig Staat zu machen wäre als „demokratische" Alternative. Dies betrifft auch die sog. „zivile" Führung der FDN um Arturo Cruz, A. Robelo und A. Calero. Die Contra hätte nur eine Chance gehabt, wenn sie es geschafft hätte, politisch in den Städten Fuß zu fassen, wenn sie es vermocht hätte, aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung für sich Kapital zu schlagen und daraus ein politisches Programm, eine Strategie zu entwickeln. Die extrem schwierige Wirtschaftslage hat jedoch keine Oppositionsbewegung hervorgebracht. Trotz einer weit verbreiteten Unzufriedenheit und einer teilweise sehr scharfen Kritik steht die große Mehrheit hinter der Revolution. Entscheidend ist, daß das Volk die Revolution als seine Sache versteht und nicht als einfacher Regimewechsel von Somoza zur FSLN. Die fehlende politische Kraft für die Befriedung des Landes nach einer möglichen Invasion scheint zur Zeit das Haupthindernis für Reagan zu sein, direkt militärisch einzugreifen. Es bliebe den USA so nur, große Teile der nicaraguanischen Bevölkerung niederzumetzeln, der Völkermord.

Auf der anderen Seite stehen die USA unter Handlungsdruck. Mit jedem Tag, den die Sandinisten länger an der Macht sind, konsolidiert sich die Revolution. Ein unumkehrbarer Prozeß.

Wie weiter?

Die strategische Niederlage: Die Contra ist geschlagen, aber existiert weiter und richtet nach wie vor große Schäden an. Humberto Ortega formulierte die Situation folgendermaßen: Parasiten sind lästig, aber man kann mit ihnen leben. Entscheidend für die nächsten Jahre wird sein, inwieweit es den Sandinisten gelingt, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen.

Was den militärischen Erfolg der FSLN besiegelte war ihre politische Strategie, die sie in den Kriegsgebieten entwickelte. Um die derart gewonnene politische Unterstützung der Bevölkerung langfristig aufrechtzuerhalten, sind soziale und wirtschaftliche Verbesserungen notwendig. Die militärischen Erfolge führten jedoch zu einer Verschärfung der Wirtschaftsprobleme. Gelingt es den Sandinisten nicht, hier einschneidende Veränderungen zu bewirken, kann die Unzufriedenheit wachsen und sowohl die politische Strategie unterhöhlen als auch die militärischen Erfolge wieder in Frage stellen.

Peru: Das Massaker war geplant

Am 19. Juni wurden mehrere hundert politische Gefangene in Peru ermordet. Das Massaker an den politischen Gefangenen dreier peruanischer Gefängnisse (Lurigancho, Callao und El Fronton) ist trotz der blutigen Geschichte Perus ein bisher unerhörtes Ereignis. Noch drei Monate nach der Massenliquidierung sind drei Fragen offen: War das Massaker geplant, war der Präsident Garcia über den Ablauf informiert, was geschieht zur Aufklärung des Verbrechens?

Eine Reihe von Ereignissen in der Zeit vor dem 19. Juni lassen sich im Nachhinein als Vorboten der späteren Entwicklung sehen. Im Dezember 1985 alarmieren politische Gefangene die Öffentlichkeit, da sie ihre Liquidierung befürchten. Von diesem Zeitpunkt an vergeht kein Monat, in dem die politischen Gefangenen oder ihre Anwälte nicht auf ihre Befürchtungen aufmerksam machen. Zwei Tage später ist er eines der Opfer des Juni-Massakers. Nach dem Attentat einer Guerillagruppe auf den Konteradmiral Ponce Canessa, das mit dessen Tod endete, fordert der Marineminister: „Die unbelehrbaren müssen liquidiert werden." Im April werden des Terrorismus verdächtigte Frauen nach Callao verlegt, andere politische Gefangene werden aus Distrikgefängnissen nach Lurigancho und El Fronton gebracht; diejenigen Gefangenen, die der Vereinigten Linken (IU) zugerechnet werden, werden in andere Gefängnisbereiche verlegt. Die Gefängnisbesuche der Angehörigen werden in den Wochen vor dem Juni-Massaker eingeschränkt. Die staatliche Aggression nimmt zu, Marineinfantristen greifen ein Schiff von Angehörigen der Gefangenen an, die auf dem Weg nach El Fronton sind.

Mitte Juni bekräftigen die politischen Gefangenen gegenüber ‚Cambio' ihren, sich nicht in Provinzgefängnisse oder das neue Hochsicherheitsgefängnis von Canto Grande verlegen zu lassen. Hintergrund dieser Erklärung war u.a., daß mit der Verlegung in die Provinzgefängnisse eine Art Liquidierung auf ‚legale' Art verbunden sein würde. Eine Gesetzesinitiative wollte festschreiben lassen, daß die Gefangenen am Ort ihrer vermuteten Tat verurteilt werden sollten. Dies hätte die Verlegung und Zerstreuung der Gefangenen in die unter Kriegsrecht stehenden Provinzen bedeutet, wo es keinerlei Öffentlichkeit gibt. Die Häftlinge wären auf diesem Wege einfach ‚verschwunden',. Diese Gesetzesinitiative blieb ohne Ergebnis, vermutlich wurden jedoch von diesem Zeitpunkt an Pläne für das Juni-Massaker erarbeitet.

Vorbereitungen liefen auch auf der Propagandaebene: Anfang Juni traf sich Garcia mit wichtigen Presseleuten zu diesem Zweck, im Juni überfiel die Polizei die Lokale der linken Zeitungen ‚Cambio' und ‚El Nuevo Diario'. Das einzige unabhängige, kritische Fernsehmagazin ‚Uno mas uno' wurde abgesetzt. Im Fernsehen forderte ein bekannt regierungsfreundlicher Journalist die Liquidierung der subversien Zentren in den Gefängnissen. Zwei Tage vor dem Massaker meldete das militärische Oberkommando eine fiktive Waffenlieferung per Schiff an Sendero Luminoso.

Die Chronologie des Massakers

Der Gefangenenaufstand begann am 18. Juni um ca. 6 Uhr in drei Gefängnissen. Über den Aufstandes liegt inzwischen eine Untersuchung der juristischen Fakultät der Universität San Agustin, Asequipa, vor. Dort wird bestritten, daß die Aktionen der Gefangenen simultan und koordiniert begonnen hätten. In Lurigamcho soll danach der Ausfstand spontan ausgebrochen sein, nachdem Besucher der sozialen Gefangenen schikaniert und am Besuch gehindert wurden. Gegen 11 Uhr wurden die Oberstaatsanwaltschaft und die Justizbehörde vom Gefängnispersonal informiert. Staatsanwälte und Richter erschienen und nahmen einen 26-Punkte-Katalog der Gefangenen entgegen. Um 12.30 Uhr versammelten sich A. Garcia, das Oberkommando der Streitkräfte und der Ministerrat. Nach dem Untersuchungbericht soll die Aktion von allen Anwesenden als ‚Endlösung' gedacht worden sein. Um 14.30 wurden die Mitglieder der Friedenskommission des Parlaments nach El Fronton geflogen und forderten dort die Gefangenen zur bedingungslosen Kapitulation auf. Deren Forderungskatalog wurde nicht berücksichtigt. Um 17 Uhr meldete die Regierung, daß die Gefangenen zu keinem Dialog bereit wären. Um 20 Uhr stürmte die Guardia Republicana das Frauengefängnis in Callao. Die überlebenden Frauen, darunter auch Renate Hehr, wurden in andere Gefängnisse verlegt. Die ganze Nacht wurde El Fronton mit Mörsern von Schwimmpanzern aus beschossen, im Morgengrauen des 19. Juni griffen Hubschrauber der Marine und der Luftwaffe mit Rakteten an. Dann wurde das Gebäude Stück für Stück gesprengt. Einige wenige Überlebende wurden auf die Marinebasis San Lorenzo gebracht, gefoltert und ermordet. Gemäß dem Untersuchungsbericht wurden in El Fronton mehr als 350 Gefangene umgebracht. Nach Beendigung der militärischen Aktion tauchte der Oberstaatsanwalt Elejalde auf und forderte vor anwesender Presse die Gefangenen auf, sich zu ergeben. Er äußerte seine Entrüstung angesichts der „Impertinenz dieser Fanatiker", die ihm nicht antworteten ...

Ein Überlebender berichtete: „Nach der Bombardierung blieben etwa 70 von uns am Leben. ... Die Marinesoldaten holten uns raus auf den Hof und sperrten uns in kleine Zellen, ... Wir mußten uns ausziehen und sie holten uns dann, immer 5 Personen, heraus, um uns im Bad zu erschießen ... Danach wurde ein Graben ausgehoben und die 40 Genossen hineingeworfen, eine Handgranate hinterher. Zuletzt wurde das zweite Stockwerk gesprengt und stürzte auf die Grube."

In Lurigancho begann der Angriff um 0.15 und dauerte ungefähr drei Stunden. Etwa 15 Gefangene kamen ums Leben, der Rest ergab sich, wurde an die Wand gestellt und erschossen. 126 Tote gab es, so wird geschätzt.

Insgesamt sollen es zwischen 400 und 500 Toten sein, darunter auch einige Familiengehörige, die sich vor den Gefängnissen versammelt hatten.

Folgende Schlußfolgerungen lassen sich ziehen: Da der Einsatz von El Fronton von dem in Marineuniform auftretenden Vizeminister Mantilla geleitet wurde, ist anzunehmen, daß Garcia von diesem seinen Vertrauten genauestens informiert gewesen ist. Ein Kommandoeinsatz, der gleichzeitig mehrere Waffengattungen kombiniert und dabei so präzise abgewickelt wird, kann nicht kurzfristig nach Ausbruch einer spontanen Häftlingsrevolte organisiert werden. Dazu bedarf es ausgearbeiteter Einsatzpläne. Die Gefangenen waren waffenlos, es gab keinerlei Befestigungen, Tunnel, Bunker oder Sprengstoff. Die Gefangenen wollten bei Beginn ihrer Revolte einen Dialog mit den Verantwortlichen.

Die Faschisierung der peruanischen Gesellschaft

Die Haltung Garcias beim Massaker kann nur im Zusammenhang mit der Strategie von Armee und staatstragender Partei APRA verstanden werden. Garcia ist nicht Opfer, sondern Mitglied und Vertreter dieser Partei, die gezielt die Fachisierung der peruanischen Gesellschaft vorantreibt. Hierzu kurz einige Beispiele: es wird versucht, klassenbewußte Gewerkschaften zu schwächen, zu zerschlagen oder gelbe Gewerkschaften aufzubauen; die Volksbewegung wird im dauernden Ausnahmezustandes aktionsunfähig gemachen; die legale Opposition wird kriminalisiert und terrorisiert.

Dazu gehört auch der Ausbau der paramilitärischen Einheiten der APRA, die sogenannten ‚Bufalos', zu einer SA-öhnlichen Massenorganisation. Die ‚Bufalos' wurden in letzter Zeit häufig bei der Erstürmung von Agrar-Kooperativen der Linken, verschiedener Universitäten und bei der Auflösung von Kundgebungen der Gewerkschaften und Vereinigten Linken eingesetzt. Die APRA besetzt viele Stellen im Staatsapparat mit eigenen Parteimitgliedern. Sie errichtete 140.000 Arbeitsplätze im Staatsapparat zu diesem Zweck ohne fachliche Funktion für den Staat. Dazu gehört auch die Einführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms namens PAIT, welches einem Arbeitsdienst sehr nahe kommt. Jeweils für drei Monate werden 50.000 Personen für öffentliche Arbeitseinsätze angestellt und immer häufiger als Streikbrecher eingesetzt. PAIT-Arbeiter müssen APRA-Mitglieder sein oder werden. Gleichschaltung der Presse und ein enges Bündnis zwischen APRA, Armee und Polizei stehen als Stichworte für allgemeinere Tendenzen in der peruanischen Gesellschaft. Dieses Bündnis kostete allein im Juni mehr als 400 Menschen das Leben, die Opfer des Juni-Massakers nicht eingerechnet. Garcia nannte die wichtigsten Errungenschaften der ersten Hälfte seiner Regierungszeit „die Stabilität, die das demokratische System errungen habe" und „die Zurückgabe des Vertrauens und der Sicherheit an das Land".

a., Mitglied der Peru-Solidarität der BRD.

Quellen: Broschüre des „Centro de Difsion y Estudios de la Realidad Peruana", Circulo „J.C. Mariategui", Juli 86, Stockholm; Resumen Semanal Nr. 371-376 (Lima, Peru); Tageszeitungen ‚La Republica', ‚Amautia', ‚El nuevo Diario', ‚El Pais', FR; FAZ; taz; Que Hacer Nr. 40-42; ‚Cambio' Nr. 12 (Lima, Peru); Erklärungen von: Vereinigte Linke; UNIR; PCdP(Patria Roja); PUM; Gewerkschaften; Peru-Information Nr. 11; AK 272; Blitzlicht (terres des hommes) 8/86; Bericht von Sonia Castro vom 29.6.86 aus Lima.

Der schwierige Frieden mit den Moros

Aufstandsbekämpfung auf den Südphilippinen — von Rainer Werning

80.000 Tote forderte seit Beginn der 70er Jahre ein von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachteter Krieg. Die in Anlehnung an die Mauren/Mohren Nordafrikas von der einstigen Kolonialmacht Spanien so getauften Moros, womit die Muslims in den Südphilippinen gemeint sind, hatten sich gegen die Zentralregierung in Manila zum bewaffneten Widerstand gerüstet. Das Marcos-Regime sah sich herausgefordert. Schließlich sollte dieser wegen seiner taifungeschützten Lage und reichen Bodenschätze begehrte Landesteil mit Hilfe des internationalen Agrobusiness ,,entwickelt'' werden. Ein Religionskrieg — unkte Manila. Ein Kampf um langersehnte Selbstbestimmung — konterten die Muslims.

Fünf Monate nach dem Sturz der Marcos-Diktatur steuert Präsidentin Corazon Aquino trotz der Machtkämpfe innerhalb ihrer Regierung einen Kurs der nationalen Aus- und Versöhnung. Für die Moros sei die Zeit reif, statt der (bewaffneten) Konfrontation die Kooperation im Namen eines demokratischen Neubeginns zu suchen.

Das ist so leicht nicht. Die neu/alte Militärspitze mit Generalstabschef Fidel V. Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hat bislang kein Interesse gezeigt, im Süden ernsthaft über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Dadurch schwände die Dringlichkeit, das Militärbudget aufzustocken. Doch auch der Moro-Widerstand selbst hat Rückschläge hinnehmen müssen, die u.a. in politisch-organisatorische Zersplitterung und lähmende ehtnische Konflikte mündeten.

Mit Feuer und Schwert gegen die ,,Wilden''

,,Sollten sich die Sulu-Gruppe und Mindanao zum gelobten Land entwickeln und amerikanisches Unternehmertum und Kapital den Dschungel schrittweise in ein Paradies von Tabak-, Hanf- und Kaffeeplantagen verwandeln — dann werden die Moros samt ihren Institutionen beiseitegeschoben und unterworfen werden, so wie sich zuvor unsere nordamerikanischen Indianer der überlegeneren Rasse beugen mußten.'' se beugen mußten.'' Auf diese Kurz- Auf diese Kurzformel brachte die Harpers Geschichte des Krieges in den Philippinen (New York 1900) das Anliegen der USA, die gerade zweijährige Pazifikkolonie zu ,,entwickeln''.

Der Norden des Archipels war bereits weitgehend ,,befriedet''. Nur die Moros widersetzten sich der amerikanischen Soldateska, wie sie es mit Erfolg gegen die Madrider Kolonialherren getan hatten.

Erst 1916 war es den US-Truppen nach grausamer Kriegsführung gelungen, den Morofuß dem amerikanischen Schuh anzupassen. War die Moro-Provinz lange von der US-Armee direkt verwaltet worden, so griff Washington seit 1920 auf Mitglieder der nordphilippinischen Elite als für den Süden zuständige Beamte zurück. Die von amerikanischen Militärs trainierten, ausgerüsteten und ihnen direkt unterstellten Philippine Scouts wie die Constabulary (paramilitärische Einheiten mit Polizeibefugnissen) übernahmen seit den 30er Jahren verstärkt ,,Ordnungsfunktionen'' im Süden. Das sog. Pensionado-Programm tat ein übriges, um Teile der Südlichen Herrschaftselite, der Datus und Rajahs, durch finanzierte Aufenthalte im ,,zivilisierten'' Manila sowie kostenlos Studeinreisen in die USA kulturell aufzuweichen, sie zumindest politisch zu neutralisieren.

El Dorado für Plantagenwirtschaften

Nach der erfolgten Flaggenunabhängigkeit (Sommer 1946) rückte der Süden neuerlich ins Blickfeld staatlicher Interessen. Manilas Strategie war es, durch die Umsiedlung nordphilippinischer Bauern sowie desertierter Guerilleros der Hukbalahap (antijapanischen Volksbefreiungsarmee, 1950 in Volksbefreiungsarmee umbenannt) die aus erdrückenden Pachtverhältnissen resultierenden Probleme zu glätten. Unter Präsident Ramon Magsaysay — Mitte der 50er Jahre — fanden denn auch die ersten größeren Umsiedlungen in den Süden statt. Hatten 1930 auf Mindanao 17 landwirtschaftliche Siedlungsgebiete existiert, so erhöhte sich deren Zahl seit Magsaysays Amt- sich deren Zahl seit Magsaysays Amt- sübernahme in raschem Tempo. Aber erst unter dem Marcos-Regime erreichte die interne Kolonisierung ihren Höhepunkt. Im ersten Jahrzehnt seiner Herrschaft (1966-76) zogen über drei Millionen Siedler nach Mindanao.

Auf Mindanao werden reichlich 50% der gesamten Mais- und Kokosnuß-, 20% der Reis-, 50% der Fisch- und nahezu 100% der für den Export bestimmten Bananen- und Ananasproduktion des Landes gewonnen. 40% der Viehzucht sind hier lokalisiert, und nahezu 90% der Nickel-, Kobalt- und Eisenerz- sowie fast 100% der Bauxitvorkommen werden auf der Insel abgebaut. Eine Vielzahl natürlicher Häfen und seine Fruchtbarkeit mach(t)en Mindanao zum natürlichen Anziehungspunkt für ausländisches Kapital. Nach einer systematischen Kahlschlagpolitik wurde Grund und Boden vom ausländischen Agrobusiness unter Beschlag genommen. *Dole, Del Monte und United Brands* (früher United Fruit Company) etc. haben hier ihre weltweit größten Zelte aufgeschlagen. Einige hunderttausend Hektar beträgt deren Nutzungsfläche, die mit jährlich 50 US-Cents pro Hektar von der regierungseigenen Nationalen Entwicklungsgesellschaft gepachtet werden. Für Manila war dies die Einlösung seiner Entwicklungspolitik exportorientierten Typs.

Moros — Squatters im eigenen Land

Betrug die muslimische Bevölkerung 1913 noch 98% der im Süden Ansässigen, so war ihr Anteil 1976 auf 40% geschrumpft. Vor der Kolonisierung gehörte ihr sämtliches Land. Heute hingegen nennt sie weniger als 17% des Grund und Bodens ihr eigen, der zudem hauptsächlich in abgelegenen, unfruchtbaren Gebirgsregionen konzentriert ist. Gut 80% der Moslems sind gegenwärtig landlose Pächter.

Kurzschlüssig aber wäre es, das Gros der (christlichen) Siedler als besser gestellt zu betrachten. Von den ca. vier Millionen Siedlern sind knapp 2.000 Eigner von Plantagen oder halbfeudalen Besitzungen. Der Verwaltungsapparat, das Militär sowie die Bourgeoisie im Dienstleistungs- und Handelssektor sind fest in den Händen der aus dem Norden eingeströmten herrschenden Klassen. Selbst die mächtigsten Vertreter der zahlenmäßig kleinen muslimischen Elite waren ihnen unter Marcos untergeordnet. Zur politischen wie wirtschaftlichen Benachteiligung gesellte sich eine von Manila systematisch geschürte kulturelle Geringschätzung: In Schulbüchern und Schauspielen figurierten die Moros als bemitleidenswertes Schlußlicht nationaler Entwicklung.

MNLF — Speerspitze des Widerstandes

Am 1. Mai 1968 unterzeichnete der frühere Gouverneur von Cotabato, Datu Udtog Matalam, ein Manifest, das die Errichtung eines islamischen Staates — der Republik von Mindanao und Sulu — vorsah. Dies signalisierte den Beginn der auf Sezession drängenden Muslim Independence Movement, die später in *Mindanao Independence Movement (MIM)* umbenannt wurde. Die auf Loslösung Mindanaos und der anderen südlichen Inseln aus dem philippinischen Staatsverband fixierte Politik mußte unter zwei Aspekten gesehen werden: (1) angesichts der Durchdringung der Region durch die vereinte Gewalt transnationaler Konzerne und des ihren Interessen dienenden Marcos-Regimes war es nicht länger mehr möglich, in politischer Abstinenz zu verharren, was der MIM-Führung jegliche politische Legitimation entzogen hätte; (2) ihr Insistieren auf staatliche Eigenständigkeit geschah unter bewußter Ausklammerung einschneidender sozialpolitischer und wirtschaftlicher Zielvorstellungen, deren Opfer sie selbst werden konnte.

Die muslimische Elite war, wollte sie ihren Rückhalt in der Bevölkerung nicht preisgeben, in die Rolle eines nach außen sich antikolonial gebenden Kämpfers gedrängt, dem jedoch aus materiellen Erwägungen daran gelegen war, antiimperialistische, antikoloniale Inhalte zu verschleiern bzw. sie in dem noch zu gründenden neuen Staat aufgehoben erscheinen zu lassen.

Die religiös gewendete Anti-Marcos-Kritik sicherte der MIM-Führung beträchtliche finanzielle Zuwendungen aus dem Nahen Osten. Ob sie allerdings aus Malaysia und Indonesien aktive Schützenhilfe bezog, bleibt ungewiß. Dagegen spricht, daß innerhalb des seit 1967 bestehenden südostasiatischen Staatenbündnisses ASEAN strikt auf Vermeidung staatlicher Grenzverschiebung und sezessionistischer Ambitionen geachtet wird.

Seit der Niederlage der USA in Indochina und dem Ableben der SEATO (Südostasiatische Paktorganisation) gebot es die übergeordnete Staatsräson der ASEAN-Staaten, ,,interne Unruheherde'' und ein Überschwappen zentrifugaler Tendenzen zu ersticken. Die ,,Befriedung'' Osttimors und das Einfrieren des einst zwischen Kuala Lumpur und Manila schwelenden Grenzproblems (Manilas Anspruch auf das ostmalaysische Sabah) veranschaulichen dies.

Die 1971 gegründete *Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF)* verstand sich als wirkliche Vertreterin des Moro-Volkes. Die von Nur Misuari, einem einstigen Politologie-Lehrer, geführte MNLF warf der MIM vor, weder eine überzeugende Perspektive, noch ein klares Programm zu besitzen. Schließlich sei sie aufgrund ihres Kollaborationsbereitschaft mit Marcos außerstande, die Unabhängigkeit der Moros zu garantieren. Die bald einsetzende Rekrutierungskampagne hat zumindest in militärischer Hinsicht spektakuläre Erfolge gezeitigt. Wenige Monate nach Verhängung des Kriegsrechts (21. September 1972) kam es überall im Süden zu großen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und MNLF-Verbänden bzw. deren militärischem Arm in Form der Bangsa Moro Armee, deren Stärke Mitte der 70er Jahre gut 20.000 Mann betrug.

Schwere Zeiten nach dem Tripolis-Abkommen

Bis Mitte 1974 hielt die MNLF an der Sezession des Südens und der Errichtung einer unabhängigen islamischen Republik fest. Das Hauptquartier der MNLF war zwischenzeitlich in Libyen aufgeschlagen. Politisch-diplomatische Unterstützung seitens der Islamischen Konferenz wurde gesichert. Das aber hatte einen Pferdefuß: Auf Drängen der Islamischen Außenministerkonferenz kam es bereits 1975 im saudiarabischen Dschidda zu Gesprächsrunden zwischen Vertretern der MNLF und des Marcos-Regimes. Deren vorläufiger Schlußpunkt bildete das am 23. Dezember 1976 in der libyschen Hauptstadt Tripolis unterzeichnete Abkommen zwischen Manila und der MNLF. Im Vordergrund standen dabei: (1) die politische und friedliche Beilegung des Konflikts; (2) Autonomie für die Moros ,,innerhalb der nationalen Souveränität und territorialen Integrität der Republik der Philippinen''. Die MNLF war folglich zur Rücknahme ihrer maximalistischen Forderung nach staatlicher Eigenständigkeit genötigt worden.

Nutznießer des Tripolis-Abkommens war eindeutig das Marcos-Regime. Scharenweise kehrten desillusionierte MNLF-Kader ihrer Organisation den Rücken, was ihnen Manila mit stattlichen Geldspritzen und/oder Posten in der Bürokratie erleichterte. Zudem blieben etliche ZK-Mitglieder, darunter auch Nur Misuari, in Libyen und anderen Nahoststaaten, so daß Direktiven nur durch Emissäre übermittelt wurden. Ethnische Rivalitäten, nie ganz verstummt, brachen unter solchen Bedingungen hervor und schürten Querelen zwischen Auslandsführung und lokalen Kommandeuren ebenso wie zwischen den vor Ort agierenden Befehlshabern. In dieser Situation entstand die offen gegen die MNLF opponierende Bangsa Moro Liberation Organization (BMLO), die mit saudisch-amerikanischer Finanzierung aus Mekka operiert. Im Sommer 1985 konstituierte sich mit der Moro Islamic Liberation Front (MILF) unter Hashim Salamat eine weitere gegen die MNLF gerichtete Gruppierung, während innerhalb der MNLF eine von Dimas Pundato geführte Exilfraktion auf umfassende Autonomie drängt. Das Gerangel um politische Vorherrschaft und Macht schnürt strukturelle sozialpolitische Veränderungen seitens des muslimischen Widerstandes ein.

Eine ,,geld-grüne'' Perspektive?

Lange hat Manila den Krieg in den Südphilippinen durch religiöse Antagonismen definiert, um die verelendeten, von ihm ausgebeuteten (christlichen Siedler-) Massen ideologisch an sich zu binden. Davon profitierten die auf Mindanao operierenden transnationalen Konzerne, verhindern doch kommunale Konflikte weitgehend das Anwachsen einer antiimperialistischen Bewegung. Schließlich hat selbst die MNLF streckenweise militärisch operiert und wiederholt auf religiöse Argumente zurückgegriffen, um (a) die Kampfbereitschaft ihrer Kader hochzuhalten; (b) finanzielle Zuwendungen von konservativen muslimischen Staaten nicht zu gefährden und (c) ihre Massenbasis gegen eine Klassenideologie abzuschotten, wie sie von den seit Beginn der 80er Jahre verstärkt in benachbarten Gebieten agierenden Kommunistischen Partei(CPP) und der Neuen Volksarmee vertreten wird.

Die dominierenden Auslandskonzerne sind dem alltäglichen Bewußtsein der Moslems weitgehend entrückt. Das Proletariat, das sie ausbeuten, ist nicht-muslimisch. Und die meisen Ländereien, die sie okkupieren, sind nordphilippinischen Kleinsiedlern entrissen, nachdem die Moslems zuvor verjagt worden waren. Muslimischer Widerstand war deshalb selten direkt gegen die Auslandskonzerne, sondern gegen das ihren Einfluß ausweitende Marcos-Regime gerichtet.

Schon 1983 hatte Benigno Aquino mit MNLF-Vertretern in Damaskus Kontakte geknüpft, um die Anti-Marcos-Front zu stärken. Daß diese Kontakte heute, da die Witwe des ermordeten Ex-Senators Präsidentin ist, weitergesponnen werden, dürfte der MNLF nurmehr zwei Optionen offenlassen: Entweder nähert sie sich den sozialrevolutionären Positionen des NDF-Oppositionsbündnisses an, oder aber sie betrachtet die neue Regierung als Garanten einer nunmehr möglichen Autonomie. Beide Optionen lassen für eine Rückendeckung seitens der Islamischen Konferenz wenig Spielraum.

Daß im Falle einer politischen Autonomie die unter Marcos selbst benachteiligte Moro-Elite (wenn schon nicht in Manila, so doch regional) das Sagen hätte, müßte die MNLF in die Zwickmühle treiben, eine politische Eigenständigkeit ohne soziale Emanzipationsbestrebungen zu favorisieren. Als Organisation könte ihr das zum Verhängnis werden.



Die neuen Softies des philippinischen Militärs: Unter den Parolen ,,Wir haben einen Waffenstillstand'' und ,,Bitte nicht schießen'' versuchen sie in die guerilla-kontrollierten Gebiete einzudringen.

Israel — Ein Rechtsstaat?

Über den Tod gefangener Palästinenser und dessen Folgen in Israel

Am 12. April 1984 entführten vier Palästinenser einen israelischen Linienbus auf der Strecke von Tel Aviv nach Ashkelon. Sie nahmen die 24 Businsassen als Geiseln. Eine israelische Soldatin wurde getötet. Der Bus — auf der Strecke durch Polizei und Militär gestoppt — wurde nach einer Belagerung gestürmt. Zwei der Busentführer wurden bei der Aktion getötet, die beiden anderen gefangengenommen. Am nächsten Morgen gab der israelische Rundfunk jedoch bekannt, daß alle vier Palästinenser getötet worden seien.

Eine Woche später erschien in der israelischen Zeitung „Hadashot" ein Foto, das (zumindest) einen der Busentführer bei der Festnahme noch lebend und unverletzt zeigte. Auf diesen Widerspruch hingewiesen, gaben der damalige Premierminister Shamir (Mitglied des Likudblocks) und ein Militärsprecher bekannt, daß die beiden Überlebenden auf dem Weg ins Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen seien.

Aufgrund dieser Unstimmigkeiten protestierten Teile der demokratischen Öffentlichkeit; es wurde eine Untersuchung der Vorfälle durchgeführt. Einer der Offiziere, die an der Befreiungsaktion teilnahmen, wurde vor ein Militärgericht gestellt, aber freigesprochen. (Er wurde vom Dienst suspendiert und vom Brigadegeneral zum General befördert.)

Da im Sommer 1984 Parlamentswahlen in Israel stattfanden, konzentrierte sich das öffentliche Interesse bald auf dieses Thema, die Affäre geriet in Vergessenheit.

Premier Peres deckt Mordvertuschung

Premier Peres deckt Mordvertuschung

Zwei Jahre später allerdings sollte die damals überstanden geglaubte Affäre wieder die Öffentlichkeit beschäftigen. Zwei Mitglieder des „General Security Service" (GSS) — im Hebräischen kurz „Shin Bet" genannt — melden dem jetzigen Premierminister Peres von der „Arbeiterpartei", daß der Chef des Shin Bet bei den Untersuchungen Tatsachen verfälscht und unter Eid Falschaussagen gemacht habe. Peres weist die Anschuldigungen gegen den Chef des Shin Bet zurück. Einige Tage später jedoch meldet sich Generalstaatsanwalt Zamir zu Wort und fordert die Regierung auf, den Fall noch einmal aufzurollen. Es soll eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, die die Verantwortung des Chefs des Geheimdienstes unter die Lupe nehmen soll. Erst nach der ersten Beratung der Angelegenheit im „inneren Kabinett" des israelischen Parlaments beginnt sich die israelische Presse des Falles anzunehmen. Das innere Kabinett, zusammengesetzt aus je drei Mitgliedern des Likud-Blocks und der Arbeiterpartei und einem Mitglied der religiösen Parteien, lehnt eine weitere Untersuchung der Affäre mit der Begründung ab, daß die Staatssicherheit gegenüber möglichen Vergehen im Umgang mit palästinensischen Busentführern Vorrang hat. Premierminister Peres: „Diese Kammer und das ganze Land sollten sich vor diesen Männern verbeugen, die im Schatten für das Wohl und die Sicherheit des Landes Tag und Nacht ihr Leben aufs Spiel setzen."

Generalstaatsanwalt Zamir, unter anderem auch juristischer Berater der Regierung, soll (nach Aussagen „gewöhnlich gut informierter Kreise") unter Druck gesetzt worden sein, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen und keine Untersuchung anzuordnen. Regierungssprecher Beilin dementiert diese Vermutung. Trotzdem — der Generalstaatsanwalt geht. Am 2. Juni wird Zamir offiziell durch die Regierung entlassen, nachdem er seinerseits den Abschied eingereicht hat.

„Israel ist kein Polizeistaat", meint, mit dieser Entwicklung unzufrieden, die „Jerusalem Post". Ein ehemaliger Geheimdienstchef gibt jedoch knapp Bescheid: „Was glauben Sie, würde Israelis geschehen, die in Damaskus oder Bagdad einen Autobus mit arabischen Passagieren als Geiseln kapern! Man würde sie an einem öffentlichen Platz aufhängen und daraus ein Volksfest machen!"

Nach wenigen Tagen steht nicht mehr die Ermordung der Palästinenser — oder „arabischer Terroristen" im offiziellen israelischen Sprachgebrauch — im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die öffentliche Diskussion verlagert sich auf die Ebene der Politik. Weshalb haben die beiden Shin Bet-Offiziere sich mit ihren Vorwürfen gegen ihren Chef an Peres gewandt? Wenn die Vorwürfe stimmen, wer ist verantwortlich für die Tat? Hatte der Premierminister Shamir, als Premier politisch Verantwortlicher für den Shin Bet, Kenntnis vom Tod der Busentführer? Warum deckt er die Falschaussagen vor der Untersuchungskommission? Warum lehnt Shamir eine erneute Untersuchung ab?

Shamir befürchte, zitiert ihn die „Jerusalem Post", daß eine erneute Untersuchung den GSS „zerstören" würde. Nichtsdestotrotz besteht auch der neue Generalstaatsanwalt Harish auf einer Untersuchung der Vorwürfe gegen den GSS, verlangt aber ein Geheimverfahren. Peres schließt sich dem an, auch er plädiert für weitestgehende Geheimhaltung.

Begnadigt vor der Anklage

Nachdem gut sechs Wochen der modus operandi der Untersuchung debattiert worden ist, steht zumindest fest, *daß* es eine Untersuchung geben wird. Sicher ist auch, daß durch die gewählte Form der Untersuchung allein die Angaben der ehemaligen Shin Bet-Offiziere überprüft, nicht aber die Umstände des Todes der beiden Palästinenser, wie auch die neuralgischen Punkte des israelischen Staates insgesamt nicht angegriffen werden. Das israelische Kabinett hat inzwischen den Chef des Geheimdienstes Shalom offiziell zum Rücktritt aufgefordert. (Diese Forderung ist insofern überflüssig, weil im Moment der Identitätsaufdeckung eines Geheimdienstmitgliedes dieses ohnehin aus dem Shin Bet ausscheiden muß.

Moment der Identitätsaufdeckung eines Geheimdienstmitgliedes dieses ohnehin aus dem Shin Bet ausscheiden muß.

Mit seinem Rücktrittsgesuch übergibt Shalom der Regierung eine Erklärung, in der er die Arbeitsbedingungen eines Geheimdienstlers benennt und darauf verweist, daß der seinerzeitige Premier Shamir als der Letztverantwortliche für Shin Bet Kenntnis von der Ermordung der gefangenen Palästinenser gehabt habe. (Shamir sybillinisch: „Ich habe Shalom keine Anweisung gegeben, wir haben uns unterhalten.") Im Gegenzug wird er von Staatspräsident Herzog begnadigt, bevor das Ermittlungsverfahren überhaupt eingeleitet ist, geschweige denn seine Arbeit aufgenommen hat. „Radio Jerusalem" meldet, daß damit die Akte geschlossen und die Regierung gerettet sei.

Allerdings löst dieser Vorgang — der nach Darstellung kompetenter Journalisten kein Präzedenzfall ist — neuen Wirbel in der israelischen Öffentlichkeit aus. Auch Mitglieder der regierenden Arbeiterpartei und des Kabinetts sind empört. Von Mitgliedern der Opposition in der Knesset werden Mißtrauensanträge eingereicht, die aber allesamt abgelehnt werden. Die Begnadigung durch Präsident Herzog ruft schließlich den Obersten Gerichtshof auf den Plan. Er fordert die Regierung auf, innerhalb von zwei Wochen zu erläutern, weshalb es keine parlamentarische Untersuchung geben soll. Harishs Antwort an den Obersten Gerichtshof ist, daß dann „alle israelischen Geheimnisse seit den Makkabäer-Kriegen" aufgedeckt würden, ein Rechtsanwalt des Geheimdienstes ergänzt: „Wenn irgendein Shin Bet-Mitglied gezwungen wird, über angebliche Verfehlungen im Dienst auszusagen, wird die ganze Geheimdienstorganisation zusammenbrechen."

Rund einen Monat nach Harishs Ankündigung, doch eine Untersuchung über die Affäre anzusetzen, beschließt auch das Kabinett, die Entscheidung Harishs mitzutragen. Es bleibt bei Harishs Vorschlag, die Vorgehensweise seines Vorgängers Zamir zu übernehmen. Die polizeiliche Untersuchung ist beschlossen, obwohl laut Umfragen zwei Drittel der israelischen Bevölkerung gegen die Einrichtung einer Untersuchungskommission ist.

Nachdem der Oberste Gerichtshof zufriedengestellt ist, weist er auch die Beschwerden gegen die von Präsident Herzog erlassenen Begnadigungen zurück. Der Likud-Block jubelt. Nach der Anerkennung der Begnadigung durch den Obersten Gerichtshof haben weitere (acht bis zehn) Shin Bet-Mitglieder darum gebeten, straffrei bei einer möglichen Untersuchung auszugehen.

Ihre Chancen stehen nicht schlecht, wurde doch jüngst sogar eines der Shin Bet-Mitglieder, das in die Ermordung der beiden Palästinenser verwickelt war, befördert.

Zwei Gefangene wurden von Mitgliedern es Geheimdienstes ermordet. Nach einer kleinen Weile gerät dieses Verbrechen (im Wahlkampf) in Vergessenheit. Erst zwei Jahre später und nur aufgrund innerer Querelen im Geheimdienst kommen die Morde wieder zur Sprache, aber der Premierminister des Landes setzt auf Vertuschen. Peres weiß, was er tut: Heißt es doch, sein Vorgänger Shamir habe von den Morden gewußt, wenn nicht sogar sie veranlaßt, und er, Peres, habe den Vorfall ebenfalls gekannt, ihn aber gemeinsam mit Shamir geheimgehalten. Der Generalstaatsanwalt, der den Fall untersuchen will, wird zum Abschied gezwungen. Noch bevor die Ermittlungen überhaupt eingeleitet sind, werden die in die Morde Verwickelten vom Staatspräsidenten begnadigt. Zwar wird schließlich eine Untersuchungskommission eingesetzt, aber erst als sichergestellt ist, daß sie nichts Aufregendes zutage fördern wird. Ohnehin „(empfand) der Mann auf der Straße dieses ganze Getöse als widerlich." Israel, so ist zu hören, befinde sich halt seit seiner Gründung im „Kriegs- und damit im Ausnahmezustand" — was wohl meint, daß die verantwortlichen Politiker nicht dauernd mit der Thora unterm Arm rumlaufen können.

Re., Hamburg

Nochmals zur PKK

Es riecht nach einer plumpen Provokation gegen die kurdische Befreiungsbewegung PKK: Am 16.8. hatte BILD einen Bombenalarm im Hamburger Hauptbahnhof gemeldet. Die Polizei hatte den Bahnhof geräumt und eine Stunde lang abgesperrt, den gesamten Nah- und Fernverkehr stillgelegt. Grund war angeblich ein anonymer Anruf, daß sich im Gepäckschließfach 747 eine Bombe befinde. In dem Fach seien aber nur, so BILD, ein paar Stiefel und ein Handtuch gefunden worden.

Am 19.8. jedoch hatte BILD zu berichten: Im Fach 747 habe die Polizei 1,2 Kilo Sprengstoff gefunden. Daneben habe eine Lageskizze des türkischen Konsulats und ein Brief gelegen, in dem von einer auszuführenden Aktion die Rede sei. Ein „türkischer Terrorist" sei von der Polizei festgenommen worden, als er das Fach öffnen wollte.

Die Polizeiversion sieht jetzt so aus: Die Staatsschutzabteilung habe von Unbekannt einen Tip bekommen, daß von der PKK Anschläge gegen türkische Einrichtungen und Vertreter geplant seien. Daraufhin sei die Post an den kurdischen Arbeiterverein, der als

von der PKK Anschläge gegen türkische Einrichtungen und Vertreter geplant seien. Daraufhin sei die Post an den kurdischen Arbeiterverein, der als

PKK-nah gilt, überwacht worden. Auf diese Weise habe man einen Brief an den Arbeiterverein abfangen können, in dem der Schließfachschlüssel und ein kurzer Brief gewesen seien. Nachdem so die Bombe gefunden worden sei, habe man dem Arbeiterverein den Schlüssel eines anderen Schließfachs geschickt und dort auf den Abholer gewartet.

Der kurdische Arbeiterverein gibt an, in der Tat den Schlüssel mit der Post bekommen zu haben. Daraufhin habe man beschlossen, jemanden zum Fach zu schicken, um nachzusehen. Von Sprengstoff habe man nichts gewußt, man befasse sich auch nicht mit derartigen Dingen.

Der Polizei wird es mehr als schwer fallen, dem Arbeiterverein das Gegenteil zu beweisen. Aus der Tatsache, daß der Verein zwei Tage nach dem BILD-Bericht über den Bombenalarm im Hauptbahnhof einen Mann zum Schließfach schickte, ergeben sich sogar starke Anhaltspunkte, daß man dort keine Ahnung hatte, was im Fach sein sollte.

Der Verdacht liegt nahe, daß der kurdische Arbeiterverein das Opfer einer Provokation geworden ist. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Provokation von der Polizei ausgegangen ist, denn sonst hätte es wohl nicht den in diesem Fall überflüssigen Bombenalarm zwei Tage vorher gegeben, der ein Risiko für das Gelingen der Provokation bedeutete. Gegen eine Provokation von dieser Seite spricht auch, daß sich Innensenator Pawelczyk sofort klar gegen ein Verbot der PKK aussprach. Das Interesse der Polizei wie auch der Springerpresse, den Vorfall unmittelbar zur Kriminalisierung der PKK und des Arbeitervereins auszuschlachten, scheint momentan nicht sehr groß zu sein.

Der abenteuerliche Hamburger Vorgang und die Angriffe der türkischen Luftwaffe auf kurdische Dörfer im Irak haben die Auseinandersetzung um Politik und Praxis der PKK in den Hintergrund treten lassen. Dennoch wäre es falsch, diese Auseinandersetzung aus falsch verstandener Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf einzustellen oder gar begründete Urteile über die PKK nachträglich nicht mehr wahrhaben zu wollen.

Die PKK war besonders seit Herbst vorigen Jahres heftiger Kritik durch nahezu die gesamte türkische und türkisch-kurdische Linke ausgesetzt. Grund dafür waren eine Reihe Morde, die von der PKK an „Verrätern und Agenten", ehemaligen Funktionären ihrer eigenen Partei, ausgeführt worden waren. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen der PKK einerseits und den übrigen Organisationen andererseits. In Paris wurde am 23.12.85 ein PKK-Mitglied getötet, als PKKler Flugblattverteiler anderer Gruppen überfielen und diese sich zur Wehr setzten. Wenige Tage später wurde in Paris ein Mitglied der Gruppe Dev-Yol ermordet. Allgemein wurde die PKK als Auftraggeberin vermutet. Ebenso, als eine Woche später in Lausanne auf das Vereinslokal der Gruppe Kurtulus geschossen und ein Mann getötet wurde. In Basel gab es zahlreiche Verletzte, als die PKK eine Veranstaltung der stalinistischen Gruppe Partizan angriff, aber zurückgeschlagen wurde.

Schon am 25.12.85 hatte die Europa-Vertretung der PKK-Massenorganisation ERNK eine förmliche Kriegserklärung an die gesamte türkische Linke publiziert: *„Das Blut der Revolutionäre, das ihr vergossen habt, hat den Beginn einer neuen historischen Phase proklamiert. Und ihr habt mit Euren*

re, das ihr vergossen habt, hat den Beginn einer neuen historischen Phase proklamiert. Und ihr habt mit Euren

mit dem wertvollen Blut unserer Genossen beschmierten schmutzigen Händen Eure Unterschrift unter Euer zukünftiges Schicksal selbst gesetzt. Die Verantwortung dafür tragt Ihr." Ausdrücklich an „alle Sympathisanten und Anhänger der ERNK" gerichtet, hieß es weiter: *„Das auch in Europa geflossene Blut unseres Genossen hat eine neue Phase, die Phase des roten Widerstandes, eröffnet. Unser wertvoller Genosse befiehlt uns, unsere in jedem Gebiet geführten national-befreierischen Aktivitäten in jeder Hinsicht auf das Niveau des in Kurdistan gefürten Widerstandes zu heben. Es gibt keinen erhabeneren auszuführenden Befehl als diesen. Jegliche Opferbereitschaft, jegliches Bewußtsein und jegliche Möglichkeit, die dieser Befehl erfordert, wird auf jeden Fall geschaffen."*

Kaum jemand zweifelte nach diesem Blutrache-Befehl an der Zuständigkeit der PKK, als Ende Februar in Hamburg Kürsat Timuroglu, führendes Mitglied der Gruppe Devrimci Isci, von einem Attentäter erschossen wurde. Die PKK selbst bezog zu der Mordtat überhaupt nicht Stellung. Der kurdische Arbeiterverein zog sich darauf zurück, daß Mord nicht zu seinen satzungsmäßigen Aufgaben und Zielen gehöre. Die ERNK gab eine Stellungnahme ab, daß man der PKK nichts beweisen könne und daß die Verantwortung für den Mord bei Devrimci Isci und den anderen „Verrätern und Agenten" liege. Beide Stellungnahmen enthielten kein einziges Wort des Bedauerns über die Ermordung Kürsats, beide behaupteten keineswegs, daß der Mord nicht von der PKK begangen worden sei und nicht ihrer Politik entspreche. Die türkischen Linken, namentlich Devrimci Isci, hatten nach dem Attentat besonnene Erklärungen abgegeben, die vermuten ließen, daß man sich nicht zu Racheakten gegen PKK-Anhänger provozieren lassen wollte. Trotzdem gab es, für Außenstehende kaum konkret motiviert, im Juni eine Reihe von Überfällen auf einzelne Kurden. Andererseits wurde im Juli ein linker Türke von PKK-Anhängern mit Schlagstöcken und Messern schwer traktiert.

Halbwegs als Begründung der Überfälle hat der von linken Türken geführte Kulturladen Susannenstraße am 2.7. eine Erklärung publiziert, in der es heißt: Der Kulturladen und einzelne Leute seien in letzter Zeit in auffallender Weise von PKK-Anhängern verfolgt und beobachtet worden. Ähnlich sei es vor der Ermordung Kürsats gewesen. Man habe Informationen, daß die PKK konkrete Pläne für ein weiteres Attentat in Hamburg habe. Die gleiche Information habe man auch von der Staatsschutzabteilung der Polizei erhalten. Kein sehr glückliches Argument, denn dem Staatsschutz kann sehr wohl das Motiv unterstellt werden, durch solche Gerüchte den Streit weiter anheizen zu wollen.

Die Verantwortung der PKK

Die PKK ist die Hauptverantwortliche für die eingetretene Eskalation. Sie hat in ihrem Zentralorgan die ideologische Grundlage ihrer Mord- und Terrorpraxis gegen andere Linke prahlerisch und unmißverständlich vorgetragen: *„Die PKK, die genau weiß, daß man gegen den äußeren Despoten keinen Erfolg erzielen kann, wenn man nicht mit dem Verräter in den eigenen Reihen abgerechnet hat, ist eine Bewegung, die endlich das Dual von Verrat und Strafe*

dem Verräter in den eigenen Reihen abgerechnet hat, ist eine Bewegung, die endlich das Dual von Verrat und Strafe

gleichmäßig verfolgt." Man müsse *„gegen Agenten und Kollaborateure gnadenlos vorgehen."* *„Die PKK hat mit ihrer Praxis bis heute gezeigt, daß Verrat in keiner Weise ungestraft bleiben wird."* (Serxwebun, Nov. 1985)

Was versteht die PKK unter Verrat? Was meint sie mit Agenten und Kollaborateuren? Ihrem Selbstverständnis nach steht die PKK einem weltweiten Komplott gegenüber. Kräfte in dieser Verschwörung gegen die PKK sind alle wesentlichen Organisationen der türkischen und kurdischen Linken, die CIA, die südafrikanische Polizei, der schwedische Geheimdienst SÄPO, die „taz", der „Arbeiterkampf" und der KB. Für die PKK gibt es zwischen dem, was sie für einen „objektiven Verrat" hält, und dem subjektiven Verrat als gewollte Handlung keinerlei Unterscheidung. Wer die PKK angreift, macht sich an der Massakrierung des kurdischen Volkes mitschuldig, ist also ein Verräter und Agent. Und dies nicht nur im politischen, abstrakten Sinn des Wortes. Die PKK geht so weit, tatsächlich enge Beziehungen und Absprachen zwischen dem türkischen Regime und den Linken zu unterstellen. Daß es sich um bloße Wahnvorstellungen handelt, die zudem recht beliebig sind, wird auch an der Behandlung der linkssozialdemokratischen niederländischen Journalistin Anet Bleich in den PKK-Veröffentlichungen sehr deutlich: mal ist sie „zionistische Kollaborateurin", mal „Mitglied einer zionistischen Organisation" und schließlich „Kollaborateurin" des israelischen Geheimdienstes Mossad. In Wirklichkeit wird ihr offensichtlich nicht mehr vorgeworfen, als daß sie erstens Jüdin ist und zweitens etwas gegen die PKK geschrieben hat. Die Bezeichnung „Mossad-Kollaborateurin" impliziert aber, wenn man die Autoren der PKK nicht bloß für wildgewordene Sprücheklopfer halten will, ein Todesurteil.

Der Mord an Kürsat und vergleichbare Taten ergeben sich logisch aus der Ideologie der PKK. Das heißt nicht, daß sie tatsächlich für alle Morde, die ihr zuzutrauen wären, auch wirklich zuständig gewesen sein muß. Es bedeutet aber, daß es albern oder zynisch ist, wenn Freunde der PKK von einer „Hetzkampagne" sprechen, sobald der logische Zusammenhang zwischen den bluttriefenden Publikationen der PKK und den Mordtaten hergestellt

Fortsetzung nächste Seite

Es ist soweit:

Vereinigungsparteitag von GIM und KPD am 4. Oktober

Da kann wohl nichts mehr dazwischen kommen: Am 4.-5. Oktober werden sich die trotzkistische GIM und die ehemals stalinistische KPD (KPD/ML) offiziell zusammenschließen. Mit zwei separaten Parteitagen im Juni haben sich beide Gruppen von ihrem bisherigen Eigenleben verabschiedet. Totlangweilig verlief das letzte Treffen der KPD: Bei drei Stimmen gegen die Fusion war alles klar. Sowieso wurde der Vereinigungsbeschluß fast gleichzeitig auch noch durch eine Urabstimmung bestätigt. Unter anderem hieran wird es wohl gelegen haben, daß eine auffallend große Zahl von Delegierten gar nicht erst zum Parteitag erschien. *„Die Beschlußfähigkeitsquote (Anwesenheit von zwei Dritteln der gewählten Delegierten) wurde nicht gerade überzeugend überboten"*, klagt Noch-Parteichef Koch. In der Tat: die KPD fällt mehr in die Arme der GIM, als daß sie sich wirft. Die einstige Vorhut der gesamtdeutschen Arbeiterklasse macht derzeit auch politisch und intellektuell einen total ausgebrannten Eindruck.

Lebhaft hingegen die Abschiedsvorstellung der GIM. Schon vor ein paar Monaten hatte sich eine Minderheitsfraktion gebildet, die der Fusion mit der KPD nicht gerade große Bedeutung beimißt, sondern sie eher für ein hilfloses Produkt gemeinsamen Notstands hält. Priorität hat im Politikverständnis der Fraktion der Versuch, von innen Einfluß auf die Grüne Partei zu nehmen. Ideologisch neigen sie dabei eindeutig den sogenannten Ökosozialisten zu, während sie in der Praxis die größeren Gemeinsamkeiten wohl mit den „Realos" finden werden. An diesem Punkt ergäbe sich dann auch wieder ein Konsens zwischen beiden Teilen der GIM, denn beide verlangen von den Grünen die Wahl eines SPD-Kanzlers ohne jede Bedingung.

Der Riß in der GIM kam darin zum Ausdruck, daß in der Auflösungskonferenz zwei getrennte Berichte vorgetragen wurden. Der Bericht des ZK, also der Mehrheitsrichtung, wurde mit 47 gegen 25 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) angenommen. Die Fusion fand mit 63 gegen 15 Nein-Stimmen (2 Enthaltungen) eine deutlichere Mehrheit. Worauf die Differenz zwischen den beiden Abstimmungen zurückzuführen ist, geht aus der GIM-Zeitung nicht hervor. Direkt tatsachenverfälschend ist anscheinend die Mitteilung der „was tun": *„Zwei oder drei Dutzend Genossinnen und Genossen ... werden uns verlassen, was wir bedauern"*. In Wirklichkeit macht die Minderheitsfraktion bisher keine Anstalten, die GIM von sich aus zu verlassen. Wahrscheinlich rechnet die GIM-Zentrale damit, daß sich das Problem schließlich durch die Fusion automatisch lösen wird, indem die Minderheit in die neue Organisation nicht eintritt. Es bliebe noch das Problem der Zugehörigkeit zur trotzkistischen Internationale, die das GIM-ZK der Minderheit wohl nicht einfach verbieten kann. Inzwischen hat ein gemeinsames Seminar von GIM-Minderheit und grünen Ökosozialisten (ISP) stattgefunden, bei dem sich die Fraktion mit rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern präsentierte. Bei der ISP ist es naturgemäß die Linie des Linksblinkers Stamm, die bei der GIM-Minderheit Gegenliebe findet. Daß Michael Stamm aber nicht bloß die bedingungslose Wahl Raus, sondern auch noch eine blinde Zustimmung zum Bundeshaushalt fordert, geht den Trotzkisten etwas zu weit.

Sehr unzufrieden mit der Fusion GIM-KPD äußerte sich inzwischen nach langem Schweigen der aus dem ehemaligen KBW hervorgegangene BWK, der vor ein paar Jahren noch selbst um die Gunst der KPD gerungen, aber das Rennen schon längst klar verloren hatte. Nach dem Urteil des BWK wird der Zusammenschluß *„kein Fortschritt, sondern nur die Geburt einer neuen Sekte in den Randzonen des Reformismus"* sein. Der BWK befürchtet, *„daß sich die neue Organisation nicht in den Erfahrungszusammenhang revolutionärer Politik in der BRD stellen wird"*. Deutlicher gesagt: man erwartet sich von der Fusion keine Stärkung, sondern eher eine Schwächung für das vom BWK immer noch gehegte Block-Projekt unter dem Titel „Revolutionäre Sozialisten". Dieser lockere Verbund, dem außer BWK, KPD und GIM noch einige Theoriezirkel und anarchistische Kleinstgruppen angehören, bringt als gemeinsames Diskussionsforum ein Blatt heraus, das in unregelmäßigen Abständen den einzelnen Organisationszeitschriften beigelegt wird. Ansonsten stagniert das Projekt. Der BWK hat sich vor allem durch seine sprunghafte, theoretisch nie geklärte Umwandlung in einen Sympathisantenzirkel des „real existierenden Sozialismus" mittlerweile sehr weit von allen anderen Mitreisenden seines Block-Projekts entfernt. Auch sein grobschlächtiges Verständnis vom Kampf gegen Faschismus und Reaktion, seine vom KBW übernommene Unsensibilität für praktische Bündnispolitik und seine mangels realer Basis vollends zur Phrase erstarrte Arbeitertümelei machen ihn als Partner nicht sympathischer.

Angesichts dieser Sachlage ist es wohl nur ein formaler und kein praktischer Erfolg des BWK, daß auf sein Betreiben Anfang November ein Kongreß der „Revolutionären Sozialisten" stattfinden wird, bei dem es laut Arbeitstitel um „Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion" gehen soll. Daß dieser in reinster BWK-Phraseologie formulierte Titel akzeptiert wurde, deutet eher auf Interesselosigkeit der übrigen Beteiligten hin. Konkret jedenfalls soll es im Wesentlichen um die Politik angesichts der Bundestagswahl gehen. Der BWK drängt traditionell — auch dies ein Erbe des KBW — auf eine eigene Wahlbeteiligung unter allen denkbaren Umständen. Jetzt rechnet er sich eine Restchance aus, KPD und GIM doch noch für eine gemeinsame Kandidatur zu gewinnen. *„Eine Wahlanzeige beim Bundeswahlleiter ist zum Zeitpunkt, wo der Kongreß stattfindet, noch möglich"*, lockt die BWK-Zeitschrift „Politische Berichte" (8.8.).

Was die GIM(-Mehrheit) angeht, bräuchte man sie eigentlich zu einer „sozialistischen Kandidatur" nicht lange zu drängen. Außer Wahlempfehlungen für die SPD und Eigenkandidatur hatte es für die GIM bisher keine Alternativen gegeben. Gegen eine Kandidatur hat sich jedoch eindeutig und gleich zweimal die KPD ausgesprochen: Erst auf einem Parteitag in diesem Frühjahr und danach auch noch in einer Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft. Unglaublich ist daher die Dreistigkeit, mit der die ZKs von GIM und KPD auf dem Vereinigungsparteitag im Oktober die neue Organisation doch noch zur Aufstellung von „sozialistisch begründeten Direktkandidaten (Erststimmen)" verpflichten wollen. Die zweimal zu Pseudo-Abstimmungen gebetenen Mitglieder der KPD akzeptieren diese Zumutung anscheinend mit der gleichen Apathie, die den gesamten Fusionsprozeß mit der GIM kennzeichnet.

Allerdings ist der bisher vorliegende Entwurf der beiden ZKs für eine einheitliche Stellungnahme zur Bundestagswahl auch dazu angetan, Widerspruch herauszufordern: Praktisch besagt er nämlich nicht mehr als 1. *„Kampf für die Beseitigung dieser Regierung"*, und 2. *„Keine Stimme für CDU und FDP"*. Diese Aussagen, so allein wie sie dastehen, sind einerseits albern, andererseits inkonsequent. Albern deshalb, weil es keinen Sinn macht, wenn ausgerechnet zwei Gruppen der radikalen Linken ihrem Publikum als einzigen Rat die Nicht-Wahl von CDU oder FDP auf den Weg geben möchten. Man könnte sich die Sache schenken, denn potentielle Wähler der Regierungsparteien sind gewiß nicht unter den Menschen, die Stellungnahmen von GIM/KPD zur Kenntnis nehmen.

Inkonsequent ist die Stellungnahme in der vorliegenden Form, weil sie zwar die Ablösung der Regierung als Forderung in den Mittelpunkt rückt, aber von der praktischen Schlußfolgerung nichts wissen will. *„Nach Lage der Dinge besteht realistisch zur derzeitigen Regierung nur die Alternative einer SPD-Alleinregierung oder einer durch Unterstützung der GRÜNEN (Tolerierung oder Koalition) ermöglichten SPD-geführten Regierung"*, heißt es zutreffend in dem Entwurf. Dennoch rät der Text von der Wahl der SPD eindeutig ab und mag auch zur Wahl der Grünen letztlich nicht raten. Mag sich das Wahlvolk also den Kopf zerbrechen, wie man die amtierende Regierung wegkriegt, ohne eine andere zu wählen. Wären die beiden ZKs konsequent, so hätten sie sagen müssen: Wir halten den Unterschied zwischen einer Regierung Kohl und einer Regierung Rau letztlich nicht für so bedeutend, daß wir zu einem Wahlverhalten aufrufen würden, das einen Kanzler Rau möglich macht. Indessen: von den Grünen verlangt zumindest die GIM, daß sie Rau zum Kanzler wählen müssen. Selber sauber bleiben, und dann die Grünen so richtig schön von Links und Rechts gleichzeitig kritisieren.

Hier scheint zwischen der divergierenden Politik der beiden ZKs ein ganz fauler Kompromiß gefunden zu sein, der allzu taktizistisch und unglaubwürdig ist. Die GIM-Minderheit tendiert denn auch, laut „Was tun", für eine Wahlempfehlung zugunsten der Grünen. Gleiches gilt für Teile der KPD, sodaß Parteichef Koch sich zu einer Polemik im Zentralorgan "Roter Morgen" veranlaßt fühlte (11.7.). Besondere Aufmerksamkeit verdient unter seinen Gegenargumenten die Aussage, daß man sich durch eine Empfehlung zugunsten der Grünen verpflichten würde, „gegen Kandidaturen links von SPD und GRÜNEN" aktiv vorzugehen, und daß man dies nicht wolle. Angesichts der Tatsache, daß bisher ausschließlich die hoffnungslos sektiererische MLPD eine Vollkandidatur angemeldet hat, während die Friedensliste selbst dazu aufruft, mit der entscheidenden Zweitstimme grün oder sozialdemokratisch zu wählen, klingt dieses Argument deutlich hohl.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

wird. Tatsächlich kann die Ermordung Kürsats sehr einleuchtend auch als Geheimdienstoperation interpretiert werden. Aber das beweist lediglich, daß die Bestrafung von „Agenten und Verrätern", wie sie von der PKK propagiert und erklärtermaßen auch praktiziert wird, von Geheimdienstoperationen nicht mehr unterschieden werden kann.

Fehler der Linken

Die deutschen Freunde der PKK sehen nicht glaubwürdig aus, wenn sie einerseits gewunden oder offen ihr Verständnis für die „Bestrafung von Verrätern und Agenten" durch die PKK bekunden, andererseits aber laut Anklage erheben, wenn es zu Reaktionen türkischer Linker kommt. Die türkischen Linken haben, nach allem, was geschehen ist, Grund genug, die Kriegserklärungen der PKK ernst zu nehmen. Es ist auch keine unangebrachte Hysterie, sondern vernünftige Vorsicht, wenn sie jedem Anhänger der PKK erst einmal die Bereitschaft zutrauen, auf Befehl Hilfsdienste zu übernehmen, also beispielsweise die Lebensgewohnheiten eines Mordkandidaten auszuspähen, einem von der PKK geschickten Killer Quartier zu be-

Die Freunde der PKK melden sich zu Wort

Versehen mit einem ohne Einschränkung zustimmenden Vorwort hat die Zeitschrift „Radikal" einen Text unklarer Herkunft publiziert, der als „aus dem antiimperialistischen Widerstand" kommend bezeichnet wird. Die Autoren solidarisieren sich nicht nur vollständig mit der PKK gegen die „Hetzkampagne" von KB, GAL und „taz", sondern übernehmen auch komplett das paranoide Weltbild der PKK. In groben Zügen sieht die Argumentation so aus: Es existiert ein „NATO-Projekt", in dem die Türkei eine zentrale Rolle spielt, und dort wiederum die kurdischen Gebiete, wo sich viele NATO-Stützpunkte befinden. Deshalb werde von der NATO ein Vernichtungskrieg gegen den kurdischen Widerstand geführt. Dazu gehöre eine psychologische Kriegführung gegen die PKK. In diesem Rahmen seien „die gal/hh und ihr trupp akteure in einer imperialistischen operation". „in den erklärungen von gal, dev isci, in den artikeln von taz und ak wimmelt es nur so von den mustern und projektionen der psychologischen kriegführung". Ziel der „wohlüberlegten Kampagne" von GAL, KB und „taz" sei „die liquidation des kurdischen befreiungskampfes"; ihre Kampagne sei der „flankenschutz für die massakrierung des kurdischen befreiungskampfes".

Fortsetzung von vorheriger Seite

wird. Tatsächlich kann die Ermordung Kürsats sehr einleuchtend auch als Geheimdienstoperation interpretiert werden. Aber das beweist lediglich, daß die Bestrafung von „Agenten und Verrätern", wie sie von der PKK propagiert und erklärtermaßen auch praktiziert wird, von Geheimdienstoperationen nicht mehr unterschieden werden kann.

Fehler der Linken

Die deutschen Freunde der PKK sehen nicht glaubwürdig aus, wenn sie einerseits gewunden oder offen ihr Verständnis für die „Bestrafung von Verrätern und Agenten" durch die PKK bekunden, andererseits aber laut Anklage erheben, wenn es zu Reaktionen türkischer Linker kommt. Die türkischen Linken haben, nach allem, was geschehen ist, Grund genug, die Kriegserklärungen der PKK ernst zu nehmen. Es ist auch keine unangebrachte Hysterie, sondern vernünftige Vorsicht, wenn sie jedem Anhänger der PKK erst einmal die Bereitschaft zutrauen, auf Befehl Hilfsdienste zu übernehmen, also beispielsweise die Lebensgewohnheiten eines Mordkandidaten auszuspähen, einem von der PKK geschickten Killer Quartier zu besorgen, usw.

Für das entstandene Klima ist nicht absolut ausschließlich, aber doch zum allergrößten Teil die PKK verantwortlich zu machen. Oder welche Reaktionen erwartet man, wenn man alle anderen Linken als Kollaborateure des Regimes beschimpft und ihnen „Bestrafung" ankündigt? Wobei nun einmal von der PKK unter Beweis gestellt worden ist, daß sie mit „Bestrafung" wirklich Mord meint.

Wenn darauf mit Überfällen auf Anhänger der PKK reagiert wird, ist das verständlich, aber unvernünftig. Es werden die „Kämpfe rivalisierender extremistischer Ausländergruppen" produziert, die der Polizei und der rechten Presse lieb und teuer sind. Die durch die Politik der PKK bereits geschaffenen Möglichkeiten für Provokationen gegen die gesamte Linke werden vermehrt. Der PKK wird es leichter gemacht, ihre Anhänger auf die blutige Linie „Unsere Partei gegen den Rest der Welt" einzuschwören. Selbstverständlich gibt es für die Politik gegenüber den Anhängern der PKK kein Patentrezept. Aber vermutlich wäre es auf jeden Fall sinnvoll, die klassische Frage „Widersprüche zwischen uns und dem Feind oder Widersprüche im Volke" genauer zu analysieren.

Das ist kein Appell zur Versöhnung mit der PKK. Ihre Linie des Mordterrors gegen „Agenten und Verräter" ist konterrevolutionär und begünstigt Provokationen jeder Art. Diese Linie wird auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sein, die PKK selbst wird vermutlich eines Tages mit den für diese Verirrung Verantwortlichen abrechnen. Solange das nicht geschieht, wird man dennoch versuchen müssen, zwischen der PKK als Organisation und ihren einzelnen Anhängern zu unterscheiden, auch wenn diese sich vorerst völlig mit der Politik ihrer Partei identifizieren.

Die Freunde der PKK melden sich zu Wort

Versehen mit einem ohne Einschränkung zustimmenden Vorwort hat die Zeitschrift „Radikal" einen Text unklarer Herkunft publiziert, der als „aus dem antiimperialistischen Widerstand" kommend bezeichnet wird. Die Autoren solidarisieren sich nicht nur vollständig mit der PKK gegen die „Hetzkampagne" von KB, GAL und „taz", sondern übernehmen auch komplett das paranoide Weltbild der PKK. In groben Zügen sieht die Argumentation so aus: Es existiert ein „NATO-Projekt", in dem die Türkei eine zentrale Rolle spielt, und dort wiederum die kurdischen Gebiete, wo sich viele NATO-Stützpunkte befinden. Deshalb werde von der NATO ein Vernichtungskrieg gegen den kurdischen Widerstand geführt. Dazu gehöre eine psychologische Kriegführung gegen die PKK. In diesem Rahmen seien *„die gal/hh und ihr trupp akteure in einer imperialistischen operation"*. *„in den erklärungen von gal, dev isci, in den artikeln von taz und ak wimmelt es nur so von den mustern und projektionen der psychologischen kriegführung"*. Ziel der „wohlüberlegten Kampagne" von GAL, KB und „taz" sei *„die liquidation des kurdischen befreiungskampfes"*; ihre Kampagne sei der *„flankenschutz für die massakrierung des kurdischen befreiungskampfes"*. Und über die türkischen Linken heißt es, sie hätten *„sich offensichtlich dafür entschieden, ihre zukunft mit der durchsetzung des natoprojekts zu verbinden und sich aktiv an der vernichtung des revolutionären kampfes zu beteiligen."* Das hätte die PKK auch nicht schöner ausdrücken können.

So verwundert es schließlich nicht mehr im Geringsten, daß die Autoren kaltschnäuzig von sich geben: **„uns interessiert erstmal nicht, ob die PKK verräter in ihren eigenen reihen liquidiert. wir sagen nicht, daß sie es nicht tut, meinen aber, daß diejenigen, welche daraus einen vorwurf machen, nur ihr nahes (oder unreflektiertes) verhältnis zum verrat darstellen."**

Der Verdacht liegt nahe, daß die spezielle Sympathie, die gerade die PKK bei den „Antiimpis" genießt, nicht einfach darauf zurückzuführen ist, daß die PKK einen bewaffneten Kampf führt. Das tun andere Gruppen auch, die trotzdem weit niedriger in der Achtung unserer „Antiimpis" rangieren. Die besondere Nähe scheint sich über die Art und Weise herzustellen, mit der die PKK alle Welt zu „Agenten und Verrätern" erklärt und daraus gelegentlich blutige Konsequenzen herleitet. Die Neigung, die gesamte legale Linke einfach als Teil des Schweinesystems einzuordnen, war bei den „Antiimpis" schon immer vorhanden. Es wäre nicht einmal verwunderlich, wenn selbst die Mörderbande Abu Nidals, die in den letzten 10 Jahren systematisch Funktionäre der PLO „liquidiert" und damit Israel einen unschätzbaren Dienst erwiesen hat, in hiesigen Kreisen auf heimliche Bewunderer zählen kann. Nicht umsonst begeistert man sich schließlich für Ghadafi, dessen Politik gegenüber den Befreiungsbewegungen eher provokatorisch als hilfreich ist, und der natürlich auch Abu Nidal unterstützt.

Kt., Hamburg

selbst um die Gunst der KPD gerungen, aber das Rennen schon längst klar verloren hatte. Nach dem Urteil des BWK wird der Zusammenschluß „kein Fortschritt, sondern nur die Geburt einer neuen Sekte in den Randzonen des Reformismus" sein. Der BWK befürchtet, „daß sich die neue Organisation nicht in den Erfahrungszusammenhang revolutionärer Politik in der BRD stellen wird". Deutlicher gesagt: man erwartet sich von der Fusion keine Stärkung, sondern eher eine Schwächung für das vom BWK immer noch gehegte Block-Projekt unter dem Titel „Revolutionäre Sozialisten". Dieser lockere Verbund, dem außer BWK, KPD und GIM noch einige Theoriezirkel und anarchistische Kleinstgruppen angehören, bringt als gemeinsames Diskussionsforum ein Blatt heraus, das in unregelmäßigen Abständen den einzelnen Organisationszeitschriften beigelegt wird. Ansonsten stagniert das Projekt. Der BWK hat sich vor allem durch seine sprunghafte, theoretisch nie geklärte Umwandlung in einen Sympathisantenzirkel des „real existierenden Sozialismus" mittlerweile sehr weit von allen anderen Mitreisenden seines Block-Projekts entfernt. Auch sein grobschlächtiges Verständnis vom Kampf gegen Faschismus und Reaktion, seine vom KBW übernommene Unsensibilität für praktische Bündnispolitik und seine mangels realer Basis vollends zur Phrase erstarrte Arbeiter-

„sozialistischen Kandidatur" nicht lange zu drängen. Außer Wahlempfehlungen für die SPD und Eigenkandidatur hatte es für die GIM bisher keine Alternativen gegeben. Gegen eine Kandidatur hat sich jedoch eindeutig und gleich zweimal die KPD ausgesprochen: Erst auf einem Parteitag in diesem Frühjahr und danach auch noch in einer Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft. Unglaublich ist daher die Dreistigkeit, mit der die ZKs von GIM und KPD auf dem Vereinigungsparteitag im Oktober die neue Organisation doch noch zur Aufstellung von „sozialistisch begründeten Direktkandidaten (Erststimmen)" verpflichten wollen. Die zweimal zu Pseudo-Abstimmungen gebetenen Mitglieder der KPD akzeptieren diese Zumutung anscheinend mit der gleichen Apathie, die den gesamten Fusionsprozeß mit der GIM kennzeichnet.

Allerdings ist der bisher vorliegende Entwurf der beiden ZKs für eine einheitliche Stellungnahme zur Bundestagswahl auch dazu angetan, Widerspruch herauszufordern: Praktisch besagt er nämlich nicht mehr als 1. „Kampf für die Beseitigung dieser Regierung", und 2. „Keine Stimme für CDU und FDP". Diese Aussagen, so allein wie sie dastehen, sind einerseits albern, andererseits inkonsequent. Albern deshalb, weil es keinen Sinn macht, wenn ausgerechnet zwei Gruppen der radikalen Linken ihrem Publi-

Rau letztlich nicht für so bedeutend, daß wir zu einem Wahlverhalten aufrufen würden, das einen Kanzler Rau möglich macht. Indessen: von den Grünen verlangt zumindest die GIM, daß sie Rau zum Kanzler wählen müssen. Selber sauber bleiben, und dann die Grünen so richtig schön von Links und Rechts gleichzeitig kritisieren.

Hier scheint zwischen der divergierenden Politik der beiden ZKs ein ganz fauler Kompromiß gefunden zu sein, der allzu taktizistisch und unglaubwürdig ist. Die GIM-Minderheit tendiert denn auch, laut „Was tun", für eine Wahlempfehlung zugunsten der Grünen. Gleiches gilt für Teile der KPD, sodaß Parteichef Koch sich zu einer Polemik im Zentralorgan "Roter Morgen" veranlaßt fühlte (11.7.). Besondere Aufmerksamkeit verdient unter seinen Gegenargumenten die Aussage, daß man sich durch eine Empfehlung zugunsten der Grünen verpflichten würde, „gegen Kandidaturen links von SPD und GRÜNEN" aktiv vorzugehen, und daß man dies nicht wolle. Angesichts der Tatsache, daß bisher ausschließlich die hoffnungslos sektiererische MLPD eine Vollkandidatur angemeldet hat, während die Friedensliste selbst dazu aufruft, mit der entscheidenden Zweitstimme grün oder sozialdemokratisch zu wählen, klingt dieses Argument deutlich hohl.

Kt., Hamburg

"'Solidarität ist Mißtrauen!''

Ergebnisse eines Seminars zu El Salvador

Im Juli fand in einer abgeschiedenen Tagungsstätte in Niedersachsen ein Diskussionstreffen zum Thema „Positionen der El Salvador-Solidarität" statt. „So ziemlich alles", berichtete die taz begeistert, „was in der linken Diskussion zu El Salvador in diesem Land Rang und Namen hat" hatte sich eingefunden. Keinen „Rang und Namen" hat in diesem Land die FMLN/FDR und die heute noch zu Salvador arbeitenden Komitees. Die erfuhren von der Diskussion aus der taz.

Die Bewegung zu El Salvador, über deren „Postionen" auf der Tagung debattiert wurde, war etwa 1980 spontan entstanden. Binnen kürzester Zeit schossen über 150 Komitees aus dem Boden. Gleichzeitig wurde die Kampagne „Waffen für El Salvador" durchgesetzt, für die bis heute fast 4 Mio. DM gesammelt wurden. Durch den vorhandenen Druck entstanden auch im bürgerlich-humanitären und kirchlichem Spektrum wirksame Initiativen. El Salvador war ein Kristallisationspunkt. Aber fast genauso schnell wie die Bewegung ihrem Höhepunkt 1981 zustrebte, fiel sie zusammen. Viele der Teilnehmer/innen des Treffens waren in dieser Zeit Aktivisten, ihre Wortführer oder Kommentatoren der Bewegung. Zwar ist es nichts Neues, daß einige aus diesem Personenkreis heute die hier angesprochenen Positionen vertreten, Rose Gauger u.a. machten sich diesbezüglich schon vor einigen Jahren einen Namen. Neu hingegen ist, daß sie mit ihren Positionen in der Soli-Bewegung immer gesellschaftsfähiger werden. Ihr Kommentar dazu heute:

„Solidarität mit Befreiungsbewegungen" lehrt der Professor Meschkat aus Hannover zu Beginn des Treffens, *„das ist ein Maximum an Mißtrauen gegenüber den Führern dieser Avantgarden"*. *„Kritisch"* ist, wenn man sich mit ihnen *„nicht völlig identifiziert und nicht beiseite guckt, wenn von Militarismus und Menschenrechtsverletzungen bei der Guerilla die Rede ist"*, weiß Rose Gauger, die schon 1980 von sandinistischen Untaten in Nicaragua wußte und deshalb den Titel *„langjährige Mahnerin gegen Jubelsolidarität"* von der taz verliehen bekam.

Um in diesem Land zu „Rang und Namen" zu kommen, zählt im übrigen nicht der überprüfbare Beleg für die Behauptung: „Menschenrechtsverletzung durch die Guerilla", und schon gar nicht der Versuch, sich vom Standpunkt der Realität El Salvadors solchen Fragen zu nähern. Solche Behauptungen sollen vielmehr umgekehrt beweisen, daß man es selbst nämlich „kritisch" meint mit der „Solidarität".

Als Mann von praktischer „Kritik" feiert die taz Robin Schneider von der „Gesellschaft für bedrohte Völker", der sich Ansehen dadurch verschafft, *„einen Artikel von America's Watch zirkulieren zu lassen, in dem der FMLN Zwangsrekrutierungen vorgeworfen werden"*. Wie gesagt, was zählt, ist nicht die Substanz des Vorwurfs, sondern, daß er **gemacht** wird! Dadurch nämlich, so die Vorstellung, werde „Solidarität" „glaubwürdig".

Am glaubwürdigsten sind **ehemalige** Mitglieder der FMLN, die haben es zur höchsten Form der „kritischen" und „glaubwürdigenSolidarität" gebracht, indem sie ihr nämlich durch Austritt den Rücken kehren. Mit dieser Autorität ausgestattet, *„nahmen sie auf dem Seminar mit ihrem insider-Wissen allen möglichen Durchhalteparolen den Wind aus den Segeln"*.

Durchhalteparolen sind, um die Begriffserklärung des Seminars zu ihrem Ende zu bringen, die Kernelemente der sogenannten „Jubelsolidarität", die eben nicht „kritisch", „glaubwürdig" „Solidarität" ist, sondern jubelt.

Abgesehen von der spießigen Moral solcher „Positionen", erspart man sich dadurch die Mühe, die Bedingungen nachzuvollziehen, unter denen in El Salvador gekämpft werden muß, denn die sind kompliziert. Wie sieht der Druck aus, der auf der FMLN lastet? Welche Zugeständnisse müssen, welche dürfen nicht gemacht werden? Welche Kräfteverhältnisse national und international bestimmen den Kampf? Die Politik der FMLN zu verstehen erfordert Denken, sie zu kritisieren, scharfes Denken. Das hat man auf dem Seminar natürlich nicht gewagt.

BAP hören ist Widerstand, Demonstrationen sind vor Wahlen möglichst zu unterlassen und die Kampagne „Waffen für El Salvador" einfach hinderlich auf dem Vormarsch der taz noch in den letzten Beamtenhaushalt.

Mögliche Antworten: Eine Überweisung noch diese Woche auf folgendes Konto: „Waffen für El Salvador", Postgiroamt Westberlin, Sonderkonto 288 59 - 107. Es fehlen noch 12.000 DM an 4 Millionen!

hy, Stuttgart

Dokumentation

Kommunique der RAF zum Anschlag auf den Siemensmanager Beckurts

Heute haben wir mit dem Kommando Mara Cagol den Vorstand für Forschung und Technik bei Siemens und Vorsitzenden des „Arbeitskreis Kernenergie" im BDI, Karl Heinz Beckurts angegriffen.

Beckurts repräsentiert präzise den Kurs des internationalen Kapitals in der aktuellen Phase der politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des imperialistischen Gesamtsystems und treibt ihn voran. Schon in den 70er Jahren stand er an der Spitze der strategischen Ausrichtung des Kapitals: Er war Chef des Kernforschungszentrums Jülich in der Zeit, als es für die Bourgeoisie — hier mit der SPD an der Macht — um die Realisierung des Atomprogramms ging, das als Kriegsmittel auf dem Weltmarkt gegen die jungen Nationalstaaten, ihre Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung konzipiert war um ihnen die Festsetzung des Ölpreises aus der Hand zu schlagen und damit die politische Macht, die sie durch das Öl als bis dahin wichtigsten Energieträger hatten. Die Forcierung des Atomprogramms in der BRD und sein Export in die 3. Welt — gegen alle Widersprüche und Kämpfe hier durchgesetzt — war ein zentraler Pfeiler für die Erhöhung der ökonomischen Potenz der BRD und so ihrer politischen Macht im Weltsystem.

Die Restrukturierung für den imperialistischen Krieg konkretisiert sich heute in der Metropole auf der Seite des Kapitals in der radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Produktion durch Forschung, Entwicklung und Produktion von Hochtechnologien, die ihm Profitmaximierung und die absolute Steigerung der Produktivität zur Stabilisierung seiner Struktur und ökonomischen Basis in den Zentren und zur Sicherung seine Position auf dem Weltmarkt bringen soll; Das Technologiemonopol ist der strategische Hebel zur Steigerung des Profits für die internationalen militärisch-industriellen Komplexe — die zu der politisch-ökonomischen Basis der Metropolen geworden sind — zur Zementierung und Verschärfung der Abhängigkeit der Länder der 3. Welt und für die militärische Übermacht gegenüber den sozialistischen Staaten.

Siemens ist der größte High-Tech-Konzern in Westeuropa und weltweit — als KWU — drittgrößter Atomkonzern. Er steht wie kaum ein anderer Konzern in der BRD für die geballte Macht und Agression der in den MIK's organisierten reaktionärsten Fraktionen der Bourgeoisie.

Beckurts ist bei Siemens eine zentrale Figur: Er leitet die Forschung und technische Umsetzung in den für die Restrukturierung strategischen Bereichen, auf die Siemens sich konzentriert:
— Militärelektronik, um den Krieg für das internationale Kapital gewinnbar zu machen;
— computergesteuerte Kommunikations-, Informations- und Produktionssysteme für Fabriken, Büros, Heimarbeit, Universitäten und Schulen — durch die menschliches Denken und Handarbeit zur reinen Funktion der Maschinerie und von jedem Sinn entleert wird — tendenziell ganz ausgeschaltet;
— perfektionierte Kontroll- und Überwachungssysteme für die Militär- und Polizeiapparate weltweit: Siemens-Computer von Wiesbaden, Lissabon über Guatemala, Honduras, Kairo bis Johannesburg.

Die Geschichte von Siemens ist die der Kontinuität des Faschismus und Imperialismus Deutschlands, der BRD. Siemens hat schon Hitler mit an die Macht geschoben — wie sie 1930 gesagt haben: als „Bollwerk gegen den Kommunismus" — und Fabriken neben den KZ's hier, in Polen, der Tschechoslowakei ... gebaut; nach 45 stieg Siemens sofort wieder an die Spitze der Konzerne in Europa auf — jetzt mit finanzieller, technologischer und politischer Unterstützung durch die USA — und wurde zu einer zentralen Säule der Macht der BRD, die ihre ökonomische Potenz ist.

Heute gehört Siemens weltweit zu den größten transnationalen Konzernen, ist verantwortlich für die Ausbeutung, Vernichtung und Verelendung von Millionen Menschen in der 3. Welt und den Metropolen.

Anfang der 70er Jahre, als sich die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam abzeichnete und das internationale Kapital durch die Offensive der Befreiungskämpfe auf seine politische Grenze gestoßen ist, hat es seine Expansion auf die entwickeltsten Länder der 3. Welt konzentriert, um Riesenprofite durch billige Arbeitskräfte und Rohstoffe zu realisieren und neue Absatzmärkte zu schaffen; diese staatlich unterstützten Investitionen der Konzerne und Banken sollten im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" die ökonomische Basis für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung dieser Staaten und Regionen nach sozialdemokratischem Muster bilden — die imperialistische Hegemonie sollte gefestigt werden gegen die Befreiungsbewegungen, der Zugriff auf die Rohstoffe gesichert.

Im Rahmen dieser Strategie expandierte Siemens in allen Kontinenten, vor allem in Lateinamerika — die KWU schloss u.a. mit Brasilien 1975 Verträge über den Bau von 8 Atomreaktoren ab; Siemens produzierte für die Marionettenregimes Herrschaftstechnologien — während er in der BRD durch Rationalisierungen zwischen 1970 und 77 über 350 Millionen DM Personalkosten einsparte und Grohnde, Brokdorf, Biblis ... baute. Als Siemens mit finanzieller Unterstützung der SPD-Regierung in Mocambique einen Staudamm bauen wollte für das Rassistenregime in Südafrika — und damit die Lebensgrundlagen in einer ganzen Region zerstörte — schrieb die Frelimo an Brandt: Es wird Zeit, daß die Deutsche Mark ihren Beigeschmack von Blut und Leiden verliert.

Aber die ganze Entwicklung hat sich umgekehrt. Nicht politische Stabilität, Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und neue Märkte in der 3. Welt sind dabei herausgekommen, sondern massenhaftes Elend, die Vertiefung der sozialen und politischen Widersprüche, De-Industrialisierung und Schuldenkrise.

100 Jahre imperialistische Barbarei haben den Boden für diesen Versuch zerstört und die Menschen sind gegen diese neue Runde der Ausbeutung und Unterdrückung aufgestanden.

Das — in einer Wirkung mit den in immer kürzeren Abständen sich verschärfenden zyklischen ökonomischen Krisen, Rückgang der Industrieproduktion und Massenarbeitslosigkeit in den Zentren, Krisen des internationalen Finanzsystems, haben zur tiefsten Erosion des Kapitalsystems geführt.

Das Scheitern des Regimes der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist unumkehrbar, und der politische Begriff, daß die Herrschaft des Kapitals für die Menschen nur die Maximierung der Verelendung und Ausbeutung bedeutet, weil seine Orientierung ausschließlich Expansion und Profit ist — wird heute in allen Konfrontationen zum Antagonismus gegen das imperialistische System.

Die Situation ist, daß das internationale Kapital unter Führung der USA aus seinem Versuch der strategischen Rekonstruktion imperialistischer Macht auf allen Ebenen heute mit einer Entwicklung konfrontiert ist, in der seine Unfähigkeit zur Stabilisierung der politischen und ökonomischen Lage in allen Regionen der Welt evident ist.

Unter dem Druck der explodierenden sozialen Situation in der 3. Welt und den daraus wachsenden politischen Widersprüchen, den revolutionären Kämpfen weltweit, dem Auseinanderbrechen des Weltmarktsystems und der schlingernden ökonomischen Krise ohne Aussicht auf Lösungen, und der Tatsache, daß sie die militärische Übermacht für den Einbruch in das internationale Kräfteverhältnis an allen Fronten nicht erreicht hat, ist die imperialistische Staatenkette heute zwar noch in der Lage, revolutionäre Durchbrüche und selbstbestimmte Entwicklungen in einem zerstörerischen ökonomischen und militärischen Krieg zu blockieren, aber sie kann die Ursachen der Widersprüche nicht mehr beseitigen, die weltweit gegen das Kapitalsystem explodieren — politisch vor allem gegen die USA und ihre Kettenhunde, das durch sie produzierte massenhafte Elend und Sterben — und sie hat unumkehrbar die politische Macht verloren, um den Bruch mit dem System und den Kampf um Befreiung als einzige Perspektive für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung in den Köpfen und Herzen der Menschen auszulöschen.

Die substanzielle Krise des Systems weitet sich schneller aus, als sie sie beherrschen können.

Massenhaftes Elend und revolutionäre Kämpfe haben sich schneller verschärft, als sie mit ihren Weltbeherrschungsplänen durchgekommen sind.

Aus dieser eskalierten Situation ist die Aggression zu begreifen, mit der die Bourgeoisie heute die Restrukturierung in den Metropolen durchsetzt, und der Druck, sich trotz wachsender Konkurrenz und divergierender politischer und ökonomischer Interessen zusammenzuschließen gegen die Widersprüche, die ihre gemeinsamen Interessen und ihre Macht insgesamt bedrohen. Sie ist die äußere Ursache des Polarisierungsprozesses in den Metropolen, der sich gegen ihre Restrukturierungsoffensive und Kriegspolitik verschärft.

Der Zwang zur Formierung im Gesamtsystem resultiert aus der einfachen Tatsache, daß in der Krise des Systems keine imperialistische Macht die politischen und ökonomischen Probleme, die ihre Existenz überhaupt gefährden, allein beherrschen kann. International ist die Entwicklung aus der Dialektik der Klassenkämpfe und der Zuspitzung des Elends, der Widersprüche gegen Völkermord, Hunger und Zerstörung menschlicher Substanz in der imperialistischen Lebensrealität dahin gekommen, daß die stärkste imperialistische Macht — die USA — ihre politische und ökonomische Hegemonie immer mehr verliert. Das internationale Kapital und die imperialistische Staatenkette müssen die ganze Anstrengung darauf richten, alle ökonomischen, technologischen und militärischen Potentiale zusammenzuziehen und die konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie in einer gemeinsamen Strategie zu vereinheitlichen im Versuch, die Entwicklung aufzuhalten, in der das System insgesamt die Möglichkeit und Macht zur Weltherrschaft verliert.

Die Restrukturierung und Formierung für den imperialistischen Krieg wird heute in Westeuropa notwendig auf zwei Linien vorangetrieben, die den widersprüchlichen, aber im Kern vereinheitlichten Kurs des Kapitals und der Staaten kennzeichnen. Die eine — strategisch bestimmende — ist die verstärkte militärische, politische und ökonomische Kooperation und Verzahnung der westeuropäischen Kernstaaten — BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien — mit den USA (und Japan) — wie in SDI, für das Beckurts an Geheimverhandlungen für Siemens teilgenommen hat. Darin wird — orientiert an der US-Militärstrategie — die Strukturierung der internationalen MIK's, die strategische Neu-Organisierung von Forschung und Produktion für die Erreichung des Technologiemonopols forciert und ein neuer Versuch des US-Kapitals mit den Milliarden Dollars aus dem Pentagon und der Kooperation mit westeuropäischen Hochtechnologiekonzernen seine im Verhältnis zu Japan und Westeuropa relativ geschwächte Position auf dem Weltmarkt zu verbessern. Wie es für das Kapital in Westeuropa die Partizipation an militärischer Hochtechnologie und die Öffnung des US-Marktes bedeutet. Die andere — umfassende politisch-ökonomisch-militärische für Westeuropa — wie in Eureka, das in seiner Funktion für die Militärstrategie des Gesamtsystems identisch mit SDI ist und in das alle europäischen Staaten integriert sind. Durch Eureka wird ein Sprung im Konzentrationsprozeß und der Kooperation westeuropäischer Konzerne realisiert, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen und ihre Verwertungsbedingungen durch die Schaffung des „Europäischen Marktes" zu verbessern (was dann u.a. heißt: Siemens baut neue Fabriken und produziert in Portugal mit staatlicher Unterstützung, bezahlt den Arbeitern dort 1/4 des Lohns wie hier in der BRD). Es ist die Bündelung aller Ressourcen der westeuropäischen Konzerne und Staaten um die ökonomische Macht Westeuropas im Weltsystem zu stärken und die ökonomisch-militärischen Bedingungen für ihre Restrukturierung in der Metropole zu sichern. Ideologisch ist es der Versuch, die aggressive Politik der Staatsapparate, Konzerne und Militärs in Westeuropa durch den „europäisch-zivilen" Mantel zu verdecken — so die Widersprüche dagegen aufzufangen und den Menschen hier einzureden, daß durch diese „technologische Revolution" — die wie alle technischen Entwicklungen im Kapitalismus als Waffe gegen das internationale Proletariat konzipiert ist — alle gesellschaftlichen Probleme — Arbeit, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Krieg — lösbar sind.

Es ist nichts anderes als der Versuch des technologischen Sprungs aus der politischen Agonie des Systems.

Für die Menschen in Westeuropa bedeutet der Kurs des internationalen Kapitals die einheitliche Verschärfung der Ausbeutung, Verelendung und Unterdrückung; die kontrollierte Ausgrenzung von Millionen Menschen aus der Produktion und der Gesellschaft überhaupt, Kriegspolitik und Vernichtung der Lebensgrundlagen, die repressiven Befriedungsstrategien und die faschistische Unterdrückung des Widerstands, der sich gegen ihre Pläne stellt — ist die tägliche Realität in der westeuropäischen Metropole, für deren Umwälzung es nur eine Strategie geben kann: die des revolutionären bewaffneten Kampfs und des Aufbaus der politisch-militärischen Front in Westeuropa.

Was im Nazi-Faschismus durch blutigen Terror gegen die organisierte Arbeiterbewegung und die Völker erreicht wurde, soll heute in Westeuropa — in den Maßnahmen differenziert entsprechend den spezifischen politischen und sozialen Bedingungen in jedem Land, aber nach den grundsätzlich identischen Linien und Bestimmungen des internationalen Kapitals — durch die „Informationsgesellschaft" realisiert werden:

Das Ziel der Bourgeoisie in Westeuropa ist die Strukturierung, Beherrschung und Ausrichtung aller Vergesellschaftungsprozesse und gesellschaftlichen Bereiche für die Interessen des Profits und des imperialistischen Kriegs.

Der Zwang, die Restrukturierung aggressiv durchzusetzen, schiebt sich vor die politischen Vermittlungen: Demokratie, Sozialstaat, innerer Frieden, Arbeit für Alle — die zentralen ideologischen Säulen ihrer Herrschaft in der Metropole — werden in der substantiellen Krise des Systems dysfunktional. Der imperialistische Staat muß gegen alle Widersprüche die politischen, ökonomischen und militärischen Bedingungen für den strategischen Plan der Bourgeoisie, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will, durchsetzen. Das ist die Aufrüstung der Bundeswehr zur technologisch hochgezüchteten Angriffsarmee; die WAA in Wackersdorf, die die BRD für ihren Sprung zur Atommacht will — und der Terror gegen die, die sie bekämpfen; das sind die Angriffe auf das Streikrecht, die kalkulierte Massenarbeitslosigkeit und die Programme gegen die Ausgestoßenen, die reines Kontroll- und Repressionsinstrument sind um die Antagonismen präventiv zu erdrücken; was Henry Ford zur Einführung des Fließbandes festgestellt hat: „Es ist völlig ausgeschlossen, den Leuten auch nur vorübergehend ihren Willen zu lassen" — wird heute auf alle Bereiche der vergesellschafteten Produktion, auf alle gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeweitet. Individualisierung der Arbeitsbedingungen und Löhne, Mobilität und Flexibilisierung in Arbeit und Ausbildung und der reaktionäre Pakt zwischen Staat-Kapital-Gewerkschaften, sind die materielle Basis, die die Restrukturierung in der Metropole sichern und den Menschen das Begreifen der gemeinsamen Lage und die Organisierung für ihre Interessen und Bedürfnisse unmöglich machen sollen; das ist die Umstrukturierung der Wissenschaft, Universitäten und Schulen, um sie zu direkten Agenturen der Konzerne zu machen; das sind die Kampagnen der psychologischen Kriegsführung und der Staatsschutz-Terror gegen den Widerstand, um — wenn schon nicht Zustimmung, dann ohnmächtiges Schweigen angesichts des totalen Staats zu erzwingen.

Die wachsenden Antagonismen sollen unorganisierbar gemacht und in einem Teufelskreis individualisierter, der Logik des Kapitals funktionalen Interessen erstickt werden.

Hier in der BRD kalkulieren sie, daß sie die Restrukturierung für die imperialistische Aggression durchpeitschen können, weil die Politik der Gewerkschaften sozialdemokratisch, ihre Führung gekauft ist, der breite Widerstand oft noch diffus, kleinbürgerlich, unorganisiert und die revolutionären Kräfte noch schwach sind. Wenn CDU/FDP/SPD hier von „2/3-Gesellschaft" oder „Versöhnungsgesellschaft" reden, die sie im europäischen Maßstab den wachsenden Antagonismen entgegenstellen wollen, ist das ihr schwacher Versuch, die Tatsache zu entpolitisieren, daß sich der Riß zwischen Gesellschaft und Staat in der ganzen Phase imperialistischer Rekonstruktion und ihrer Aggression auf allen politisch-ökonomisch-militärischen Ebenen so vertieft hat, daß sie ihn nicht mehr zuschütten können. Es ist Ausdruck der politischen Brüchigkeit des Kapitalsystems, das in der Krise die Fähigkeit verloren hat, der Warenstruktur universelle Gültigkeit zu verschaffen. Ihre faschistische Konzeption dagegen ist die Spaltung der Gesellschaft — in einen Teil, der die Maschinen bedient, von Kriegsökonomie und Faschismus profitiert, andere, die sich stumpf gemacht und aus dem Druck der Existenzunsicherheit der Macht unterwerfen; und ein Teil, gegen den sie ihren Staatsschutzapparat perfektioniert und in alle Lebensbereiche gestaffelt ausbauen und einsetzen — das sind die, die für die Profitproduktion überflüssig geworden, aus allen rausgekippt sind, und die, die für den Staat nicht mehr erreichbar sind, weil sie kämpfen.

Gegen ihren Plan, das Kräfteverhältnis hier und international festzupressen, steht aber die Vertiefung des Polarisierungsprozesses durch alle Bereiche der Metropolengesellschaft gegen den Staat, die Politisierung des Widerstands, der schon ausgeht von den Erfahrungen in der Konfrontation mit dem Herrschaftsapparat und reformistischen Sackgassen, und die Entwicklung der revolutionären Front, die aus der Reife der Widersprüche in der Metropole und dem politischen Begriff der Totalität des imperialistischen Systems handelt, sich aus dem Ziel der revolutionären Umwälzung im internationalen Klassenkrieg bestimmt und sich in der Wirkung ihres Angriffs mit den weltweiten Kämpfen für Befreiung in einer politischen Orientierung gegen das imperialistische System verbindet.

Diese Prozesse in der Metropole treffen sich jetzt direkt mit dem Bewußtsein, das in den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten international wächst: daß das imperialistische System zu keiner Entwicklung fähig ist, die mit dem Bedürfnis nach menschlichen, d.h. selbstbestimmten, solidarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbinden ist, und daß so lange seine Herrschaft nicht vollständig zerbrochen ist, jeder unabhängige Entwicklungsprozeß zerrieben wird.

Was Marx analysiert hat: daß in der Entwicklung des Imperialismus eine Stufe eintritt, in der er nur noch Unheil, Destruktivkräfte produzieren kann, ist die objektive Grundlage des Polarisierungsprozesses, der heute in allen Ländern der 3. Welt und den Metropolen politisch gegen das System wirksam wird. Subjektiv bildet sich in dieser Entwicklung international die Einheit des Proletariats und der revolutionären-politisch-militärischen Front, ihre gemeinsame Strategie und Perspektive heraus: die weltweit einheitliche Zerrüttung des imperialistischen Systems und seine Zerschlagung im weltrevolutionären Prozeß.

Es gibt für die Bourgeoisie keinen anderen Weg, als die Restrukturierung in den Metropolen jetzt gewaltsam durchzusetzen und den Widerstand faschistisch zu unterdrücken; es gibt für sie keinen anderen Weg als die politische und militärische Eskalation des Kriegs gegen den internationalen Befreiungskampf und den Versuch, die militärische Übermacht gegen die sozialistischen Staaten doch noch zu erreichen. Sie kann heute an keinem Punkt ihres strategischen Plans, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will, zurückgehen.



schon Hitler mit an die Macht geschoben — wie sie 1930 gesagt haben: als „Bollwerk ge-
chen, den revolutionären Kämpfen welt-
verbessern. Wie es für das Kapital in West-
gramme gegen die Ausgestoßenen, die rei-
schen Plans, mit dem sie die Weltherrschaft erreichen will, zurückgehen.

Aber sie kommen nicht durch. Die Widersprüche sind schon zu tief und die Kämpfe zu weit. Die international immer mehr politisch einheitlich aufbrechenden Widersprüche und revolutionären Kämpfe überholen ihre Krisenlösungsstrategien und machen die Wirkung ihrer Kriegsmaschine stumpf. Der Riß zwischen Gesellschaft und Staat in den Metropolen und der Widerspruch international zwischen Proletariat und Bourgeoisie verschärft und vertieft sich gegen jeden Schritt, jedes Manöver in ihrer umfassenden Aggression nur immer weiter. Daß es entscheidend vom revolutionären Kampf in Westeuropa abhängt, ob ihre politische Macht und materielle Basis in den Metropolen schneller zusammenbricht, als sie ihren strategischen Plan realisieren können — und dagegen ein qualitativer Sprung in der Entwicklung des revolutionären Prozesses hier erkämpft wird, ist klar.

Die revolutionäre Bewegung in Westeuropa muß heute ihre vielfältigen Kämpfe in einen bewußten und gezielten Angriff gegen die imperialistische Macht transformieren; das heißt: die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems in Westeuropa angreifen und die Politik und Praxis in einer umfassenden revolutionären Strategie zur Zerrüttung des Systems im Zentrum und für die Einheit des Metropolenproletariats, die revolutionäre Front in Westeuropa verbinden. Jetzt geht es darum, diese Strategie im praktischen Prozeß weiterzuentwickeln und sie in der revolutionären Bewegung und der Gesamtheit der antagonistischen Kräfte in Westeuropa zu verankern.

Die revolutionäre Front in Westeuropa organisieren!
Kommando Mara Cagol
rote armee fraktion

Arbeiterjugend, Krise und Gewerkschaften

Mitgliederverluste sind seit mehreren Jahrn Auslöser für gewerkschaftliche Strategiediskussionen. Unbestritten ist auch in der DGB-Jugendabteilung, daß es einen zunehmenden Vertrauensverlust der Jugendlichen gegenüber den Gewerkschaften gibt. Umstritten ist jedoch die Frage, welche Strategie her muß, um diesen Trend zu stoppen.

Ein Ansatz ist für die maßgeblichen DGB-Jugendfunktionäre wie Ilse Brusis (im DGB-Vorstand u.a. zuständig für die Jugend) und Klaus Westermann (DGB-Bundesjugendsekretär) ist das vom soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) analysierte „neue Arbeitsbewußtsein'' bei einem Teil der arbeitenden Jugendlichen. Dieses „neue Arbeitsbewußtsein'' wird lauthals als Beleg dafür gefeiert, daß die Krise bei den Jugendlichen nicht durchweg zu einem „sich Ducken'' geführt habe. Mit der Frage, „Wie'' und „Was'' produziert wird, hat dieses angebliche neue Bewußtsein jedoch erst einmal nicht viel zu tun.

Und darum geht es auch der DGB-Jugendabteilung z.Zt. immer weniger. „ ... *die Jugendlichen (sind) am ehesten durch ganz konkrete Serviceleistungen für uns zu interessieren.*'' Für eine Forderungspolitik gegen die Auswirkungen der Krise fehlen „die Durchsetzungsbedingungen''. So Klaus Westermann, seines Zeichens DGB-Jugendsekretär in einem Interview (1).

Daß die Durchsetzungsbedingungen sich verschlechtert haben, ist — so meinen wir — zu einem Großteil Mitschuld der DGB-Führung, der es in der Vergangenheit eher darum ging, die Krise mitzuverwalten, als sie radikal zu bekämpfen.

Westermann argumentiert aus der Logik eines sozialdemokratischen DGB-Funktionärs. Für die gewerkschaftliche Jugendarbeit heißt das: ‚Erhalt der Mitgliederbasis' und ‚langsames Heranführen der Jugendlichen an die Ord-
heißt das: ‚Erhalt der Mitgliederbasis' und ‚langsames Heranführen der Jugendlichen an die Ord-
nungsmacht DGB'.

Genossinnen und ein Genosse von den Hamburger KB-Lehrlingen setzten sich mit der laufenden Strategiediskussion in der DGB-Jugend auseinander. Anknüpfungspunkte waren für sie zum einen die letzte DGB-Bundesjugendkonferenz, die im November letzten Jahres stattfand, sowie die ebenfalls Ende letzten Jahres veröffentlichte Vorstudie des SOFI unter dem Titel „Jugend und Krise''. Sie plädieren für eine p o l i t i s c h e Jugendarbeit, die sich zum einen nicht nach links abgrenzt und zum anderen nicht allein an den Interessen der arbeitenden Jugendlichen ansetzt, sondern auch die Interessen der Ausgegrenzten, Arbeitslosen und Jobber miteinbezieht.

„Wir kämpfen für eine bessere Zukunft'', war das Motto der 12. DGB-Bundesjugendkonferenz. Wenn mensch sich die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer ansieht, kann von einer annähernden Vertretung der Basis keine Rede sein: „*Das Durchschnittsalter betrug 27 Jahre, nur gut ein Fünftel der Delegierten war weiblichen Geschlechts. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen kamen auf ganze zwei Delegierte.*'' (2) „*Relativ viele waren Hauptamtliche, so zum Beispiel die hauptamtlichen Jugendsekretäre, die da als Delegierte nix zu suchen haben. Im Gegensatz dazu sind die örtlichen Jugendgruppen jedenfalls kaum vertreten gewesen*'', meinte eine Delegierte, mit der wir über die Konferenz sprachen (3).

Wenig Jugend, viel Bürokratie mit Bindemittel und Konservierungsstoffen — diese Zusammensetzung wirft auch ein Schlaglicht auf die Strukturen im DGB-Jugendbereich. Bestimmend für den Konferenzverlauf waren denn auch die Reden von Breit, Brusis und Westermann.

Hilfe — wo bleibt die Jugend?!

Im Geschäftsbericht der DGB-Jugendabteilung — mündlich vorgetragen von Westermann — heißt es zur Mitgliederentwicklung: „*Zwischen 1981 und 1984 gab es für die Gewerkschaftsjugend unerfreuliche Mitgliederverluste ... In der Zwischenzeit scheint der Trend gestoppt ... Haben bereits eine Reihe von Gewerkschaften, darunter die IG Metall und die IG Chemie dieses Jahr deutliche Mitgliederzuwächse ...* (4) *Diese begrüßenswerte Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in unserer praktischen Arbeit erhebliche Probleme haben. So kommen auch jüngste wissenschaftliche Untersuchungen des SOFI-Instituts* (5) *und von INFAS* (6) *zu dem Ergebnis, daß viele Jugendliche den Gewerkschaften mit skeptischer Distanz begegnen. Eigentlich dürfte uns das nicht überraschen ... Auch wenn Gewerkschaften prinzipiell akzeptiert sind, hat das nicht immer das praktische Engagement zur Folge. Bei vielen Mitgliedern reicht es gerade noch zu dem, was wir Versicherungsmentalität nennen.*'' (7)

Daß der DGB-Vorstand diese Versicherungsmentalität selbst mit fördert, indem er die DGB-Jugend an einer politisch kurzen Leine führt, gesteht Ilse Brusis indirekt ein, wenn sie zu dem Rausschmiß des „ran''-Chefredakteurs vor eineinhalb Jahren (8) kurz
Rausschmiß des „ran''-Chefredakteurs vor eineinhalb Jahren (8) kurz
und trocken meint: „ *‚ran' hat es in der Vergangenheit nicht immer leicht gehabt und niemand kann ausschließen, daß dies nicht auch in Zukunft so sein wird.*'' Zensur gehört zum Leben wohl dazu, oder was? Eher zynisch wirkt in diesem Zusammenhang eine Äußerung Brusis' nach der Konferenz zur Rolle der Gewerkschaftsjugend in der Gesamtorganisation: Entscheidend ist — so Brusis —, „*daß die Gewerkschaftsjugend politisch wieder so aktiv wird, daß sie ein Motor in den Gewerkschaften ist, daß sie Initiativen und Diskussionsanreize für die Gesamtorganisation entwickelt, wie es in der Friedensfrage der Fall war, wo die Jugend nicht locker ließ und sich die Gewerkschaften insgesamt bewegen mußten.*'' (9)

Bewegt hat sich der DGB. Das stimmt. Allerdings nicht weg von rechtssozialdemokratischen Positionen in der Friedensfrage, sondern hin zu dem teilweise erfolgreichen Versuch, die Friedensbewegung in ein zahnloses Konzept zu pressen, welches die SU für ebenso gefährlich wie die USA erklärt und die BRD als Kriegstreiber gar nicht erwähnt.

Bündnisse sind für uns nur da interessant, wo wir uns (politisch) profilieren können ...

Typisch für diesen politischen Stil ist der Verlauf der „Abrüstungskonferenz'' der DGB-Jugend im Jahre 1983. Andreas Buro wurde mit der Begründung von der Referentenliste gestrichen, daß er Mitglied des „Sozialistischen Büros'' sei. Auch der Sprecher des DKP-nahen „KOFAZ'' durfte nicht reden. In den Thesen, die DGB-Vorsitzender Breit auf der Jugendkonferenz vorlegte, bekräftigte er diese Linie noch einmal: „*Es war eine Zeitlang ja nicht selbstverständlich, auch die Sowjetunion als Adressaten für Friedensappelle mit einzuschließen, aber: Einäugigkeit ist nicht unsere Sache.*''

Doch zurück zu Westermanns Geschäftsbericht. Getreu der antikommunistischen Devise seiner DGB-Oberen tritt er für eine klare Abgrenzung nach links ein. O-Ton Westermann: Wir können es „*meiner Meinung nach*



nicht dulden, wenn andere Organisationen uns als Bündnisorganisation be-

demokraten und DKPler zusammen die Fäden ziehen: „*Hier soll der letzte*

nicht dulden, wenn andere Organisationen uns als Bündnisorganisation betrachten...'' Am Beispiel der „Friedens-Fahrrad-Stafette'' führt er aus: „*Ich habe deshalb bis heute nicht verstanden, weshalb in einem Landesbezirk ausgerechnet an dieser zentralen Aktivität der Gewerkschaftsjugend im Jahre 1985 wieder die leidige Bündnisfrage strapaziert wurde und versucht wurde, die Stafette in Kooperation mit der VVN durchzuführen. Man kann sich nicht über mangelndes Profil der Gewerkschaftsjugend beklagen und dann, wenn solches Profil entwickelt wird, dieses einer wie immer gearteten Bündnispolitik unterordnen.*'' Dummdreist wird so getan, als ob die „Einheitsgewerkschaft'' schon alle wesentlichen Positionen der Arbeiterbewegung beinhalte. Tatsache ist jedoch, daß diese „Einheitsgewerkschaft'' in der BRD unter scharfer Abgrenzung nach links zustande gekommen ist. Erst jüngst hat der DGB-Vorstand dies noch einmal klargestellt. In seinem „Aussöhnungsgespräch'' mit Norbert Blüm erklärte er, daß er die teilweise scharfen Angriffe von Seiten der IG Metall auf einzelne CDU-Politiker während der Auseinandersetzung um den § 116 bedauert. In einem Anflug von Größenwahn erklärte Breit in seinen Kongreßthesen zur Frage der Bündnispolitik: „ ... *eins kann nicht unsere Sache sein: Daß sich andere nur die Füße an uns wärmen. Daß wir anderen Plattformen und Darstellungsmöglichkeiten verschaffen, die diese sonst nie und nimmer erreichen würden ... Daß wir Gruppierungen Darstellungsmöglichkeiten verschaffen, deren Ziele nicht unsere Ziele sind.*'' Breit unterschlägt, daß die größten Aktionen der Friedensbewegung nicht vom DGB, sondern von Kräften (auch sozialdemokratischen und christlichen) außerhalb des DGB organisiert wurden.

Der Beschluß: Bündnisse von Fall zu Fall

Die Debatte um die Bündnisfrage spitzte sich schließlich zu, als die IG Chemie-Jugend mit einem knallhart antikommunistischen Antrag vorpreschte, der abgelehnt wurde. Im Antrag der IG Chemie-Jugend heißt es: „*Als Bündnispartner kommen Organisationen nicht in Betracht, deren Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung den im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen Vorstellungen der deutschen Gewerkschaften widersprechen. Ein Bündnis mit Organisationen, die in totalitären Gesellschaftssystemen oder undemokratischen Staatsformen das Ziel ihrer politischen Betätigung sehen, kommt ebenfalls nicht in Frage.*'' (10)

Die Ablehnung dieses Antrages kommentiert die „einheit'', Zeitung der IGBE, folgendermaßen: Vor einer „*klaren Absage an die antidemokratische Links- und Rechtsextremisten wich die Delegiertenmehrheit in nichtssagender Schwammigkeit aus, um sich alle Hintertüren offenzulassen für den gemeinsamen Marsch mit den Kommunisten durch die bundesdeutschen Straßen.*'' (10) IG Chemie-Vorstandsmitglied Jürgen Walter sieht sogar Sozialdemokraten und DKPler zusammen die Fäden ziehen: „*Hier soll der letzte DGB-Kongreß unterlaufen werden: es geht einzig und allein um das Ziel, die DKP und ihre Vorfeldorganisationen gewerkschaftlich zu stärken.*'' (10) Maßlose Übertreibungen und Hetze gehören nun mal zum Geschäft der DGB-Rechten.

Tatsächlich heißt es in dem beschlossenen Antrag: „*Zur Durchsetzung ihrer Ziele und Forderungen arbeitet die Gewerkschaftsjugend von Fall zu Fall mit anderen Organisationen und Initiativen, insbesondere mit Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden zusammen.*'' Christian Götz, Jugendverantwortlicher der HBV, warnte zwar vor einer „Abgrenzungshysterie''. Doch der sogenannten „Mehrheitsfraktion'' (IGM, HBV, Teile der Postgewerkschaft und andere) ging es eher darum, der DGB-Jugend aktive Gewerkschafter (die auch in der DKP sind) zu erhalten. So beteuerte Horst Klaus (IGM-Vorstand), mit dem Beschluß solle nicht „*den Kommunisten Tür und Tor geöffnet werden*''. (10)

Über Martin Kempes („marke'') Kongreßeinschätzung in der „taz'' konnte mensch sich nur wundern. Mit gewisser Sympathie bescheinigte er den Jugendfunktionären aus den eher rechtssozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, daß sie eine „*offene Jugendarbeit des DGB auch außerhalb der Betriebe fordern (und) eine gewisse Öffnung zu grünalternativen Politikansätzen durchzusetzen versuchen...*'' (11)

Die politische Absicht, die hinter dieser „Öffnung'' steckt, verschweigt „marke'' geflissentlich. Die geforderte Öffnung zum grünalternativen Bereich ist nichts anderes als der Versuch, erfreulicherweise unabhängig vom DGB/SPD für Frieden und Umwelt aktive Jugendliche wieder zu integrieren und als Masse für den DGB einzusacken. Kritische Distanz zum DGB ist unserer Meinung nach jedoch Grundlage für eigene Klarheit in der DGB-Jugendarbeit. Und die fehlt wohl allerorten.

Keine offene Diskussion über die Krise der Jugendarbeit

Zu einer wirklichen Diskussion über die Ursachen der Krise der Jugendarbeit war keine der Fraktionen auf dem DGB-Jugendkongreß in der Lage. Denn das hätte zwangsläufig zu einer schärferen Auseinandersetzung mit den DGB-Oberen führen müssen, die wohl keiner wollte. Als die Studie des SOFI zur Debatte stand, versuchten besonders Delegierte der IGM die Diskussion darum abzuwürgen, weil sie offensichtlich befürchteten, daß damit die Kräfte in der DGB-Jugend gestärkt würden, die für eine weitere Öffnung der DGB-Jugend auf andere Politikfelder außerhalb des Betriebes eintreten. Die „express'' vom 2.1.86 berichtete: „*Die überwältigende Mehrheit der Rednerinnen und Redner kritisierten am Geschäftsbericht, daß die Erfolge der gewerkschaftlichen Jugendarbeit vor Ort nicht berücksichtigt seien. Hauptsächlich der IGM-Jugend sei es durch phantasievolle Aktionen gelungen, der Jugendarbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten. Erfolgsmeldung auf Erfolgsmeldung wurde abgegeben.*''

Hintergrund dieser wiederaufgelebten Kontroverse ist offensichtlich, daß die DKP und Stamokap-Kräfte in der Gewerkschafsjugend befürchten, daß mit der Begründung, eine „veränderte Lebensweise'' der Jugendlichen erfordere „neue Formen'' der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, eine weitere Entpolitisierung dieser Jugendarbeit betrieben werden soll. Diese Befürchtung ist berechtigt. Die Mittel und Positionen, mit denen für eine politische Jugendarbeit gestritten wird, sind allerdings völlig daneben.

Ein „neues Arbeitsverständnis" — Chance für die gewerkschaftliche Jugendarbeit?

In dreijähriger Arbeit erteilte das Göttinger Soziologische Forschungsinstitut eine Studie mit dem Thema „Jugend und Krise''. Untertitel der Studie „Arbeit und Gewerkschaften — Perspektiven von Jugendlichen''. Auftraggeber der Studie waren die Hans-Böckler-Stiftung, der DGB-Bundesvorstand und das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Die Aussagekraft der Studie ist begrenzt, da mit der geringen Zahl von 169 befragten Jugendlichen kaum eine gesicherte repräsentative Aussage über d i e berufstätigen Jugendlichen zwischen 19 und 25 Jahren gemacht werden kann. Befragt wurden nur Jugendliche, die bereits ausgelernt haben und
schen 19 und 25 Jahren gemacht werden kann. Befragt wurden nur Jugendliche, die bereits ausgelernt haben und
Arbeits- bzw. Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht haben.

Praktische Bezugspunkte der Studie sind die Diskussionen über „zeitgemäße Formen gewerkschaftlicher Jugendpolitik und -arbeit'' sowie die Behauptung eines generellen Wertewandels innerhalb der Jugend. Im Mittelpunkt der Studie steht vor allem die Auswirkung der Krise auf die Einstellung zur Arbeit. Davon ausgehend wird das distanzierte Verhältnis zur Gewerkschaft beleuchtet.

Positiv finden wir, daß in der Studie auch Statistiken und Fallbeispiele veröffentlicht wurden. Auf der anderen Seite wimmelt es unserer Meinung nach vor von reformistischem Wunschdenken geprägten Eigeninterpretationen.

Nun zum Inhalt der Studie.

Ansprüche an Arbeit

Es geht hier um Ansprüche, die Jugendliche an ihre alltägliche Arbeit stellen. Diese Ansprüche beinhalten immer schon situationsbedingte Kompromisse. Eine Übersicht über dominante Ansprüche an Arbeit liefert die Grafik. Als wichtiges Forschungsergebnis wird von den SOFI-Leuten herausgestellt, daß zwei Drittel der Jugendlichen inhaltliche und kommunikative Ansprüche ins Zentrum ihrer Auseinandersetzung mit konkreter betrieblicher Arbeit rücken. Dies wird als ein „historisch neues Arbeitskonzept'' bezeichnet, weil damit erstmals diese Ansprüche „reproduktionsbezogenen Aspekten der materiellen Absicherung und der Arbeitsbedingungen'' den Rang abgelaufen haben.

Eingeschränkt wird diese Interpretation allerdings durch ein anderes Untersuchungsergebnis. Nämlich daß die Mehrheit der befragten Jugendlichen materielle Sicherheit und ausreichende Bezahlung als selbstverständlich v o r a u s s e t z t. 22% der Befragten setzen dagegen die materielle Sicherheit an die erste Stelle ihrer Auseinandersetzung mit betrieblicher Arbeit.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dominante Ansprüche

Für die größte Gruppe mit 37% sind die Inhalte der Arbeit am wichtigsten. Ihre Vertreter wollen innerlich an ihrer Arbeit beteiligt sein, „die Persönlichkeit nicht beim Pförtner abgeben'' und Selbstbestätigung erfahren. Die SOFI-Leute schreiben aber auch, daß „die Ansprüche ... sich nicht auf eine Inhaltlichkeit an sich'' richten. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Der inhaltliche Anspruch bezieht sich nur auf die ureigene Arbeitssituation und nicht auf gesellschaftlich nützliche Arbeit. Eine Vertreterin dieses Typs würde es z.B. vorziehen, im Sicherheitsbereich von Blohm und Voss Kriegsschiffe zu zeichnen statt immer nur Standardteile reinzuzeichnen. Nur weil Kriegsschiffe Neues bringen und sich die Möglichkeit bietet, in Zusammenarbeit mit dem Konstrukteur eigene Vorschläge einzubringen.

Die SOFI-Leute interpretieren ihr Untersuchungsergebnis etwas anders: *„Sie wollen sich in der Tätigkeit beweisen und darstellen, von daher kritisieren sie deren Monotonie und häufig auch deren tayloristische Zerteilung in eng definierte Arbeitsaufgaben, deren Sinn und Zweck nicht mehr sichtbar ist und an deren Ende kein fertiges, für andere nützliches Ergebnis mehr steht.''*

Sicherlich steckt hier ein kritisches Potential gegen die üblichen Arbeitsbedingungen. Aber diese Jugendlichen glauben noch an die Einlösbarkeit ihrer Ansprüche im kapitalistischen System. Und wer kein Jedermann sein will, betont seinen Individualismus, sucht zuerst nur eine Lösung für sich statt ihm/ihr stinkende Arbeitsbedingungen zusammen mit Kollegen zu verbessern.

Die Begrenztheit der inhaltlichen Ansprüche dieses Teils der befragten Jugendlichen zeigt sich auch in ihrer deutlichen Absage an Alternativbetriebe. Beinahe die Hälfte der Jugendlichen haben keine Vorstellung von alternativen Arbeitsformen, diese sind kein Gegenstand der Auseinandersetzung. Die andere Hälfte lehnt Alternativbetriebe als persönliche Arbeitsperspektive ab, da die Nachteile überwiegen würden. Nur 12% sind soweit offen, daß sie sich eine Mitarbeit vorstellen können.

Auch der Wunsch nach Kommunikation und sozialer Integration (ein Viertel der Befragten legt hierauf den größten Wert, vor allem die befragten Frauen) sollte nicht überschätzt werden. Besonders bei den Frauen hat die Kommunikation eine Ausgleichsfunktion für die in der Regel monotoneren Tätigkeiten. Außerdem geht dieses Bedürfnis nicht automatisch in die Richtung, soziale Beziehungen ohne Hierarchie und mit Gerechtigkeit zu gestalten, sondern es geht zuerst einmal um die subjektive Bestätigung. Meinen Kollegen in einem Maschinenbaubetrieb ist es z.B. wichtig, daß man(n) mit dem Geschäftsführer reden kann

um die subjektive Bestätigung. Meinen Kollegen in einem Maschinenbaubetrieb ist es z.B. wichtig, daß man(n) mit dem Geschäftsführer reden kann

„wie mit einem Blöden'' (das ist positiv gemeint, und die Blöden sind nach Eigeneinschätzung Menschen wie sie selber).



„Neues Arbeitsbewußtsein", Krise und Aufsplitten der Jugend

Die SOFI-Leute betonen, daß das von ihnen gezeichnete Arbeitskonzept nicht völlig neu ist. Es entspricht ungefähr dem alten Facharbeiter- und Angestelltendünkel. Neu ist die starke Verbreitung bei Jugendlichen und die Angleichung von Lebenskonzepten und Anspruchshaltungen in diesem Punkt zwischen jungen Frauen und Männern.

Die SOFIs jubeln, daß sich das „neue'' Arbeitsverständnis angesichts der Krise so erhalten hat und daß dies „kein Ausdruck eines sich Duckens vor der Krise'' sei. Für sie ist es eine „optimistische Zukunftseinschätzung'', daß das Arbeitsbewußtsein „von der Krise zwar modifiziert, aber nicht mehr in eine grundsätzlich andere Richtung gelenkt werden kann''. Erklärt wird dies von ihnen mit der schwer zurückdrehbaren Ausweitung der Bildung und damit, daß geweckte Ansprüche langfristigen Wandlungsprozessen unterliegen. Gegentendenzen wie Bafög-Streichungen sowie der Abbau des Zweiten Bildungsweges werden von ihnen nicht thematisiert.

Krisenbetroffenheit

Die Krise von Ausbildungssystem und

Krisenbetroffenheit

Die Krise von Ausbildungssystem und

Arbeitsmarkt hat viele Jugendliche der Untersuchungsgruppe hart getroffen:
— Etwa ein Drittel der Jugendlichen, insbesondere Mädchen, konnte bereits bei der Berufswahl ihre Berufsvorstellung nicht oder nur mit Abstrichen durchsetzen.
— Nach der Berufsausbildung sind es über zwei Fünftel, deren beruflicher Lebenslauf erhebliche Brüche und Unregelmäßigkeiten aufweist.
— Etwa die Hälfte (Mädchen: 58%, Jungen: 41%) stellen ihren bisherigen Berufsverlauf im Rückblick als Mißerfolg dar. In bezug auf die männlichen Jugendlichen wird diese Aussage auch als Beleg für die Stärke der arbeitsinhaltlichen Ansprüche genommen, „ ... *hier handelt es sich vor allem um dequalifiziert eingesetzte Facharbeiter und Angestellte, die ihre erworbenen Qualifikationen mit Aufrechterhaltung ihres Anspruchs — und ihrer Hoffnung — auf einen Facharbeiterplatz verteidigen''*. Für alle Jugendlichen mit dominant arbeitsinhaltlichen Ansprüchen gilt nach Meinung des SOFI, daß sie sich *„zu 75% aus Facharbeitern und Fachangestellten zusammen(setzen), während materielle Aspekte zum überwiegenden Teil von un- und angelernten Kräften priorisiert werden''*.

Die Jugendlichen, deren bisherige berufliche Tätigkeit besonders von der Krise beeinflußt wurde, sind — so das SOFI — besonders freizeit- und familienorientiert. Auf der anderen Seite verschaffe die Krise *„denjenigen, die mit besseren Voraussetzungen angetreten sind, vielfach eine zusätzliche Bestätigung ihres Leistungsvermögens*

lienorientiert. Auf der anderen Seite verschaffe die Krise „denjenigen, die mit besseren Voraussetzungen angetreten sind, vielfach eine zusätzliche Bestätigung ihres Leistungsvermögens

und ihres Lebenskonzepts, da es sich unter schwierigen Bedingungen durchgesetzt zu haben scheint. Insofern wirkt die Krise auf die Lebensperspektive vieler Jugendlicher einschüchternd.''

Unserer Meinung nach sind diese Ergebnisse der Studie kein Grund zum Jubeln. Denn die Krise führt offensichtliche zur Spaltung der Jugendlichen in einen Teil, der nach wie vor erfolgsorientiert im Berufsleben steht, und einen anderen, der sich seine persönliche Bestätigung notgedrungen in Bereichen außerhalb der Arbeitswelt sucht. Insgesamt fördert die Krise aber die Tendenz zur Individualisierung und des „sich alleine Durchschlagens''.

Jugend und Gewerkschaften

Die Befragungen ergaben, daß 90% der Jugendlichen die Notwendigkeit der Gewerkschaften einsehen. Die Jugend läuft der Gewerkschaft nicht davon, rennt ihr aber auch nicht das Haus ein. Lediglich 5% sind engagierte Mitglieder, und die Bereitschaft zum Engagement hat seit den 70er Jahren stark abgenommen. Es gibt nach eigenen Erfahrungen kaum noch funktionierende Jugendgruppen. Nur die SDAJler wollen die traurige Realität nicht wahrhaben.

Einen Kontrast dazu bildet die Aktivität Jugendlicher in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Daß sich immer weniger Jugendliche bewußt zur Gewerkschaft stellen oder sich überhaupt organisieren, versuchen die SOFIs mit veränderten objektiven Bedingungen zu erklären. Verfehlte Gewerkschaftspolitik wird von ihnen nicht thematisiert. Zu den objektiven Gründen zählen sie u.a.:
— verlängerte Ausbildungszeiten in der Schule,
— erweiterte Freizeitmöglichkeiten,
— weniger Jugendliche wachsen traditionell durch die Eltern in die Gewerkschaft hinein.

Nach Meinung der SOFIs ist die Distanz zwischen Gewerkschaften und Jugendlichen mit dem veränderten Arbeitsverständnis zu erklären. Auf der „Suche nach neuen Formen des Umgangs mit den Jugendlichen'' soll auf die „subjektbezogenen Dimensionen'' eingegangen werden. Und die Gewerkschaft soll sich zum „Anwalt dieser Interessen machen'', **also die Mehrheit mit ihren wie oben definierten inhaltlichen und kommunikativen Ansprüchen vertreten.**

Unserer Meinung nach müßten die Gewerkschaften, wollten sie ihrem politischen Anspruch gerecht werden, eigentlich einen anderen Schwerpunkt setzen. Um die Spaltung der Arbeiterjugend zu verhindern, müßte sie sich besonders auch um die aus dem Arbeitsleben ausgegrenzten Minderheiten „ganz unten'' kümmern.

Wo diese bornierte Ausschau nach der relevanten Gruppe, die man für die Gewerkschaften gewinnen will, endet, führte DGB-Jugendsekretär Klaus Westermann aus: *„Nach meinem Eindruck sind Jugendliche am ehesten durch ganz konkrete Serviceleistungen für uns zu interessieren, die z.T. mit Gewerkschaftspolitik im engeren Sinne noch gar nichts zu tun haben: Sprachkurse, kostenlose Computerkurse, Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche, Hilfen in der Ausbildung, gemeinsame Prüfungsvorbereitungen und auch Hausarbeitenhilfen für Schüler, damit wir überhaupt mal wieder einen Fuß in die Schulen reinbekommen, und nicht nur dadurch, daß auch mal ein Gewerkschafter zum Unterricht eingeladen wird, um zu erzählen, was Gewerkschaften sind.''* (1)

Wenn die Gewerkschaften wie die Anti-AKW- oder Friedensbewegung eine gewisse Radikalität hätten, so würden sie in unserer Gesellschaft ganz automatisch auch eine größere Ausstrahlung haben und politisierend wirken. Dann bräuchte man auch keine langweiligen Gewerkschaftsfunktionäre in die Schulen zu schicken. Die Gewerkschaften in ihrer jetzigen, völlig ins System integrierten Rolle müssen sich jedoch, wenn man Klaus Westermann folgt, offensichtlich Methoden bedienen, wie man sie von den bürgerlichen Parteien kennt. Von „traditioneller'' Forderungspolitik der Gewerkschaften, die mit politisierend wirken könnte, will Westermann jedoch nichts wissen: *„Ich kann hervorragende Forderungen aufstellen: Schüler-Bafög in Höhe von ... , existenzsichernde Ausbildungsvergütung usw., nur sind diese Forderungen das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind, wenn die Durchsetzungsbedingungen nicht vorhanden sind.''* (1)

Bleibt zu hoffen, daß die sich neu entwickelnde Anti-AKW-Bewegung zur Politisierung der Jugendlichen beiträgt, und damit auch solchen sozialdemokratischen Apparatschiks wie We-

Bleibt zu hoffen, daß die sich neu entwickelnde Anti-AKW-Bewegung zur Politisierung der Jugendlichen beiträgt, und damit auch solchen sozialdemokratischen Apparatschiks wie We-

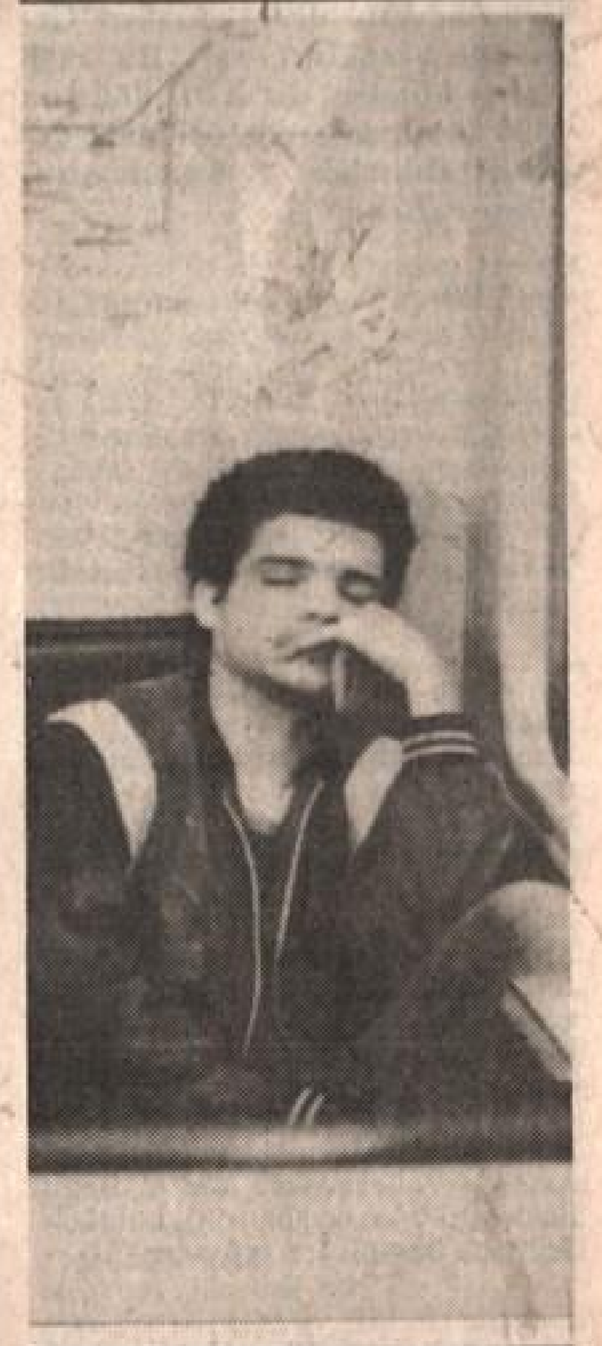
stermann Feuer unter dem Hintern macht.

**Ma., Si., Mo. (KB-Lehrlinge)
in Zusammenarbeit
mit U. (B&G-Kommission)**

(Eine ausführlichere Fassung dieses Artikels kann über die Redaktionsadresse gegen DM 3,- bei uns angefordert werden.)

Anmerkungen:

1. Klaus Westermann, DGB-Jugendsekretär in einem Interview in „Sozialismus" 2/86 (herausgegeben von den Sozialistischen Studiengruppen)
2. „ran" 12/85
3. Da wir selbst nicht auf der Konferenz waren, haben wir einige Jugendliche befragt.
4. Nach der INFAS-Untersuchung weist die IG Chemie bei den jugendlichen Mitgliedern 1985 ein Plus von 6,1% gegenüber 1984 auf (ca. 26.000), die IGM ein Plus von 5,5% (ca. 5.200). Die ÖTV hält sich konstant.
In dem Zeitraum von 1981 bis 1985 gab es eine unterschiedliche Entwicklung. Während die IG Chemie Zuwächse von 5,6% zu verzeichnen hatte, hatten die meisten anderen Einzelgewerkschaften mittlere Verluste (IGM minus 6,%, ÖTV minus 3,8%). Die HBV hatt erhebliche Verluste mit 15,4%.
5. Bezugsadresse der SOFI-Studie „Jugend und Krise":
Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität
Friedländer Weg 31
3400 Göttingen
6. Die INFAS-Untersuchung über das Organisierungsverhalten von Jugendlichen bestätigt den Mitgliederrückgang und Vertrauensschwund bei den Jugendlichen. „In den letzten vier Jahren haben die Jüngeren überdurchschnittlich häufig den Gewerkschaften Vertrauen entzogen." Während das Vertrauen der Bundesbürger in die Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren insgesamt von 55% (1976) auf 47% (1983/84) sank, ging es besonders auch bei den Jugendlichen zurück. Das wird besonders auch zwischen 1981 und 1984 deutlich. Während sich das Vertrauen zu den Gewerkschaften bei den ältesten Bundesbürgern bei ca. 50% einpendelte, sank es bei den 25- bis 34jährigen um 8% und fiel bei den Jüngsten von 57% auf 46% besonders stark ab.
Die INFAS-Untersuchung führt weiterhin aus, daß „der Vertrauensschwund der Gewerkschaften bei Jüngeren ... keine einmalige Erscheinung ist. Andere gesellschaftliche Institutionen büßen im Zeitraum 1976 bis 1984 sogar noch mehr Legitimation ein als die Gewerkschaften."
7. Wie alle anderen Zitate aus Reden etc. ist die Quelle die „Solidarität" 12/85 (Jugendfunktionärszeitung des DGB).
8. Siehe hierzu AK 255: „Jugendarbeit mit angezogener Handbremse"; Anlaß der Kündigung des „ran"-Chefredakteurs war eine Satire über Bundespräsident Weizsäcker.
9. Ilse Brusis in einem Interview mit der Zeitschrift „Sozialismus" (2/86)
10. Nach „einheit", Zeitung der IGBE, 24/85
11. „taz" vom 21.11.85



Wir lernten ihn auf einer kleinen Diskussionsveranstaltung im Frankfurter Westend kennen: Der 77jährige Ludwig Joseph erklärte dort, der Sieg des Bösen resultiere nicht aus dessen eigener Stärke, sondern aus der Schwäche des Guten. Nur wegen der Zersplitterung der Linken habe sich der Faschismus in Deutschland durchsetzen können. Die Einheit der Antifaschisten ist folglich seine Botschaft. Es stellte sich heraus, daß er nach dem Krieg Vorsitzender des Gemeinderats der Jüdischen Gemeinde Frankfurt war. Bis 1948 war er Mitglied der KPD und von 1934 bis Kriegsende Mitglied der niederländischen Kommunistischen Partei CPN.

E., Ffm

"Kampf dem Antisemitismus, Streik"

Interview mit einem Teilnehmer des Februarstreiks 1941 in Amsterdam

Arbeiterkampf:
Wir haben dem zweiten Buch von Valentin Senger (1) entnommen, daß Sie beim berühmten Februar-Streik 1941 in Amsterdam gegen die Nazi-Besetzung eine führende Rolle gespielt haben.

Ludwig Joseph:
Zunächst muß ich feststellen, daß beinahe alles, was in diesem Buch von mir berichtet wird, entweder frei erfunden oder zumindest maßlos übertrieben ist. Ich war nicht in der Streikleitung. Ich habe am Streik teilgenommen und mit Erfolg versucht, andere zur Teilnahme zu bewegen. Ich habe auch nicht, wie es in dem Buch heißt, eine illegale kommunistische Zeitung herausgegeben. Ich war einer von sehr vielen Mitarbeitern, habe mitgearbeitet an der Herstellung und am Vertrieb. Und beinahe auch alles andere, was in diesem Buch über mich erzählt wird, ist falsch. Teilweise bewußt frei erfunden. (2)

Können Sie die Entwicklung, wie sie damals in den Niederlanden zu beobachten war, schildern?

Als gerade Zwanzigjähriger bin ich 1928 nach Holland gekommen und zwar zunächst nach Amsterdam. Dort habe ich bei einer großen Getreidefirma gearbeitet, die mich dann nach Rotterdam in den Hafen versetzt hat. Ich hatte nämlich sehr gute Fachkenntnisse von Getreide, Weizen, Mais, Gerste, Hafer usw. Im Hafen war ich beim Löschen der großen Überseeschiffe als Qualitätskontrolleur beschäftigt. Ich habe unter den Hafenarbeitern mein Holländisch vervollkommnet, was mir später sehr nützlich war. Nach etwas über einem Jahr kam ich wieder nach Amsterdam zurück und bin bis zu meiner Illegalität Angestellter in dieser Firma gewesen. Im Februar 1934 bin ich Mitglied der holländischen Kommunistischen Partei geworden, aus der Überzeugung heraus, daß in Deutsch-

ma gewesen. Im Februar 1934 bin ich Mitglied der holländischen Kommunistischen Partei geworden, aus der Überzeugung heraus, daß in Deutsch-

land die Kommunisten die einzigen waren, die tatsächlich gegen die Nazis gekämpft haben, eine Überzeugung, die sich später auch für Holland als richtig herausgestellt hat. Auch Holland war natürlich von der Weltwirtschaftskrise sehr stark mitgenommen. Es gab immer mehr Arbeitslose. Man hat auch dort versucht, die Schierigkeiten der Krise auf dem Rücken der Arbeiter und Arbeitslosen abzuladen und es kam deshalb zu Demonstrationen, sogar zu kleinen Straßenkämpfen in Amsterdam, an denen ich aber nicht teilgenommen habe. Im Laufe der Entwicklung, auch nachdem die Deutschen ohne Kriegserklärung in Polen eingefallen waren, hat die holländische Regierung, damals eine Rechtsregierung, ihre Maßnahmen gegen die Arbeiterparteien immer mehr verschärft, um dem großen Nachbarn keinen Ärger zu machen. Ende 39, Anfang 40 hat die Parteileitung beschlossen, daß wir uns auf die Illegalität vorbereiten müssen. An Krieg hat man damals nicht gedacht, jedenfalls nicht an Krieg gegen Holland. Am 10. Mai 1940 haben die Deutschen Holland überfallen, nachdem sie noch wenige Tage vorher das Gerücht, Deutschland plane einen Einmarsch in Holland, als englische Verleumdung zurückgewiesen hatten.

Man kann also sagen, daß die Nazis das Lügen nicht erst nach ihrer Niederlage erfunden haben, sondern daß es schon vorher eines ihrer Kampfmittel war. Sie haben am 13. oder 14. Mai, ich weiß es nicht mehr genau, Rotterdam mit Flugzeugen überfallen. Zuvor hatten sie ein Ultimatum gestellt; aber noch vor dessen Ablauf und trotz der holländischen Kapitulation sind sie mit Flugzeugen über Rotterdam erschienen, haben tausende von Häusern zerstört und eine sehr große Zahl von Menschen verwundet, verstümmelt oder getötet.

nen, haben tausende von Häusern zerstört und eine sehr große Zahl von Menschen verwundet, verstümmelt oder getötet.



Könnten wir nochmal einen Schritt zurückgehen? Es gab ja nicht nur die deutschen Nazis, die eine Bedrohung für das holländische Volk waren. Es gab auch die Nazis in Holland selber, die im Laufe der Jahre viele Mitglieder gewonnen haben. Können Sie etwas zur Arbeitsweise und zur Agitation der Kommunisten gegen die holländischen Nazis sagen?

Es gab in Holland eine nationalsozialistische Bewegung, abgekürzt NSB; die war schwach. Sie hatte in ihren Glanzzeiten bei Wahlen acht Prozent der Bevölkerung. Nach dem Einfall der Deutschen verringerte sich ihr Anhang. Da zeigte sich nämlich, daß ihre patriotischen Phrasen auch nur Lügen waren. Neben den holländischen Nazis gab es noch eine kleine Partei, die sich Nationalsozialisten nannte. Die waren gleich auf Hitler fixiert, waren aber noch unbedeutender.

Was waren das für Leute?

Teilweise Arbeiter, Angestellte. Aber sie hatten keine Bedeutung. Die holländischen Kommunisten haben sie ideologisch bekämpft. Zu irgendwelchen Prügeleien ist es nach meinem Wissen nicht oder nicht in besonderem Umfang gekommen. Natürlich gab es andere bürgerliche Parteien, die nicht weniger antibolschewistisch oder antisozialistisch waren als die Nazis. Nach dem Überfall haben die Nazis, ich habe es vorhin erwähnt, an Einfluß verloren, weil sie ganz deutlich eine landesverräterische Rolle übernommen hatten, indem sie die Deutschen bei der Besetzung Hollands überstützten. Sie hatten also keinerlei politische Bedeutung. Deshalb haben die Deutschen die Gründung einer anderen Partei begünstigt. Die nannte sich „De Nederlandse Unie". Sie hat keine Nazi-Agitation betrieben, sondern propagierte das Arrangement mit der Besatzungsmacht.

Gründung einer anderen Partei begünstigt. Die nannte sich „De Nederlandse Unie". Sie hat keine Nazi-Agitation betrieben, sondern propagierte das Arrangement mit der Besatzungsmacht.

Diese Partei wurde von fast allen bürgerlichen Parteien unterstützt, die geglaubt haben, man müsse nun mal mit den Deutschen leben. Auch der frühere Ministerpräsident, Hendrik Colijn, er gehörte der „Antirevolutionären Partei" an, hat damals erklärt und geschrieben, es gäbe wohl keinen Zweifel daran, daß Deutschland diesen Krieg gewinnen werde, und daß man sich deshalb mit den Deutschen arrangieren müsse.

Wie hat sich die Situation der in Holland lebenden oder nach dort emigrierten Juden bis 1940 und danach entwickelt?

Vor der Besetzung, vor dem Einfall der Deutschen hat es keine antijüdische Bewegung gegeben. Es gab Maßnahmen der Regierung gegen den Zustrom der Emigranten, die übrigens nicht nur Juden waren. Das geschah einfach, weil der Arbeitsmarkt keine neuen Leute mehr verkraften konnte. Sie wurden, soweit sie illegal nach Holland kamen, in einem Camp interniert, was aber nicht mit einem Konzentrationslager zu vergleichen ist. Das war Westerbork — die Deutschen haben später ein KZ daraus gemacht.

Die Juden, die Geld hatten, konnten sich in Holland, in Amsterdam, eine Wohnung nehmen. Aber es kamen ja mehrere Tausend ohne einen Groschen in der Tasche. Die hat man in dieses Lager gebracht, wo sie landwirtschaftliche Arbeiten verrichten mußten. Das kann man etwa so bewerten, wie man heute Asylanten unterbringt.

Aber von antijüdisch war keine Rede. Dafür war in Holland auch kein Boden. Das hat sich später gezeigt, als die Deutschen die antijüdischen Maßnahmen ergriffen. Es hat damit angefangen, daß man jüdische Hochschullehrer von den Hochschulen entfernte, was zu Protesten und Streiks unter den Studenten in Delft und in Leiden führte. Man hat den Hochschullehrern Formulare vorgelegt, ob sie „jüdischversippt" seien. Einige schrieben zurück, sie hätten sich nie dafür interessiert, ob die Eltern ihrer Urgroßeltern katholisch, protestantisch oder jüdisch gewesen sind und könnten diese Frage daher nicht beantworten.

Auch die Kirche hat protestiert. Dann hat man in Januar 41 — alle Juden mußten sich registrieren lassen — die Juden zunächst aus dem Staatsdienst, dann aus dem Dienst der Gemeinden herausgeworfen. Man hat gegen kleine jüdische Geschäftsleute Maßnahmen ergriffen. Damals gab es schon die Zwangswirtschaft, so daß man sie nicht mehr beliefert hat. Es gab in Holland, speziell in Amsterdam, ein starkes jüdisches Proletariat. Es gab Juden in allen Arbeiterberufen und natürlich auch viele kleine Geschäftsleute, Gemüsehändler auf der Straße, Blumenverkäufer oder Obstverkäufer, jüdische Straßenbahnschaffner, Polizisten, Briefträger, Metallarbeiter, die bekannten jüdischen Diamantschleifer usw., so daß keine klassenmäßige Differenzierung zwischen Juden und Nichtjuden möglich war. Es war dem holländischen arbeitslosen Metallarbeiter, de Janssen, nicht beizubringen, daß sein Kamerad Levinson, der schon seit einem Jahr mit ihm stempeln ging, sein Feind sei.

Es kam also zu den ersten Widerständen. Es gab einen Streik unter den holländischen Arbeitslosen, merkwürdigerweise. Man hatte nämlich Arbeitslose dazu verpflichtet, Kriegsschäden aufzuräumen, u.a. an der früheren Befestigungslinie. Als man deren Arbeitstag verlängern wollte, haben sie gestreikt. Sie haben einfach, als die übliche Arbeitszeit abgelaufen war, ein Signal gegeben und die Schippen hingelegt. In einem Fall wollte man die Streikenden militärisch disziplinieren, und es hat geheißen: „In Viererreihen aufstellen, im Gleichschritt Marsch." Obwohl nicht wenige von diesen Arbeitslosen gediente Soldaten waren, ist es ihnen nicht gelungen, sich in Viererreihen aufzustellen und von Gleichschritt war schon gar keine Rede. Die wollten von Anfang an zeigen, daß sie sich von deutschen und holländischen Nazis nicht disziplinieren lassen.

Dann kam es, sehr wichtig, zu Streiks auf mehreren Werften, im Hafen von Amsterdam und Rotterdam. Man wollte Arbeiter zwingen, in Deutschland zu arbeiten. Als sich dafür keiner oder jedenfalls nur sehr wenige gemeldet haben, hat man eines Morgens die jüngeren Arbeiter zu einem Vortrag in die Kantine gerufen. Dort hat man ihnen mitgeteilt, daß ein bestimmter Teil von ihnen nach Deutschland müsse. Man werde losen, wer hier bleiben muß und wer nach Deutschland darf. Als die jungen Arbeiter den Raum möglichst schnell verlassen wollten, stellte sich heraus, daß die Türen verschlossen waren. Aber irgendwie drang das doch nach draußen und plötzlich ging die Sirene für den Arbeitsschluß. Man hat zuerst in einem

lassen wollten, stellte sich heraus, daß die Türen verschlossen waren. Aber irgendwie drang das doch nach draußen und plötzlich ging die Sirene für den Arbeitsschluß. Man hat zuerst in einem

großen Metallbetrieb in Amsterdam die Arbeit niedergelegt. Dann haben sich fünf kleinere Betriebe angeschlossen. Auch in Rotterdam wurde ein Streik probiert, mit Erfolg. Da die Deutschen die Arbeiten dieser Leute brauchten, haben sie darauf verzichtet, sie zwangsweise nach Deutschland zu bringen. Es ist verständlich, daß die erfolgreichen Aktionen, sowohl die der Arbeitslosen als auch die der Metallarbeiter, einen ermutigenden Einfluß auf weitere Unternehmungen hatten.

Wie ist dann der Streik im Februar 41 entstanden?

Die Deutschen haben versucht, die Holländer auf ihre Seite zu bringen. Da sie ihnen nichts Materielles zu bieten hatten, haben sie versucht, eine antisemitische Einheitsfront mit ihnen zu bilden. Nachdem man die Juden aus dem Staatsdienst entlassen hatte, wollte man sie aus den zahlreichen Cafes, Gastwirtschaften und Bierlokalen herauswerfen. Dazu haben sie zunächst holländische Nazis vorgeschickt, die aber zu ihrem Erstaunen selbst hinausgeworfen wurden. Nicht die Juden wurden hinausgeworfen, sondern die NSBer durch Juden und nicht-jüdische Gäste, die sagten „dat willen wij hier niet hebben".

Bei diesem Hinauswerfen der Nazis aus den Gaststätten haben sogar holländische Polizisten mitgewirkt, da das ja eine Störung der Ordnung sei. Das hat sich ein paar Tage später in anderen Gaststätten der Innenstadt fortgesetzt, wo die Nazis ebenfalls Prügel bezogen, bis Überfallwagen von der deutschen Polizei kamen, die dann jüdische und



nicht-jüdische Holländer und die holländischen Polizisten verprügelt hat.

Mitte Februar haben die holländischen Nazis ein kleines Pogrom versucht. Sie zogen in das alte Judenviertel, das heute nicht mehr steht, uralte Häuser, in denen nur ganz arme Leute gewohnt haben, hauptsächlich Juden. Dort haben sie die armseligen Wohnungen demoliert, die Leute verprügelt usw. Und siehe da, die jüdischen Proleten kamen zu Hauf und haben die Nazis wieder hinausgeschlagen. Auch Nicht-Juden, die das Kampfgetümmel gehört hatten, halfen kräftig mit. Anschließend haben die Deutschen eine große Zahl jüdischer Männer verhaftet und weggebracht.

Vorher hatte einmal eine große christliche Zeitung gegen die Mißhandlung von Juden protestiert. Man müsse ihnen helfen, Mitleid haben usw. Da haben die Kommunisten ein Flugblatt verteilt, in dem es hieß, der Kampf gegen den Antisemitismus sei keine Frage der Barmherzigkeit. Er sei eine Frage holländischer nationaler Politik, Symbol für unseren Widerstand gegen die Nazifizierung unseres Landes. Hitler hatte nämlich erklärt, er verzichte auf die Eingleiderung der Niederlande in das großdeutsche Reich, wenn die Niederlande eine nationalsozialistische Regierung bekämen. Es handelte sich also um Versuche, dieses Programm durchzubringen. Das haben die Kommunisten und wahrscheinlich auch andere erkannt, und man hat sich am 22. Februar 41 auf einer öffentlichen (!) Versammlung der Kommunisten auf dem Noordermarkt getroffen. Dort wurde proklamiert: Kampf gegen antisemitische Methoden und Streik! Unsere Feinde sind unsere jüdischen und nichtjüdischen Ausbeuter, wurde in einem Flugblatt erklärt. Die jüdischen Arbeiterkameraden und der jüdische Gemüsehändler auf der Ecke sind nicht unser Feind. Unsere Feinde sind

nichtjüdischen Ausbeuter, wurde in einem Flugblatt erklärt. Die jüdischen Arbeiterkameraden und der jüdische Gemüsehändler auf der Ecke sind nicht unser Feind. Unsere Feinde sind

die Ausbeuter, die ja auf Seiten der Nazis stehen. Am 24. Februar 1941 wurde in Amsterdam der Generalstreik ausgerufen. Ich habe erst am Morgen die Mitteilung bekommen, daß heute gestreikt wird. Entscheidend war, daß die Straßenbahnschaffner mitgemacht haben. Es fuhr keine Straßenbahn mehr. Die Briefträger haben keine Briefe mehr zugestellt, alles, was in städtischen oder staatlichen Diensten war, hat gestreikt. Die Führung hatten die Kommunisten.

Fortsetzung nächste Seite



Der AK brachte eine Gesamtdarstellung des Februarstreik in der Nr. 102, S. 29 und einen Bericht des Autors der „Kroniek der Jodenvervolging", Abel Herzberg, in der Nr. 197, S. 36. Eine umfassendere Darstellung des Februarstreiks in deutscher Sprache existiert unseres Wissens nicht.

Geschichte

Fortsetzung von vorheriger Seite

Natürlich ist dieser Streik geglückt, weil Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern und auch nicht politisch organisierten Menschen mitgemacht haben. An diesem Generalstreik haben in Holland etwa 300.000 Menschen teilgenommen. Man bedenke, unter den Bedingungen der Besatzung! Daß die Kommunisten die Führung hatten, liegt einfach daran, daß es keine sozialdemokratische Partei mehr gab. Die Nazis hatten bald nach der Besetzung versucht, sich mit den Sozialdemokraten auf eine gewisse Zusammenarbeit zu einigen. Das haben die Sozialdemokraten abgelehnt. Das war aber auch alles. Eine illegale Führung der Sozialdemokraten gab es nicht. Die Partei war einfach nicht mehr existent. Dem ist es zuzuschreiben, daß die Sozialdemokraten, soweit sie zum Widerstand bereit waren, und das waren sehr viele, die Initiativen der Kommunisten akzeptierten. Andere Sozialdemokraten sind der oben erwähnten „Nederlandse Unie" beigetreten, die zwar auf nazistische Phraseologie verzichtete, aber mit den Deutschen zusammengearbeitet hat. Aber nach diesem Streik hatte sie keine Bedeutung mehr und wurde einige Zeit später von den Deutschen aufgelöst.

Kann man sagen, wie es in den Geschichtsbüchern steht, daß dieser Generalstreik aus Solidarität mit den Juden stattgefunden und sich explizit gegen antisemitische Politik gewandt hat? Welche Bedeutung im Rahmen des Anti-Nazi-Kampfes hat die Bekämpfung des Antisemitismus überhaupt für die Kommunisten gehabt?

Nicht nur die Kommunisten, auch alle anderen nichtnazistischen Parteien haben den Antisemitismus abgelehnt. Die Kommunisten haben vielleicht am anderen nichtnazistischen Parteien haben den Antisemitismus abgelehnt. Die Kommunisten haben vielleicht am klarsten definiert, daß die antisemitische Hetze ein Versuch der Ablenkung von den wirklichen Problemen ist. Sie haben darauf hingewiesen, daß der Kampf darum geht, das niederländische Arbeitervolk nicht so tief sinken zu lassen, wie die Kameraden in Deutschland gesunken waren, die sich nämlich zum großen Teil davon haben einfangen lassen. Sie haben wiederholt erklärt, wir kämpfen gegen Ausbeuter, Juden oder Nichtjuden. Wir lassen uns aber nicht aufhetzen, als ob Ausbeutung ein jüdisches Problem sei. Ausbeuten können unsere nichtjüdischen Mitbürger genau so gut oder vielleicht noch besser als die Juden. Vor allem haben die Kommunisten erkannt, daß der Antisemitismus ein Versuch war, das holländische Volk auf die deutsche, nazistische Linie zu bringen. Auch die, die weder Kommunisten noch Sozialdemokraten waren, wollten das nicht. Es gab natürlich auch in Holland Nazis. Aber die große Masse wollte das nicht. So wie Hitler den Antisemitismus zum Sammelpunkt aller nationalen Kräfte gemacht hat, der Deutsch-Nationalen, Deutsch-Völkischen, Stahlhelm, Bauernbund und wie sie alle hießen, so hat man in Holland den Kampf gegen den Antisemitismus zum Sammelpunkt der holländischen nationalen Kräfte gemacht.



Februar 1942: 420 männliche Amsterdamer Juden zwischen zwanzig und fünfunddreißig Jahren werden zusammengetrieben und in Konzentrationslager deportiert.

Welche holländischen Reaktionen hatte es gegeben, als im November 1938 in Deutschland die Reichspogromnacht stattfand oder als die Nürnberger Gesetze verabschiedet wurden?

Es gab damals Empörung und das nicht nur unter den Linken. Das hat sich auf alle Kreise erstreckt. Man muß verstehen, daß der Kampf gegen den deutschen Faschismus einen großen Teil der Bevölkerung erfaßt hatte. Nicht alle haben gekämpft. Aber viele haben die Kämpfer unterstützt oder jedenfalls nicht denunziert. Das ist auch schon was, das muß man anerkennen. Es war für die Holländer einfach unvorstellbar: Man soll den, was weiß ich, Abraham Levinson umbringen, weil er nicht in die Kirche, sondern in die Synagoge geht? Oder auch nicht geht? Das war für sie unvorstellbar, auch für die christlichen Menschen. Ich muß Ihnen sagen, daß man nach meiner Erfahrung im Widerstand auf zwei Gruppen von Menschen bauen konnte. Die eine waren die Kommunisten. Die andere waren die wirklich überzeugten frommen Christen. Die haben auch ein Risiko übernommen und gekämpft. Die Formen des Kampfes waren verschieden. Gewisse rechtsstehende Organisationen haben beispielsweise vereinzelte Überfälle auf deutsche Soldaten gemacht. Das haben die Kommunisten abgelehnt. Wir waren der Meinung, nur mit einem Massenstreik, nur mit Kampfmitteln politischer Art kommen wir voran. Damit, daß man irgendeinen Landser totschlägt, ist nichts erreicht. Die meisten Holländer, auch die Kommunisten, standen auf dem Standpunkt: Nicht schade um den Landser, aber es bringt nichts.

Die Deutschen haben sich dafür schwer gerächt. Einmal hat man, glaube ich, 200 Holländer erschossen, als rechtsstehende Leute einen holländischen Nazi-General umgelegt hatten. Man hatte nämlich eine Legion zum Kampf gegen den Bolschewismus gegründet, in der dieser holländische Nazi-General tätig war. Es gab einen großen Streit darüber, ob die Aktion richtig oder falsch war. Die Kommunisten standen auf dem Standpunkt: Nicht schade um ihn, aber das ist nicht das Problem.



Dieser Zaun, quer über den Nieuwmarkt, sollte das Judenviertel vom restlichen Amsterdam trennen.

Es heißt, die Holländer hätten, als 1942 der gelbe Stern in Holland eingeführt wurde, als Zeichen der Solidarität eine gelbe Nelke im Knopfloch getragen. War das eine verbreitete oder nur eine vereinzelte Reaktion? Und noch eine Frage: Gab es innerhalb der Kommunistischen Partei viele jüdische Mitglieder?

Von der gelben Nelke weiß ich nichts. Ich weiß nur eine Sache: Als die ersten Leute mit dem Judenstern über die Straße gingen, haben viele christliche Holländer vor ihnen den Hut gezogen, so daß die Nazis sogar drohten, es müsse als anti-deutsche Demonstration gelten, wenn man vor Juden den Hut ziehe. Aber viele christliche Holländer haben, wenn ein Jude kam, ihn demonstrativ gegrüßt: Du bist einer von uns. —

Jüdische Mitglieder gab es überall, in allen Parteien. Wahrscheinlich waren es in der sozialdemokratischen Partei mehr als in den Rechtsparteien. Einfach deshalb, weil es mehr proletarische Juden gab als Unternehmer. In der Kommunistischen Partei kannte ich einige Juden, aber wie viele es insgesamt waren, weiß ich nicht. Die Nazis haben natürlich jedes Mal, wenn sie irgendwelche Leute gefaßt haben, darauf hingewiesen. Der kommunistische Jude sowieso ...Aber ein paar Juden gab es sogar in der NSB.

Einige Tage vor dem Februarstreik, als die holländischen Nazis aus dem Judenviertel vertrieben wurden — ein Nazi wurde dabei erschlagen —, haben die Deutschen drei prominente Juden zu sich kommen lassen. Der eine war der Besitzer einer großen Diamantenwerkstatt mit dem Namen Ascher, dann ein Prof. Cohen und ein Rabbiner. Sie wurden beauftragt, eine Verbindung zwischen der Besatzungsmacht und den Juden herzustellen. Nun kann man annehmen, daß in den ersten Tagen, Wochen und Monaten diese Männer glauben konnten, sie täten dies im Interesse ihrer Juden. Nach einiger Zeit konnten sie das aber nicht mehr glauben. Sie haben die Befehle und Anordnungen der Nazis an die Juden weitergegeben und dafür gesorgt, daß sie auch durchgeführt wurden. Sie haben geholfen, Deportationslisten zusammenzustellen. Die Deportierten gingen von Amsterdam und anderen Orten zunächst in das Lager Westerbork und von da aus gab es ein- oder zweimal wöchentlich einen Transport mit je tausend Menschen nach Auschwitz, Bergen-Belsen oder sonstwohin. Vielleicht konnten Ascher, Cohen und der Rabbiner erst noch glauben, es ginge um Arbeitseinsatz. Als man aber jüdische Waisenhäuser leergeholt, Kinder von vier bis vierzehn Jahren verschleppt oder jüdische Altersheime geräumt hat, konnten sie nicht mehr gutgläubig sein. Sie haben sozusagen Hilfsdienste geleistet. Damit haben sie sich und ihre Familien bis zum Schluß geschützt. Hinterher wurden zwei der drei Herren — was aus dem Rabbiner geworden ist, weiß ich nicht — vor holländische Gerichte gestellt. Man stellte sich auf den Standpunkt, die Pietersen und Janssen hätten auch nichts anderes getan als Ascher und Cohen. Es gab auch im Lager jüdische Kollaborateure, die glaubten, ihre Haut zu retten, wenn sie mit den Nazis zusammenarbeiteten. Das sind Zeiten extremer Not, man kann sich das gar nicht vorstellen. Das bringt nicht nur das Edle im Menschen zum Ausdruck. Das bringt auch einfach den nackten Selbsterhaltungstrieb zum Durchbruch — koste es, was es wolle.

Aber kann man das mit Kollaboration gleichsetzen?

Es gab einen jüdischen Mann in Polen, in Warschau, der hat die Arbeit gemacht, die der Ascher in Amsterdam gemacht hat. Als er eines Tages erkannte, was er da tat, hat er Selbstmord begangen. Damit will ich sagen, die Leute müssen sich nicht von Anfang an als Kollaborateure angeboten haben. So wie ja auch mancher Nichtjude zunächst mal Konzessionen gemacht hat, bis er über beide Ohren mit drin war. Ich habe mal irgendwo gesagt: Man wollte sich überall heraushalten, bis man mitten drin war, in einer Marschkompanie nach Stalingrad. Solange hat man sich überall herausgehalten. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht, wenn die Nazis an der Macht sind. Der beginnt vorher, heute.

Was wußte man in Holland über das Vernichtungsprogramm der Nazis?

Interessant ist, daß unsere holländische Zeitung „De Waarheid" während des Krieges eine Falschmeldung gebracht hat. Sie hat nämlich geschrieben, daß Krieges eine Falschmeldung gebracht hat. Sie hat nämlich geschrieben, daß die deportierten Juden in Deutschland in Giftgasfabriken arbeiten müßten und dabei zugrunde gingen. Wenn das auch in der Form nicht gestimmt hat, hat man bei uns auf alle Fälle etwas von Gas, von Giftgas gewußt. Wir konnten uns aber nicht vorstellen, daß die Menschen einfach so vergast werden. Es kam irgendeine Meldung, ich weiß nicht woher und wie, jedenfalls stand in unserer Zeitung, die Deportierten gehen in deutschen Giftgasfabriken zugrunde.

Ab wann haben Sie das genauer gewußt?

Von den Vergasungen wußte ich überhaupt nichts, das habe ich erst nach dem Krieg erfahren. Daß die Menschen dort in der einen oder anderen Form umgebracht wurden, das hat man sehr bald gewußt. Es sind aus Holland 110.000 Juden deportiert worden, davon sind nicht ganz 6.000 am Leben geblieben. 104.000 sind ermordet worden: erschlagen, vergast, erschossen, verhungert, lebendig begraben, lebendig verbrannt, zu Tode geschunden in den Betrieben der deutschen Großindustrie.

Wie würden Sie die Unterschiede zwischen holländischer und westdeutscher Nachkriegspolitik beurteilen, was Faschismus und Antifaschismus betrifft? Welche Haltung ist gegenüber Kollaborateuren, welche gegenüber Widerstandskämpfern eingenommen worden?

Da ich schon viele Jahre aus Holland weg bin und nur gelegentlich mal hinkomme, um Freunde zu besuchen, kann ich Ihnen keine erschöpfende Auskunft geben. Tatsache ist, daß die Widerstandskämpfer nach dem Krieg sowohl durch Auszeichnungen wie auch durch die Zuerkennung einer besonderen Altersrente geehrt worden sind. Tatsache ist, daß in Holland der Antifaschismus während des Krieges zu einer Art Einheitsfront des ganzen Volkes geführt hat. Zwar war nicht das ganze Volk beteiligt, aber Menschen aus allen Parteien. Leider muß ich erwähnen, daß 1943 der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Koos Voorink, eine Broschüre losgelassen hat, in der er sich mit dem Krieg und der bolschewistischen Gefahr auseinandersetzte. Im Jahre 1943 hatte er keine andere Sorge, als auf die bolschewistische Gefahr hinzuweisen, die am Ende dieses Krieges stehe. In der Tat haben die Kommunisten damals propagiert, daß so, wie am Ende des Ersten Weltkrieges das ehemalige Zarenreich für den Kapitalismus verloren gegangen sei, am Ende dieses Krieges noch mehr Länder, möglicherweise auch Holland, für den Kapitalismus verlorengehen würden. Deshalb hat eine rechtsgerichtete Untergrundorganisation unter der Führung des Prinzen Bernhard schon während des Krieges Maßnahmen ergriffen, um bei Kriegsende, das man ja viel früher erwartet hatte, revolutionäre Umtriebe zu bekämpfen. Also war der Klassenkampf auch während des Krieges nicht ad acta gelegt. Aber er war für die Rechten schwer zu führen, weil man gegen die unmittelbare Bedrohung ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammengehalten hat. Ich selbst war untergetaucht, mehrmals bei Sozialdemokraten, einmal bei frommen Katholiken und einmal bei frommen Protestanten. Auch bei Kommunisten natürlich. Man hat zusammengehalten.

Stimmt es, daß sie heute von der holländischen Regierung eine Rente auf Lebenszeit erhalten?

Ich habe vor Jahren einmal einen Anruf aus Amsterdam bekommen. Ein Freund von mir, der der sozialdemo- ruf aus Amsterdam bekommen. Ein Freund von mir, der der sozialdemo- kratischen Partei angehörte, sagte: „Hör mal, wir haben gerade Freunde zu Besuch, und wir haben von alten Zeiten gesprochen. Da tauchte die Frage auf, ob Du eigentlich diese Ehrenrente kriegst." Ich antwortete: „Welche Ehrenrente?" — „Das weißt Du nicht? Komm mal hier her." Also — man hat mir erzählt, daß die holländische Regierung für Leute, die unter Einsatz ihres Lebens und über einen längeren Zeitraum hinweg antifaschistische Arbeit geleistet haben, eine Zusatzrente beschlossen hat, weil sie der Meinung war, daß diese Männer und Frauen nicht am Rande des Existenzminimums ihr Leben beschließen sollten. Gut, die Freunde haben für mich den Antrag gestellt, und einige Zeit später bekam ich vom hiesigen Generalkonsulat einen Fragebogen. Eine der ersten Fragen lautete: Haben Sie Ihren Widerstand im Rahmen einer Organisation geleistet? Wenn ja, in welcher? Daraufhin habe ich meinen sozialdemokratischen Freund wieder angerufen und gesagt: „Wenn ich hinschreibe Kommunistische Partei der Niederlande — und etwas anderes werde ich nicht schreiben — dann ist die Sache doch geplatzt." Da hat der gelacht. „Geplatzt? Vielleicht bei meinem Genossen Schmidt, aber nicht bei der Königin von Holland!" — Sehen Sie, das ist der Unterschied. Die Holländer haben auch keine große Liebe zu den Kommunisten. Aber von diesem Antikommunismus, den man in Deutschland neben dem Antisemitismus aus dem Dritten Reich übernommen hat, sind sie weit entfernt.

Anmerkungen:

1. Valentin Senger, „Kurzer Frühling," 1984. Das erste Buch des Frankfurter Schriftstellers, „Kaiserhofstraße 12", ist die berühmt gewordene Schilderung, wie sich S. und seine Familie unter dem Faschismus in Frankfurt versteckt hielten, um zu überleben.
2. Senger versucht in „Kurzer Frühling", Joseph als Zeugen für seine Kritik an der KPD-Politik der Nachkriegsjahre in Anspruch zu nehmen.



Vom Herbst 1942 gingen täglich die Deportationszüge vom Amsterdamer Bahnhof Wesperpoort in das Lager Westerbork.

Bertold Brecht starb am 14. August 1956 in Berlin (DDR) an den Folgen eines Herzinfarkts. Mit der Parole „Brecht ist tot'' formulierte der „Spiegel'' 1978 das (Vor-)Urteil all jener, die Brecht seit geraumer Zeit für überholt und antiquiert, für einen Klassiker halten — gesellschaftlich wirkungslos und praktisch folgenlos.

Brecht gehört zur Pflichtlektüre in Schulen und Universitäten. In der Aufführungsstatistik deutschsprachiger Bühnen nehmen seine Stücke nicht nur einen Spitzenplatz ein, sondern garantieren auch volle Häuser und volle Kassen. Meterlange und zentnerschwere Untersuchungen über das Werk Brechts füllen die Regale der Bibliotheken und bieten den Studierenden der Germanistik eine mehr oder minder willkommene Gelegenheit, in ihren Examen Vorgeschriebenes wiederzukäuen.

Lob der Dialektik

Zum 30. Todestag Bertolt Brechts



(Foto: Gerda Goedhart)

Diese Resonanz darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Brecht heute nicht mehr das Ärgernis ist, das er einst war. In den 50er Jahren genügte es, wenn ein westdeutscher Theaterintendant ein Brecht-Stück auf den Spielplan setzte, um die städtischen Honoratioren aus den Betten und den „Kalten Krieg'' ins Wohnzimmer zu holen. Burschenschaftler starteten Fackelzüge, um in nationaler Pflicht das Theater — Schiller gründlich mißverstehend — als „moralische Anstalt'' zu bewahren und von einem erklärten Kommunisten zu säubern. Bürgermeister und Ratsabgeordnete empörten sich, daß mit einer Mutter Courage, einem Puntila oder gar den Pariser Kommunarden auf den städtischen Bühnen das saubere Empfinden ihrer Bürger auf das Gröbste verletzt werde.

Von Mitte/Ende der 60er Jahre an entwickelte die westdeutsche Studentenbewegung anhand der literarischen Theorie und Praxis Bertolt Brechts eine sehr produktive Auseinandersetzung mit dem herrschenden Kunst- und Kulturverständnis. Mit Brechts Forderung, Literatur und Kunst in den Dienst verändernder Praxis zu stellen, sollte ernst gemacht werden. Vorlesungen von Professoren, die den Dichter Brecht vom Marxisten Brecht fein säuberlich getrennt wissen wollten, wurden gesprengt, um auf der Straße — ganz im Sinne Brechts — die gesellschaftlichen Widersprüche zum Tanzen zu bringen.

Nach diesem Versuch, sich Brechts Politisierung der Ästhetik zu eigen zu machen, ist es um den Stückeschreiber ruhig geworden — eine Ruhe, von der man annehmen könnte, sie sei tatsäch-
machen, ist es um den Stückeschreiber ruhig geworden — eine Ruhe, von der man annehmen könnte, sie sei tatsäch-
lich die Ruhe um einen Toten. Für die allgemeine Brecht-Müdigkeit, die sich seit Mitte der 70er Jahre ausbreitete, sind verschiedene, alte wie neue und zumeist wenig überzeugende Gründe vorgebracht worden. Die Ansicht, Brechts Lehrstücke seien Belehrstücke, gründet auf einer bedauerlichen Verwechslung von Dialektik und Didaktik. Die Behauptung, seinen Stücken fehle die Aktualität, um noch Widerspruch erregen und provokativ wirken zu können, läßt sich empirisch widerlegen. Der Vorwurf, das Brecht-Theater habe allenfalls eine Lehr- aber keinen Unterhaltungswert, ist insofern berechtigt, als „die Freuden der Befreiung'', die Brecht lehren will, für die herrschende Klasse wenig amüsant sind.

In diesem Artikel wird nicht das Leben Brechts dargestellt, sondern die Methode des Stückeschreibers, die ihm als unabdingbare Voraussetzung für ein Theater galt, das „die Lust an der Erkenntnis erregen'' und „den Spaß an der Veränderung organisieren'' will. Es geht also um die Dialektik.

„Das Theater des wissenschaftlichen Zeitalters vermag die Dialektik zum Genuß zu machen. Die Überraschungen der logisch fortschreitenden oder springenden Entwicklung, der Unstabilität aller Zustände, der Witz der Widersprüchlichkeiten und so weiter, das sind Vergnügungen an der Lebendigkeit der Menschen, Dinge und Prozesse, und sie steigern die Lebenskunst sowie die Lebensfreudigkeit.''

Im Herbst 1917 immatrikuliert sich Brecht als Medizinstudent an der Münchener Universität. Doch statt zu studieren, knüpft er frühzeitig Kontakte zu den Theater- und Literaturkreisen der bayerischen Metropole. Unter dem Eindruck der Niederlage der Münchener Räterepublik schreibt Brecht seine ersten Stücke, die — wie er später bekennt — „über eine ziemlich nihilistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft'' nicht hinauskommen. Dies ändert sich schnell, als Brecht 1924 nach Berlin übersiedelt. Unter dem Einfluß von Karl Korsch, Fritz Sternberg und Walter Benjamin beginnt Brecht, sich intensiv mit der marxistischen Theorie auseinanderzusetzen. Von 1927 an besucht er Vorlesungen und Seminare der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Berlin. In der Rückschau führt er den Grund für seine Beschäftigung mit dem Marxismus auf ein Erlebnis zurück, das für sein Theater nicht ohne Folgen bleiben sollte: „Für ein bestimmtes Theaterstück brauchte ich als Hintergrund die Weizenbörse Chicagos. Ich dachte, durch einige Umfragen bei Spezialisten und Praktikern mir rasch die nötigen Kenntnisse verschaffen zu können. Die Sache kam anders. Niemand (...) konnte mir die Vorgänge an der Weizenbörse hinreichend erklären. (...) Die Art, wie das Getreide der Welt verteilt wurde, war schlechthin unbe-
mand (...) konnte mir die Vorgänge an der Weizenbörse hinreichend erklären. (...) Die Art, wie das Getreide der Welt verteilt wurde, war schlechthin unbe-
greiflich. Von jedem Standpunkt aus außer demjenigen einer Handvoll Spekulanten war dieser Getreidemarkt ein einziger Sumpf. Das geplante Drama wurde nicht geschrieben, statt dessen begann ich Marx zu lesen und da, jetzt erst, las ich Marx. Jetzt erst wurden meine eigenen zerstreuten praktischen Erfahrungen und Eindrücke richtig lebendig.''

Da ein fotografisches, naturgetreues Abbild einer Weizenbörse oder eines herkömmlichen kapitalistischen Betriebes noch keine Aufschlüsse über deren innere Struktur und die dort herrschenden Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse gibt, sucht Brecht nach künstlerischen Gestaltungsformen, die ein wirkliches Erkennen und Verstehen gesellschaftlicher Vorgänge ermöglichen. Im Theater sollte die Wirklichkeit nicht nur realistisch dargestellt, sondern auch in ihrer Geschichtlichkeit, Widersprüchlichkeit und Veränderbarkeit gezeigt werden. Brecht entwickelte die Theorie des *epischen Theaters*. Diese Theorie ist freilich nicht auf dem Papier entstanden, sondern das Ergebnis einer langjährigen Theaterpraxis.

„Das Theater wurde eine Angelegenheit für Philosophen, allerdings solcher Philosophen, die die Welt nicht nur zu erklären, sondern auch zu ändern wünschten.''

Die Grundlage des epischen Theaters ist die *Verfremdung*, der sogenannte V-Effekt. Die auf der Bühne dargestellten Vorgänge und Figuren werden verfremdet, um ihnen das Selbstverständliche, Einleuchtende und Vertraute zu nehmen. Dadurch soll genau das verhindert werden, was das alte dramatische, aristotelische Theater planmäßig produziert: Einfühlung, Suggestion und Identifikation mit dem Dargestellten. „Die Darstellungen des bürgerlichen Theaters'', schreibt Brecht, „gehen immer auf die Verschmierung der Widersprüche, auf die Vortäuschung von Harmonie, auf die Idealisierung aus. Die Zustände werden so dargestellt, als könnten sie gar nicht anders sein.'' In einer vergleichenden Gegenüberstellung markiert Brecht die wesentlichen *Unterschiede zwischen dem dramatischen und dem epischen Theater*: „Der Zuschauer des dramatischen Theaters sagt: Ja, das habe ich auch schon gefühlt. — So bin ich. — Das ist natürlich. — Das wird immer so sein. — Das Leid dieses Menschen erschüttert mich, weil es keinen Ausweg für ihn gibt ... Der Zuschauer des epischen Theaters sagt: Das hätte ich nicht gedacht. — So darf man es nicht machen. — Das ist höchst auffällig, fast nicht zu glauben. — Das muß aufhören. — Das Leid dieses Menschen erschüttert mich, weil es doch einen Ausweg für ihn gäbe ...''

Mittels der Verfremdung werden die Zuschauer des epischen Theaters angehalten, der Darstellung kritisch zu fol-
Mittels der Verfremdung werden die Zuschauer des epischen Theaters angehalten, der Darstellung kritisch zu fol-
gen und nach rationalen Gesichtspunkten ein eigenes Urteil zu fällen. Die Absicht des Brecht-Theaters besteht darin, die Widersprüche in den Vorgängen auffällig herauszustellen und die Handlungen der Figuren in ihrer sozialen und geschichtlichen Bedingtheit zu zeigen, um die Vorgänge und die Handlungsweisen als historisch, d.h. als vergänglich und veränderbar begreifen zu können. „Damit ist gewonnen, daß der Zuschauer die Menschen auf der Bühne nicht mehr als ganz unabänderbare, unbeeinflußbare, ihrem Schicksal hilflos ausgelieferte dargestellt sieht. Er sieht: Dieser Mensch ist so und so, weil die Verhältnisse so und so sind. Und die Verhältnisse sind so und so, weil der Mensch so und so ist. Er ist aber nicht nur so vorstellbar, wie er ist, sondern auch anders, wie er sein könnte, und auch die Verhältnisse sind anders vorstellbar, als sie sind.'' Ein Theater, das nicht an die Emotionen der Zuschauer appelliert und bewußt auf die Erzeugung von Identifikationsfiguren verzichtet, sondern analytisches und eingreifendes Denken herausfordert, hält Brecht ohne die Anwendung der Dialektik für unmöglich.

„Die Stückeschreiber, die die Welt als eine veränderliche und veränderbare darstellen wollen, müssen sich an ihre Widersprüche halten, denn diese sind es, die die Welt verändern und veränderbar machen.''

„Die Große Methode'', schrieb Brecht über die Dialektik, „ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen.'' Dialektisches Denken ist für Brecht eingreifendes Denken, das die Widersprüche in den Vorgängen analysiert, um eingreifend handeln und verändernd tätig werden zu können. Wohlgemerkt: Brechts Stücke demonstrieren nicht die Lösung der Widersprüche, sondern deren Lösbarkeit, was etwas sehr verschiedenes ist. Brecht verfertigte keine Pläne oder Modelle, wie die Veränderung der Gesellschaft zu bewerkstelligen sei. Vielmehr zeigte er, warum die Menschen unter den gegebenen Bedingungen so handeln, wie sie handeln, und daß andere Verhaltensweisen unter veränderten Bedingungen bzw. andere Bedingungen durch veränderte Verhaltensweisen möglich sind.

Ein Beispiel: In dem 1948/49 geschriebenen Stück „Die Tage der Commune'' behandelt Brecht die Ereignisse in Paris 1871. In der 8. Szene verhandelt Beslay, Delegierter der Kommune für das Finanzwesen, mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, der anfangs „jede Minute'' seine Verhaftung erwartet und befürchtet, die Kommune werde das Vermögen der Bank konfiszieren. Beslay fordert vom Gouverneur die Auszahlung von sechs Millionen Francs, was dieser mit der Begründung verweigert, über keine Vollmacht zu verfügen. Daraufhin entgegnet Beslay: „Sie vergessen vielleicht, daß wir die Macht haben.'' Allerdings gebraucht Beslay die Macht nicht, sondern gibt sich schließlich mit der formalen Begründung des Gouverneurs zufrieden und steht weiterhin „für friedliche Verhandlungen zur Verfügung''. Brecht verfremdet den Vorgang so, daß in der Darstellung von dem, was Beslay tut, gleichzeitig sichtbar wird, was er nicht tut, aber tun könnte. Aufgrund des Widerspruchs zwischen der tatsächlichen und der denkbaren Handlungsweise erscheint neben dem in Stück gezeigten auch ein anderer Verlauf der Ereignisse möglich: Das tatsächliche Verhalten Beslays hat zur Folge, daß der Gouverneur das Geld „auf gewohntem Wege'' an die Versailler Konterrevolution übermitteln kann, die damit 200.000 Kriegs-
neur das Geld „auf gewohntem Wege'' an die Versailler Konterrevolution übermitteln kann, die damit 200.000 Kriegs-
gefangene von Bismarck freikauft, um die Kommune niederzuschlagen; durch die Verfremdung kann der Zuschauer jedoch erkennen, daß Berslay die Macht gebrauchen und die Besetzung der Bank anordnen könnte, um den „Lebensnerv'' der Versailler zu durchschneiden; „ist er durchschnitten haben diese Leute gesiegt, was immer sonst geschieht.'' Entsprechendes gilt für den entscheidenden Fehler der Kommune, der schließlich zu ihrer Niederlage führt. In der Frage, ob gegen Versailles mit Waffengewalt vorgegangen werden soll, sind die Kommunarden zerstritten. Die Mehrheit spricht sich gegen Gewaltmaßnahmen aus. Durch die kontroverse Diskussion und den widerspruchsvollen Prozeß der Willensbildung macht Brecht deutlich,daß zu dem faktischen Verlauf der Geschichte eine mögliche und denkbare, d.h. realistische Alternative bestand. Das historische Versäum-

Fortsetzung nächste Seite

Lob der Dialektik
Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt, außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: heute noch!

Der KBW, die Pariser Kommune und ''ein bürgerliches Trauerspiel''

Im September 1977, kurz vor dem Deutschen Herbst, inszenierte Peter Palitzsch am Frankfurter Schauspielhaus Brechts „Die Tage der Pariser Commune''. Die bürgerliche Presse reagierte ungehalten und forderte ein Verbot des Stückes. „Nach den Morden an Buback und Ponto sowie angesichts der Schleyer-Tragödie ist das Geschrei nach Revolution und Bürgerkrieg, das Brecht in seinem ideologisch-einseitig verbohrten Agitationsstück erklingen läßt, äußerst geschmacklos und unpassend'', empörte sich die „Deutsche Wochenzeitung'' (25.11.1977), „das Premierenpublikum im Hause Palitzsch genoß nicht nur klammheimlich die Erschütterungen des Rechtsstaates, sondern zollte einem Brandfackelsatz wie der Aufforderung eines Commune-Funktionärs, den Staat mit Gewalt zu zerschlagen, demonstrativen Beifall.'' Die „FAZ'' (21.10.77) stellte mißbilligend fest, „daß dem Magistrat noch keine parlamentarische Aufforderung vorliegt, das Stück vom Spielplan abzusetzen''.

Einwände gegen das Kommune-Stück erhob damals auch der KBW. Unter der Überschrift „Die Verwandlung der Pariser Kommune in ein bürgerliches Trauerspiel — durchgeführt von Herrn Bertolt Brecht'' warf der KBW Brecht in der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf'' (Nr. 3/78) vor, üble Geschichtsklitterung betrieben zu haben. „Brecht gibt sich mit dem ganzen Stück den Anschein, die von Marx gezogene Lehre der Kommune von Paris mit den Mitteln des Theaters zu verdeutlichen. Aber Marx hatte von den praktischen Aufgaben der Revolution gesprochen. Brecht macht einen tragischen Konflikt daraus, den er der Revolution andichten möchte. Entweder sie siegt und wirft die herrschende Klasse nieder — aber dann hat sie sich angeblich auch schon am Blut ihrer Feinde ‚befleckt' und ‚erniedrigt' (...) oder die Revolution liefert sich der Konterrevolution mehr oder minder wehrlos aus — dann hat sie doch mindestens ihre Menschlichkeit bewahrt. Eine abscheuliche Alternative, die der Dichter uns da anrührt.'' (KuK 3/78)

Eine abscheuliche Interpretation, die uns der KBW da angerührt hat.
ternative, die der Dichter uns da anrührt.'' (KuK 3/78)
Eine abscheuliche Interpretation, die uns der KBW da angerührt hat.
Brecht zeigt keinen unlösbaren Konflikt, sondern gibt die kontroverse Diskussion unter den Kommunarden wieder, ob gegen die Versailler Konterrevolution mit Gewalt vorgegangen werden soll oder nicht. Die Mehrheit lehnt Gewaltmaßnahmen ab: „Der Sozialismus marschiert ohne Bajonette.'' „Der Großmut der Commune wird Früchte tragen!'' Eine Minderheit sieht dagegen die Notwendigkeit, Weg und Ziel zu trennen, um eine Gesellschaft mit sozialer Gleichheit und politischer Freiheit verwirklichen zu können: „Wenn ihr die Freiheit wollt, müßt ihr die Unterdrücker unterdrücken.'' — „Die Frage ‚Unmenschlichkeit oder Menschlichkeit' wird entschieden durch die geschichtliche Frage ‚ihr Staat oder unser Staat'.''

Soweit die Kontroverse unter den Kommunarden. Entscheidend ist, daß Brecht in mehreren Szenen das passive Verhalten gegenüber Versailles als folgenschweren Fehler der Kommune kenntlich macht, der schließlich ihren Untergang besiegelt — freilich ohne daß Brecht die Gegner von Gewaltmaßnahmen als „unentschlossene Kleinbürger'' abkanzelt, wie es sich der KBW vielleicht gewünscht hätte.

Gegen die KBW-Kritik hagelte es von linker Seite Proteste. Daraufhin sah sich das ZK des KBW zu einer Rechtfertigung gezwungen, die in „Hefte für Demokratie und Sozialismus'' im November 1979 auszugsweise veröffentlicht wurde: „Was immer man ansonsten von Brecht hält: festgestellt zu haben, daß Brechts Commune-Stück zu dem Dreck gehört, den man sich vom Halse schaffen muß, ist ein Verdienst, das dem Artikel in Kommunismus und Klassenkampf nicht genommen werden kann.''

Ob die Auflösung des KBW und die Gründung einer Zeitschrift, die ausgerechnet „Kommune'' heißt, nun eine (bürgerliche?) Tragödie ist, mag dahingestellt bleiben. Fest steht, daß der KBW den Kopf nur deshalb so hoch trug, weil ihm schon damals die Scheiße bis zum Halse stand.

bdt/Göttingen

Gerhard Löwenthal und Heiner Geißler — Brechtkenner unter sich

Am 1. Dezember 1982 schien die Welt auf dem Kopf zu stehen. Im ZDF-Magazin zitierte Gerhard Löwenthal einen Ausspruch, den bislang die Friedensbewegung agitatorisch im Kampf gegen den ,,Nach''rüstungsbeschluß der NATO verwendete: ,,Stell dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin''. Dieser Satz, so Löwenthal, sei nur die erste Strophe eines Gedichts, das im weiteren folgenden Wortlaut habe:

,,Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
Und läßt andere kämpfen für seine Sache
Der muß sich vorsehen: denn
Wer den Kampf nicht geteilt hat
Der wird teilen die Niederlage
Nicht einmal den Kampf vermeidet
Wer den Kampf vermeiden will: denn
Es wird kämpfen für die Sache des Feinds
Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.''

Genüßlich blickte Löwenthal von seinem Manuskript auf und versicherte den Fernsehzuschauern, der Text sei im Frankfurter Suhrkamp Verlag erschienen, stehe in dem zweiten Band der ,,Gesammelten Gedichte'' auf Seite 503 und der Autor heiße Bertholt Brecht.

Mit Brecht gegen Friedenshetzer und Antimilitaristen — das hatte gesessen! Kriegsdienstverweigerer sollten sich also Brecht hinter die Ohren schreiben: ,,Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, wird kämpfen für die Sache des Feinds.'' Wer die rote Flut nicht eindämmen will, wird von ihr weggespült.

Doch damit nicht genug! Löwenthals philologische Quellenforschung zogen weitere Kreise. Ein Jugendoffizier der Bundeswehr schickte das Gedicht ,,als Anregung'' in die Schulen (,,FAZ'', 16.6.83). Der RCDS, die Studentenorganisation der CDU, druckte das Gedicht in seiner Zeitschrift ,,RATIONAL'' nach; ebenso die ,,Welt'' (2.3.83), die nochmals auf die Seite 503 des zweiten Bandes der gesammelten Brecht-Gedichte verwies. Das Bundesverteidigungsministerium übernahm das Gedicht in die ,,Informationen für die Truppe'' (Janauar 1983) und fügte zur Verdeutlichung hinzu: ,,Warum das ganze Gedicht nicht so oft zitiert wird, muß nicht er-

übernahm das Gedicht in die ,,Informationen für die Truppe'' (Janauar 1983) und fügte zur Verdeutlichung hinzu: ,,Warum das ganze Gedicht nicht so oft zitiert wird, muß nicht er-

klärt werden. Diejenigen, denen es nicht ins Schema paßt, beanstanden, daß das Gericht Bertholt Brecht zugeschrieben wird.''

Doch damit immer noch nicht genug! Auf dem Kölner CDU-Parteitag entdeckte Heiner Geißler seine lyrische Ader und zitierte: ,,Stell dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin / Wer zu Hause bleibt ...'' usw. usf. Tosender Beifall von seiner Parteigefolgschaft.

Es hat fast ein halbes Jahr gedauert, bis sich jemand die Mühe machte, einmal die genannte Seite 503 im zweiten Band der ,,Gesammlten Gedichte'' Brechts aufzuschlagen. Dort steht tatsächlich das Gedicht ,,Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt''; allerdings ohne den berühmten Satz: ,,Stell dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin''. Dieser Ausspruch stammt nachweislich nicht von Brecht. In dem Brecht-Gedicht ist von Krieg oder Frieden überhaupt nicht die Rede; gemeint ist vielmehr der Kampf zwischen den Klassen. Und die Aussage ist sehlicht, einfach und Brechttypisch: Wer sich der Parteinahme im Klassenkampf entzieht, nutzt objektiv der Sache des Klassenfeinds; da es im Klassenkampf keine Neutralität gibt, mußt du für deine eigene Sache kämpfen.

Nachdem die Fälschung aufgeflogen war, wurde Gerhard Löwenthal als ihr Urheber um eine Stellungnahme gebeten. Löwenthal beteuerte, sich vor Ausstrahlung der Sendung bei ausgewiesenen ,,Brecht-Kennern'' Rat geholt zu haben. Wie die Entstellung des Gedichts zustande gekommen sei? ,,Wie das mit dem Zitieren so geht, der eine zitiert eben den anderen.'' (zit. n. ,,FAZ'', 16.6.83)

bdt/Gö

Fortsetzung von vorheriger Seite

nis der Kommune, nicht auf Versailles zu marschieren, wird als nicht notwendig gezeigt.

,,Wenn du die Notwendigkeit einer Reihe von Tatsachen feststellst, so vergiß nicht, daß du selbst eine dieser Tatsachen bist, und bestimme die Notwendigkeit möglichst genau, sie braucht nämlich, um eine Notwendigkeit zu sein, ganz bestimmtes Handeln.''

Brechts Dialektik auf dem Theater ist auch und gerade eine Dialektik zwischen objektiven Bedingungen und subjektivem Handeln. Zwar erkennt Brecht die Existenz einer objektiven Wirklichkeit an, deren Bewegungsgesetze aber stehen für ihn in einiger Wechselwirkung mit dem subjektiven Handeln. Anders ausgedrückt: Die Menschen handeln unter den gegebenen Verhältnissen, aber die Veränderung dieser Verhältnisse setzt ein entsprechendes Handeln der Menschen voraus.

In einigen Notizen zur Dialektik vertritt Brecht den Standpunkt, daß sich Erkenntnis erst durch Praxis einstellen kann. ,,Man kann die Dinge erkennen, indem man sie ändert.'' Im Gegensatz zu einer deterministischen Geschichtsauffassung, die die objektive Notwendigkeit (je)des historischen Prozesses behauptet und den subjektiven Faktor nicht als Bedingung für einen qualitativen Sprung in der Geschichte begreift, bildet für Brecht das bewußte Handeln des Menschen die Voraussetzung der Erkenntnis und der Veränderung.

Die These, daß das Kriterium der Wahrheit die Praxis sei, wurde von Mao Tse-tung formuliert, dessen Schrift ,,Über den Widerspruch'' Brecht sehr lobte. Ähnlich wie Mao folgert Brecht, daß Praxis theoriebildend wirkt, wie die Richtigkeit einer Theorie sich erst in der Praxis erweist. Erkenntnis durch verändernde Praxis heißt für Brecht, daß keine Theorie von vornherein eine fehlerfreie Praxis zu ermöglichen vermag. Daher läßt sich die Frage, ob die Praxis richtig oder falsch ist, unter Umständen erst im Nachhinein beantworten. Dieser Auffassung liegt eine experimentelle Dialektik des ,,trial and error'' zugrunde, die für viele Brecht-Stücke, besonders aber für ,,Die Tage der Commune'' charakteristisch ist.

In Brechts historischem Schauspiel über den französischen Bürgerkrieg verfahren die Kommunarden nicht nach einem vorgefertigten Plan, den es nur noch in die Praxis umzusetzen gilt. Ihre Maßnahmen und Handlungen haben vielmehr experimentellen Charakter. Die Kommunarden diskutieren, wägen ab und probieren aus; das Wissen, wie eine sozialistische Gesellschaft zu errichten ist, stellt sich primär nicht durch fundierte Theorie, sondern durch verändernde Praxis ein. Brecht zeigt, daß die Kommunarden in vielen Bereichen Neuland betreten und auf keine historischen Erfahrungen zurückgreifen können, so daß ihnen nur die Möglichkeit bleibt, eine auf ,,trial and error'' basierende Praxis zu entwickeln. Unter der Voraussetzung, daß keine konkreten Handlungsanweisungen und Orientierungshilfen zur Verfügung stehen, postuliert Brecht das Recht auf Irrtum.

Den Kommunedelegierten Langevin, der zunächst die Tragweite des Entschlusses gegenüber der Versailler Konterrevolution passiv zu bleiben, unterschätzt hat, läßt Brecht gegen Ende des Stückes erkennen: ,,Was für Fehler wir machen, was für Fehler wir gemacht haben. Natürlich hätte man auf Versailles marschieren müssen, sofort am 18. März. Wenn wir Zeit gehabt hätten! Aber das Volk hat nie mehr als eine Stunde. Wehe, wenn es dann nicht schlagfertig, mit allen Waffen gerüstet dasteht.'' Bevor die Kommunarden ihren entscheidenden Fehler beheben können, werden sie von den Versaillern militärisch niedergeschlagen. Diese Niederlage relativiert Brecht dadurch, daß er die Möglichkeit in Aussicht stellt, die Fehler der Kommune zu revidieren. Unmittelbar bevor die Versailler Truppen Paris zurückerobern, errichten die Kommunarden Barrikaden. Dabei kommt es zu folgendem Dialog.

,,Jean: Wie ich dir einmal sagt, wir wissen nichts.
Genevieve: Nun, Jean, wir lernen.
Jean: Indem wir ins Gras beißen, das wird viel helfen.
Genevieve: Es wird helfen, Jean ...
Jean: Was hilft mir und dir Wissen, wenn wir gestorben sind!
Genevieve: Ich spreche nicht von dir und mir, ich sagte ,wir'. Wir, das sind mehr als ich und du.''

Das ,,Wir'' meint die Nachgeborenen der Kommune, die auf der Grundlage der gewonnen Erfahrungen eine bessere Praxis entwickeln und den Versuch, eine neue Gesellschaft zu errichten, weiterführen können. Brecht zeigt, daß mit der einen Niederlage nicht zugleich der ganze Krieg verloren sein muß, weil das Wissen, das die Kommunarden durch verändernde Praxis erworben haben, produktiv für uns nutzbar ist. Damit registriert der Zuschauer die Niederlage der Kommune zwar als Tatsache, aber gleichzeitig wird er auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, in seiner gesellschaftlichen Realität eine emanzipatorische Praxis zu entwickeln. Auf diese Eigenverantwortlichkeit der Menschen für ihre Geschichte verweist Brecht, wenn er Langevin ausrufen läßt: ,,Erwartet nicht mehr von der Commune als von euch selber.''

bdt, Göttingen

Sofern nicht anders angegeben, stammen sämtliche Zitate aus: Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, hrsg. vom Suhrkamp Verlag unter Mitarbeit von Elisabeth Hauptmann, Frankfurt a.M. 1967.



Brecht bei der Probearbeit mit dem Berliner Ensemble zu ,,Der gute Mensch von Sezuan''

Leserbriefe

Sozialistische Höhepunkte

Mittlerweile lese ich den AK im dritten Jahr und möchte Euch mitteilen, was ich vom AK halte.

1. Hat es ,,konkret'' überhaupt nicht nötig, sich über den AK hinterfotzig lustig zu machen (AK-Umfang größer als Auflage!). ,,konkret'' wird immer alberner und unpolitischer, während der AK und der KB weiter — auch selbstkritisch — gegen den Strom schwimmen. Nachdem ,,Öko-Grün'' in und der Marxismus bei vielen nicht mehr modern ist, hat es eine kommunistische Zeitung wie die Eure naturgemäß schwieriger.
2. Finde *ich* — was Euch nicht imponieren muß! — daß der AK vom A3-Zeitungsformat auf das A4-Magazinformat umsteigen sollte! Man kann den AK dann nicht nur im Bett leichter lesen, sondern man kann ihn auch schön im Leitz-Ordner sammeln und überhaupt wird er dadurch handlicher.
3. Als sozialistische Höhepunkte im AK fand ich folgende Artikel besonders bemerkenswert:
— Kritik der SOS und ihres ,,Minimalkonsenses''
— Zwischen den Weltkriegen (ist diese Artikelserie als Broschüre erhältlich?)
— KPdSU, Stammheim, Kritik der ,,Grünen''
— Berichte aus der linken Szene, wie sie früher nur der Berliner Extra-Dienst/Die Neue brachte
4. Die Analysen nach Tschernobyl fand ich in der ,,Arbeiterpolitik'' materialistischer: ,,Atomenergie in der Sowjetunion?'' (Arpo 4/86, S. 5ff.) Außerdem lese ich noch regelmäßig die ,,Arbeiterstimme''/Nürnberg.

Mit feuerroten Grüßen aus dem schwarzkatholischen Niederbayern,
Euer Genosse Helmut!

Anarchistisch — autonom

Die letzten Monate haben einen neuen Schub in der Auseinandersetzung bewirkt. Mit dem US-Angriff auf Libyen, Ausdruck des imperialistischen globalen Machtanspruches und Herrschaftssicherung, wurde vielen wieder klar, daß es keine Nischen gibt, sondern daß der Kernsatz der Geschichte immer noch heißt: Revolution oder Krieg. (...) Doch der Widerstand gegen diesen Drecksstaat reicht nicht aus, wenn er nicht zielgerichtet ist, keine inhaltliche und strategische Komponente hat. Wir haben die Auseinandersetzungen um den Atomkraft-Komplex zwar mit bestimmt, jedoch waren wir nicht in der Lage, unsere Inhalte rüberzubringen.

Komponente hat. Wir haben die Auseinandersetzungen um den Atomkraft-Komplex zwar mit bestimmt, jedoch waren wir nicht in der Lage, unsere Inhalte rüberzubringen.

Nach Pfingsten in Wackersdorf wurde von Staatsseite durch die bürgerliche Presse eine Chaoten- und Gewalthetze gestartet, der wir nichts entgegenzusetzen hatten. Es reicht nicht aus, Militanz zu demonstrieren und das staatliche Gewaltmonopol anzugreifen, wenn wir nicht gleichzeitig auch das rüberbringen, was wir wollen. Oder anders gesagt: In den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre haben wir nur eine Chance dieses System zu kippen, wenn wir inhaltliche und physische Stärke verkörpern und damit den Menschen hier eine Alternative zum Parlamentarismus verdeutlichen können. In der Praxis des AKW-Widerstands konnten wir Entschlossenheit artikulieren, doch fehlt uns die Vermittelbarkeit unserer Inhalte.

Weitergehend behaupte ich, daß es ,,die Inhalte'' noch gar nicht gibt, sondern daß es bei den meisten ein diffuser Traum vom selbstbestimmten Leben in einer herrschaftslosen Gesellschaft ist, dabei aber die Frage nach Organisation von Gesellschaft, nach Struktur von Wirtschaft und Politik, nach Form von Warentausch selten gestellt wird. Wir haben eine positive Utopie im Kopf, doch müssen wir sie konkretisieren, um eine realisierbare Utopie daraus zu machen, um eine Plattform des Handelns zu haben. Darin sehe ich die Kernfrage unseres Weiterkommens.

(...) Der neue Zyklus des Kapitals reproduziert sich zum Großteil nicht mehr über die Ausbeutung der Arbeit, sondern über große ,,High-tech''-Investitionen, die die Automatisierung der Produktion vorantreiben. Dadurch werden immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgegrenzt. Diese Ausgegrenzten, nach Marx' Definition das Sub- oder Lumpenproletariats, könnte sich ein neues revolutionäres Potential schaffen, da sie noch nicht von den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften verwaltet werden wie die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken. Dieser Ansatz, (...) sollte auch unter uns diskutiert werden. Genauso wie die autonomen Jobber- und Erwerbsloseninitiativen, die diesen Ansatz zu ihrer Strategie gemacht haben, Schwerpunkt einer neuen sozialrevolutionären Bewegung sein müssen. Doch kann auch dies nur ein Hebel sein, genauso wie autonome Altenarbeit, autonome Psychiatrie, Kinder-, Heim- und Knastansätze, sowie Aktion in der Energiefrage, der Umwelt- und der Antikriegsbewegung. Dies zusammenzubringen auf eine Plattform, die als Ziel die Abschaffung der kapitalistischen Warengesellschaft und die sie erhaltenden Bedingungen, den Privatbesitz und das Patriarchat, hat, müßte dabei unser erster Schritt sein.

Dazu wären Diskussionsprozesse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nötig. Wie diese Plattform dann aussehen würde, könnte nur in diesem Diskussionsprozeß festgelegt werden.

Nächstes Frühjahr wird in Frankfurt a.M. ein anarchistischer/autonomer Kongreß stattfinden. Es wäre gut, diesen Kongreß als Möglichkeit nationaler Diskussion wahrzunehmen und sich darauf vorzubereiten. Vielleicht schaffen wir es bis dahin, den Diskussionsprozeß auf lokaler und regionaler Ebene soweit geführt zu haben, um eine Plattform für sozialrevolutionäre Bewegung national voranzutreiben.

Zärtlichkeit und Freiheit
Ein Holsteiner Autonomer

Straftaten verniedlicht

Politische Gefangene bekommen den AK und andere KB-Publikationen immer wieder entweder gar nicht oder nur stückweise.

Ein Genosse schreibt uns aus dem Knast: ,,Eure Broschüre zu Brokdorf/Kleve bekam ich nur aus der Entfernung zu sehen, die Aushändigung wurde aufgrund ,ungenehmigter Zusendung' verweigert. Formaljuristisch korrekt, denn man kann nur je fünf Tageszeitungen bzw. Zeitschriften beziehen und letzteres Kontingent ist bei mir voll. Antrag auf Zusendungsgenehmigung wäre daher Zeitverschwendung.

Der AK 272 wurde gerupft: Er enthalte ,grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen. Auf S. 29/30 wird erneut behauptet, ehemalige RAF-Mitglieder seien in Stuttgart-Stammheim von Staatsorganen ermordet worden. S. 39/40 Beschimpfung des existierenden Staates als faschistischer Staatsapparat. Aufruf zum Klassenkampf.'

in Stuttgart-Stammheim von Staatsorganen ermordet worden. S. 39/40 Beschimpfung des existierenden Staates als faschistischer Staatsapparat. Aufruf zum Klassenkampf.'

AK 271: ,Die Seiten 27, 34, 35 gefährden das Ziel des Vollzugs. Auf den obengenannten Seiten werden alte RAF-Kampfparolen verbreitet und Straftaten verniedlicht bzw. bagatellisiert.' ''

Aufwiegelnde Tendenz

Das Oberlandesgericht Frankfurt beschloß: ,,In der Strafsache gegen (...) Gisela Berta Dutzi (...) wird (...) angeordnet:

Aus der Zeitschrift ,Arbeiterkampf' Nr. 272 vom13.06.1986 sind die Seiten 29 und 30 zu entfernen und zur Habe der Angeklagten zu nehmen. Im übrigen ist die Zeitschrift ihr auszuhändigen.

Gründe:
Auf den Seiten 29 und 30 befindet sich unter der Rubrik ,Klassenjustiz' mit der Überschrift ,Das kann sich draußen niemand vorstellen' ein Interview mit Ilse Schwipper, einer Angeklagten im sogenannten Berliner ,Schmückerprozeß'. In diesem Interview stellt Frau Schwipper in verzerrender und aufwiegelnder Weise Behauptungen über die Bedingungen des Vollzuges der Untersuchungshaft auf, die bis zum Vorwurf von Folter und staatlich geplanten Morden gehen. Die Ausführungen sind von Haß gegen das ,System' geprägt.

Bei Aushändigung der Seiten 29 und 30 der Zeitung besteht die Gefahr, daß die Empfängerin und andere Gefangene durch die aufwiegelnde Tendenz des Interviews zu widersetzlichem Verhalten im Vollzug aufgestachelt und in ihrer staats- und vollzugsfeindlichen Haltung bestärkt werden. (...)

Rosa Luxemburg







Das Buch zum Film

UZ: In einem anderen Interview haben Sie die Hypothese aufgestellt, daß Rosa heute weder in der SPD noch in der DKP, noch bei den Grünen wäre.
Margarethe von Trotta: Tja, eine schwierige Frage, wo wäre Rosa heute? (...) Sie wäre irgendwie viel weiter, von dem wir aber nicht wissen, wo das sein würde, weil sie stets vorangedacht hat. Wir denken im Moment ein bißchen hinterher. Wirkliche Zukunftspolitik seh' ich eigentlich nirgends. Ich seh nur Defensivpolitik, die in allen Parteien gemacht wird.
UZ: Ist der Vorschlag Gorbatschows, alle Atomwaffen bis zum Jahr 2000 von der Erde zu verbannen, nicht eine mutige Vordenkerleistung? Offensiv auf die Zukunft gerichtet?
Margarethe von Trotta: Ich finde diese Vorschläge auch sehr gut (...) Mich würde aber interessieren, wie schätzen Sie denn Rosa Luxemburg für Ihre Partei ein?
UZ: Gute Retourfrage. (...)

Aber man kann sich mit dem Rosa Luxemburg-Film von Margarethe von Trotta (Regie) und Christiane Ensslin (Drehbuch) auch ernsthaft auseinandersetzen. Etwa durch die Lektüre der als „Buch zum Film'' vorgelegten Materialien.

Auf gut hundert Seiten sind die Dialoge, illustriert mit mehr als zweihundert farbigen Szenenfotos, nachzulesen. So manche wichtige Nuance, die beim ersten Betrachten des flüchtig vorüberhuschenden Filmbildes nicht aufgenommen wurde, wird erst jetzt recht deutlich und begreifbar.

Dem Filmprotokoll folgt ein Gespräch zwischen Regisseurin, Drehbuch-Autorin und Barbara Sukowa, der Hauptdarstellerin, über die allmähliche Gestaltwerdung der Rosa Luxemburg in ihrem Film. Ein Auszug:

Margarethe von Trotta: (...) Während meiner Recherchen hat Rosas Bild sich oft verändert, je nachdem was ich gerade von ihr gelesen habe. Mal las ich einen Brief und fand sie wunderbar, warmherzig, liebevoll, fühlte mich zu ihr hingezogen, dann las ich eine Rede, in der sie polemisch bis rechthaberisch war (...), dann fühlte ich mich wieder fern und abgestoßen von ihr, dann las ich wieder einen Brief und fand sie erneut großartig. So ging es hin und her, bis sich ihre Person allmählich rundete, immer plastischer, immer reicher und auch widersprüchlicher wurde. (...)
Barbara Sukowa: (...) Bei mir war das ja

ihre Person allmählich rundete, immer plastischer, immer reicher und auch widersprüchlicher wurde. (...)
Barbara Sukowa: (...) Bei mir war das ja

oft umgekehrt (...) Ich hatte am Anfang ziemlich viele Briefe gelesen, und ich mußte immer wieder zu den politischen Sachen. — Ich dachte, jetzt kommt sie mir wieder so pusselig vor, jetzt hat sie wieder hier die Katze am Wickel. Jetzt muß ich wieder mal einen klaren Durchblick haben, ein brillantes, messerscharfes Stück Theorie von ihr lesen, damit ich mich wieder für ihre Spitzenkragen interessieren konnte und ihre Männergeschichten. (...)

Und genau dies, das Bemühen um die Darstellung einer widersprüchlichen, also: wirklichen Rosa Luxemburg, ist es, was viele Rezensenten dem Film angekreidet haben. „Was also'', fragt Gertrud Koch in „konkret'' (4/86), „zeigt uns Margarethe von Trotta von Rosa Luxemburg: die Liebende, die Revolutionärin, die Theoretikerin, das Opfer? Mir scheint: von allem ein bißchen, den kleinsten gemeinsamen Nenner, von keiner die radikalste Seite; das ist es, was ihr Portrait so unähnlich erscheinen läßt mit dem Bild, das die Geschichte in uns von Rosa Luxemburg eingegraben hat.'' Eben: „die Geschichte'' ...

Das „Buch zum Film'' schließt ab mit einem von Christiane Ensslin zusammengestellten umfangreichen Teil „Materialien, Dokumente, Bilder''. Einer Zeittafel zum Leben Rosa Luxemburgs folgen Auszüge aus ihren wie ihrer Zeitgenossen Schriften sowie eine Anzahl knapper Informationen zum geschichtlichen Hintergrund.

Man kann natürlich auch *gleich* Rosa Luxemburgs Werke lesen, wer aber einen unterhaltsam-belehrenden Zwischenschritt einlegen will, der greife zu diesem Buch.

K., Hamburg

Margarethe von Trotta, Christiane Ensslin: Rosa Luxemburg. Das Buch zum Film. Nördlingen: Franz Greno (DELPHI 1033), 1986. 239 S., 210x305, Pb., DM 29.90

Die Abbildungen zeigen (von oben nach unten) Barbara Sukowa als Rosa Luxemburg im Gefängnis Breslau, mit Daniel Olbrychski als Leo Jogiches in Berlin und als Rednerin bei einer Frankfurter Arbeiterversammlung.

Inhalt

Klassenjustiz
Tod von Günter Sare — Geisterfahrt eines
GRÜNEN ....S. 22